



# Plenarprotokoll

## 35. Sitzung

Mittwoch, 15. Dezember 2010

**Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Abschiebungshaft.....** 2922

Dringlichkeitsantrag der Fraktion  
DIE LINKE  
Drucksache 17/1121

Antje Jansen [DIE LINKE]..... 2922

Beschluss: Dringlichkeit verneint..... 2923

### Gemeinsame Beratung

**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012.....** 2923

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 17/740

**b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012....** 2923

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 17/741

Bericht und Beschlussempfehlung  
des Finanzausschusses  
Drucksache 17/1042

Änderungsantrag der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1115

Änderungsantrag der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1117 (neu)

- Änderungsantrag der Fraktion des SSW  
Drucksache 17/1119
- Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1123
- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/1124
- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/1125
- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/1126 (neu)
- Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 17/1127
- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/1129
- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW  
Drucksache 17/1130
- c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister (Landesministergesetz).....** 2924
- Gesetzentwurf der Fraktion des SSW  
Drucksache 17/652
- d) Regierung an Sparplänen beteiligen.....** 2924
- Antrag der Fraktion des SSW  
Drucksache 17/653
- e) Resolution zur sofortigen Umsetzung der Einsparbeschlüsse der Landesregierung für die Mitglieder der Landesregierung, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie für die Verwaltungskosten der Landesregierung sowie Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags.....** 2924
- Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/705 Nummern 2, 3, 5 und 6
- Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 17/1087
- f) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes .....** 2924
- Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW  
Drucksache 17/1099 (neu)
- Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 17/1118
- g) Mehreinnahmen für Kinderbetreuung und Schuldenabbau nutzen.....** 2924
- Antrag der Fraktion des SSW  
Drucksache 17/1076
- h) Ermäßigte Umsatzsteuersätze - Gleichbehandlung umsetzen.....** 2924
- Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1094
- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/1132
- i) Resolution zur Neuordnung der Verwaltung.....** 2924
- Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1095
- j) Sozialvertrag III schließen.....** 2924

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1096		Beschluss: 1. Ablehnung des Gesetz- entwurfs Drucksache 17/652 in namentlicher Abstimmung	
<b>k) Sozialvertrag IV schließen.....</b>	<b>2924</b>	2. Ablehnung der Anträge Drucksachen 17/653, 17/705 Nummern 2, 3, 5 und 6, 17/1076, 17/1094, 17/1095, 17/1096, 17/ 1097 und 17/1098	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1097		3. Überweisung des Ge- setzentwurfs Drucksache 17/1099 (neu) und des Änderungsantrags Drucksache 17/1118 an den In- nen- und Rechtsausschuss	
<b>l) Bund-Länder-Kooperation im Bildungsbereich.....</b>	<b>2924</b>	4. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/1115 sowie Ableh- nung der Änderungsanträge 17/ 1117 (neu) und 17/1127	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1098		5. Ablehnung des Ände- rungsantrags Drucksache 17/1119, die Nummer 2 in namentlicher Abstimmung	
Peter Sönnichsen [CDU], Bericht- ersteller.....	2925	6. Ablehnung des Ände- rungsantrags Drucksache 17/1123, Nummern 2, 4 und 7 in namentli- cher Abstimmung	
Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	2926	7. Annahme der Anträge Drucksachen 17/1124, 17/1125, 17/1126 sowie Annahme des Än- derungsantrags Drucksache 17/ 1129	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	2933, 2970	8. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/ 741 in der Fassung der Drucksache 17/1042, geändert durch die Drucksache 17/1129 sowie münd- lich eingebrachter Änderungen	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2941	9. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/ 740 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung, geändert durch die Drucksachen 17/1129 und 17/1130.....	3012
Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2947	Wolfgang Kubicki [FDP], Persön- liche Erklärung.....	3012
Ranka Prante [DIE LINKE].....	2956	<b>Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäfts- ordnung des Schleswig-Holsteini- schen Landtags.....</b>	<b>3012</b>
Anke Spoorendonk [SSW].....	2961	Drucksache 17/1112	
Peter Harry Carstensen, Minister- präsident.....	2966	Beschluss: Annahme.....	3013
Tobias Koch [CDU].....	2972		
Birgit Herdejürgen [SPD].....	2975		
Katharina Loedige [FDP].....	2977		
Monika Heinfeld [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2979		
Ulrich Schippels [DIE LINKE]....	2981		
Lars Harms [SSW].....	2984		
Rainer Wiegard, Finanzminister....	2988		
Werner Kalinka [CDU].....	2992		
Andreas Beran [SPD].....	2993		
Kirstin Funke [FDP].....	2993		
Serpil Midyatli [SPD].....	2994		
Birte Pauls [SPD].....	2995		
Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	2996		
Wolfgang Baasch [SPD].....	2997		
Silke Hinrichsen [SSW].....	2998		
Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]..	2998		
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	2999		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2999		
Bernd Heinemann [SPD].....	3000		
Peter Sönnichsen [CDU].....	3001		

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

\* \* \* \*

**Beginn: 10:00 Uhr**

**Präsident Torsten Geerds:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 13. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt ist Herr Abgeordneter Detlef Buder. - Wir wünschen ihm gute Besserung.

(Beifall)

Die Fraktion DIE LINKE hat einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt.

**Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Abschiebungshaft**

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 17/1121

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich erteile der Frau Abgeordneten Antje Jansen das Wort.

**Antje Jansen [DIE LINKE]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Tagen sind uns folgende Nachrichten aus dem Abschiebegefängnis in Rendsburg zu Ohren gekommen. In den letzten Monaten befanden sich mindestens drei **Minderjährige**, die als unbegleitete Flüchtlinge zu uns nach Schleswig-Holstein kamen, **in Haft**. Es handelt sich um drei männliche Jugendliche. Sie sind zu uns nach Schleswig-Holstein gekommen, um Schutz zu suchen oder weil sie auf der Durchreise waren, um in ein anderes europäisches Land einzureisen. Leider wissen wir sehr wenig über diese drei und ihre Schicksale.

Die **Dringlichkeit** begründet sich aus der Sache heraus. In mindestens zwei der drei Fälle laufen Haftbeschwerden, über die noch nicht entschieden ist. Einer der Jungen ist bereits abgeschoben worden. Wir haben guten Grund zur Vermutung, dass er dort, wo er jetzt ist, kein Dach über dem Kopf hat. Nach Italien abschieben heißt oftmals in die Obdachlosigkeit abgeschoben zu sein. Die Abschiebung eines Zweiten droht nach Irland.

Für mich ist der Fall klar. In Schleswig-Holstein wird die Fürsorgepflicht verletzt, wenn Minderjährige anstatt in Obhut genommen zu werden, in Haft genommen werden. Gemäß § 42 Abs. 1 Nummer 3 des Sozialgesetzbuchs ist das Jugendamt verpflichtet, wenn ein ausländisches Kind oder ein ausländischer Jugendlicher unbegleitet nach Deutschland

(Antje Jansen)

kommt, diesen in Obhut zu nehmen. Diese Norm ist hiermit verletzt worden. Auch die Frage, ob es in jedem der drei Fälle verhältnismäßig war, die Minderjährigen in Haft zu nehmen, ist zu klären.

DIE LINKE möchte das nicht stillschweigend hinnehmen, sondern dies im Landtag an prominenter Stelle mit Ihnen besprechen. Für uns gilt: Minderjährige gehören nicht in Haft, sondern in Obhut. Lassen Sie uns über diese drei Fälle lösungsorientiert sprechen. Deshalb haben wir diesen Dringlichkeitsantrag gestellt.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Danke schön. - Wird ansonsten das Wort zur Dringlichkeit gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag Drucksache 17/1121 abstimmen. Es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Damit stelle ich fest: Die Dringlichkeit ist mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln nicht bejaht worden. Der Antrag wird daher in dieser Tagung nicht beraten.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 5, 6, 8, 13 bis 16, 19, 29, 35, 37, 51, 52, 54 bis 56 sowie 60 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 21, 23, 24, 25, 26, 27, 30, 31, 36, 41, 53 und 58. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 4, 11, 19, 33, 43, 44, 45, 46 und 47 - Anträge und Gesetzentwürfe zu den Haushaltsberatungen 2011/2012 -, 12, 17 und 18 - Gesetzentwürfe zur Änderung der Verfassung sowie zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein -, 39 und 40 - Antrag zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Ausbildung sowie Bericht zur Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe -, 20 und 34 - Gesetzentwurf zur Neuordnung des Glücksspiels und Antrag zu den Auswirkungen der Liberalisierung des Glücksspiels auf das Suchtverhalten.

Anträge zu einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen in der 13. Tagung.

Wir werden heute unter Einschluss einer einstündigen, am Donnerstag und am Freitag jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause an allen Tagen längstens bis 18 Uhr tagen. Die Mittagspause heute ist für die Zeit von 14 bis 15 Uhr vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich unsere Gäste, Schülerinnen und Schüler sowie deren Lehrkräfte von der Regionalschule Wedel. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4, 11, 19, 33, 43, 44, 45, 46 und 47 auf:

### Gemeinsame Beratung

#### a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 17/740

#### b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012

Gesetzentwurf der Landeregierung  
Drucksache 17/741

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 17/1042

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1115

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1117 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion des SSW  
Drucksache 17/1119

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1123

**(Präsident Torsten Geerds)**

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1124](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1125](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1126 \(neu\)](#)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1127](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1129](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW

[Drucksache 17/1130](#)

**c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister (Landesministergesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW

[Drucksache 17/652](#)

**d) Regierung an Sparplänen beteiligen**

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 17/653](#)

**e) Resolution zur sofortigen Umsetzung der Einsparbeschlüsse der Landesregierung für die Mitglieder der Landesregierung, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie für die Verwaltungskosten der Landesregierung sowie Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/705 Nummern 2, 3, 5 und 6](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

[Drucksache 17/1087](#)

**f) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW  
[Drucksache 17/1099 \(neu\)](#)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
[Drucksache 17/1118](#)

**g) Mehreinnahmen für Kinderbetreuung und Schuldenabbau nutzen**

Antrag der Fraktion des SSW  
[Drucksache 17/1076](#)

**h) Ermäßigte Umsatzsteuersätze - Gleichbehandlung umsetzen**

Antrag der Fraktion des SPD  
[Drucksache 17/1094](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
[Drucksache 17/1132](#)

**i) Resolution zur Neuordnung der Verwaltung**

Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/1095](#)

**j) Sozialvertrag III schließen**

Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/1096](#)

**k) Sozialvertrag IV schließen**

Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/1097](#)

**l) Bund-Länder-Kooperation im Bildungsbereich**

Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 17/1098](#)

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Peter Sönnichsen, das Wort.

**Peter Sönnichsen [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat am 8. September 2010 in erster Lesung über die Entwürfe der Landesregierung eines Haushaltsgesetzes und eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012 debattiert, die heute zur zweiten Lesung anstehen. Das ist der erste Haushalt des Landes nach Einführung der Schuldenbremse, die der Landtag im Mai mit den Stimmen aller Fraktionen - mit Ausnahme der LINKEN - beschlossen hat.

Lassen Sie mich die wesentliche Vorgabe der Schuldenbremse noch einmal nennen: Gemäß Artikel 59 a Abs. 1 unserer Verfassung ist das strukturelle Haushaltsdefizit des Landes in gleichmäßigen Schritten von jeweils 10 % des Ausgangswerts im Jahr 2010 bis zum Jahr 2019 vollständig abzubauen. Das bedeutet jedes Jahr eine Absenkung um 125 Millionen €. Nur unter dieser Voraussetzung kann Schleswig-Holstein eine jährliche Konsolidierungshilfe von 80 Millionen € vom Bund erhalten.

Diese Ausgangslage stellte die Kolleginnen und Kollegen - für viele waren es die ersten Haushaltsberatungen - vor große Herausforderungen. Die letzten Wochen - das darf ich noch einmal in Erinnerung rufen - waren begleitet von zahlreichen Protesten; Ausschüsse und Fraktionen setzten sich in unzähligen Sitzungen, Gesprächen und Schriftwechseln intensiv mit dem Doppelhaushalt auseinander. Dieser Doppelhaushalt verlangt von allen Betroffenen und Beteiligten Opfer, von denjenigen, die an einzelne Haushaltspositionen Erwartungen haben oder auf sie angewiesen sind, ebenso wie von denjenigen, die über diesen Haushalt zu beschließen haben. Alleiniger Maßstab der Entscheidungen war und ist die bittere Einsicht in das Notwendige.

Der Finanzausschuss führte wie in den Vorjahren vor den Herbstferien gemeinsam mit den jeweiligen Fachausschüssen an vier Tagen die Einzelplanberatung durch und konzentrierte sich in der Beratung auf politische Schwerpunkte. Die von den Fraktionen rechtzeitig eingereichten Fragen zum Haushalt wurden von den Ministerien vor Beginn der jeweiligen Einzelplanberatung schriftlich beantwortet. Ich möchte an dieser Stelle im Namen des Finanzausschusses der Landesregierung und insbesondere dem Finanzministerium für die zeitnahe und zuverlässige Zuarbeit danken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Bedanken möchte ich mich bei dieser Gelegenheit auch bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im

Finanzausschuss, sowie beim Landesrechnungshof für die konstruktive Zusammenarbeit.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass wir in dieser Tagung auch die vom Finanzausschuss erarbeiteten Voten zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs 2010 beschließen werden, in denen es zur Haushaltslage des Landes heißt:

„Der Finanzausschuss stimmt mit dem Landesrechnungshof darin überein, dass die Haushaltslage des Landes katastrophal ist. Eine nachhaltige Sanierung der Landesfinanzen ist dringend erforderlich. Der Finanzausschuss erwartet, dass die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse endlich zu einem Abbau des strukturellen Defizits führt. Wichtig ist, dass das Land deutlich Aufgaben, Personal und Ausgaben abbaut. Das Land muss sich künftig auf seine Kernaufgaben konzentrieren.“

Das ist der Regierung ins Stammbuch geschrieben, das ist damit aber auch uns Parlamentariern ins Stammbuch geschrieben. Wir alle sind gemeinsam gefordert, den uns von der Verfassung vorgegebenen Auftrag zu erfüllen und unser politisches Handeln immer an der gebotenen Konsolidierung der Landesfinanzen auszurichten.

Nach der Steuerschätzung im November brachte die Landesregierung ihre Änderungsvorschläge zum Haushalt, die sogenannte Nachschiebeliste, ein. Zur Sitzung am 2. Dezember legten die Fraktionen - bis auf DIE LINKE - ihre Änderungsanträge vor.

Bei der Schlussabstimmung im Finanzausschuss haben die Fraktionen auf Einzelabstimmungen verzichtet; die Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen wurden abgelehnt. Deshalb finden Sie diese hier im Plenum in teilweise leicht modifizierter Form erneut wieder. Einige interfraktionelle Änderungsanträge wurden ebenso wie die Anträge von CDU und FDP sowie die Änderungsvorschläge der Landesregierung mehrheitlich angenommen.

Mit der Annahme der vom Finanzausschuss empfohlenen Änderungen verringert sich die Nettokreditaufnahme im Haushaltsjahr 2011 auf rund 1,273 Milliarden €, im Haushaltsjahr 2012 auf 940 Millionen €. Auf dem eingangs genannten hier im Mai beschlossenen Weg zur Schuldenbremse mit dem Ziel „keine neuen Schulden ab 2020“ sind das die ersten Schritte in die richtige Richtung.

(Peter Sönnichsen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Finanzausschuss hat sich noch gestern mit weiteren Änderungen befasst. Diese konnten nicht mehr vollständig in die Beschlussempfehlung aufgenommen werden; daher liegt Ihnen heute ein weiterer Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vor. Außerdem hat sich in der Kürze der Zeit ein redaktioneller Fehler in die Beschlussempfehlung eingeschlichen, den ich Sie zu korrigieren bitte: Artikel 30 des Haushaltsbegleitgesetzes - da geht es um das Inkrafttreten - Absatz 5 muss richtig lauten: „(5) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 tritt Artikel 10 Nummer 3 am 1. August 2011 in Kraft.“ - Ich hoffe, es ist deutlich geworden, dass die Änderung Nummer 3 betrifft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen der Mehrheit des Finanzausschusses bitte ich Sie, das Haushaltsgesetz, das Haushaltsbegleitgesetz und den Plan des Landeshaushalts für die Jahre 2011 und 2012 in der Fassung der Ihnen mit Drucksache 17/1042 vorliegenden Beschlussempfehlung und der soeben genannten Ergänzungen anzunehmen. Den Beratungen wünsche ich bei allen politisch unterschiedlichen Auffassungen einen angemessenen und an der fast einvernehmlichen Zielsetzung der Schuldenbremse sachorientierten Verlauf.

(Beifall bei CDU und FDP sowie der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Torsten Geerds:**

Ich danke dem Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich begrüße auf der Zuschauertribüne die Landesvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau von Kalben und Frau Löhr, sowie die Vorsitzende des Landesjugendrings, Alexandra Ehlers. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Landtagsfraktion hat der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Christian von Boetticher das Wort.

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein historischer Tag für Schleswig-Holstein. 40 Jahre hemmungsloser Gang in immer höhere Verschuldung wird heute mit zwei großen Schritten für die Jahre 2011 und 2012 beendet. Ich erinnere mich sehr gut an mein erstes Jahr als Stu-

dent in Kiel 1992. Ich traf meinen Großonkel, Hans-Hellmuth Qualen, der von 1963 bis 1973 Finanzminister in diesem Land war. Wir gingen den Karolinenweg herunter, und er zeigte auf die damals neu gebauten Gebäude und sagte: „Seit 1973, seit der ersten Erdölkrise, leben wir in diesem Land immer stärker auf Pump: All das, was wir uns hier leisten, leisten wir uns auf Pump. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden ich und auch du“ - er zeigte auf mich - „nicht mehr anders leben. Wenn man diese Spirale beenden will, braucht man andere Politiker mit anderem Denken, und man muss auch die Menschen ein Stück ändern, die mit immer höheren Ansprüchen an den Staat herantreten.“

Genau diesen Weg gehen wir heute, eine Rückbesinnung auf bürgerliche Tugenden wie Disziplin, Geradlinigkeit, Sparsamkeit,

(Zuruf: Enthaltbarkeit! - Heiterkeit)

eine Rückbesinnung auf christliche Werte wie Nächstenliebe, Toleranz und Weltoffenheit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Den Gegenentwurf können wir derzeit sehr gut in Nordrhein-Westfalen sehen. Da wird zur selbigen Zeit ein Haushalt verabschiedet, der die höchste Neuverschuldung des Landes beinhaltet, hemmungslose Ausgaben, den weiteren Gang in immer höhere Neuverschuldung, wo Geld verprasst wird und die teuren Wahlversprechen von gestern entweder teuer bezahlt werden müssen oder sich in Luft auflösen. Das ist Politik von früher. Die Menschen in diesem Land werden die Wahl haben. Wir werden ihnen deutlich vor Augen führen, wie die Alternative aussieht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Unsere Politik für die nächsten Jahre besteht in einem Dreisprung. Diejenigen, die Leichtathletik gemacht haben, wissen, wie das funktioniert: Drei Sprünge, die ersten beiden mit dem selben Fuß abgesprungen, der letzte mit dem anderen, und alle drei müssen vernünftig aufeinander abgestimmt sein, denn am Ende zählt die Gesamtweite, und die wird nur erreicht, wenn es ein vernünftiges Verhältnis gibt und keiner der Sprünge zu kurz und keiner der Sprünge zu weit ist.

Drei Sprünge: **Investitionen in Bildung**, Investitionen in **Infrastruktur** und gleichzeitig die **Reduzierung von Ausgaben** in diesem Land. Darum wird es in Zukunft gehen.

Wir investieren daher sehr klug in Bildung. Wir machen keine großen Versprechungen, wie das an-



**(Dr. Christian von Boetticher)**

dere machen, die wieder so tun, als hätten sie ein Füllhorn, sondern wir investieren da, wo es notwendig und im Augenblick sinnvoll ist.

60 Millionen € für Investitionskosten für die **Betreuung der unter Dreijährigen**. Das ist deshalb keine einfache Leistung gewesen, weil ursprünglich 14 Millionen € für 2012, 30 Millionen € für 2013 und 2 Millionen € für 2014 eingeplant gewesen waren. Jeder der rechnen kann, weiß, dass das im Jahr 2013 bei dann steigenden Zinsen sehr schwierig gewesen wäre. Man kann sich ausrechnen, was das bedeutet hätte. Das wäre ohne eine weitere Neuverschuldung mit dann immer höheren Zinsen kaum gegangen.

Da man in diesem Haushaltsjahr - auch das kommt selten vor - klug gewirtschaftet hat - ich sage ganz bewusst, das liegt auch an den niedrigen Zinsen, die wir im Moment haben -, haben wir die 50 Millionen € an Besserstellung genutzt. Wir wissen, dass das natürlich auch wieder eine **Neuverschuldung** ist. Das ist ja nichts, was wir haben, sondern auch dafür gehen wir wieder in die Verschuldung. Aber es jetzt zu machen, wo die Zinsen niedrig sind, weil wir das Geld günstiger am Kapitalmarkt bekommen, und gleichzeitig heute schon die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die für die Betreuung der unter Dreijährigen besonders wichtig und sinnvoll sind, ist richtig. Wir versetzen damit die **Kommunen** in die Lage, diesen großen Auftrag zu erfüllen. Das war ein ganz wichtiger Schritt, der wird diesem Land guttun.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir nehmen den Deckel von den Geldern der Kommunen für **Kindertagesstätten**. Das sind 10 Millionen €. Jetzt kann man wieder darüber streiten, ob das nicht hätte mehr sein können. Ich sage ganz bewusst: Wir gehen nach oben, aber wir gehen maßvoll nach oben und so, dass es in das gesamte Finanzkonzept passt, damit der Schritt nicht so groß ist, dass andere nicht mehr folgen können.

Wir haben früher eine Vorschule gehabt. Die gibt es heute nicht mehr. Aber wir sehen, dass Kinder Probleme beim **Übergang von der Grund-** auf die **weiterführende Schule** haben. Darum ist auch hierfür Geld eingeplant, nämlich für Projekte, die diese Arbeit begleiten und dafür sorgen, dass es zu einem reibungslosen Übergang kommt.

Wir haben zum ersten Mal Geld für etwas eingestellt, über das wir uns Jahre hier im Parlament unterhalten haben, nämlich für die **Schulsozialarbeit**. Das sind 800.000 € für das nächste Jahr, 1,7 Millionen € für das Jahr darauf. Denn das ist ein wichtiger

Punkt. Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer für die Bildung, für die Erfüllung des Bildungsauftrages, wir wissen aber auch, was heute an den Schulen für gesellschaftliche Probleme herrschen. Wir als bürgerliche Koalition steigen hier in diesem Bereich zum ersten Mal mit Geld ein. Das ist ein wichtiges Zeichen dafür, dass man erkannt hat, wo die Probleme an den Schulen sind, um hier unterstützend einzuwirken. Das ist ein wichtiger und wegweisender Beschluss für dieses Land.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aber wir fördern auch die **Hochbegabten**. Auch darüber haben wir viele Jahre lang geredet. Wir haben lange darüber geredet, wie man das vernünftig macht und dass man auch die, die morgen Leistungsträger in dieser Gesellschaft sein sollen, die häufig in Forschung und in die Wissenschaft gehen, dort namhafte Patente entwickeln, die dieses Land immer gebraucht hat, um seine Spitzenstellung in der Welt zu halten, diese Menschen früh in ihrem Leben fördert. Auch das werden und wollen wir mit diesem Haushalt anpacken.

Ich sage ganz bewusst: Wir erhöhen auch das Geld in der **Lehrerfortbildung** um 175.000 €. Das ist ein wichtiger Punkt. Im Unterschied zu anderen in dieser Republik, die einmal die Lehrer als „faule Säcke“ bezeichnet haben, wissen wir, dass es ohne Wertschätzung derjenigen, die in den Schulen arbeiten, nicht geht. Ein vernünftiges Bildungssystem wird nur funktionieren, wenn man die Arbeit, die Lehrerinnen und Lehrer dort leisten, anerkennt und wertschätzt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Uns ist deshalb die **Arbeitszeitverlängerung** bei den **Gymnasiallehrern** nicht leichtgefallen. Sie war das Ergebnis eines bundesweiten Benchmarks. Wir haben jetzt die Aufgabe, das zu tun, was wir gesagt haben, nämlich die Lehrer von unnötiger Bürokratie zu befreien. Das kostet manches Mal kein Geld, aber kann dazu führen, dass Lehrerinnen und Lehrer wieder mehr Zeit für die Bildung, für die Kinder haben, und genau das muss der Kern sein.

Meine Damen und Herren - das sage ich auch in Richtung Opposition -, einen **Schulfrieden** gibt es dann in diesem Land, wenn wir die Fehler aus der letzten Reform korrigiert haben. Auch das werden wir machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**(Dr. Christian von Boetticher)**

Hamburg hat uns das **Gastschulabkommen** gekündigt. Es war eine grüne Senatorin in Hamburg - das werden wir nicht vergessen -,

(Lachen und Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die von heute auf morgen die Schüler aus Schleswig-Holstein am liebsten auf die Straße setzen wollte. Statt etwas über 9 Millionen € wollte man 20 Millionen € von Schleswig-Holstein haben.

(Jürgen Weber [SPD]: Damit haben Sie gar nichts zu tun!)

Bewegt hat sich in den Verhandlungen zunächst gar nichts, ganz im Gegenteil, wir wurden von den Grünen hier aufgefordert, doch endlich den tollen Vorschlägen der Bildungssenatorin aus Hamburg nachzukommen und 10 Millionen € mehr - wieder durch Verschuldung und auf dem Rücken der nächsten Generation - an Hamburg zu zahlen. Wir haben das nicht gemacht, wir sind hart geblieben. Das war gut: Die grüne Senatorin ist verschwunden, danach ging alles schneller. Bürgerliche Parteien lösen das Problem.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen jetzt mit gerade einmal 3,4 Millionen € zusätzlichen Geldern aus. Das ist deutlich weniger als das, was vorher gefordert worden ist. Es ist deshalb ein gutes **Verhandlungsergebnis**, für das wir dem Minister herzlich danken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und es geht um unsere **Universitäten**. Hier haben wir einen ganz schweren Kampf hinter uns. Ich darf heute sagen: Ich habe großen Respekt vor dem Lübecker Protest. Er war pfiffig und engagiert, und er war auch technisch brillant. Ich sage heute ganz bewusst - auch das muss man in dem Prozess einräumen -, es war ein Fehler, dass wir diesen Weg eingeschlagen haben. Hut ab vor der Universität, und im Übrigen auch Hut ab vor denen, die dort Arbeit leisten. Denn nicht ganz umsonst engagiert sich der Kanzler der **Lübecker Universität** jetzt mit der CDU gemeinsam,

(Zurufe von der SPD - Lachen des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

um an maßgeblicher Stelle dafür zu sorgen, dass aus dieser Universität - wie dort vor Ort gewünscht - eine **Stiftungsuniversität** wird.

(Zurufe von der SPD)

Wir werden diesen Weg mit der Universität gemeinsam gehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dass sich aus einem harten ersten Aufschlag auch etwas Hervorragendes entwickeln kann, das zeigt die Universität in **Flensburg**. Auch hier haben wir einen harten Protest hinter uns, aber hier haben wir mit der Universität gemeinsam, mit der Stadt, der Universitätsleitung und der Region

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mein Gott! - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gar nichts haben Sie gemacht!)

hervorragende Weichen gestellt. Die Uni stellt sich neu auf, die **Wirtschaft** kommt mit ins Boot. Wir werden die Synergieeffekte aus der **Zusammenarbeit mit Dänemark** heben. Wenn Sie sich vor Ort hinstellen und mit den Betroffenen reden,

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das machen wir täglich!)

werden Sie merken, dass dieser Prozess ein inzwischen hochgelobter Prozess auch mit dem Wirtschaftsminister ist.

Ich darf mich ganz herzlich dafür bedanken, nicht nur beim Wirtschaftsminister, sondern auch bei der Universität, dass dieser gemeinsame Weg heute möglich ist. Das ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie man es macht.

(Beifall bei CDU und FDP - Lachen des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Und auch die Universität in **Wedel** als private Universität genießt ein hohes Renommee. Das ist auch der Grund dafür, warum wir die Senkung der **Zuschüsse** moderater gestaltet haben als in der Vorlage. Es muss möglich sein, über private Drittmittelwerbung und Stiftungsprofessuren an der Stelle das, was wir als Geleitzug organisieren, abzufedern. Das werden wir mit der Universität gemeinsam besprechen und mit der Universität gemeinsam entsprechende Entwicklungen vorbereiten. Ich glaube, auch das ist der richtige Weg.

Und wir machen mit beim **Hochschulpakt**. Ich sage das ganz bewusst, weil wir das Geld für die ersten zwei Jahre eingeplant haben und uns dafür entschieden haben, die Universitätsplätze nicht an Niedersachsen abzugeben. Ich sage aber auch ganz deutlich in Richtung Opposition, die wieder schnell mit großen Versprechungen zum St.-Nimmerleinstag dabei ist:

(Dr. Christian von Boetticher)

(Zuruf der Abgeordneten Anke Erdmann  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn dann die teuren Jahre im Doppelhaushalt 2013/2014 wieder mit 35 Millionen € pro Jahr im Landeshaushalt kommen, dann wissen weder Sie noch wir heute genau, wie das finanziert werden soll. Eines darf nicht passieren - darum bin ich mit zu schnellen Zusagen immer sehr vorsichtig, und deshalb müssen wir mit dem Bund abmachen, dass wir entweder zusätzliches Geld bekommen oder aber diese Neuverschuldung für **Hochschulplätze** nicht auf den **Schuldenpakt**, den wir mit dem Bund abschließen, angerechnet werden -, und eines ist doch klar, wir können nicht auf der einen Seite in Hochschule investieren und dafür, dass wir das machen, auf der anderen Seite gleichzeitig die 80 Millionen € **Konsolidierungshilfe** vom Bund nicht bekommen. Dafür werden wir kämpfen müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb bin ich gegen zu frühe Zusagen, sondern ich bin dafür, dass man das mit dem Bund vernünftig bespricht.

Der zweite Schritt ist der Schritt der **Investitionen in Infrastruktur**. Seit mehreren Tausend Jahren lassen sich Menschen dort mit Handel und Gewerbe nieder, wo es Verkehrswege gibt. Früher waren das Wasserstraßen, heute sind das die Wege über Luft, Wasser, Schiene und die Autobahn. Darum müssen wir in diesen Bereich investieren, wenn wir am **Wirtschaftsleben** stärker als bisher partizipieren wollen. Wir sind im Augenblick immer noch marktfern, weil wir 20 Jahre nicht in Infrastruktur investiert haben. Dort müssen wir investieren, damit wir in Zukunft **Arbeitsplätze** in diesem Land nachhaltig generieren können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Keine Investitionen zwischen 1987 und 2005 - heute zwei große neue Projekte, auf die wir uns in der Tat ein Stück fokussieren: die **Fehmarnbelt-Querung** und die **A 20**. Bei der Fehmarnbelt-Querung machen wir es anders, wir haben aus den Prozessen der Vergangenheit gelernt. Es gibt ein **Raumordnungsverfahren**, bei dem es eine ganz **breite Bürgerbeteiligung** geben kann - ganz anders als im normalen Planfeststellungsverfahren. Damit werden auch heute schon ganz andere Wege eingeschlagen als beispielsweise bei Stuttgart 21. Jeder, der - etwas peinlich - versucht, auf diesen Zug aufzuspringen, wird am Ende auch scheitern. Das merkt schon die eigene Fraktion. Insofern glaube ich, dass wir mit dem Raumordnungsverfahren dort sehr gut davor sind.

Aber das gibt mir die Chance, mich etwas mit den **Grünen** auseinanderzusetzen. Lieber Herr Habeck, daran, dass ich das tue, sehen Sie, dass ich Sie und vor allen Dingen auch Ihre Umfrageergebnisse ernst nehme. Während wir draußen waren, für unser Sparpaket gekämpft haben und uns durchaus auch von der eigenen Fraktion und Partei ordentlich haben aufs Korn nehmen lassen - da waren harte Gespräche notwendig -, waren Sie beim Wirtschaftsrat, beim Unternehmensverband und bei den Grundbesitzern. Die Rückmeldungen sind gar nicht schlecht. Die sagen alle: Das ist ein ganz netter Kerl. Das ist manches Mal eine Sitzung wie im Literaturzirkel: als Autor ein bisschen nachdenken über die Welt an sich.

Im Parlament sieht das dann immer eher aus wie eine Mischung aus James Dean und Mutter Courage - etwas unstrukturiert und chaotisch, aber irgendwie immer ein bisschen sympathisch. Aber interessant sind die Argumente. Lassen Sie uns einmal über den Fehmarnbelt reden. Ich hatte neulich einen Umweltschützer da, der sagte: Das könnt ihr nicht machen, das nimmt doch anderen wichtigen Infrastrukturprojekten massiv Geld weg. Könnte man die 60 Millionen €, die dort eingestellt sind, nicht für andere Infrastrukturprojekte verwenden? Das hemmt doch auch eigene Entwicklungen.

Dann habe ich ihm den Katalog vorgelegt und gesagt: Dann zeigen Sie mir ein Objekt aus dieser Liste, eins - der Ausbau der B 5, der sechsspurige Ausbau der A 7, die Überquerung der Elbe, das gemeinsame Flughafenkonzept mit Hamburg, Ausbau der Elbvertiefung, an der nicht wir, aber unsere Nachbarn beteiligt sind, unser Hafen Hamburg, wie auch wir ihn immer nennen -, zeigen Sie mir ein Projekt, für das Sie Geld brauchen, weil Sie es verwirklichen wollen. - Da kam nichts. Da kam gar nichts. Das liegt ganz einfach daran, dass Sie am Ende nicht gegen die Fehmarnbelt-Querung sind. Nein, Sie sind gegen jedes **Infrastruktur- und Verkehrsprojekt** in diesem Lande - gegen jedes einzelne.

(Beifall bei CDU und FDP)

Früher war es nur die Straße. Das habe ich noch irgendwie verstanden: Autoverkehr, Ökologie et cetera. Das wird übrigens anders, wenn wir Elektroautos haben. Das habe ich noch verstanden. Aber jetzt gegen alles? - Schiene, Wasser, Flughäfen sowieso - egal ob zu Wasser, zu Lande oder in der Luft, die Grünen machen ihrem Ruf als „Dagegen-Partei“ alle Ehre.

**(Dr. Christian von Boetticher)**

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was noch viel wichtiger ist - und auch da wollen und müssen wir in Zukunft investieren -, ist die Frage der **Energieinfrastruktur**. Auch das ist Infrastruktur. Es reicht nicht, wenn man morgens für Windkraftanlagen und für regenerative Energien eintritt und am Nachmittag bei jeder Anbindung von Offshore-Windparks und bei jeder Einleitung seinen Protest in die Welt trägt oder wenn man für Wasserkraft ist, aber - wie woanders dann - gegen Pumpspeicherkraftwerke. Man ist immer, wenn es abstrakt bleibt, dafür, malt ein schönes Gemälde von der Welt, das ich mit zeichnen würde, weil es gut ist, aber wenn es dann konkret wird, wenn man sich - wie wir im Moment - vor Ort hinstellen und unangenehme Dinge im Zusammenhang damit begründen muss, dann sind Sie wieder weg.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Das müssen Sie gerade sagen!)

Darum sage ich Ihnen ganz deutlich: Dieses Land braucht Menschen, die in einer schweren Zeit in der Lage sind, den Rücken gerade zu machen,

(Lachen des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

den Menschen nicht nach dem Mund zu reden, sondern für ein Prinzip zu stehen und dafür auch einmal in der eigenen Partei anzuecken. Ich werde Sie an dem Tag ernst nehmen, an dem Sie den ersten Sparbeschluss treffen, bei dem bei Ihnen grüne Mitglieder vor der Tür stehen und sagen: So geht es nicht, dagegen demonstrieren wir, dafür sind wir nicht. - Macht ihr auch einmal Lösungen, mit denen ihr euch mit der eigenen Parteibasis anlegt! Auf den Tag werde ich warten.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Haushaltssanierung** tut weh. Haushaltssanierung tut auch extrem in den eigenen Parteilinien weh und vor allen Dingen dann, wenn man als Abgeordneter eine regionale Vertretung wahrnimmt und regionale Verwurzelung hat.

(Zuruf der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Rücken gerade!)

- Genau, den Rücken gerade. Das war ein schönes Stichwort. Wir sind dahin gegangen, wo es wehtut - inhaltlich, aber auch regional ausgewogen. Das In-

teressante daran ist immer, dass man in der Region, in der gerade eine Sparmaßnahme greift, das Gefühl hat, dass es nur dort stattfindet und alle anderen nicht betroffen seien. Das Gefühl kenne ich aus Gesprächen in Lübeck, in Flensburg, an der Westküste und mit vielen Freunden aus meinem Kreisverband in Wedel. Jeder hat den Eindruck, er selbst sei der Betroffenste von allen und trage die Last für dieses Land. Ich sage immer: Wenn die Schläge von links und rechts gleichmäßig kommen, geht man am Ende auch wieder gerade. Und so ist das ein Stück weit bei uns. Wir sind mit der Frage der **Küstenschutzabgabe** einen für unsere Partei extrem harten Weg gegangen. Es geht dort für die Westküste um die alte Frage der Solidarität.

**Präsident Torsten Geerds:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold?

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Ja.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr von Boetticher, können Sie mir ein oder zwei Beispiele nennen, in denen Sie als Opposition, als Rot-Grün unangenehme Sparbeschlüsse getroffen hat, das federführend mit vertreten haben?

- Das kann ich Ihnen deswegen nicht sagen, weil ich die Oppositionszeit in diesem Landtag nicht mitgemacht habe, Frau Kollegin.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP - Lachen und Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Habe ich wieder das Wort? - Wir haben die Küstenschutzabgabe angegriffen, weil sie uns im Bereich der **Kofinanzierung europäischer Mittel** richtiger erscheint. Ich selbst, der Ministerpräsident und auch die regionalen Abgeordneten haben in der letzten Wahlperiode dafür gekämpft, dass es mehr Geld für den Küstenschutz aus Berlin und Brüssel gibt. Es hat lange gedauert, bis wir den **Bund** überzeugt haben. Er stellt diese Mittel zur Verfügung. Uns ist jetzt klar - und das zeichnete sich damals ab -, dass wir diese Mittel bei diesem Sparhaushalt nicht dauerhaft aus der Kofinanzierung des Landes zur Verfügung stellen können. Da gibt es an dieser Stelle die Möglichkeit, eine **Verordnungsermächtigung** so, wie wir sie heute einbringen, zu eröffnen und damit Abgaben von all denjenigen, die von diesem **Deichbau geschützt** werden, zu beziehen.

**(Dr. Christian von Boetticher)**

Dabei geht es heute nicht darum, Geld aufzuwenden, das Leib und Leben schützt. Das tun wir ohnehin, das mussten wir auch, und das ist auch 100 % Verpflichtung des Staates. Wir wollen zum ersten Mal Deiche generationengerecht bauen, das heißt, mit einer Bauweise die **Generationen** von morgen dadurch begünstigen, dass sie leichter die Möglichkeit haben, oben auf dem Deich etwas hinzuzubauen. Das hat nichts mit dem **Schutz** von Leib und Leben heute zu tun, sondern endlich einmal mit der Tatsache, dass man in der Politikergeneration nicht nur an sich selbst denkt, sondern auch an künftige Generationen. Dafür erschien es uns recht und billig, eine Küstenschutzabgabe ins Leben zu rufen.

Nun kam vor Ort der Hinweis, dass wir damit das **Solidaritätsprinzip** natürlich ein Stück weit aufkündigen. Aber es kam auch der Hinweis, dass es eine andere Möglichkeit gibt, diese Solidarität im Land zu bewahren. Das ist der Versuch der Bürgermeister, dies vor Ort zu tragen, umzusetzen und auch zu kommunizieren, innerhalb ihrer kommunalen Gremien zu erreichen, dass es innerhalb der kommunalen Familie eine solche Solidarität gibt. Ich sage ganz deutlich: Ich wäre mit dem Klammeraffen gepudert,

(Zuruf: Beutel! - Lars Harms [SSW]: Das wäre ja Tierquälerei! - Heiterkeit)

wenn ich zuliebe, dass diese Möglichkeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nicht besteht, sondern dass wir ihnen den Weg verbauen. Darum haben wir gesagt, dass wir die Verordnungsermächtigung schaffen. Aber wir setzen diese erst in Kraft, wenn das nicht zum Erfolg im Einvernehmen mit den **kommunalen Landesverbänden** führt. Und wir setzen einen zweiten Punkt um, den wir uns immer vorgenommen haben: den Schutz von Leib und Leben durch **Deichbau** nicht auch noch dadurch zu bestrafen, dass er im großen Umfang ausgleichspflichtig wird. Auch hier werden wir eine **Bundratsinitiative** starten.

Wir gehen in Bereiche hinein, in denen es schwer zu vermitteln ist und wehtut - ich sage das ganz bewusst auch in einer Fraktion, die einen starken Sozialflügel hat. Das **Blindengeld** und die Demonstrationen dazu haben uns nicht kaltgelassen, auch wenn es einkommensunabhängige Zahlungen sind, die parallel zu dem erfolgen, was ansonsten beispielsweise die **Pflege** leistet. Wir haben in dem Bereich gekürzt, aber wir haben uns am Ende entschlossen, bei denen, die am schwersten betroffen sind - bei den **Taubblinden** -, eine solche **Kürzung** nicht vorzunehmen. Ich glaube, das war ein sozial vernünftiger Kompromiss.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Wir stellen den Antrag im Bundesrat - ich setze dabei auf Ihre starke Unterstützung und auch auf die der SPD-geführten Länder -, dass die **Altersblindheit** tatbestandsauslösendes **Kriterium im SGB XI** wird, also ein Stück der Pflegeversicherung. Ich halte das für einen sehr sinnvollen Antrag und erwarte in diesem Zusammenhang Ihre Unterstützung.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Dr. Christian von Boetticher [CDU]:**

Ja.

**Dr. Marret Bohn** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr geehrter Herr von Boetticher, wie hoch schätzt denn die CDU nach Ihrer Initiative die Leistung für junge Blinde ein, denn die werden ja außen vor gelassen? Das ist so nicht richtig.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei den jungen Blinden ändert sich nichts!)

- Bei den jungen Blinden ändert sich im Verhältnis zu dem, was vorgeschlagen worden ist, nichts, sondern es ändert sich nur etwas bei den Taubblinden, im Übrigen egal, in welcher Altersstufe.

Es gab ein schwieriges Kapitel, das nicht im Haushalt aufgetaucht ist und das auch in der Kommunikation nicht einfach war, und das waren die **Justizvollzugsanstalten**. Dort standen im Doppelhaushalt 2011/2012 zunächst für 2012 weitere **Investitionsmaßnahmen in Flensburg** an. Diese Investitionen werden nicht stattfinden, jedenfalls nach derzeitigem Stand nicht. Es wird ein **Konsolidierungspfad** eingeleitet. Der zuständige Minister hat dazu die ersten entsprechenden Gutachten vorgelegt. Wir haben gesagt: Das Ganze darf erst dann finanzwirksam werden, wenn der Finanzausschuss das Ganze freischaltet. Ich glaube, das ist vernünftig, weil wir dort gemeinsam die Gesamtkonzeption beraten wollen. Ich sage aber heute auch ganz klar und deutlich: Der Weg, dass auch die Justizvollzugsanstalten ihren Beitrag leisten müssen, ist gegangen. Das **Grundkonzept** schien uns hier nicht verkehrt.

Wir haben bei **Vereinigungen und Verbänden** in allen Bereichen gekürzt; egal ob in den Bereichen Europa, Soziales, Kultur oder Heimatpflege. Dass

**(Dr. Christian von Boetticher)**

jeder in diesem Land ein Stück weit verzichten muss, ist bei einem Spar- und Konsolidierungskurs immer so. Mancher meint, er könne zu jeder Veranstaltung, zu jedem Verband und zu jedem Verein gehen und dort sagen: Ja, auch ich bin für den Sparkurs, aber natürlich setze ich mich für dich ein, bei dir darf nicht gespart werden. Die Menschen merken das. Die Bürgerinnen und Bürger merken dies. Sie kommen sich von Parteien veralbert vor, die auf jeder Gegenveranstaltung sind und am Ende hier hohe Reden auf die Haushaltskonsolidierung halten. Das nimmt Ihnen niemand ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vor uns liegen in der Frage der Lösung der Probleme im Zusammenhang mit dem **Universitätsklinikum** harte Debatten. Das ist eine Frage, die jahrelang vor sich her geschoben worden ist. Sie wurde von Jahr zu Jahr ungelöst. Der **Sanierungsstau** wurde jedes Jahr ein Stück größer. Jetzt sitzen wir mit fast 1 Milliarde € da. Wer hier einen einfachen Weg hat, um aus dieser Lage herauszukommen, außer dass das Land dafür mal eben 1 Milliarde € an neuen Schulden wieder zulasten kommender Generationen aufnimmt, der ist herzlich willkommen. Es gibt gute Gespräche, das ist wichtig. Wir wissen, dass wir bis 2015 in einem Status quo sind, der nicht verändert werden kann, wenn es keine Bewegung gibt.

Ich glaube, dass das falsch wäre. Ich glaube, dass wir Bewegung brauchen und dass wir an einen Tisch müssen. Die **Vollprivatisierung** ist nur eine mögliche Lösung. Es wird viele weitere geben, über die wir uns ernsthaft nicht nur mit der Stadt, sondern vor allen Dingen mit den **Beschäftigten** und mit den Betroffenen unterhalten müssen, weil das für die Zukunft wichtig ist. Eines ist jedoch völlig klar: Das Land allein wird dieses Geld nicht aufbringen können. Darum ist es dringend notwendig, dass wir den Weg, den das Ministerium gegangen ist, nachvollziehen und ihn gemeinsam gehen und tragen. Dies gilt für die alternativen Lösungen, die auf dem Tisch liegen.

Ich sage auch, dass wir den unintelligenten **Krankenhausneubau** verändert haben. Das muss man sich einmal vorstellen: Ein Krankenhausneubau ist in diesem Land mit Darlehen finanziert worden, die dazu führen, dass wir für die Zinsen dieser Darlehen inzwischen mehr Geld ausgeben, als wir Geld für den neuen Krankenhausbau ausschütten. Das ist Irrsinn, das ist finanzpolitischer Amoklauf. Den haben wir beendet. Wir sind zu einer nachhaltigen Finanzierung übergegangen.

Nicht zuletzt haben auch das Parlament und die Regierung einen Beitrag geleistet: runter mit den **Funktionsträgerzulagen**. Ich glaube, das war ein wichtiger erster Schritt. Ich weiß nicht, wie es den Kollegen geht, aber ich stelle fest, dass man immer auch danach gefragt wird, was das Parlament geleistet hat. Runter mit den **Fraktionsmitteln**; ich sage dies ganz bewusst, weil wir hier offen sind für die Anträge der Opposition. Wir verstehen, dass es hier im Augenblick Probleme gibt. Wir heben die Altersgrenze bei den **Altersregelungen** der Regierung an. Ein Hochsetzen der Altersgrenze in der Altersregelung von 55 Jahren auf 63 Jahre kostet manch einen, der im Amt ist, einige Hunderttausend Euro, die es nicht gibt. Auch das ist ein nennenswerter Verzicht.

Ich sage noch eines: Es ist noch nie gemacht worden, dass im Angesicht von vorhersehbaren Anzeichen der am Horizont heraufkommenden Landtagswahl die regierungstragenden Fraktionen die **Öffentlichkeits- und Reisemittel der Regierung** um 10 % kürzen. In den vergangenen Haushalten sind diese Mittel immer erhöht worden, obwohl das mit Wahlkampf nichts zu tun haben darf. Wenn man sich aber die Ausgaben vor einer Wahl ansieht, dann waren die immer höher als in anderen Jahren. Das war verantwortungslos. Wir machen damit Schluss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Für mich war dieser Prozess der letzten Monate nicht einfach. Sie haben es in den Zeitungen gelesen. Ich habe es zum Glück nicht gelesen, weil man das Lesen von Zeitungen in einer solchen Zeit ein Stück weit einstellen muss.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Man weiß, dass einiges an Ärger und an Spekulationen über einen ausgegossen wird. Herr Stegner, das kann man nur machen, wenn man seine Politik nicht jeden Tag neu nach der allerneuesten Presse ausrichtet. Das ist Ihr Problem. Sie gucken jeden Morgen in die Zeitung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie gucken jeden Morgen, wie der Wind steht. Wenn der Wind sich geändert hat, dann ändern Sie Ihre Meinung. Ich tue das nicht. Wenn Sie irgendwann eine Überzeugung gewonnen haben und ein Konzept haben, dann müssen Sie es auch erdulden und ertragen, dass die Presse einmal negativ über Sie persönlich berichtet. Sie müssen dann ertragen, dass Ihre eigene Partei Ihnen an der einen oder an-

**(Dr. Christian von Boetticher)**

deren Stelle auch einmal in die Beine grätscht. All das muss man machen und dabei den Rücken gerade lassen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich appelliere jetzt wirklich an verschiedene Abgeordnete in der SPD-Fraktion, die ich kenne und von denen ich weiß, dass Sie eine Verantwortung tragen; sei diese finanzpolitische oder wirtschaftlicher Art: Das, was Ihr Fraktionsvorsitzender hier als Alternative vorgelegt hat, ist selbst in den eigenen Reihen beschämend.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von der SPD: Das haben wir gemeinsam vorgelegt!)

Es ist beschämend, wenn man nichts weiter als **Alternativen** vorzuweisen hat als eine Luftbuchung, die man sogar mit den Worten einleitet: Wir hatten leider aufgrund der bevorstehenden Landtagswahlen nicht genug Zeit. Daher schätzen wir bei den Gemeindefusionen oder beim Nordstaat und der nördlichen Kooperation irgendwelche Summen. Man schätzt 100 Millionen €, die irgendwann fällig werden, wenn man dies in Zukunft machen würde. Damit will man all die Versprechen finanzieren, die in den Jahren gemacht werden. Das ist peinlich, und ich weiß, dass dies vielen in der SPD auch unangenehm ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Man kann nur sagen: Hier wird ein Neuer viel aufzuräumen haben. Wichtig ist bei uns etwas, weshalb wir das alles gelassen genommen haben. Ich möchte mich herzlich bei den vielen einzelnen Abgeordneten meiner Fraktion und auch der FDP-Fraktion bedanken, denn ich weiß, dass das ganz schwere Wochen und Monate für jeden Einzelnen in seinem Wahlkreis gewesen sind. Auch heute - und auch bei der Endabstimmung - haben viele immer noch ein Bauchgrummeln.

Das ist so, und das wird auch bleiben. Ich sage es deutlich: Das wird in den nächsten Jahren nicht besser werden. Wir werden weiterhin den Rücken gerade machen. Wir werden uns weiterhin mit einer Menge Menschen in diesem Land anlegen müssen. Bei uns wird es vor der nächsten Wahl keine großen finanziellen Versprechungen geben. Der Dreisprung, den wir bisher gemacht haben, wird fortgesetzt: kluge Investitionen in Bildung, kluge langfristige und weitsichtige Investitionen in Infrastruktur, aber gleichzeitig nicht unter Gefährdung des vorliegenden Sparkurses, zu dem wir uns eigentlich alle verpflichtet haben.

Wir gehen einen ersten großen Schritt hin zum Jahr 2020 ohne Neuverschuldung und mit einem Bundesland Schleswig-Holstein, das endlich dahin

kommt, wohin es gehört, nämlich an die Spitze dieser Bundesrepublik. Diesen Weg gehen wir. Heute ist dazu der erste große Schritt.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Herr Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Monaten haben wir in der Folge der größten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit über die prekären kommunalen Haushalte und das strukturelle Defizit debattiert. Sie haben uns mit großem Pathos immer wieder die **Schuldenbremse** als großartiges Allheilmittel für jedes politische Übel vorgehalten und uns vor griechischen Verhältnissen gewarnt. Das kam heute auch wieder vor. Ja, wir haben mit großer Mehrheit gemeinsam die Schuldenbremse in die Verfassung unseres Landes aufgenommen. Wir haben zugleich gemeinsam eine Resolution beschlossen, in der es heißt: Einnahmen und Ausgaben des Landes müssen wieder in Einklang gebracht werden.

„In Einklang“ meint, eine vernünftige Balance zu schaffen. Ihr **Haushaltsentwurf** zeigt etwas ganz anderes. Die **Einnahmeseite** haben Sie komplett ausgeblendet. Erst nach Vorschlägen von SPD und Grünen haben Sie sich zaghaft daran gewagt, davon ein bisschen abzuschreiben.

Trotz allem medialen Theater war immer klar, Sie werden Ihre knappe Mehrheit heute durchbringen. Es gibt kein Heldendrama, bei dem Abgeordnete ihre Überzeugung über den Machtwillen stellen, auch keine Tragödie, in der Abgeordnete gerne wollen, aber nicht dürfen oder können. Nein, es ist eher eine Farce, bevor Ihre Regierungszeit endgültig abläuft.

Der Ministerpräsident sagte am Sonntag im NDR: Auch wenn der Haushalt scheitern sollte, wird diese gut funktionierende Koalition einfach weiterarbeiten. - Nein, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dieses Ausmaß an Realitätsverlust bekümmert selbst die Opposition, auch wenn ich dazu nicht den Vergleich wählen möchte, den der Kollege Kubicki für den Zustand der FDP verwendet hat.

Die wirklich weichgespülte Pressemitteilung der Koalitionsfraktionen über die adventliche Einigung zum Haushalt ist geradezu brüllend komisch. Sie

(Dr. Ralf Stegner)

könnte aus der englischen Politsatire „Yes Minister“ stammen.

Vom Oppositionsführer würde man jetzt normalerweise erwarten, dass er schonungslos mit der Regierungspolitik dieser konservativ-liberalen Regierungskoalition abrechnet. Das wäre auch ein Leichtes. Schon die Kurzaufzählung der Stichworte Kita-Gebührenfreiheit, Universität Lübeck, UK S-H, Schulgesetz, Schülerbeförderungskosten, Minderheitenpolitik oder Stimmverhalten im Bundesrat dokumentiert eines, was in Schleswig-Holstein jeder weiß: Diese Landesregierung kann es nicht. - Ihre Politik bezieht betroffene Menschen nicht mit ein.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Die Politik ist unsozial, voller regionaler Unwuchten, erschreckend unprofessionell und ohne Seriosität. Es lohnt also nicht, es nachzuzeichnen. Deshalb will ich heute sehr viel mehr über das sprechen, was mir am wichtigsten erscheint, nämlich Orientierung. Was sind die Werte und **Ziele** unserer Politik? Die Menschen wollen von der heutigen Opposition, die bald Regierung sein wird, wissen, welche **Alternative** sie anzubieten hat. Dies will ich Ihnen anhand unserer Schwerpunkte im Landeshaushalt darlegen und damit zugleich einen weiteren Unterschied zu Ihrer Politik aufzeigen. Für uns stehen der Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, das Augenmaß im konkreten politischen Handeln und der Mensch im Mittelpunkt unserer Vorstellung von guter Regierungspolitik für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD)

Ganz ohne eine kritische **Bestandsaufnahme** geht es aber natürlich nicht. Ich will das sehr kurz halten. „Im Anfang war das Wort“: So beginnt der Prolog im Johannes-Evangelium. Wir hören das in der Weihnachtszeit oft. Man kann auch sagen „Am Anfang war der Geist, der Gedanke“. Ihre Politik beginnt mit dem Gegenteil davon. Sie folgt dem Motto „Im Anfang war die Zahl“. Es gibt kein Konzept und keine Politik, aber im ganzen Land haben Sie Porzellan zerdeppert.

Zu Ihrer Haushaltspolitik passt ein Zitat des Mediziners Robert Koch, der gesagt hat: Wenn ein Arzt hinter dem Sarg seines Patienten geht, folgt manchmal tatsächlich die Ursache einer Wirkung.

Wie ein solcher Doktor Eisenbart kommen Sie mir vor, Herr Ministerpräsident, wenn Sie den Demonstranten vom Blindenverein sagen, wie Sie es doch bedauern, dass Ihre Politik ach so alternativlos sei.

In der **Bildungspolitik** haben Sie ein heillooses Desaster angerichtet. Im Kern wollen Sie immer noch zum gegliederten Schulwesen zurück. Sie zerstören die kommunalen Planungen. Sie bringen Eltern, Schülerinnen, Schüler, Lehrerinnen und Lehrer gegen sich auf. Sie diskutieren doch tatsächlich tadellos, ob Sie neue Studienplätze an Niedersachsen abtreten, weil wir sie uns „nicht leisten können“. Nein, nicht leisten können wir uns eine solche Gestrigkeit.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie wollen auch noch Lob dafür, wenn Sie einmal einen Vertrag einhalten. Ich finde, das ist ein starkes Stück. Einmal halten Sie sich an das, was in den Verträgen steht, die Sie selbst unterschrieben haben. Dann wollen Sie dafür auch noch gelobt werden.

Welche andere Zukunftschance hat Schleswig-Holstein eigentlich, als Kinder und Jugendliche sowie deren Bildung als den wichtigsten Reichtum unseres Landes zu behandeln? Sie haben sich daran gemacht, den **Universitäten in Flensburg und Lübeck** den Garaus zu machen. Die Lübecker bekommen einen Preis für ihre Protestaktion gegen Ihre Politik. Die Landesregierung und Sie haben noch die Stirn, heute dazu zu gratulieren, anstatt sich in Grund und Boden dafür zu schämen, dass man die Bürgerinnen und Bürger vorsätzlich getäuscht und zum Spielball gemacht hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie gucken zu, wenn die **HSH Nordbank** immer mehr mit kriminellen Vorgängen in Zusammenhang gebracht wird. Pünktlich zur heutigen Landtagssitzung darf Herr Kopper dem Vorstandsvorsitzenden eine schwere goldene Brücke bauen. Ich kann dazu nur sagen: Das ist ein Totalausfall bei der Verantwortung. Frohe Weihnachten und schöne Bescherung, Herr Professor Nonnenmacher! So wird das nämlich sein.

Sie wollen der Bundesregierung in der **Atompolitik** folgen. Diese kündigt den breit akzeptierten Atomkonsens. Sie will längere Laufzeiten älterer Reaktoren. Die Entsorgung des Atommülls wird aber den kommenden Generationen zu horrenden Kosten überlassen. Sie sagen Ja, wenn dafür Geld in die Landeskasse fließt. Für eine solche Politik gibt es in Schleswig-Holstein keine Mehrheit.

In einem Punkt war die **Landesregierung** allerdings sehr verlässlich. Das will ich sagen. Es ist



(Dr. Ralf Stegner)

gut, dass Sie keine Zeitung lesen. Jetzt hören sie es einmal von mir. Sie haben generell das Gegenteil von dem getan, was Sie angekündigt haben. Die kurze Liste ist wirklich eindrucksvoll. Als Beispiel mag das **beitragsfreie Kita-Jahr** gelten. Vor der Wahl war es ein Wahlkampfslager. Nach der Wahl haben Sie das Versprechen gebrochen. Das beitragsfreie Kita-Jahr wurde mit schwarz-gelber Mehrheit abgeschafft. Vor der Wahl haben Sie **Schülerbeförderungskosten** in öffentlicher Verantwortung versprochen. Nach der Wahl haben Sie das Versprechen gebrochen. Die Eltern sollen wieder selbst zahlen. Vor der Wahl haben Sie den Verzicht auf die Privatisierung des **Universitätsklinikums** vertraglich vereinbart. Nach der Wahl haben Sie das Versprechen gebrochen und millionenschwere Markterkundungsverfahren als Vorstufe der Vollprivatisierung eingeleitet. Das haben Sie heute schon zugegeben. Vor der Wahl haben Sie ein Bekenntnis zur **Gleichstellung dänischer Schülerinnen und Schüler** abgegeben. Nach der Wahl haben Sie das Versprechen gebrochen und die Förderung drastisch reduziert.

Ihre Politik des konsequenten Wortbruchs zerstört das Vertrauen in Demokratie und Regierungsfähigkeit. Reden Sie sich nicht mit der Schuldenbremse heraus. Als diese Versprechen abgegeben wurden, stand die **Schuldenbremse** schon längst im Grundgesetz. Diese Landesregierung ist die schlechteste, die Schleswig-Holstein je hatte.

(Beifall bei der SPD)

Die große Herausforderung für uns alle ist es, bei den Bürgerinnen und Bürgern verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Damit lasse ich es gut sein; denn es lohnt nicht mehr, darauf einzugehen. Auch eine SPD-geführte Regierung stünde vor der Herausforderung, die prekäre Haushaltslage und die Schuldenbegrenzung in unserer Verfassung zu beachten.

Unser **Konsolidierungskonzept** beinhaltet daher ein Zusammenwirken von Investitionen in die Zukunft, eine Kürzung bei den Ausgaben, eine Verbesserung bei den Einnahmen und überfällige Strukturveränderungen.

Politik muss für die Menschen da sein. Sie muss die Gesellschaft in ihrem Zusammenhalt stärken. Die starken Schultern müssen mehr Lasten tragen als die schwachen.

Es darf keine **Umverteilung** von oben nach unten stattfinden. Ich muss Ihnen auch sagen, die Gesellschaft wundert sich schon darüber, was eigentlich mutig daran ist, bei Kindern und Eltern, bei Bil-

dung und sozialen Hilfen abzukassieren. Was ist daran eigentlich mutig? Mutig wäre es, sich mit mächtigen Interessen anzulegen. Wir wissen, dass wir eine große Vertrauenserosion haben. Die Gesellschaft verliert ihre **soziale Balance**. Menschen beklagen das Abgeben falscher Versprechungen. Sie wenden sich von einer Politik ab, die Zukunftsangst fördert und mutige Entwicklungen ausbremst.

Für uns geht es um die Frage, wohin wir unser Land führen wollen. Welche politische Orientierung soll es für die nächsten fünf bis zehn Jahre geben? Ich glaube, die Menschen wollen in diesem wunderschönen Land vor allem gut leben. Sie wollen, dass die Politik die **Grundlagen** dafür schafft, dass sie das auch können. Sie wollen, dass es bei der Gestaltung der Zukunft und bei den Einschnitten, um die auch wir nicht herumkommen, einigermaßen gerecht zugeht.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Dabei wissen wir, wie problematisch die **öffentlichen Haushalte** in Land und Kommunen aussehen. Es gibt keine andere Zukunftsstrategie für unser Land, als sich auf unsere Potenziale und Chancen zu konzentrieren, statt auf die Probleme und Risiken. Wir müssen auf die Bildung und auf gerechte Chancen, auf die Beteiligung aller, auf ein modernes und sozial gestaltetes Schleswig-Holstein setzen.

An vielen Punkten der Gesellschaft sehen wir, dass der Respekt verloren geht. **Beschäftigte**, die hart und lange arbeiten, werden mit Hunger- und Dumpinglöhnen abgespeist. Sie werden am **Arbeitsplatz** bespitzelt. Wir haben problematische Bedingungen in der **Pflege**, in **Krankenhäusern** und in **Altenheimen**. Wir haben häufig wenig Respekt vor der kulturellen oder religiösen **Identität** und der Leistung anderer. Wie sieht es wirklich mit der Wertschätzung des **bürgerschaftlichen Engagements** aus, wenn wir das in Sonntagsreden loben, Sie mit Ihren Haushaltsvorschlägen aber ganz vielen, die ehrenamtlich für andere da sind, die professionelle Basis dafür entziehen, dass sie das auch können?

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht nur Handlungsbedarf gegeben. Die Art, wie Sie den Haushalt aufgestellt haben, zeigt eben auch, dass Ihnen der Respekt vor den Menschen fehlt. Gutes Regieren betrachtet Menschen als Beteiligte und Partner. Politisch ist das reine **Kostendenken** häufig das unproduktivste und unwirtschaftlichste Prinzip, das sich denken lässt. Das

(Dr. Ralf Stegner)

zeigt sich bei unterlassenen Investitionen in Bildung und Klimaschutz oder beim Atommüll. Die Zeche ist exorbitant und eine ungeheure Hypothek für unsere Zukunft.

Wenn die Menschen im Mittelpunkt der Politik stehen sollen, dann heißt das:

Erstens. Gute Politik muss die **Solidargemeinschaft** stärken und Chancengleichheit verwirklichen. Die individuellen Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Pflege müssen sozial abgesichert bleiben.

Zweitens. Nach den landespolitischen Wirrungen der letzten Jahre muss die Politik wieder ein höheres Maß an **Planungssicherheit** für die Zukunft schaffen.

Drittens. **Demokratie** darf sich nicht auf Wahlen im Parlament beschränken. Gute Politik muss die Menschen stärker beteiligen.

Viertens. Gute Politik muss auch Freiräume für individuelle Leistungen schaffen. Schleswig-Holstein ist stark geprägt von der mittelständischen Wirtschaft, vom Handwerk und von kleinen Familienbetrieben. **Wirtschaftspolitik** in Schleswig-Holstein muss der Wahrnehmung von Eigenverantwortung und der Leistungsförderung größeren Raum bieten.

Fünftens. Gute Politik wird von **Werten** und **Zielen** geprägt und getragen.

Gemeinsam wollen wir - das ist unser Punkt - investieren statt reparieren. Wir wollen Schleswig-Holstein menschlicher machen durch gezielte **Investitionen** in **Bildung**, durch gute **Arbeit**, durch bessere **Chancen** für Menschen mit Benachteiligungen gerade auf dem Arbeitsmarkt, durch die Bewahrung und den Schutz unserer **natürlichen Lebensgrundlagen**, durch eine nachhaltige **Integration** zugewanderter Familien, durch **Geschlechtergerechtigkeit**, durch **demokratische Teilhabe** aller Bürgerinnen und Bürger und durch einen wirksamen Schutz ihrer Rechte und ihrer Sicherheit. Das ist die Wertvorstellung, die unsere Politik in Schleswig-Holstein prägt.

(Beifall bei der SPD)

Wir bekennen uns ausdrücklich zum finanzpolitischen **Ziel** der **Haushaltskonsolidierung** und des **Schuldenabbaus**. Wir wissen um unsere Verpflichtung, unseren Kindern und Enkeln keinen riesigen Schuldenberg zu hinterlassen. Wir stellen aber auch fest, dass die übliche Vorgehensweise der Haushaltspolitik, Sozialausgaben zu kürzen und das Personal abzubauen, nicht zu einer langfristigen Kon-

solidierung geführt hat. Eine solche Politik des Rotstifts bringt bestenfalls kurzfristig Entlastung, führt aber letztlich zu einem Anstieg sozialer Kosten.

Ich zitiere die vorhin von Ihnen geschmähte Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft. Mit dem, was sie in ihrer Regierungserklärung gesagt hat, hat sie vollkommen recht:

„Wir stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik.“

Weiter heißt es:

„Man muss jetzt den Mut haben, in Vorbeugung, in Betreuung und in Bildung zu investieren. Wir bekennen uns offen und selbstbewusst dazu, dass wir dafür zunächst höhere Ausgaben und vielleicht auch zusätzliche Schulden machen müssen. Doch wir sind davon überzeugt, dass nur eine solch mutige Politik, die auf Stärkung der Familien, auf Prävention, auf beste Bildung setzt, im zweiten Schritt dazu führt, dass es mehr Wirtschaftswachstum, höhere Steuereinnahmen und sinkende Staatsausgaben auf allen Ebenen geben wird.“

Wir haben den Mut zu dieser neuen Finanzpolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Vorstellungen von der Zukunft finden sich nicht nur in unseren Haushaltsschwerpunkten wieder, sondern auch in der Devise für das, was wir tun wollen, wenn wir dieses Land wieder regieren. Sie wissen, dass das bald so sein wird.

Erstens. Gute Arbeit. Das Fundament unserer Gesellschaft ist und bleibt **gute Arbeit**, von der man leben kann und die den Menschen guttut. Wenn die Menschen so Steuern und Beiträge zahlen und keine **Sozialtransfers** brauchen, dann unterstützen sie den Haushalt. Es ist gut, wenn die Menschen nicht von der Aufstockung ihrer Arbeitslöhne leben müssen.

Wir brauchen ein **Investitionsprogramm** für den Ausbau **erneuerbarer Energien** mit neuen innovativen **Arbeitsplätzen** im **Mittelstand** und im **Handwerk** quer durch das Land. Es gibt Arbeit ohne Ende bei der Kinderbetreuung, in der Bildung, bei der **Pflege** und in der **Gesundheit**.

Zweitens. Beste **Bildungschancen**. Wenn wir wieder regieren, werden wir vom ersten Tag an konsequent darauf hinarbeiten, dass in Schleswig-Holstein künftig kein Kind mehr zurückgelassen wird. Wer frühzeitig in Bildung investiert, in die Kinder-

(Dr. Ralf Stegner)

und Ganztagsbetreuung, in passgenaue Hilfen für Alleinerziehende und Familien und in eine Vorsorge der sozialen Integrationspolitik, der sorgt am besten für die Zukunft vor, weil er direkt in die Zukunft investiert. Eine solche präventive Politik wird sich mittelfristig und erst recht langfristig rechnen.

Wir investieren mit unseren Vorschlägen deswegen in erster Linie in die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel und in die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein. Wenn wir es nicht schaffen, mehr junge Menschen zu **Schulabschlüssen** zu führen, wird unser Land keine Zukunft haben. Dass in Dänemark 80 % aller Kinder Abitur machen, bei uns aber nur 45 % - bei Migrant\*innen sind es 12 % -, das kann nicht an den Genen liegen. Das hat politische Ursachen. Eine neue Landesregierung wird dafür arbeiten, dass sich das deutlich verbessert.

Dies geht übrigens nur über die Stärkung der **Gemeinschaftsschulen**, über längeres gemeinsames Lernen. Abitur mit G 8, Gemeinschaftsschule mit G 9, das ist der Weg, aber nicht ihr teures Y-Chaos, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Größere Anstrengungen sind bei der Reform der **Lehrerbildung** notwendig. Beste Bildung, und zwar gebührenfrei von der Kita bis zum Studium, das ist das, was wir brauchen, weil wir nämlich in die frühestmögliche Entwicklung von Kindern und damit in ihre Lebenschancen investieren müssen. Tun wir das nicht, wird das Land ärmer, weil die gesellschaftlichen Kosten unterlassener Bildung immens sind.

Klar ist, dass sich das in erster Linie in den **Städten und Gemeinden** entscheidet. Deshalb brauchen wir mehr finanzielle Anstrengungen des Bundes, des Landes und der Kommunen. Es bedarf eines zehnjährigen Kraftaktes. Deshalb muss auch die Verfassung geändert werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Einen entsprechenden Antrag haben wir heute gestellt.

Drittens. Die Verbesserung der **Situation von Eltern und Familien**: Das Schlüsselthema für Eltern in der Rushhour ihres Lebens, also zwischen 25 und 45 Jahren, ist die Frage, wie sie Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. Hierbei geht es um beitragsfreie Kitas und um den Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige. Das ist genau das, was die Mittelschicht braucht. Die Familien, über die wir sprechen, haben nicht nur die häufig teure Erziehung ihrer Kinder zu leisten. Sie stehen auch vor der Herausforderung der Pflege ihrer

Eltern, und sie sollen häufig stärker für die eigene Rente vorsorgen.

Diese **Mehrfachbelastung** gehört zu den Themen, die wir uns künftig genauer ansehen müssen. Eine **gebührenfreie Bildung**, für die wir eintreten, ist nämlich eine viel größere Entlastung als all das, was Sie über Steuerpolitik fabulieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Neue Energie. Die konsequente **Energie-wende** schafft nicht nur Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein, sondern mit dem **Ausstieg aus der Atomenergie**, mit der konsequenten Vorfahrt für erneuerbare Energie und mit den **Leitungsnetzen in öffentlicher Hand** schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass wieder in den Kommunen vor Ort entschieden wird und dass unsere Kinder und Enkel noch in Wohlstand leben können.

Ich glaube, wir brauchen Mut, das richtig Erkante auch beherzt anzupacken. Es ist doch heute so, dass wir es in der Politik mit sogenannten Realisten, mit Tatsachenmenschen zu tun haben, die nur noch darauf verweisen, was nicht geht, sodass die Potenziale, die in der Gesellschaft stecken, nicht zur Entfaltung kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir können das aber, und die **Gemeinschaftsschule** ist ein Beispiel dafür. Wir können Mut schöpfen aus dem, was wir schon gewagt haben. Deshalb bedeutet das Haushaltspaket, das die SPD vorgelegt hat, dass wir es mittragen, in zehn Jahren aus der **Neuverschuldung** auszusteigen. Damit das gelingen kann, müssen wir aber einen Schwerpunkt im Bereich der Bildung setzen.

Zusammengefasst heißt das: Wir stehen zu der Vereinbarung aus der Zeit der Großen Koalition, dass das **letzte Kindergartenjahr** gebührenfrei sein soll. Wir stehen außerdem zu der Vereinbarung aus der Zeit der Großen Koalition, dass es keine Verpflichtung der Kreise geben sollte, die Eltern an den Kosten der **Schülerbeförderung** zu beteiligen. Wir stehen darüber hinaus zu der **Minderheitenpolitik**, wie wir sie in 21 Jahren Regierungspolitik formuliert haben. Bei den Schulen der dänischen Minderheit darf nicht gekürzt werden, wie Sie das aber tun.

Wir setzen auch im **Sozialbereich** auf einen moderaten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Wir können aber nicht wahllos Einsparungen in diesem Bereich vornehmen. Wir schlagen Ihnen neue **Sozialverträge** vor, die Planungssicherheit bedeuten. So können diejenigen, die mit Schleswig-

(Dr. Ralf Stegner)

Holstein Verträge schließen, endlich wieder einmal merken, dass eine Landesregierung vertragstreu sein kann. Das sind Sie nämlich nicht. Das wird sich ändern, wenn Sozialdemokraten wieder regieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Kürzungen, die Sie vorschlagen, werden die Gesellschaft teuer zu stehen kommen. Tausende demonstrieren dagegen im Land. Wenn Sie bei **Vereinen und Projekten** kürzen, führt das oft zum Exitus. Sie sparen an der falschen Stelle. Die **Kürzung des Landesblindengeldes** ist Ihr Hauptbeitrag. Das ist nicht hinzunehmen. Ich muss Ihnen sagen: Sie haben überhaupt nicht verstanden, was Sie damit anrichten. Wir werden Schlusslicht sein, wenn wir das tun, was Sie vorschlagen.

Es ist unglaublich, was Sie bei der **Eingliederungshilfe** beabsichtigen. Das ist der größte Titel im Bereich der Politik für Menschen mit Behinderung. Sie kürzen nicht nur die Mittel an bestimmten Stellen um 45 %, sondern machen das am Parlament vorbei und ohne die Verbände zu beteiligen. Das ist ein Skandal. Nach den Neuwahlen werden wir alle verfügbaren Mittel für die Inklusion einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben ein vorbildliches **Kinderschutzgesetz**. Was machen Sie aber? Sie kürzen die Mittel für die frühen Hilfen um 40 %. Das tragen wir nicht mit. Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unseres Landes, meine sehr verehrten Damen und Herren. Was Sie bei **Jugendverbänden**, bei **Mädchentreffs** und bei **Familienbildungsstätten** tun, das zeigt, dass keine Ideen und Konzepte hinter Ihren Haushaltskonsolidierungsplänen stehen. Es ist Willkür, und es ist Aktionismus. Die Leidtragenden Ihrer Politik sind hilfebedürftige Menschen sowie Kinder und Familien.

Für uns ist die Familie das Fundament unserer Gesellschaft. Das steht übrigens auch in Ihrem Koalitionsvertrag. Warum zerstören Sie dieses Fundament durch Ihre eigene Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD)

Im Bereich der **Wirtschaftspolitik** wollen wir die Subventionierung von Unternehmen durch **einzelbetriebliche Förderung** abschaffen. Die Subventionierung von Unternehmen gefährdet nämlich mehr Arbeitsplätze, als damit an anderer Stelle gesichert werden. Den Unternehmen in Schleswig-Holstein wäre weit besser gedient, wenn die Regie-

rungsfraktionen endlich ein europarechtskonformes **Tariftreuegesetz** beschließen würden, das von Gewerkschaften und Wirtschaft gleichermaßen gefordert wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf von der FDP: Machen wir doch!)

Sie stellen als erstes Bundesland die Beibehaltungsförderung für den ökologischen Landbau ein. Sie sind der Meinung, bei allem, was mit Umwelt, Naturschutz und Klima zu tun hat, könne man richtig kürzen und reinhauen. Sie lassen das Freiwillige Ökologische Jahr zur Ader. Sie kürzen in einem Bereich, in dem sich junge Menschen organisieren. Sie streichen sämtliche Mittel für den Klimaschutz. Als ob ausgerechnet das Land zwischen den Meeren es sich leisten könnte, bei diesem Thema zu schlafen.

Die **Kommunen** dachten, dass sie endlich in den Bereichen investieren können, in denen das dringend notwendig ist. Sie müssen sich nun aber darauf einrichten, dass die Opfer Ihrer Sparpolitik an den Rathaustüren anklopfen werden. Was sollen die **Beratungsstellen** für Frauen, Migrantinnen, Familien, Senioren und Behinderte auch sonst machen, wenn sie ihre Arbeit nicht einstellen wollen? Natürlich werden sie versuchen, etwas von den Kommunen zu bekommen. Was freiwillige Leistung heißt, ist in unserem Sozialstaat in Wirklichkeit Pflichtleistung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie versprochen den Beamten und Beamtinnen, dass sie bereits ihren Beitrag geleistet haben. Herr Kollege Kalinka hat genauso Versprechen abgegeben, wie es der Kollege Kubicki getan hat. Sie haben zuerst versprochen, dass sie keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizisten beschließen werden. Jetzt machen Sie es aber doch. Herr Kubicki hat gesagt, er lasse sich in die Förde werfen, wenn es doch beschlossen wird. Sie sollten sich beeilen; denn es wird allmählich kühl draußen.

Auch die Verschlechterung bei unserem bundesweit vorbildlichen **Mitbestimmungsgesetz** lehnen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ab.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie kürzen überall: bei der Europapolitik, bei den Minderheiten. Man sieht - Sie haben das Europaministerium aufgelöst -, immer dann, wenn ein Politikgegenstand Chefsache wird, wird es in Schleswig-Holstein Zeit für die Betroffenen, Reißaus zu nehmen. Das ist das, was wir hier erleben.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Natürlich, wir geben im Ländervergleich nicht viel für Kultur aus. Auch wir sind früher kritisiert worden, dass wir keinen Schwerpunkt gesetzt haben, die Kulturförderung auszuweiten. Aber das heißt nicht, dass ist „nice to have“ zu sagen, sondern wir haben Artikel 9 unserer Landesverfassung. **Kultur im Flächenland** muss auch heißen, dass wir **Kulturförderung** noch machen. Wir überrollen deshalb viele Kulturtitel oder reduzieren die von der Landesregierung eingesetzten Kürzungen auf 2,5 %. Hier setzen wir wiederum einen Schwerpunkt bei den Minderheiten. Da gilt, dass das, was Sie dort anrichten, nicht nur innenpolitisch ein Problem ist, sondern Sie richten auch außenpolitischen Schaden in Bezug auf das deutsch-dänische Verhältnis an.

Auch wir sagen, wir müssen einen Teil der **Minderheiteneinrichtungen** an den Kürzungen beteiligen, aber eben nicht so flächendeckend, wie Sie das tun, und nicht im Bruch der Vereinbarung, die bisher immer gegolten hat. Minderheitenpolitik war früher jedenfalls Modell für andere europäische Regionen. Sie sind dabei, das zu zerstören, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, LINKEN und SSW)

Für die **Gleichstellung** gilt das übrigens auch: Umschichtungen, die Frauenhäuser gefährden. Wie hohl muss es klingen, wenn Sie in Ihrem Koalitionsvertrag schreiben, die Bekämpfung von **Kinderarmut** spielt eine herausragende Rolle, zum Schutz vor häuslicher Gewalt werden wir das Angebot in **Frauenhäusern** aufrechterhalten? So steht es in ihrem Koalitionsvertrag. Was machen Sie aber? Sie tun das Gegenteil, und es kümmert Sie überhaupt nicht, dass Sie dies tun.

Natürlich geht es nicht nur mit Ausgabenkürzungen - ich habe auf einiges hingewiesen, und Sie finden auch vieles in unseren Anträgen -, sondern wir brauchen auch **Einnahmeverbesserungen**. Wir machen ihnen dazu Vorschläge mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer zum Beispiel bereits im nächsten Jahr. Wir halten es für richtig, dass stärkere Schultern mehr Lasten tragen als schwache. Letztlich hat die Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt, dass gerade die Wirtschaft nach dem Staat ruft, wenn es darum geht, Banken zu retten oder anderswo auszuhelfen.

Die **Küstenschutzabgabe** in der Form, wie Sie sie vorschlagen, lehnen wir ab. Sie kommt ja jetzt wohl auch nicht. Insgesamt gilt aber, dass wir über den **Bundesrat** anders mitwirken müssen, als Sie es ge-

tan haben, nämlich nicht reiche Erben und Hoteliers zu entlasten,

(Zurufe von der FDP: Aha!)

sondern dazu beizutragen, dass höhere Einkommen und Vermögen stärker beteiligt werden. Das ist das, was nötig ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das **Parlament** leistet einen Einsparbeitrag, indem die **Fraktionsmittel** reduziert werden. Bei den **Funktionssträgern** haben wir schon seit August gekürzt. Da, muss ich Ihnen ehrlich sagen, passt es wirklich ins Bild, dass die **Ministerinnen und Minister** nichts beitragen, dass sie in keiner Weise etwas beitragen. Erklären Sie das doch mal dem hungrigen Kind oder den Eltern, die eine Mehrbelastung von 100 oder 200 € haben. Erklären Sie es hier im Plenum!

Was die Weigerung des Kabinetts angeht, auch einen Sparbeitrag bei den eigenen Gehältern zu leisten, kann man frei nach unserem Ehrenbürger Siegfried Lenz formulieren: Auf dem Grabstein dieser Landesregierung könnte stehen: Jeder wollte das Beste für sich.

Schämen Sie sich eigentlich nicht, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich auf Spitzfindigkeiten herausreden, aber gleichzeitig Demonstranten vor dem Haus sagen, wie schwer es Ihnen falle, das Blindengeld zu kürzen und in der Presseerklärung der Landesregierung zu titeln, die Politik spare bei sich selbst? Schämen Sie sich eigentlich nicht dafür, dass Sie nichts davon umsetzen? Das bisschen, was die Abgeordneten einsparen, die gleichzeitig Minister sind, haben Sie sich mit der **Gehaltserhöhung** im Mai draufgelegt, damit Sie nichts einbüßen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr verehrter Herr Kollege von Boetticher, lieber Kollege Kubicki, ich frage Sie: Sie haben eben von Mut gesprochen. Wo ist eigentlich der Mut bei den Fraktionen von CDU und FDP? Mut ist nicht, den Schwächsten etwas wegzunehmen. Mutig wäre es zum Beispiel, darauf zu bestehen. Aber der Mut reicht ja nicht mal die paar Meter von Ihren Plätzen bis zur Regierungsbank. So ist es doch, wenn man sieht, wie der Sparbeitrag der Politik ausfällt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen auch **Strukturreformen bei der Verwaltung**. Nichts von dem stimmt, was Sie hier gesagt haben, Herr Kollege von Boetticher. Wir sind immer an Ih-

(Dr. Ralf Stegner)

nen gescheitert, dass das nicht geklappt hat. Wir wollen nicht in Bürokratie investieren, sondern in Kinder, in Bildung, in soziale Infrastruktur. Dazu wird es nicht mehr kommen, weil die Wahlen früher stattfinden. Aber die Zahlen, die wir Ihnen genannt haben, was auch in der **Metropolregion** möglich ist, sind sehr wohl gestützt auf seriöse Gutachten, auf das, was in anderen Ländern passiert. Das wollen Sie aber nicht, weil Sie vor Ihren Funktionären kuscheln und sich nicht trauen, das durchzusetzen. Wir werden das durchsetzen; verlassen Sie sich darauf.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Deshalb haben wir zu diesen Dingen ebenso Sachanträge gestellt wie zu der Frage **neuer Sozialverträge** und dem Anliegen, dass Schleswig-Holstein im Bundesrat einen Antrag stellt, das Grundgesetz in Sachen **Kooperationsverbot im Bildungsbereich** zu ändern.

Bei einer Reihe von Haushaltspositionen wollen wir den Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen Gelegenheit geben, ihre ganz persönliche Haltung kundzutun. Deshalb werden wir beim Thema Landesblindengeld, bei den Schülerbeförderungskosten, bei den Maßnahmen der Frauenförderung genauso **namentliche Abstimmung** beantragen wie bei dem Thema der Beteiligung beziehungsweise der Nichtbeteiligung der Landesregierung an den Einsparmaßnahmen. Das werden wir tun, und dann können Sie den Menschen dokumentieren, was Sie für richtig halten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen wir!)

- Wenn Sie das machen, ist das in Ordnung. Wir wollen Ihnen die Gelegenheit dazu ausdrücklich geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen jetzt am Ende der Legislaturperiode und am Ende von Schwarz-Gelb.

(Lachen bei der FDP)

Nach den verschenkten zwei Jahren für unser Land sind wir die glaubwürdigere und gesellschaftsorientierte Alternative. Wir haben Antworten auf die Fragen der Menschen. Wir haben eine Vorstellung, wie Schleswig-Holstein in zehn Jahren aussehen soll. Die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins erwarten von uns, dass wir die Grundlagen schaffen, in diesem Land gut leben zu können. Sie sind nicht gegen Einsparungen und Konsolidierungsmaßnahmen, nein, sie erwarten sie von uns. Aber sie erwarten eben auch, dass wir es bei der Gestaltung der Zukunft oder bei Einschnitten, um

die auch wir nicht herumkommen, gerecht machen. Gute Politik geht nur gerecht, meine sehr verehrten Damen und Herren; das unterscheidet uns von Ihnen.

Wir müssen unsere Chancen, unsere Potenziale nutzen. Dazu gehört gute Arbeit, von der die Menschen leben können. Dazu gehören Mindestlöhne statt versteckter Wirtschaftsförderung durch Lohn-dumping plus ergänzende Sozialleistungen.

(Lachen bei CDU und FDP)

- Sie können darüber ruhig lachen. Das ist weder christlich noch liberal, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Im ersten Halbjahr 2010 war die **Lohnquote** erneut rückläufig. Kapitalgewinne und Einkommen sind gestiegen. Ich sage Ihnen noch einmal: Bildung, Bildung, Bildung, das ist die Investition in die Zukunft, die sich rechnet für eine Gesellschaft, für Arbeitsplätze, für die Einnahmen des Landes. **Bildung** ist unser Rohstoff. Er darf nicht abgebaut werden im Gegensatz zu anderen. **Familien und Eltern** unterstützen und nicht nur mit weißer Salbe wie das Vorziehen von Investitionen für die U3-Betreuung, sondern durch beitragsfreie Kita-Jahre, mehr Ganztagschulen, Schulspeisung und Verzicht auf Beteiligung an den Schülerbeförderungskosten.

Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion - ich erinnere Sie noch einmal daran - hat der Landtag am 19. Mai 2010 gemeinsam mit der **Schuldenbremse** eine Resolution beschlossen, die deutlich macht: Wir wollen eine **verlässliche Finanzpolitik**, damit wir die Ziele der Schuldenbremse realistisch umsetzen können, eine Gesetzgebung des Bundes, die nicht zulasten der Länder geht, die klare Umsetzung von **Prioritäten** im Landeshaushalt und die Verbesserung der Einnahmen. Nur mit allen drei Punkten werden wir den Haushalt des Landes ins Gleichgewicht bringen können. Wir erwarten deshalb, dass dieser Beschluss des Landtags auch gilt, dass sich die Landesregierung daran hält und nicht, wie zuletzt vor zwei Wochen im Wirtschaftsausschuss, über die Hoffnung auf finanzielle Fairness des Bundes fabuliert, nachdem Sie wieder einmal ohne Kompensation zustimmt, ob Brennelementesteuer, ob CCS oder Landesbasisfallwert für Krankenhäuser. Man kann jedes Beispiel nehmen, was man möchte, die Landesregierung erreicht nichts, und sie setzt nichts von dem um, was dieser Landtag beschlossen hat.

(Dr. Ralf Stegner)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei Sophokles heißt es: Achtung verdient, wer vollbringe, was er vermag. So weit will ich Ihnen durchaus Achtung zollen. Ich glaube tatsächlich, dass Sie vollbringen, was Sie vermögen. Unsere Ansprüche sind da anders. Deswegen lehnen wir diesen Haushalt ab. Er ist unsozial, er ist unsolid, er ist unwahrhaftig und von gestern.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Wir haben den Ehrgeiz, dass Schleswig-Holstein wieder Schrittmacher und Vorbild für wichtige Fragen unserer Zeit wird. Vor uns liegen wichtige Jahre. Mit der besten Bildung werden wir Erfolg und Aufstieg durch Bildung ermöglichen, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Das stärkt den Wirtschaftsstandort und wird auch helfen, diejenigen weniger werden zu lassen, die nicht mal einen Schulabschluss haben. Wir haben das Ziel, Schleswig-Holstein zu einem ökologischen Vorreiter zu machen, zu einem Land, in dem gesundes und gutes Leben möglich ist und unser wertvolles Naturerbe geschützt wird. Durch den Fortschrittmotor Klimaschutz werden wir unser Land zum Musterland machen, mit Arbeitsplätzen. Wir werden dafür auch, was das Thema gute Arbeit angeht, über Schleswig-Holstein hinaus kämpfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen, dass gutes Regieren, Orientierung und die Zukunft unseres Landes endlich wieder im Mittelpunkt der Arbeit einer Landesregierung stehen. Mit Leidenschaft für Schleswig-Holstein und anders als Sie, aber so, wie es Johannes Rau mal gesagt hat, werden wir es halten: Wir werden vor der Wahl sagen, was wir tun, und nach der Wahl werden wir tun, was wir gesagt haben.

(Starker Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Meine Damen und Herren, auf der Zuschauertribüne begrüße ich weitere Gäste, und zwar Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Wedel und des Weber-Gymnasiums Eutin. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort hat der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, ob die Emphase bei der Rede des Oppositionsführers dadurch gekennzeichnet war, dass er im innerparteilichen Wettstreit hinten liegt, oder ob er frustriert darüber ist, dass feststeht, dass die Mehrheit aus FDP und CDU einen Haushalt auf den Weg bringt, von dem man wirklich sagen kann, dass er das Etikett „Superlativ“ verdient. Man sollte im politischen Diskurs zurückhaltend mit dieser Begrifflichkeit umgehen, aber der heutige Tag bietet allen Anlass zum Superlativ. Wir stellen mit dem Beschluss des Doppelhaushalts 2011/2012 die Weichen.

Schleswig-Holstein wird nicht, wie es den finanzpolitischen Träumereien der Opposition entsprechen würde, auf einem Abstellgleis landen. Wir stoppen heute die jahrzehntelange Irrfahrt in Richtung Ruin und machen uns auf den Weg zu geordneten Verhältnissen. Es ist die letzte Abfahrt, liebe Kolleginnen und Kollegen, die dieses Land nehmen kann. Unsere Koalition wird dafür sorgen, dass diese Abfahrt auch genommen wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Insofern ist dies für unser Land, so meine ich, der wichtigste Tag des Jahres. Schleswig-Holstein ist das erste Bundesland, das schrumpfende Haushalte vorlegt. Schleswig-Holstein ist das erste Land, das einen konkreten Plan präsentiert, wie die hohe Staatsverschuldung wirksam bekämpft werden kann. Schleswig-Holstein ist das erste Land, das den Bürgerinnen und Bürgern heute eine Menge abverlangt, um **künftigen Generationen** ein lebenswertes Umfeld zu übergeben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Regierung hat am 8. September den Haushalt in den Landtag eingebracht, ergänzt durch die Nachschiebeliste am 15. November. Mit der **Nachschiebeliste** sinken die **Ausgaben** 2011 gegenüber dem Jahr 2010 um 330 Millionen €, und das, obwohl die bundesgesetzlich veranlassten Ausgaben um 50 Millionen € steigen, aufgrund der Entwicklung des Ölpreises an den weltweiten Börsen werden die Einnahmen aus der Feldes- und Förderabgabe gegenüber den Ansätzen von 2009 und 2010 um 60 Millionen € geringer ausfallen. Trotz all dieser schwierigen Voraussetzungen wird das **Defizit** 2011 mit der Nachschiebeliste um weitere 220 Millionen € zurückgeführt. Die Regierungsfractionen haben den vorgelegten Haushalt durch weitere wichtige und vernünftige Schwerpunkte ergänzt. Dabei haben wir - Kollege von Boetticher hat dar-

(Wolfgang Kubicki)

auf hingewiesen - unseren Schwerpunkt auf **Bildung** und **Infrastruktur** gesetzt.

Lassen Sie mich mit der **Bildung** beginnen. Wir haben als Erste beschlossen, dass wir einen Einstieg in die **Schulsozialarbeit** leisten werden. Herr Kollege Stegner, während die Opposition, Sie eingeschlossen, hier seit Jahren redet, aber in ihrer Regierungszeit das nicht umgesetzt hat, haben sich FDP und CDU trotz schwieriger Bedingungen bei der Finanzlage darauf geeinigt, hier einzusteigen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir werden zum Schuljahr 2011/2012 mit der Schulsozialarbeit an den **sozialen Brennpunkten** im Land beginnen. Wir haben dafür 2011 800.000 € und 2012 1,7 Millionen € bereitgestellt. Die Ausgaben für Schulsozialarbeit werden zukünftig paritätisch finanziert von Land, den Kreisen und kreisfreien Städten sowie den Schulträgern. Dies hat der **Landesrechnungshof** bereits schriftlich im Umdruck 17/903 vorgeschlagen sowie mündlich dazu am 27. Mai dieses Jahres im Sozialausschuss berichtet. Durch die heutigen Mehrausgaben werden wir viele spätere Probleme verhindern. Ich zitiere gern den Landesrechnungshof:

„Mittel- bis langfristig rechnen sich die Ausgaben für Schulsozialarbeit. Eine intensive und präventiv wirkende Schulsozialarbeit verringert die Kosten der Kinder- und Jugendhilfe für erzieherische Maßnahmen.“

So der Rechnungshof.

Auf diese Tatsachen haben Sie, liebe Sozialdemokraten, Herr Stegner, Sie mit Ihren großen vollmundigen Erklärungen immer in diesem Haus und auch außerhalb, keine Rücksicht genommen, sonst hätten Sie bereits in Ihrer Regierungszeit mit der Schulsozialarbeit begonnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Regierung spart auch nicht an den **Investitionen**, wie Sie das gern tun. Die Ausgaben des Landes für Investitionen waren noch nie so niedrig wie im letzten Jahr von Rot-Grün. Ich erinnere daran, dass auch dort der Kollege Stegner bereits Verantwortung getragen hat, soweit ich mich erinnere, als Finanzminister. Damals hatten Sie einen Tiefpunkt von 675 Millionen € erreicht. Vorgelegt wurde der Haushalt von Ihnen in der Drucksache 15/803. Ich finde es sehr bemerkenswert, Herr Dr. Stegner, dass Sie, wenn Sie twittern, nun auch Ihren Genossen Steinbrück ins Visier genommen haben, wie andere auch. Aber Sie sollten sich an Herrn Steinbrück ein-

mal ein Beispiel nehmen, was die Frage der Konsolidierung von Haushalten angeht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das Ergebnis Ihrer Politik ist eindeutig. Die Straßen befinden sich in einem ähnlich desolaten Zustand wie unsere Finanzen. 21 Jahre SPD-Regierung hinterlassen überall ihre Spuren. Aus diesem Grund sahen wir uns gezwungen, für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 jeweils 7 Millionen € für den Landesverkehrswegeplan bereitzustellen; denn ein leistungsfähiges und verkehrssicheres **Straßennetz** bildet die Grundvoraussetzung für die **Wettbewerbsfähigkeit** des Standortes und unserer regionalen Wirtschaft.

(Beifall bei FDP und CDU)

Beim **Gastschulabkommen** ist dieser Regierung ein Durchbruch zum Nutzen der Schüler und ihrer Eltern gelungen. Was über Monate vor allem an den illusorischen Vorstellungen der grünen Bildungssenatorin Goetsch und ihrer Unnachgiebigkeit gescheitert ist, konnte durch einen Regierungswechsel innerhalb weniger Tage gelöst werden. Ein drohender vertragsloser Zustand mit dramatischen Folgen für die Betroffenen wurde verhindert. Mit einem über fünf Jahre abgeschlossenen Gastschulabkommen wurde ein maximales Maß an **Rechtssicherheit** für die Betroffenen beschlossen. Die neue Regelung stellt sicher, dass Kinder aus Familien, die im **Hamburger Umland** von einem in das andere Land umziehen, ihren Schulbesuch dort fortsetzen können, wo sie ursprünglich eingeschult worden sind. Zugleich können alle Schüler, deren Schulverhältnisse bis Ende 2010 begründet war, ihren Schulbesuch fortsetzen. Dank des neuen Abkommens konnten außerdem verwaltungsaufwendige Einzelfallabrechnungen vermieden werden. Schleswig-Holsteinische Schülerinnen und Schüler dürfen auch künftig weiterhin **Hamburger Privatschulen** besuchen. Dafür ist ein **Ausgleichsbetrag** in Höhe von 12,4 Millionen € vorgesehen, der jährlich um 200.000 € steigt. Hätten wir bei dieser Frage auf die Opposition gehört - das müssen die Menschen dieses Landes begreifen - und wären den irrealen Forderungen der grünen Bildungssenatorin nachgekommen, die ja auch nur ihren Sparbeitrag für die Haushaltskonsolidierung in Hamburg durch Einnahmen aus Schleswig-Holstein leisten wollte, hätten wir bis 2015 34,25 Millionen € mehr ausgeben und aufwenden müssen, als das jetzt der Fall ist. Ich denke, unser Bildungsminister hat einen Applaus dafür verdient, dass er uns vor dieser finanziellen Last bewahrt hat.



(Wolfgang Kubicki)

(Beifall bei FDP und CDU)

Die „Grüne Version“ des Gastschulabkommens hätte ein rotes Loch in unseren Haushalt gerissen. Bei den Grünen, liebe Kolleginnen und Kollegen, scheinen Parteiinteressen doch Landesinteressen vorzugehen. Warum sonst hätten wir Hamburg nachgeben sollen?

Aber absolutes Kopfschütteln - das ist mein einziger Beitrag zu den ganzen Vorschlägen der LINKEN - kann nur die Pressemitteilung von Frau Streitbürger auslösen - das ist eine Abgeordnete der LINKEN; so viel zur Frage: Wer ist das? -:

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

„Dass nun eine Einigung erzielt werden konnte, ist erfreulich. Die Höhe der Zahlung jedoch ist ein Hohn. 12,4 Millionen € entsprechen noch immer keinem angemessenen Ausgleich für die Kosten, die Hamburg mit der Beschulung Schleswig-Holsteinischer SchülerInnen entstehen. Deshalb hat DIE LINKE in ihrem Haushaltsentwurf auch die angemessenen 20 Millionen € für das Abkommen eingestellt.“

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Das lasse ich jetzt völlig kommentarlos im Raum stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zudem haben wir als Regierungsfractionen beschlossen, ab sofort 60 Millionen € an Investitionsmitteln für den Ausbau der **Betreuung der unter Dreijährigen** in Schleswig-Holstein zur Verfügung zu stellen. Neben einem Vorziehen der geplanten Mittel in Höhe von 46 Millionen € werden wir den Betrag zusätzlich um weitere 14 Millionen € aufstocken, die der soliden Finanzführung durch den Finanzminister des Landes für das Jahr 2010 zu verdanken sind. Damit werden wir die heute noch schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Diese Maßnahme wird insbesondere den Alleinerziehenden eine immense Stütze sein.

Eine Verbesserung der **Chancengleichheit** und eine höhere **Beschäftigungsquote** werden zudem positive Impulse in der **Wirtschaft** setzen. Durch die sofortige und erhöhte Förderung wird die aktuelle Ausbaudynamik gesteigert, denn die **Kommunen** können so früher auf mehr Mittel zugreifen. Zudem werden - das wissen viele noch gar nicht, deswegen muss man es ihnen sagen - die Kommunen entlastet, da sich das Land mit einer höheren **Förderquote** als bisher an den Kosten des Ausbaus der Tagesbetreuung unter Dreijähriger beteiligt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Uns ist es - darüber kann man prinzipiell streiten, Anke Spoorendonk - mithilfe des Bundes gelungen, das Niveau bei der **Finanzierung von dänischen Schulen** in Schleswig-Holstein auf dem Niveau von deutschen Schulen in Dänemark beizubehalten. Dies ist ein gemeinsamer Handlungserfolg der jeweiligen schwarz-gelben Regierungen im Land und im Bund. Wir werden ab 2013 mit einem neuen Finanzierungsmodell die dauerhafte Gleichbehandlung der Schulen der Minderheiten beiderseits der Grenze sicherstellen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die vorgesehenen **Kürzungen bei der Jugend- und Sportarbeit** sowie den **Kindertagesstätten der deutschen Minderheit in Nordschleswig** konnte durch Kürzungen in anderen Haushalten vollständig zurückgenommen werden. Die Ausgaben für die **Kulturarbeit** und das **Büchereiwesen** der deutschen Minderheit in Nordschleswig wurden auf 200.000 € jährlich erhöht. Mit diesen Entscheidungen zeigt die Landesregierung, dass ihr die Anliegen und Interessen der Minderheiten innerhalb Schleswig-Holsteins, aber auch in Dänemark und außerhalb unserer Grenzen nicht gleichgültig sind.

Zudem halten wir unsere Versprechen aus dem Koalitionsvertrag. Im Rahmen eines **Modellversuchs** werden wir für Kinder in **sozialen Brennpunkten** ein vorschulisches **Förderangebot an Grundschulen und Kindertageseinrichtungen** errichten. Wenigstens dafür, Herr Kollege Stegner, danke ich, hätten Sie einen positiv ausgerichteten Satz finden können.

(Beifall der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Dafür sind 2011 und 2012 jeweils 500.000 € vorgesehen. Dieses Modellprojekt soll speziell darauf abzielen, **sozial benachteiligten Kindern**, darunter vielen mit Migrationshintergrund, bessere Voraussetzungen für den folgenden Schulbesuch und ihre weitere Zukunft zu ermöglichen. Auch diese Maßnahme, Herr Kollege Dr. Stegner, vermisste ich früher bei den Sozialdemokraten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Von den großen Ankündigungen in Ihren Sonntagsreden war wenig in Ihren Haushalten zu sehen.

Bei der **Eingliederungshilfe** ist im Einvernehmen mit allen Kreisen und kreisfreien Städten ein Durchbruch erzielt worden. Dem Kollegen Dr. Garg und anderen sei Dank. Gemeinsam mit

(Wolfgang Kubicki)

Kommunen und Leistungserbringern wurde ein Finanzierungssystem entwickelt, welches den Betroffenen wohnortnahe Leistungsangebote zusichert und gleichzeitig den Kommunen mehr Flexibilität mit einer höheren Handlungsverantwortung gibt, die Wirtschaftlichkeit im Gesamtsystem erhöht und die Leistungen für **Menschen mit Behinderung** dauerhaft sicherstellt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten werden im Jahr 2012 183.000 € mehr erhalten als vorgesehen. Wir werden bei der Hochbegabtenförderung 366.000 € mehr ausgeben als geplant. Bei der Fort- und Weiterbildung der Lehrer werden wir für beide Jahre insgesamt 350.000 € mehr zur Verfügung stellen. Die Mittel im Bereich der kulturellen Bildung, also bei Musikschulen und im Landesmusikrat, werden wir um 45.000 € erhöhen. Die gute Arbeit des Vereins PETZE, Notruf und Beratung für vergewaltigte Mädchen und Frauen, werden wir weiterhin mit 45.000 € fördern.

Die Zuwendungen für Leseförderung an den Friedrich-Bödecker-Kreis für landesweite Autorenbegegnungen mit Kinder- und Jugendbuchautoren und -autorinnen in Kindergärten wurden auf 40.000 € erhöht. Die vorgesehene Kürzung bei der Literaturförderung wurde fast vollständig durch die Fraktionen zurückgenommen. 180.000 € werden für den Landesjugendring und die Jugendverbände mehr zur Verfügung stehen. Auch das haben die Regierungsfaktionen beschlossen. Wir ändern die Rahmendaten ansonsten nicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Den Landeszuschuss für den laufenden Betrieb von Kindertagesstätten erhöhen wir von 60 Millionen € auf 70 Millionen €. Übrigens wundert mich nach wie vor, wieso Rot-Grün heute so große Reden schwingt, wo sie es doch waren, die die Zuwendungen auf 60 Millionen € gedeckelt haben. Die Ausgaben für Hochschulen steigen 2011 um 2,8 % und 2012 um 4,2 %.

Dass wir bei allen **Ausgabesteigerungen** auch unser Ziel der **Haushaltskonsolidierung** nicht aus den Augen verloren haben, zeigt sich dadurch, dass wir die Ausgabesteigerungen durch Kürzungen im bestehenden Haushalt finanziert haben. Wir haben dabei einen Schwerpunkt der Einsparungen auch bei den Ministerien gesetzt. Herr Kollege von Boetticher hat darauf hingewiesen: Wir haben die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit, Dienstreisen sowie Veranstaltungen bei den Ministerien und der Repräsentation in Berlin gegenüber 2010 um 10 % ge-

kürzt. Wir sind gern bereit, in einer Wahlkampfauseinandersetzung im Jahre 2012 oder wann immer sie stattfinden wird, darauf hinzuweisen, dass dies etwas ist, was Vorgängerregierungen in diesem Zeitraum nie gemacht haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zusätzlich haben wir neben der bereits beschlossenen **Kürzung der Funktionszulagen** von Abgeordneten in der Juni-Tagung weitere Kürzungen bei der **Alimentierung** beschlossen. Einzelheiten können Sie dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes entnehmen.

Zu der Pressemitteilung des SSW „Carstensen predigt Verzicht und praktiziert Völlerei“ - was auch immer das heißen mag - vom letzten Donnerstag möchte ich Folgendes sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen vom SSW, ich habe Ihren Vorschlag auf die finanziellen Auswirkungen berechnet. Eine vorgesehene **Kürzung des Grundgehalts** - abgesehen davon, dass man in laufende Bezüge nicht eingreifen darf, aber das ist egal, wir machen es einfach einmal denktechnisch - von 109,3 % auf 105 %, wie von Ihnen vorgeschlagen, würde bei dem gesamten Kabinett zu einer Einsparung in Höhe von 44.508,98 € führen.

Wir haben statt Ihres Vorschlags eine andere Idee in die Tat umgesetzt. Wir werden die **Fraktionsmittel** um 10 % kürzen. Das ergibt eine Einsparung von 556.010 € jährlich. Das ist die zwölfwache Summe Ihres Vorschlags. Zudem werden wir die **Diäten der Minister**, die zugleich **Abgeordnete** sind, um 5 % senken. Das ist ein Beitrag, der fast die Höhe der Kürzung der Gehälter der Minister insgesamt erreicht.

Dass wir auch der **Verschwendung** einen **Riegel** vorschieben, zeigen wir bei den Eutiner Festspielen. Dieser Titel wird mit einem Sperrvermerk versehen. Die Freigabe der Mittel wird an eine Zustimmung des Finanz- und des Bildungsausschusses gebunden.

Obwohl Herr Kollege von Boetticher mich darum gebeten hat, auf den Kollegen Stegner nicht allzu sehr einzugehen, um ihn nicht noch populärer zu machen, als er ohnehin schon ist, muss ich es doch tun. Herr Dr. Stegner, eine Stelle hat mich wirklich geärgert. Sie kommen zu uns mit der Bitte, die vorgesehene Kürzung der Fraktionsmittel um 5 % zurückzunehmen. Sie kommen zu uns. Das sind ungefähr 270.000 €, die wir dafür mehr aufwenden.

(Wolfgang Kubicki)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner  
[SPD])

- Ja, ja. Sie kommen zu uns. Das ist Ihr Antrag. Sie stellen sich hier hin und halten die Philippika von Kindern, die im Lande verhungern und nichts zu essen bekommen, aber weigern sich - wir kommen dem aus Achtung vor der Opposition nach -, diesen Sparbeitrag durch Ihre Fraktion mitzuleisten. Das nenne ich heuchlerisch.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es war für den Kollegen von Boetticher und mich extrem schwierig, in unseren Fraktionen überhaupt dafür zu werben, Ihrem Ansinnen nachzukommen. Mit Ihrem Redebeitrag heute haben Sie nicht dazu beigetragen, dass in dieser Frage die Mehrheit sicher steht.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka  
[CDU] - Heiterkeit)

- Werner, bei diesem Punkt.

(Zuruf)

- Ja, auch ich habe eine Stimme.

Beim **Mitbestimmungsgesetz** werden wir die Grenze für die **Freistellung von Personalräten** nicht wie vorgesehen anheben. In dieser Umbruchphase innerhalb der öffentlichen Verwaltung wollen wir ein positives Signal an die Personalräte in Schulen, Polizei und Verwaltung senden. Wir sagen zu, dass wir den Bedenken der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte, die uns erst gestern erreichte, in den kommenden Wochen Rechnung tragen werden.

Der Haushalt ist in Einzelpunkten schwierig. Da stimme ich Ihnen zu. Für jede einzelne Kürzung gibt es tausend Begründungen, diese Kürzungen nicht vorzunehmen. Im Gesamten aber ist das **Haushaltspaket** unverzichtbar. Wir waren gegenüber den Vorschlägen und der Kritik der Opposition, den Interessenvertretern und der Öffentlichkeit immer offen. Aber die Vorschläge aus den Oppositionsreihen sind ernüchternd. Vorsichtig formuliert. Außer einem Ruf nach unkonkreten Steuererhöhungen haben wir nichts vernommen.

Dass **Steuererhöhungen** aufkommenstechnisch ihre Grenze haben, hat wissenschaftlich Professor Laffer bewiesen. Die Laffer-Kurve zeigt, dass man durch Steuererhöhungen nur bis zu einer bestimmten Grenze Mehreinnahmen erzielen kann: Darüber hinaus sinken die Einnahmen.

(Zuruf der Abgeordneten Serpil Midyatli  
[SPD])

Einer Forderung der Opposition sind wir nachgekommen. Ich will ausdrücklich sagen - das ist auch nicht weiter verwunderlich -, dass ich Respekt vor Entscheidungen der Grünen habe, beispielsweise bei der Frage der Zustimmung zur **Küstenschutzabgabe**. Das ist mit Sicherheit für Sie kein einfaches Unterfangen gewesen, wie für uns alle - auch in unseren Parteien - übrigens auch nicht. Machen Sie sich da keine Gedanken. Die Angebote, das anders zu machen, kommen ja aus den gleichen Regionen.

Selbstverständlich ist auch die Anregung zur **Erhöhung der Grunderwerbsteuer** - darüber haben wir auch in der ersten Lesung schon gesprochen - eine sehr vernünftige. Wir kommen dieser Forderung, die Erhöhung der Grunderwerbsteuer vorzuziehen, nach - nicht, Herr Kollege Habeck, weil Sie so lautstark danach gerufen haben, sondern weil sich die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten stark verbessert hat, im Gegensatz zu unserer Annahme noch im Mai dieses Jahres, als wir in der Haushaltsstrukturkommission darüber beraten haben.

Die Prognose der Bundesregierung zeigt, dass sich bereits Ende kommenden Jahres die wirtschaftliche Leistung auf dem Niveau von 2008 bewegen wird. Dadurch ist es möglich, die Erhöhung der Grunderwerbsteuer um ein Jahr vorzuziehen. Aber im Gegensatz zu Ihnen verarbeiten wir die dadurch entstehenden Mehreinnahmen nicht. Die dadurch entstehenden Mehreinnahmen in Höhe von 80 Millionen € gehören ohnehin zu 15 Millionen € der kommunalen Familie. Die Mehreinnahmen des Landes werden wir in Höhe von 65 Millionen € aber nicht verfrühstücken, sondern wir werden sie vollständig zur Senkung der Neuverschuldung verwenden

(Beifall bei FDP und CDU)

und die daraus erzielte Zinsersparnis zur Finanzierung von Ausgaben im Bildungsbereich.

Diese Maßnahmen bilden die Grundlage für das notwendige Wirtschaftswachstum und die steigenden Steuereinnahmen. Zur Konsolidierung unserer Landesfinanzen sind wir bis 2020 auf ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum angewiesen. Die Hinterlassenschaften der Vergangenheit sind katastrophal. Der Finanzplan hat eindrucksvoll dokumentiert, dass dieses Land seit 1998 bei der wirtschaftlichen Entwicklung den Gleichschritt zum Bundesdurchschnitt verloren hat.

Hätten wir als Land Schleswig-Holstein mit der Problemlösung zehn Jahre früher begonnen, dann

(Wolfgang Kubicki)

hätten wir heute nicht solche Schwierigkeiten. Wir steuern um, entschieden und erfolgreich.

Dass **Einsparungen** notwendig sind, möchte ich auch dadurch dokumentieren - und vielleicht auch an die Adresse der LINKEN -, dass ich aus einem Kommentar der „taz“ vom 19. November 2010 zitiere. Ich war völlig überrascht, dass ich in der „taz“ einen so wunderbaren Kommentar lesen durfte. Dort heißt es:

„Die Zinsen, die Schleswig-Holstein zu bezahlen hat, sagen alles: 1 Milliarde € bei einem Haushaltsvolumen von 7 Milliarden. Das ist absurd und unsozial und geht auf Kosten künftiger Generationen. Ganz gleich, wie man zu seiner Partei steht - Ministerpräsident Peter Harry Carstensen muss bei seinem Sparkurs unterstützt werden ...

1 Milliarde € Zinsen sind unsozial, weil damit Geld von Steuerzahlern zu Kapitalbesitzern umverteilt wird. Auch Menschen, die kein Geld anlegen, zahlen Steuern, allein schon über Verbrauchssteuern. Was ihnen aus der Tasche gezogen wird, landet bei jenen, die dem Staat Geld leihen. Sogar wenn der Staat Sozialleistungen verteilt, vereinnahmt er einen Teil wieder als Steuern und reicht sie an Kapitalisten weiter.

Den bisherigen Kurs fortzuführen bedeutet, auf Kosten der Kinder zu leben. Das wird dadurch verschärft, dass - auch wenn dieses Argument in linken Kreisen verpönt ist - in Zukunft immer weniger Junge immer mehr Alte werden versorgen müssen. Schleswig-Holstein ist heute schon überaltert.“

Der Titel des Kommentars lautet:

„Kopf in den Sand stecken hilft nicht.“

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt doch noch einige wenige intelligente Linke. Wir stecken den Kopf nicht in den Sand. Es wäre ein Ausweis kluger Oppositionspolitik gewesen, es ebenfalls nicht zu tun.

Sie haben meinen Ausführungen entnommen: Die Weichen sind gestellt. Ich bin völlig entspannt. Ich habe großes Verständnis dafür, dass einzelne **Abgeordnete** unserer Koalition bei dem einen oder anderen **Einzelpunkt** Bauchschmerzen haben. Ich möchte an dieser Stelle im Hinblick auf unsere Freunde von der Opposition und vor allen Dingen die Presse etwas kundtun.

Man wird zu einem Wackelkandidaten, wenn man seine Bedenken in den parlamentarischen Prozess einbringt. Man fällt um, wenn man seine Meinung aufgrund anderer Tatsachenlagen revidiert. Man knickt ein, wenn man sich aufgrund von Bedenken, die vorgetragen werden, und alternativen Finanzierungsmöglichkeiten, die man gefunden hat, anders entscheidet als vorher. Wer das parlamentarische System darauf verkürzt, dass man bei einer einmal getätigten Aussage unabänderlich, unabdingbar bleiben muss, der versteht nicht, was Demokratie bedeutet, und der versteht auch nicht, was der Kollege Stegner angemahnt hat, aber selbst nicht praktiziert, nämlich die Menschen mitzunehmen und zu beteiligen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich finde, dass jeder Abgeordneter, der frei gewählt und nur seinem Gewissen unterworfen ist, das Recht hat, sich mit seiner Meinung in den Diskurs einzubringen und sich so zu verhalten, wie er es für richtig hält. Aber **parlamentarische Demokratie** lebt auch dadurch, dass man Mehrheiten findet und gemeinsam Mehrheiten organisiert und dazu auch steht.

Ich habe mich schon gewundert, dass der Kollege Robert the Patriot Habeck öffentlich hat verlauten lassen, er habe keine Sorge, dass die Mehrheit stehe, weil CDU und FDP ja autoritäre Parteien seien.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] - Unruhe)

Ich wiederhole: weil CDU und FDP ja autoritäre Parteien seien! Ich wäre dankbar, wenn er mir in seiner Haushaltsrede erklären würde, was er damit meint und was es bedeutet. Herr Kollege Habeck, ich kann Ihnen sicher sagen, dass mein Bundesvorsitzender diese Frage völlig anders beurteilt.

(Beifall bei FDP und CDU - Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich respektiere, dass Kollegen - wie übrigens auch ich - in vielen Fragen bei einzelnen Punkten Bauchschmerzen haben. Auch ich würde mir angenehmere finanzielle Rahmenbedingungen wünschen. Auch ich habe nicht alle Wahlversprechen einhalten können. Herr Kollege Stegner, im Gegensatz zu Ihnen habe ich mit den Betroffenen darüber rechtzeitig geredet. Es gibt nur einige wenige - wahrscheinlich Sozialdemokraten -, die noch bereit sind, mich in die Förde zu schieben, aber auf den Versuch will ich es gern ankommen lassen, weil die Wasserschutzpolizei mir erklärt hat, sie würden mich sofort retten.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Ich habe den in den vergangenen Jahrzehnten aufgetürmten **Schuldenberg** nicht zu verantworten, aber meine Funktion - wie die Funktion des Kollegen von Boetticher - besteht darin, dass wir Verantwortung für die Zukunft unseres Landes übernehmen. Ich gehe fest davon aus, dass alle Abgeordneten unseres Koalitionspartners diese Verantwortung wahrnehmen, wie wir auch. Wir können und werden heute im Sinne aller nachfolgenden Generationen die letzte Abfahrt nehmen und den **Konsolidierungskurs** einleiten. Herr Kollege Stegner, in der Auseinandersetzung mit Ihnen - -

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das Boot ist schon da! - Zuruf: Das Rettungsboot! - Weitere Zurufe)

- Das ist kein Boot der Wasserschutzpolizei, das sieht mehr aus wie die Fischereiaufsicht. Das ist auch völlig egal. Ich bin ja vom Sternzeichen her Fisch.

Herr Kollege Stegner, vor der Auseinandersetzung gerade mit Ihnen - wir hoffen ja, dass Sie es wirklich noch werden bei der SPD -, wenn es darum geht abzurechnen, wie erfolgreich diese Politik war und ob sie fortgesetzt werden soll, ist mir überhaupt nicht bange. Wie viel Angst Sie haben, haben Sie heute Morgen bei Twitter dokumentiert, indem Sie bereits beginnen, Ihre Mitwettbewerber zu diskreditieren.

(Anhaltender Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort hat der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Robert Habeck.

**Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Herr Ministerpräsident! Herr Finanzminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem sich die Nebelschwaden der Selbstbeweihräucherung etwas verzogen haben, bleibt nüchtern festzustellen: Ja, es ist ein Sparhaushalt. Es ist ein Sparhaushalt, und dieser Haushalt soll exemplarisch für die schwarz-gelbe Politik stehen. Genau das ist das Problem. Sie haben sich ein Jahr lang auf Buchhaltung reduziert, und deshalb mussten Sie diesen Tag so fürchten. Denn scheitert der **Haushalt**, bleibt nichts mehr übrig, für das Schwarz-Gelb stehen könnte. Scheitert der Haushalt, ist nicht nur Ihre Regierung am Ende, sondern CDU und FDP mit ihrem Latein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Die Rede ist veraltet!)

- Sie haben nicht zugehört. Herr Kubicki hat gerade angemahnt, die Abgeordneten könnten ihre Meinung ändern. Also ist sie nicht veraltet. Wir sind ja noch mitten in der Debatte, die Leute hören zu und werden mitdenken, auch in Ihren eigenen Reihen, sonst wäre das nämlich eine autoritär-strukturierte Veranstaltung.

(Zurufe)

Sie sind eine Ein-Punkt-Regierung, mehr bieten Sie nicht, weil Sie es versäumt haben, Ideen, die über **Einsparungen** hinausgehen, zu entwickeln. Weil dieser Haushalt für die **Ideenlosigkeit** Ihrer Politik steht, lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zu Anfang der Legislatur gab es eine große Bereitschaft im Parlament, gemeinsam Verantwortung zu tragen. Wir haben angeboten, gemeinsam mit der **Regierung** konzeptionell an der **Konsolidierung** des Landes mitzuwirken. Wir haben angeboten, uns die Hände dreckig zu machen. Frau Heinold hat in der Zwischenfrage darauf hingewiesen. Nie hat die alte schwarz-gelbe **Opposition** ein ähnliches Angebot unterbreitet. Wir haben angeboten, die Rollenverteilung zwischen Regierung und Opposition zu durchbrechen. Wir haben uns sogar vor Ihnen aus der Deckung gewagt und eigene Vorschläge zur Konsolidierung unterbreitet. Aber Ihnen war der Closed Shop der Haushaltsstrukturkommission lieber als ein transparentes, offenes, demokratisches Verfahren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Ich gehe so weit zu sagen, dass es auch in der Bevölkerung eine Bereitschaft zum Verzicht gegeben hat. Doch sie wurde zerstört durch Hinterzimmerpolitik, durch Autismus und Männereitelkeit. Sie wollten alles für sich und haben es sich jetzt mit allen verscherzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellen Sie sich einen Augenblick vor, was wohl passiert wäre und wie Sie von den derzeit regierungstragenden Fraktionen reagiert hätten, wenn die linke Hälfte des Hauses die Grunderwerbsteuer in der Regierung angehoben hätte oder eine Küstenschutzabgabe hätte einführen wollen! Wenn Sie ehrlich sind - und ich bitte Sie, seien Sie das doch

(Dr. Robert Habeck)

einmal für eine halbe Minute -, dann werden Sie zugeben, Sie hätten den Untergang des Abendlandes oder mindestens das Widererstarken des Sozialismus beschworen.

Stellen Sie sich vor, ein sozialdemokratischer oder grüner Finanzminister oder Ministerpräsident hätte dem Verband Haus & Grund versprochen, dass es keine Grunderwerbsteuererhöhung vor 2013 geben würde, und sie dann doch beschlossen. Vermutlich wäre das Ihrerseits der Grund für rote Köpfe und erhitzte Rücktrittsforderungen gewesen. Nun, meine Damen und Herren, nichts davon von unserer Seite, sondern nur die Feststellung, dass wir uns viele Debatten hier hätten ersparen oder weitaus besonnener hätten führen können, wenn Sie unserem Vorschlag gleich offener begegnet wären und nicht Steuererhöhungen in unsinniger Verwestertwung in Bausch und Bogen verteuft hätten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Wahrheit ist: Dieser Doppelhaushalt ist ein **Steuererhöhungsdoppelhaushalt**, nicht nur wegen der Grunderwerbsteuer. Ihr gestriger Beschluss, die Küstenschutzabgabe gegebenenfalls über die Kommunen einzutreiben, bedeutet technisch, dass Sie das FAG zulasten der Kommunen ändern müssen. Diese können dann, wenn sie nicht baden gehen wollen, entweder die Grundsteuern erhöhen, oder sie werden erneut geschröpft. Also zweimal Steuererhöhungen. Den Bürgermeistern im Land wird inzwischen schwarz vor den Augen, wenn sie an die schwarze Politik der CDU denken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Herr von Boetticher, hören Sie zu. Folgender Satz stammt aus Ihrem noch nicht sehr alten Landtagswahlprogramm:

„Wir wollen den Haushaltsausgleich ohne Steuererhöhung erreichen.“

Meine Damen Herren von der CDU, solche Sprüche können Sie sich in Zukunft schenken.

Herr von Boetticher, Sie haben gesagt, Sie wollen einen ehrlichen Wahlkampf führen und den Leuten vorher sagen, was auf Sie zukommt. Ich stelle fest: Das haben Sie nicht getan. Ich stelle auch fest: Wenn Sie jetzt den Mut haben, das zuzugeben, ist das gut, und die Schuldenbremse hat zumindest zu Erkenntnissen geführt.

Meine Damen und Herren, Sie tun so - das ist das zentrale Problem -, als gäbe es eine Sparlogik, und nennen es das sogenannte **Bausteinsystem**. Aber diese Logik würde voraussetzen, dass es genaue Berechnungen des eigenen Tuns gibt, was es von der beabsichtigten Schließung der Uni Lübeck bis zu den gestrigen Deals in ihren Fraktionen offensichtlich nicht gibt, und dass diese zweitens dann auch eingehalten werden.

Von den Häfen an der Westküste über die Erhöhung der Straßenbaumittel bis zu den Mehrausgaben für die Kitas - die ich ausdrücklich begrüße -, immer wurde nachgebessert, ohne dass die Bausteine definiert, geschweige denn gegenfinanziert wurden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber warum legen Sie jetzt nur da Kohle drauf und nicht bei Mädchentreffs, den Fachhochschulen oder dem FÖJ? Warum wurde die Schließung der JVA Flensburg aufgegeben - auch das ist richtig -, nicht aber die von JazzBaltica?

Ihr Bausteinsystem funktioniert nämlich so, dass Sie alle Klötze haben und der Gesellschaft nur die Lücken bleiben. Es ist ein einseitiges System, und das erweckt den Eindruck von Willkür und Unfairness. Deshalb haben Sie den gesellschaftlichen Rückhalt verloren, weil es nämlich willkürlich und unfair ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Wahrheit ist, Ihr **Sparkurs** folgt keinem System, sondern dem **Schlingerprinzip**, denjenigen nachzugeben, deren Zustimmung Sie brauchen. Wer wen kennt, der laut schreit, kriegt Geld. Die anderen sind die Doofen.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Wer denn? - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Das stimmt nicht!)

Ihr Problem ist aber, dass die Bevölkerung sich nicht für doof verkaufen lässt und ein feines Gespür für politische Widersprüche hat.

Und einer der schlimmsten ist, dass Sie - wie in der Atompolitik - **gesellschaftliche Konflikte**, die längst geheilt waren, erneut aufreißen. Nach dem Vorschlag von gestern spielen Sie nun erneut Natur- gegen Küstenschutz aus. Sie wollten Frau Damerow einfangen und haben eine Kampfansage an die Westküste formuliert - wider bessere Einsicht. Denn es ist ja richtig, Küstenschutz wird in Zukunft

(Dr. Robert Habeck)

noch mehr Geld kosten, verursacht durch den Klimawandel, der wiederum ist verursacht durch eine falsche Industriepolitik. Und jetzt tun Sie erneut so, als ob alles auch billiger zu haben sei, als ob nicht der Klimawandel das Problem sei, sondern der Naturschutz. Sie machen eine völlig neue Frontstellung auf und treiben das Land in die Auseinandersetzungen der Vergangenheit - als Resultat Ihrer „Billigheimer-Politik“.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD, der LINKEN und SSW)

Meine Damen und Herren, Sie haben es versäumt, gemeinsam mit den **Haushaltsberatungen** eine **Reformdebatte** zu initiieren. Das betrifft die großen Baustellen wie Beamtenpensionen; ein mutiges Voran bei der verstärkten Zusammenarbeit mit Hamburg statt des Rumbremmens in der Enquetekommission Ihrerseits; das beinhaltet Initiativen auf Bundesebene statt der Abspeisung mit Keks und Kleckerbeträgen im Kanzleramt; das beinhaltet eine Reform der kommunalen Verwaltung, statt dass der CDU-Innenminister - der gerade nicht im Raum ist - vor CDU-Bürgermeistern das CDU-Wahlprogramm verspricht, das abfeiern lässt und das dann auch noch Gesprächsforum nennt; das beinhaltet ein Hinterfragen der alten Infrastrukturpolitik des letzten Jahrtausends.

Das beinhaltet aber auch ganz viele kleine, konkrete **Maßnahmen der gesellschaftlichen Reorganisation** im Land. Zum Beispiel: Die Mädchentreffs mit der Schularbeit, speziell den Ganztagschulen, zu verschränken, hätte die Existenz der einen gleichzeitig mit der Unterstützung der anderen bedeutet. Die Arbeit des Landesmusikrates durch Zielvereinbarungen mit den Festivals JazzBaltica oder Schleswig-Holstein Musik Festival zusammenzubringen, würde beide Instanzen stärken. Statt das Landesblindengeld gegen die Blindenhilfe des Bundes auszuspielen, hätte man ein neues System aus einer Hand entwickeln müssen. Und Sie tun das Gegenteil, untergliedern nun auch noch die Blinden in Einzelgruppen und spielen sie gegeneinander aus. Das ist einfach kläglich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und vereinzelt beim SSW)

Das ganze Weltbild ist: Teile und herrsche - schlimmer: Filetiere die Gesellschaft in Partikularinteressen und sichere den eigenen Machterhalt.

Und manchmal treibt diese Politik wirklich kuriose Blüten: Ganze Bereiche der Fortbildung, der Ju-

gendfreizeiten, der Ferienarbeit, die auf Vereinsebene geleistet wurden, drohen verloren zu gehen, damit dann der Sozialminister seinerseits, staatlicherseits teure Programme auflegen kann, damit der Staat das leistet, was zuvor die Zivilgesellschaft getragen hat. Die neue FDP-Politik ist also augenscheinlich die Verstaatlichung von bürgerschaftlichem Engagement. Ihre Ideologie treibt Sie in die Paradoxie, und Sie merken es nicht einmal.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben offenbar zu viel Eigenlob inhaliert.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine Damen und Herren, sehr geehrtes Kabinett, zu fataler Kommunikation und fehlendem Gestaltungswillen kommt als Drittes noch die Unterlassungssünde **mangelnder Zukunftsperspektiven** hinzu. Von Visionen will ich gar nicht erst reden. Am greifbarsten ist dies in der von Herrn von Boetticher schon angesprochenen Hochschulpolitik. Erst sollten die Uni Lübeck geschlossen und die Wirtschaftswissenschaften in Flensburg abgewickelt werden, dann wurden die Zuschüsse für die Fachbereiche Medizin um 10 Millionen € gekürzt - als hätte man nichts gelernt: wieder ohne mit den Betroffenen zu reden -, und schließlich sollten 5.000 Studienplätze nach Niedersachsen verhökert werden. Man kann sich inzwischen sicher sein: Immer wenn es gegen die Unis geht, ist diese Landesregierung vorneweg dabei.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD, der LINKEN und SSW)

Den **Ruf des Landes als Wissenschaftsland** haben Sie bundesweit ruiniert. Das ist Ihr historisches Vermächtnis. Herr von Boetticher, sich hier dafür zu bedanken, dass die Uni Lübeck auf Reformideen kommt, als Notwehr gegen die Regierung und Ihre Koalition, das ist wirklich eine Verhöhnepiepelung der Uni Lübeck.

(Zurufe von SPD und der LINKEN)

Es heißt, man solle vor seiner eigenen Haustür kehren - Herr von Boetticher, wahrscheinlich ist das ein bürgerlicher Spruch. Es ist so, dass das Kehren leider eine Sisyphusarbeit ist, wenn einem der Sturm immer neuen Dreck vor die Tür pustet. Wenn das so ist, dann muss man einen Zaun oder Windfang bauen oder noch besser die Ursache des Drecks bekämpfen. Mit anderen Worten: Schleswig-Holstein hat so immense Probleme, dass jede Regierung ihrer Aufgabe nicht gerecht wird, wenn

(Dr. Robert Habeck)

sie nur nach unten starrt und feigt, sondern sie muss über das Land hinaus denken, sich einmischen, Ursachenbekämpfung betreiben und einen politischen Ehrgeiz entwickeln, der über das Land hinausreicht. Das tun Sie in genau einem Bereich, nämlich beim Glücksspiel. Statt bei den wirklichen Zukunftsfeldern Wissenschaft, Bildungsfinanzierung, erneuerbare Energien und moderne Verwaltung Druck zu machen, putteln sie rum. Haustürpolitik statt klugem Haushalten.

Als ich zuerst hörte, dass **Schleswig-Holstein** die Verluste durch die Absetzbarkeit der Brennelementesteuer im **Bundesrat** nicht hinnehmen will, da habe ich mich gefreut. Aber diese Freude war nur kurz, denn wieder haben Sie, Herr Finanzminister, sich verträsten lassen, wieder sind Sie der merkel-schen Lyrik aufgesessen, so wie damals bei dem legendären Kekseessen im Kanzleramt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da war er nicht mit dabei!)

- Aber die Struktur ist die gleiche. Man könnte ja auch aus den Fehlern anderer lernen. So weit sitzen Sie ja nicht auseinander, Sie könnten ja miteinander reden oder einmal Ihre Handynummern austauschen. Denn Sie wissen ja, wie es bei Frau Merkel zugeht.

Dass Frau Merkel nun uns - und Herr von Boetticher tut es auch - als Lieblingsgegner auserkoren hat, macht mich geradezu stolz. Es zeigt doch, wie wenig prinzipientreu Frau Merkel ist und wie sehr dies von strategischem Kalkül geprägt ist. Erst „Greenwashing“, jetzt „Greenbashing“. Und wenn Herr Kollege von Boetticher sich über meine Partei - ausdrücklich den Landesverband Schleswig-Holstein meinent - so zitieren lässt - ich lese das, mit Verlaub, einmal vor -:

„Es gibt Gestalten im feinen Zwirn, die durch die Republik laufen“

- wahrscheinlich meint er mich, oder was? -

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

„und so tun, als ob sie bürgerliche Werte verkaufen. Dabei sind ... die Grünen der Wolf im Schafspelz. ... Doch im Wahlkampf werden wir sie entlarven und ... zeigen, aus welcher Ecke sie kommen.“

dann sage ich, Herr von Boetticher: Dann kommen Sie doch aus der Ecke, der Ring ist frei! Lassen Sie es uns austragen, hier im Parlament oder draußen vor der Tür!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Christopher Vogt [FDP]: Ich denke, Sie sind Pazifisten! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Dann lassen Sie uns über die beiden gesellschaftlichen Konzepte, die wir hier verhandeln, abstimmen. Da ist das rückwärtsgewandte der CDU, und da ist das der Grünen, das die Gegenwart verteidigen und die Zukunft erobern will.

Ja, das ist der Konflikt. Es ist der Konflikt zwischen dem alten und dem neuen Schleswig-Holstein, zwischen Oligopolen in der Energiewirtschaft einerseits

(Lachen des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

und dezentraler, bürgernaher, mittelständischer Energiestruktur andererseits, zwischen der systematischen Auslese von Kindern nach der vierten Klasse und einem neuen, besseren, binnendifferenzierten Lernen,

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Die Chancen haben Sie doch alle schon gehabt! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

zwischen der Verkrustung in der Verwaltung und Mauscheleien und dem Zusammenbringen von Aufgaben und Menschen. - Ja, sage ich, tragen wir es aus.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Es wird leider noch schlimmer - für Sie.

Und da Sie sich jetzt ja so gern mit konservativen Phrasen schmücken, zu denen, wie wir seit der letzten Sitzung wissen, auch das Fingerzeigen auf Migrantinnen und Migranten und das Pochen auf ihre mangelnde Integrationswilligkeit gehört: Die **Integrationskurse** im Land sind voll, und das schon seit geraumer Zeit. Und es gibt keine Gelder, den Migrantinnen und Migranten den Wunsch nach Integration und dem Erlernen deutscher Sprache zu erfüllen. Mit anderen Worten: Integrationsverweigerer sind nicht die Migrantinnen und Migranten und Ausländer, es ist Ihre Regierung. Auch das gehört zur Haushaltswahrheit und -klarheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Machen Sie weiter! Das ist hervorragend! Das ist sehr gut!)

Sie werfen uns vor, „Dagegen-Partei“ zu sein, dabei igelt sich die CDU jeden Tag mehr mit Schaum vorm Mund und Klischees im Kopf in der Vergan-



(Dr. Robert Habeck)

genheit ein. Nein, wir sind für gesellschaftlichen Fortschritt und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch bereit, dafür Zumutungen - wie bei der Bürgerversicherung - vor der Wahl anzusprechen. Und wir sind für Steuererhöhungen und haben das gesagt, während Sie Ihren Wahlkampf unter der Vortäuschung falscher Tatsachen geführt - ich sage ausdrücklich „geführt“, nicht „gewonnen“ - haben; die Debatte bekommen wir ja morgen.

Und die FDP hat immer noch nicht kapiert, dass ein niedriges **Steuersystem** einfach nicht gerecht ist, weil jeder Euro, der fehlt, Kürzungen und Einschnitte andernorts bedeutet. Sie haben es doch hier im Land jetzt ein Jahr lang erlebt und erleben es täglich: Wo bitte ist unser Gemeinwesen zu fett? Wir machen eine gesellschaftliche Hungerkur durch, ohne dass das Gemeinwesen Speck auf den Rippen hätte,

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Sie wissen gar nicht, was eine Hungerkur ist!)

während die Ungleichheit in Deutschland jeden Tag größer wird. Dies vor Augen, sollten Sie ganz vorsichtig sein, wen Sie als „Dagegen-Partei“ beschimpfen. Die Finger an der Hand, sie weisen nämlich auf Sie selbst zurück.

Oh, ich sagte: Wo ist der Staat zu fett?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei der HSH Nordbank beispielsweise!)

- Ja, bei Herrn Nonnenmachers Abfindung könnte es auch sein, dass da zu großzügig zugelangt wird, aber gemeint habe ich etwas anderes.

Da fällt mir noch etwas ein: Wir sind nämlich tatsächlich dagegen, dass Fraktionen sich **Urteile von Verfassungsgerichten** uminterpretieren, wie es ihnen gut dünkt,

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP] - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Wer macht das denn? Sehr gut!)

um die Anzahl ihrer Funktionsträgerinnen und -träger hochzuhalten. Wir sind für Neuwahlen in 2011, haben sie im Haushalt vorgesehen und sparen dadurch 3 Millionen € ein.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entlarven und zeigen, aus welcher Ecke sie kommen. - Dazu sage ich nur: Bring it on CDU, bring it

on. Wir warten auf Sie in jeder Ecke und bei jeder Debatte.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Ich lache mich tot darüber!)

Was unsere **Änderungsanträge** weiterhin angeht: Wir akzeptieren **Einsparziel und -volumen** des Haushalts. Und wir waren bereit, auch unbequeme Entscheidungen mitzutragen.

Aber wissen Sie was? - Ich habe - ehrlich gesagt - keinen Bock mehr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Und tschüs!)

Man muss inzwischen davon ausgehen, dass man, wenn man für eine schwierige Maßnahme ist, letztlich der Dumme ist und der Einzige, der noch aufrecht steht. Meinen Sie nicht, dass auch Grüne gern das Füllhorn der Geschenke über das Land ausschütten wollten?

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Tun Sie doch!)

- Das tun wir nicht, Herr von Boetticher. Das tun wir nicht, in keinem einzigen Antrag. Wir diskutieren und ringen um verantwortungsvolle Positionen, und dann kommt diese Regierung und verkauft den Satz mit X auch noch als Erfolg, und wir stehen im Regen.

(Peter Lehnert [CDU]: Was war denn beim Gastschulabkommen?)

Ja, wir tragen die Küstenschutzabgabe mit, aber nicht das Gewusel drum herum, das Sie aufgebaut haben, und auch nicht die Art, wie sie konstruiert wird. Wir wären auch bereit, über Strukturreformen in der Justiz mitzudiskutieren, wenn denn die Berechnung auf einer vernünftigen Grundlage erstellt wäre. Aber so, wie hier gearbeitet wird - wissen Sie -, machen Sie Ihren Krempel doch lieber allein!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen wir auch! - Christopher Vogt [FDP]: Machen wir auch! - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Null Bock!)

Im Gegensatz zu Ihnen erhöhen wir die **Grunderwerbsteuer** schon ab 2011, denn, Herr Kubicki, Sie haben recht: Die Wirtschaft zieht an, aber das auch nach allen Prognosen schon 2011. Allerdings finanzieren wir mit der Grunderwerbsteuer Mehrausgaben im Bildungsbereich.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Koch [CDU])

**(Dr. Robert Habeck)**

Das haben wir immer angemahnt. Das haben wir immer vorgemacht. Das finanzieren wir so lange, bis die von Ihnen und Herrn Carstensen versprochenen 100 Millionen € aus Berlin kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So lange machen wir das. Wir haben eine Antwort auf eine Kleine Anfrage, in der steht, dass die Bundesregierung dem Land Schleswig-Holstein jedes Jahr 100 Millionen € für **Bildungsausgaben** zusichert. Nichts davon ist da. Da können Sie uns doch nicht sagen, wir hätten keine Gegenfinanzierung. Sie haben die doch schon längst gebracht, wenn die 100 Millionen € da sind, haben wir alle kein Problem mehr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder stellen Sie sich hier hin und sagen: „Alles Quatsch, was ich erzählt habe, ich entschuldige mich dafür, ich habe dieses Parlament falsch informiert!“?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber wir haben dieses Ausgabeproblem nicht. Wir haben das übrigens immer angemahnt. Wir haben immer angemahnt, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen und die Gelder in Bildung zu stecken. Dass wir das jetzt tun, ist mehr als redlich. Wir haben ein 100 Millionen € Bildungspaket für 2011 und 2012 geschnürt - ein Qualitätspaket.

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Herr Dr. Habeck, lassen Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Kubicki, zu?

**Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Selbstredend!

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Habeck, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass Sie sich wünschen, dass der Ministerpräsident und ich gemeinsam mit der FDP weiterregieren, weil Sie die Finanzierung Ihrer Bildungsausgabe darauf ausgerichtet haben, dass wir die 100 Millionen € pro Jahr aus Berlin holen?

- Wenn das Ihre Logik ist, Herr Kubicki,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP]: So habe ich Sie verstanden!)

dann wundere ich mich über gar nichts mehr. Nein, Sie haben mich falsch verstanden. Wir haben ein 100-Millionen-€-Paket für 2011 geschnürt - ein **Qualitätspaket**, mit dem wir Verbesserungen von der **Kita** über **Schule** bis hin zur **Uni** voranbringen wollen. Die drastischen Einsparungen der Landesregierung bei den Lehrerstellen, bei Schülerbeförderungskosten und auch bei den dänischen Schulen sind falsch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Liebe Anke Spoorendonk, speziell die Berliner Lösung - also das Gezerre von Koppelin nachts im Ausschuss - für die **Minderheiten** macht jetzt die nationalen Minderheiten im Land zu Bittstellern in Berlin. Damit wird gegen die minderheitenpolitischen Grundsätze verstoßen.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE] - Anke Spoorendonk [SSW]: So ist es!)

Von der Höhe will ich gar nicht reden. Jeden November kann jetzt der SSW, oder wer auch immer regiert, nach Berlin fahren und „bitte, bitte“ machen, dass wieder 3 Millionen € kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

- Nein, das ist im Haushalt nicht so, weil wir vorher eine andere Regelung und eine andere gesellschaftliche Vereinbarung hatten. Diese Vorstöße von Ihnen laufen den minderheitenpolitischen Grundsätzen entgegen, die diesem Land Frieden und Vorbildcharakter gegeben haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Das ist neben der Ruinierung des Rufs des Landes als **Wissenschaftsstandort** das zweite böse, weil nicht schnell heilende Foul. Im Land Schleswig-Holstein fühlen sich Menschen wieder als Bürger zweiter Klasse. Das ist bitter. Aber bitterer noch - ich bringe den Satz zu Ende, dann lasse ich gern eine Zwischenfrage zu - ist es, wenn Sie es nicht einsehen wollen und unter Verweis auf Berliner Almosen die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zwischen Mehrheit und Minderheit infrage stellen.

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Lassen Sie die Zwischenfrage des Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. von Boetticher zu?

**Dr. Robert Habeck** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

**Dr. Christian von Boetticher** [CDU]: Herr Kollege Habeck, würden Sie uns freundlicherweise mitteilen, wie viel Prozent die Förderung für die dänische Minderheit in Zeiten der rot-grünen Regierung betragen hat?

- Herr von Boetticher, ich denke, Sie waren da nicht im Parlament, und Sie wissen es selbst nicht.

(Beifall und Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall der Abgeordneten Bernd Heinemann [SPD] und Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE] - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Deshalb frage ich ja!)

- Herr von Boetticher, der Punkt - und das wird Ihnen der SSW nachher noch einmal lang und breit erzählen - ist nicht die absolute Höhe. Der Punkt ist, dass es das Prinzip gibt, dass dieses Land für seine Minderheiten einsteht, und zwar dauerhaft und verlässlich, und dass sie nicht jedes Jahr nach Berlin gehen müssen und Sie aus der Minderheitenpolitik einen Verschiebebahnhof machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und des Abgeordneten Bernd Heinemann [SPD])

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Herr Habeck, lassen Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Stegner zu?

**Dr. Robert Habeck** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]: Lieber Herr Kollege Habeck, können Sie bestätigen, dass es die rot-grüne Landregierung gewesen ist, die damals den Vertrag ausgehandelt hat, der zur Gleichstellung bei den dänischen Schülern geführt hat und der erreicht hat, dass wir auf die 100 % gekommen sind?

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Da war er doch noch gar nicht dabei!)

- Herr Stegner, ich kann noch darüber hinausgehen. Ich war damals auch nicht im Landtag, aber ich kann mich insoweit an die Lektüre und die Debatten während des letzten Jahres erinnern, dass es auch die CDU seit Uwe Barschel und danach war, die dieses Prinzip nicht infrage gestellt hat. Schön,

wenn es Rot-Grün war. Ich erinnere mich an die Kooperationsverhandlungen, die wir damals für die geplante Minderheitsregierung unter Heide Simonis geführt haben, und an Vorschläge und Anstrengungen, die weit über das amtierende oder das dann beschlossene Maß hinausgingen. Aber der Punkt ist im Grunde - ich will da gar nicht Rot-Grün gegen Schwarz-Gelb ausspielen -, dass es einen partei- und fraktionsübergreifenden Konsens in diesem Land gab, dass die minderheitenpolitischen Grundsätze vor Rot-Grün, während Rot-Grün und während der Großen Koalition bis 2010 nicht infrage gestellt wurden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, weiterhin widmen wir aus dem **Zukunftsprogramm ländliche Räume** Mittel für den Ausbau von Kitas und Schulen im ländlichen Raum um. Wir kompensieren die Erhöhung der Pflichtstunden - noch mehr - für **Schulsozialarbeit**. Aber ja, auch das gehört zur Wahrheit: Wir sehen uns auch nicht mehr in der Lage, das **kostenfreie Kita-Jahr** aus Landesmitteln gegenzufinanzieren. Jedenfalls ist in der **mittelfristigen Finanzplanung** nicht darzustellen. Durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer schon ab 2011 gelingt es uns jedoch, die Kitas bei der Umsetzung der Bildungsleitlinien deutlich zu unterstützen - auch über das Maß der Landesregierung hinaus.

Wir stocken den **kommunalen Finanzausgleich** zusätzlich noch einmal auf, um eine mögliche, landesweite **Sozialstaffel** herzustellen. Wir stellen Gelder für zusätzliche Studienplätze bereit, unterstützen die **Hochschulen**, setzen gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Akzente bei der **Migrations-Sozialarbeit**, verteidigen die **Vereins- und Verbandsstrukturen** im sozialen und kulturellen Bereich, setzen auf **ökologischen Landbau** und nehmen die 60 Millionen € Planungskosten für „Belt 21“ sowie die Gelder für das Gutachten zur Privatisierung des UK S-H wieder aus dem Haushalt heraus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN und SSW)

Wir streichen die **Mittelstands- und Integrationsbeauftragten**, die **Kulturbeauftragte**, den neuen Abteilungsleiter im Justizministerium und den zweiten Staatssekretär in der **Staatskanzlei**. Wir kürzen die Zuwendungen an die **Landwirtschaftskammer** erneut, nehmen die zusätzlichen 30.000 € für das **Schloss Glücksburg** wieder heraus und

(Dr. Robert Habeck)

sparen bei der **Internationalen Grünen Woche**, an Messen und Ausstellungen sowie bei Konferenzen und **Veranstaltungen der Landesregierung**. Ich finde, es ist schlicht nicht zu verantworten, dass der Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz im Doppelhaushalt mit 400.000 € veranschlagt ist - 400.000 € Futtergeld für Bouffier, Seehofer und Mappus. Das erklären Sie einmal den Blinden!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Und für Frau Kraft auch!)

Die **Schuldenbremse** haben wir sehenden Auges eingeführt, und wir stehen dazu, obwohl sie die Logik der Plenardebatten auch für die Opposition verkehrt. Früher musste sich die Regierung für ihr Sparprogramm rechtfertigen, jetzt muss es die Opposition dafür, dass sie nicht so hart spart.

(Tobias Koch [CDU]: Ganz genau!)

- So ist es, genau. Das haben wir sehenden Auges gemacht, weil uns dieses Freund-Feind-Schema, dieses Klipp-Klapp - vor der Wahl alles zu versprechen und hinterher alles einzusammeln - tierisch auf die Nerven geht. Dass Sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass es eine Leistung für die Opposition ist, einen Sparhaushalt mittragen und mitgestalten zu wollen, ist einfach nur noch durch Borniertheit zu erklären.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt beim SSW - Tobias Koch [CDU]: Tun Sie gar nicht! - Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Tun Sie gar nicht!)

Im Gegenteil: Ich bin dabei, auch die Position der Opposition zu hinterfragen. DIE LINKE verfolgt eine Politik - und sagt es auch selber - des kontrollierten Staatsbankrotts, verkauft das allerdings als Gerechtigkeit. Ich halte das für eine logische Fehlleistung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Tobias Koch [CDU] und Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

Denn die Weigerung, die **haushaltspolitische Situation** überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, führt - denkt man sie konsequent zu Ende - zu Irland- oder Griechenlandszenarien oder zu einer massiven Geldentwertung durch Inflation. In beiden Szenarien werden die sozial Schwachen weiter geschwächt. Ich will deutlich sagen: Die Gesellschaft braucht dringend **Umverteilung** von oben nach unten. Aber die Krise der öffentlichen Haushalte durch eine exorbitante Verschuldung wird zum Gegenteil führen,

denn nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Wer hat das gemacht? - Rot-Grün war das!)

- Es ist kein besonders starkes Gegenargument gegen ein strukturelles Argument, dass Sie fragen, wer das gemacht hat. Aber Sie können das nachher noch erklären.

Viele Anträge der SPD stimmen mit unseren überein. Aber es gibt auch erhebliche Unterschiede. Die SPD will nach wie vor die Mehreinnahmen aus der kommunalen Verwaltungsstrukturreform zur Haushaltssanierung einsetzen oder plant es ein. Sie plant es ehrlicherweise nicht in diesem Haushalt ein. Wir halten das für falsch. Wir haben unsere Position der Vergangenheit hier korrigiert. Geld, das die Kommunen durch Reformen einsparen, ist kommunales Geld. Ich sage voraus: Es wird wieder keine Verwaltungsreform geben, wenn es für die Kommunen keine starken Anreize gibt, sich an dieser zu beteiligen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE])

Wir sagen auch, was nicht geht. Dazu gehört, und das ist ein weiterer Unterschied, die beitragsfreie Kita ab 2011 wieder einzuführen. Wir kämpfen mit offenem Visier dafür, und wir verstecken uns nicht hinter dem Busch, wenn es unangenehm wird. Meine Fraktion und meine Partei werden jedenfalls nicht in einen Wahlkampf ziehen, in dem wir alles und jedes versprechen. Liebe SPD, bei der Beltquerung haben Sie die Möglichkeit, Farbe zu bekennen. Wir stimmen auch darüber in einer Einzelabstimmung ab. Ich kann dazu nur sagen: Auch Runde Tische, die ich natürlich grundsätzlich begrüße, haben Kanten. Hier muss man manchmal springen und Farbe bekennen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Fraktion und meine Partei werden jedenfalls nicht in einen Wahlkampf ziehen, in dem wir jedem alles versprechen, ohne die Gesamtbilanz vorzulegen. Ich hoffe, dass die Opposition an dieser Stelle Gemeinsamkeiten findet. Noch sind wir nämlich meilenweit davon entfernt, die Koordinaten für die Schuldenbremse richtig gestellt zu haben. Lieber SSW, deshalb können wir auch dem Antrag des SSW, heute schon einen Nachtrag zu fordern, nicht zustimmen. Wir können einem Nachtrag, der das

(Dr. Robert Habeck)

beitragsfreie Kitajahr wieder einführt, nicht zustimmen, denn wir wissen nicht, wie sich die Szenarien in den nächsten Jahren entwickeln. Die Haushaltskonsolidierung steht - ich möchte sagen - auf tönernen Füßen, aber sie steht noch nicht einmal auf Füßen. Im Grunde schwebt sie frei im Raum.

Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, ich möchte und ich will noch einmal auf die letzte Debatte zum Haushalt, die Septemberdebatte, zu sprechen kommen. Sie wurde hart geführt und hatte ein paar Nachspiele. Diese haben insgesamt zu einer Klärung der verschiedenen Vorwürfe geführt. Herr Finanzminister, ich fand es eine große Geste, dass Sie, obwohl ich Sie durch meine Rede offenbar persönlich verletzt habe, noch am Abend zu mir ins Büro gekommen sind, um die Dinge durchzusprechen. Ich muss zugeben: Erst im Nachhinein habe ich verstanden, warum die letzte Haushaltsdebatte so derbe abging und warum Sie, Herr Finanzminister, aber auch Sie, Herr Ministerpräsident, sich von mir persönlich beleidigt fühlten. Sie mussten wohl denken, ich spräche Ihnen das Ethos für Ihre Haushaltskonsolidierungsbemühungen ab. Das tue ich nicht.

Im Gegenteil: Bei allen unterschiedlichen Bewertungen von einzelnen Punkten und einer insgesamt anderen Bewertung der Haushaltslage, ihrer Möglichkeiten und ihrer Notwendigkeiten weiß ich aus den vielen persönlichen Gesprächen und auch als Beobachter und Kommentator Ihrer Politik, dass Ihnen der Schuldenabbau ein moralisches Anliegen ist, und ich nehme es Ihnen ab, dass Sie die Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung als Ihre persönliche Verantwortung betrachten und wahrnehmen.

Vor diesem Hintergrund, und das habe ich schon bei einer anderen hitzigen Debatte im Herbst angemahnt, ist es allerdings mehr als ein Schönheitsfehler, wenn die Regierung nicht mit gutem Sparbeispiel vorangeht. Ich sage das ohne Wut und Zorn. Ich bin vielmehr enttäuscht über wenig ausgeprägte politische Sensibilität.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Finanzminister, in meiner letzten Rede verwendete ich das Wort Haushaltslüge. Dafür entschuldige ich mich, und ich nehme es zurück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, auch für uns - wie für jeden hier im Haus, der sich seiner Verantwortung

stellt - waren die Haushaltsberatungen ein Balanceakt. Auch wir hätten gut mehr Geld ausgeben können, Bedarf gibt es genug. Es führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei: Schleswig-Holstein kann sparen, bis wir blau anlaufen, aber die finanzielle Basis für ein gedeihliches Zusammenleben, für eine gesellschaftliche Austeriarung von Gleichheit durch den Staat ist zu schmal. Sprechen Sie doch einmal mit Ihren kommunalen Vertretern. Wer sagt, wir hätten ein Ausgabeproblem und kein Einnahmeproblem, der hat keine Ahnung von der Wirklichkeit im Land. Ja, wir wollen Solidität, aber wir haben nicht den Ehrgeiz, noch größere Sparhansel zu sein als Sie. Stattdessen haben wir den Ehrgeiz, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis im Lot zu halten. Solidität und Solidarität gehören zusammen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, an unseren Änderungsanträgen können Sie ablesen, dass die Rede von **Alternativlosigkeit** Quatsch ist. Es mag enge Entscheidungsspielräume geben, aber eine Politik, die von sich selbst sagt, sie sei alternativlos, wird nicht gebraucht.

Ihre Behauptung, es sei alternativlos, beim FÖJ, bei den Mädchenhäusern, bei den Frauenberatungsstellen oder auch bei der Kultur zu kürzen, ist eine Farce, wenn Sie gleichzeitig über Nacht die Straßbaumittel um jährlich 7 Millionen € erhöhen, 60 Millionen € in die Fehmarnbelt-Querung pumpen, und zwar gegen die bestehende Rechtslage, wie wir seit Dienstag wissen, und Schlösser ohne Not und ohne die Prüfung von Gutachten extra bezuschussen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Beltkosten stehen entgegen den gesetzlichen Bestimmungen im Haushalt. Das sind 60 Millionen €. In dieser Situation werfen Sie der DB AG 60 Millionen € in den Rachen. Dazu sage ich: Raus mit der Kohle aus dem Haushalt!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nichts ist alternativlos, aber Sie haben in den vielen Monaten der Haushaltsdebatten und -beratungen die Alternative nicht gesucht. Sie haben nicht auf Dialog gesetzt. Sie haben die Bürgerinnen und Bürger, die Vereine und die Verbände nicht für den notwendigen Sparkurs gewonnen. Sie haben sich bis zum Schluss geweigert, auch bei sich selbst zu kürzen. Sie haben keinen Weg gesucht, eine neue

(Dr. Robert Habeck)

Vereins-, Verbands- und Förderstruktur aufzubauen. Das ist es, was die Menschen im Land so erzürnt, was Vereine und Verbände zermürbt, was zu Politikverdrossenheit führt. Keine Visionen, keine Gerechtigkeit, keine Perspektive; Verantwortung heißt in dieser Situation, gegen Ihren Haushalt zu stimmen, und das wird meine Fraktion aus voller Überzeugung tun.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Ranka Prante das Wort.

**Ranka Prante [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Herr Carstensen, Ihr Haushaltsentwurf ist in unseren Augen ein Dokument der Unfähigkeit und der Verantwortungslosigkeit der schwarz-gelben Landesregierung. Sie haben Schleswig-Holstein in unseren Augen nichts anzubieten, rein gar nichts. Sie betreiben kontinuierlich die Zerstörung der **sozialen Strukturen** im Land, Sie boykottieren dringende **Investitionen in die Bildung** und schachern dann mit der Bundesregierung über Kostenbeteiligung. Sie spielen Monopoly mit dem Geld des Landes; mit dem Geld der Menschen auf den Rücken der Menschen. Ich kann Ihnen aber sagen: Das ist kein Spiel. Das, was hier stattfindet, ist die Realität. Es geht hier um die Zukunft der Menschen in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Ministerpräsident, der es zulässt, im Kabinett auch nur darüber nachzudenken, aus Kostengründen Studienplätze nach Niedersachsen zu verscherbeln, der sollte in unseren Augen abtreten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Ministerpräsident, der mit der Zukunft einer Universität spielt, ist für uns verantwortungslos. Ich möchte an die Debatte hier vor Ort vor fast genau zwei Jahren erinnern. Damals ging es um den Doppelhaushalt der Großen Koalition. Finanzminister Wiegard, es sind in meinen Augen nicht immer die Besten, die Minister bleiben, aber wir haben sie noch.

Finanzminister Wiegard sprach damals von einem strukturellen Defizit in Höhe von 600 Millionen €. Ich wiederhole: 600 Millionen €. Jetzt liegt das **strukturelle Defizit** seit dem Frühjahr 2010 wahl-

weise bei 1 Milliarde €, wie Professor Deubel es berechnet hat, oder bei 1,25 Milliarden €, wie Minister Wiegard meinte, oder bei 1,5 Milliarden € wie die Bundesregierung sagt. Wie kommt es zu diesem Anstieg? - Herr Minister Wiegard, in Ihrer Amtszeit hat sich das strukturelle Defizit von 600 Millionen € innerhalb von 15 Monaten auf 1.250 Millionen € mehr als verdoppelt. So schlecht kann man in unseren Augen gar nicht wirtschaften, selbst Sie nicht, Herr Wiegard. Es ist offensichtlich, warum das so ist. Das strukturelle Defizit hat sich nicht aus landespolitischen Gründen verdoppelt, sondern aufgrund bundespolitischer Lobbypolitik.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Es hat sich nicht wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise und auch nicht wegen der HSH Nordbank verdoppelt. Der Grund liegt in erster Linie in bundespolitischen Entscheidungen wie der veränderten Steuergesetzgebung in den letzten beiden Jahren. Diese **Lobbypolitik** hat das strukturelle Defizit so rasant ansteigen lassen. Die Einhaltung der vermeintlichen **Schuldenbremse** ist unter diesen Bedingungen in Schleswig-Holstein unmöglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Obwohl Schleswig-Holstein nicht den Hauch einer Chance hat, aus eigener Kraft die Schuldenbremse einzuhalten, haben Sie diese in die Landesverfassung implementiert. Das ist in unseren Augen ein **vorweggenommener Verfassungsbruch**.

(Beifall bei der LINKEN)

Früher wurde die Verfassung gebrochen, weil die Neuverschuldung die Investitionen überstiegen hat. Zukünftig wird die Verfassung gebrochen, weil das strukturelle Defizit aus eigener Kraft nicht weiter gesenkt werden kann.

Meine Damen und Herren auf den Regierungsbänken, schon heute können Sie den Eltern im Land nicht erklären, warum die Eltern die Kosten des **dritten Kita-Jahres** und der **Schülerbeförderung** selbst tragen müssen. Dann holen Sie die Keule Griechenland heraus. Dreister geht es unserer Ansicht nach nicht, als ein Bundesland mit einem europäischen Staat in einen Topf zu werfen. Die dröhnende Aussage, wir wollen nicht wie Griechenland enden, brauchten Sie, um die finanzielle Lage des Landes schwarz-gelb zu malen und die Bürger zu ängstigen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben keine Ideen mehr für unser Land. Sie verbreiten Angst. Sie wurschteln vor sich hin. Sie verwalten nur noch und kür-

(Ranka Prante)

zen auf infame Art und Weise bei den Bedürftigen. Die **Verschuldungslage des Landes** ist bei Weitem nicht so dramatisch, wie die Regierung es grotesk und plump überzeichnet. Sie hatten für 2010 **Zinsausgaben** in Höhe von 116 Millionen € eingeplant. Jetzt ist absehbar, dass das Land nur eine Milliarde € an Zinsen zahlen wird. Im nächsten Jahr werden wir 920 Millionen € dafür ausgegeben. Für uns ist die Frage, für wie blöd Sie die Menschen in diesem Land halten. Sie haben sich mit Absicht verschätzt, Herr Minister Wiegard. Sie haben sich damit um den gesamten Konsolidierungsbedarf eines Jahres verschätzt.

Seit dreißig Jahren sinken die Zinsen. Die tatsächliche inflationsbereinigte Zinszahlung des Landes Schleswig-Holstein steigt bereits seit 1994 nicht mehr. Inflationsbereinigt hat das Land Schleswig-Holstein heute zwar 5,5 Milliarden € mehr Schulden als vor zehn Jahren, zahlt dafür aber inflationsbereinigt 140 Millionen € weniger an Zinsen.

Wenn Sie die Inflation unberücksichtigt lassen, wie Sie es ja gern machen, um Ihre Horrorgemälde möglichst gruselig aussehen zu lassen, sind noch ein paar weitere Zahlen zu nennen. Im Jahr 2000 zahlte das Land 910 Millionen € für einen Schuldenstand von 16 Milliarden €. Jetzt zahlen wir 920 Millionen € **Zinsen** für 25 Milliarden € **Schulden**. Das ist immer noch viel, aber es ist nicht so drastisch, wie Sie uns hier vorgaukeln. Die Frage ist, warum Sie solche Horrorgemälde malen. Warum vergleichen Sie Schleswig-Holstein mit Griechenland?

Sie kaschieren Ihre eigene politische Unfähigkeit. Sie sind zunehmend unfähig, das Land positiv zu gestalten. Es ist noch schlimmer. Sie können nur noch zerstören. Sie kürzen in einer unerträglichen Dimension, die jedes Maß verloren hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist nicht so, dass Sie die Vorgaben der sogenannten Schuldenbremse lediglich einhalten und 125 Millionen € pro Jahr für die **Rückführung des strukturellen Defizits** aufbringen. Nein. Die Regierung will 2011 und 2012 je 365 Millionen € kürzen, anstatt 125 Millionen € pro Jahr. Zusammen gerechnet sind das 730 Millionen € Minderausgaben gegenüber 2010. Laut Ihrem Bericht an den Stabilitätsrat sind davon 620 Millionen € strukturelle Minderausgaben. Das sind 245 Millionen € mehr, als die Schuldenbremse vorschreibt.

Kommen wir zu den einzelnen Punkten! Hinter dem großen Stichwort Bildung steht ein Zukunftsversprechen. Die Konservativen wollten soziale

Ungerechtigkeit nicht ausgleichen. Sie haben ein anderes Projekt versprochen. Sie wollten in Bildung für alle investieren. Langfristig sollten soziale Ungleichheiten abgemildert werden.

Wie sieht die Situation nun aus? - Jetzt tun Sie nichts gegen soziale Ungleichheit. Sie sparen darüber hinaus weiter an der **Bildung**. Sie sparen beim **Kita-Jahr**, bei den **Lehrerinnen und Lehrern**, an den **Universitäten**, an den Medizinischen Universitäten, aber auch beim **Studentenwerk**. Die Folge werden Studiengebühren über die Hintertür der Studentenwerksbeiträge sein.

Jetzt geht es Ihnen aber nicht mehr um die Erreichung von Bildungszielen, mit denen Schleswig-Holstein und Deutschland insgesamt auch nur den Anschluss an die durchschnittlichen Ausgaben der europäischen Nationen hält. Nun zerstören Sie die Schullandschaft, kürzen die Zuschüsse für die **Schulen der dänischen Minderheit**, fahren die Anerkennung von Bildungsanstrengungen bei der Rentenversicherung herunter und verweigern die Übernahme der **Schülerbeförderung** in den großen Kreisen. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen große Investitionen in Bildung. Wir wollen Investitionen in die Zukunft.

Im **Hochschulbereich** haben Sie einen Kahlschlag programmiert. In **Flensburg** und in **Lübeck** sollten beziehungsweise sollen Studiengänge geschlossen werden. Was war das für ein Signal aus Schleswig-Holstein? Deutschland reagiert auf die schlimmste Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Schließung von Hochschulen. Das gleiche Spiel gab es bei der Diskussion um den Abverkauf **neuer Studienplätze** im Land. Ich bitte Sie: Wenn wir uns das alles nicht leisten können, können wir doch auch gleich aufhören.

Auch die geplante **Privatisierung der Universitätsklinik** ist ein tiefer Eingriff in das Eigentum der Bürger in Schleswig-Holstein. Es gibt viele Familien im Flächenland Schleswig-Holstein, deren Angehörigen nur noch in der Universitätsklinik medizinisch geholfen werden kann. Auf unsere öffentliche Spitzenklinik sind die Bürgerinnen und Bürger angewiesen und zu Recht stolz. Die Zuschüsse des Landes sind dort gut investiert.

Sie wollen auch die **landeseigenen Häfen** in Husum, Tönning, Friedrichskoog und Glückstadt wie eine heiße Kartoffel fallen lassen. Wir wollen das Gegenteil, weil es richtig ist. Wir fordern, die Pri-

(Ranka Prante)

vatisierung zu stoppen, eine **Rekommunalisierung** zu fördern und öffentliche Investitionen zu steigern.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber diese Kürzungen reichen Ihnen noch nicht. Sie kürzen auch beim **Personal** des Landes. Man will mit 300 Lehrern, 300 Steuerbeamten und bis zum Jahr 2020 mit insgesamt 5.300 Leuten weniger auskommen. Das ist vor dem Hintergrund unserer schmalen Personaldecke so zu sehen, die wir sowieso schon in diesem Land haben. Das heißt unter anderem: erneute Mehrarbeit für Lehrerinnen und Lehrer, Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizistinnen und Polizisten und Erhöhung der Zuzahlungen bei Krankheit für alle Beamtinnen und Beamte. - Wo bleibt hier eigentlich noch der Mensch? Das alles geschieht nach der x-ten Verlängerung der Arbeitszeit, der Streichung der Weihnachts- und Ferienzulagen und jahrelangen Einkommensverlusten durch Gehaltsanpassungen unterhalb der Inflationsrate. Wir fordern: Beenden Sie doch endlich die Herabwürdigung des **öffentlichen Dienstes!**

(Beifall bei der LINKEN)

Dass der schwarz-gelben Regierung die soziale Struktur des Landes egal ist, war uns bewusst. Doch das, was jetzt in Ihrem Haushaltsentwurf steht, ist an Menschenfeindlichkeit nicht zu überbieten. Die geplanten **Kürzungen bei Verbänden und Vereinen** sowie der **Wohlfahrtspflege** gefährden die sozialen Hilfen im Land. Die Familienbildungsstätten, Selbsthilfegruppen, die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen, die Migrationssozialarbeit, die Straffälligenhilfe, die Suchtkrankenhilfe und die Psychiatrie bekommen weniger Geld. Warum sind Sie nicht ehrlich und schenken uns allen reinen Wein ein? Geben Sie doch zu, dass Sie die soziale Struktur im Land nicht wollen. Ihr Handeln ist einfach altmodisch und menschenfeindlich. Sie wissen es doch: Bereits jetzt sind die sozialen Netzwerke unterfinanziert. Unser Land ist auf die Menschen angewiesen, egal ob arm oder reich, Frau oder Mann.

(Beifall bei der LINKEN)

Soziale Arbeit nützt allen. Dort zu kürzen nimmt Lebenschancen und Hoffnung. Die Kürzungen und/oder Deckelungen im Kulturbereich betreffen bereits die Landestheater. Die **Landestheater** können ihr Überleben nicht allein aus eigenen Einnahmen sichern. Diese vielen kleinen Kürzungen, die Sie planen, werden keinen Konsolidierungsbeitrag leisten. Wir stellen die notwendigen Mittel wieder in den Haushalt ein. Die Kürzungen stehen in keinem

Verhältnis zu dem Schaden, der damit in Zukunft angerichtet wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Im **Landwirtschaftsbereich** gehen die geplanten Kürzungen zulasten der Erzeugung **biologischer Lebensmittel**.

Die **Rechtspolitik** der Landesregierung sieht vor, **kleine Haftanstalten** zu schließen. Auch Ihre jetzt gefundene Kompromissformel hilft uns da nicht weiter. Die Rechtsbeihilfe und die **Prozesskostenhilfe** sollen so weit eingeschränkt werden, dass Schwächere kein Recht bekommen können. So geht es nicht. Wir wollen eine Stärkung des Rechtsstaats und Anrechte der Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit Ihrem Entwurf eines Doppelhaushalts schwächen Sie die **sozialen Sicherungssysteme**. Sie unterlaufen die verfassungsrechtlich verankerten Ansprüche an Geschlechtergerechtigkeit und moderierter Gleichheit. Sie versuchen den Rechtsstaat zu demolieren und die Rolle des Staates zu verkleinern.

Die irrwitzige Kürzungspolitik der Landesregierung ist ein Experiment mit dem Lande und seiner Bevölkerung. Dagegen stellt sich die LINKE mit allen ihren Möglichkeiten. Herr Ministerpräsident, Ihre Behauptung, jetzt würde gekürzt werden und vorher hätte es nur Verschwendung gegeben, ist nicht richtig. Wir haben bereits die x-te Kürzungsrunde. Von da aus noch einmal zu kürzen zerstört die Substanz des Landes. Es gibt keine Reserve für die noch funktionierenden Netzwerke im Land. Seit Langem werden gut bezahlte Jobs in diesen Netzwerken durch schlecht bezahlte in trivialen Dienstleistungen ersetzt. Die jetzt geplante Kürzungspolitik wird die Lage der Netzwerke noch einmal drastisch verschlechtern. Ohne die Beteiligung und Arbeit der vielen Netzwerkpartner wird die Regierung das Land in den Teufelskreis abnehmender Steuereinnahmen, zunehmender Wohnungsleerstände, abnehmender Infrastrukturleistungen und abnehmender industrieller Fertigung führen.

Sie sprechen noch nicht einmal richtig mit den Menschen. Wir erleben die Aufkündigung der Verhandlungskultur und die Durchsetzung eines selektiven und autistischen Politikstils.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Landesregierung hat in Ihrem Kürzungswahn kaum Kontakt mit den Betroffenen aufgenommen und keine ehrlichen **Dialoge** geführt. Alle Maßnah-



(Ranka Prante)

men werden ohne Kommunikationsangebote durchgepeitscht. Diese Basta-Politik funktioniert in unseren Augen nicht. Sie werden Ihre Quittung dafür erhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen ein Ende der verfehlten Politik im Land. Wir wollen ein Ende der Politik für die Privilegierten auf dem Rücken der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten. Wir wollen ein Ende einer Bildungspolitik, die ganzen Bevölkerungsschichten den Aufstieg verweigert. Wenn Sie die Mehrheit der Wähler hinter sich hätten, könnte man sagen, gut, wer sich das Essen aufzutut, soll es aufessen. Doch das ist nicht der Fall. Sie von der Regierungskoalition haben 27.000 entscheidende Stimmen weniger als die Opposition.

Wir wollen einen sozial ausgewogenen Haushalt. Wir wollen ein **Konsolidierungsprogramm** für Schleswig-Holstein, das diesen Namen verdient. Die wichtigste Voraussetzung dafür hat Albert Einstein formuliert: Kein Problem kann durch die gleiche Denkweise bewältigt werden, die es verursacht hat.

(Beifall der LINKEN)

Wir verabschieden uns von der Denkweise, die das Land in die Misere geführt hat, und schlagen ein **Fünf-Punkte-Programm** für die Sanierung vor: Mehr öffentliche Investitionen mit einer hohen Rendite. Steigerung der Effizienz der Steuerverwaltung, um den Realsteuersatz zu erhöhen. Beendigung der Wohlfahrtsmaßnahmen für Unternehmen. Das Land attraktiv machen. Gemeinsam stark werden.

(Beifall der LINKEN)

Unseres Erachtens besteht der wichtigste Konsolidierungsbeitrag darin, die **Ausgaben für öffentliche Investitionen** mit hohem Ertrag zu steigern. Selbst dann, wenn dies kurzfristig zu einer Erhöhung des Defizits führt, wird es die Staatsschulden langfristig verringern. Ich denke, es ist wichtig, langfristig zu denken. Welches Unternehmen würde eine Investitionsmöglichkeit auslassen, wenn sich Renditen von 8 % bieten, wenn es sich zugleich Kapital für 3 % Zinsen leihen könnte? Das ist nämlich der Fall, wenn das Land Schleswig-Holstein massiv in Bildung investiert.

Insgesamt fordern wir drei beitragsfreie **Kita-Jahre**.

(Beifall bei der LINKEN)

Das kostet weniger als 140 Millionen € und ist eine Investition in die Zukunft, weil neben den Kommunen auch Familien mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden. Zusätzlich stellen wir zur Förderung von **Kindertageseinrichtungen** und **Tagespflegestellen** 90 Millionen € statt 70 Millionen € in den Haushalt ein.

Die **Erhöhung der Pflichtstunden** machen wir rückgängig. Zudem entlasten wir die Lehrerinnen und Lehrer weiter. Für **Schulsozialarbeit** geben wir fast 6 Millionen € in den Jahren 2011 und 2012 aus. Für **Schulpsychologinnen und Schulpsychologen** geben wir ebenfalls 6 Millionen € aus. Im Gegensatz zu den anderen Fraktionen lassen wir alle Lehrerinnen- und Lehrerstellen im System. Wir lassen sie nicht im Regen stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Einsparungen bei den **dänischen Schulen** werden nach unserer Vorstellung rückgängig gemacht. Die Kosten für **Schülerbeförderung** werden aufgestockt. Außerdem werden die Kosten der Beförderung von Oberstufen- und Berufsschülern übernommen.

Das Gleiche gilt für die **Hochschulen**. Die Hochschulpolitik der Landesregierung begeht Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Die LINKE will für 2000 neue Studienplätze - zum Teil kofinanziert aus dem Bundeshaushalt - 25 Millionen € ausgeben. Die Kürzung bei der Fachhochschule Wedel wird rückgängig gemacht. Die Kürzungen im Bereich des Studentenwerks werden ebenso rückgängig gemacht wie die Streichung bei der Wohnheimförderung. Zur Unterstützung der Lehramtsstudiengänge wollen wir 3 Millionen € mehr ausgeben.

Zusammengerechnet investieren wir zusätzlich 269 Millionen € in Bildung.

(Beifall bei der LINKEN)

Den Anschluss an die Bundesentwicklung können wir nur dann wieder gewinnen, wenn die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner gut ausgebildet sind und wenn das Land für Familien mit Kindern attraktiv wird. Das ist zugleich der wichtigste Beitrag, um das Land attraktiv zu machen.

Die ideologische Rede vom **Wirtschaftsstandort** führt doch nur immer weiter in die Verarmung. Wir wollen, dass Frauen und Männer in diesem Land leben, die sich sicher sein können, dass ihre Kinder gut betreut und beschult werden.

(Beifall bei der LINKEN)

(Ranka Prante)

Das ist heute das zentrale Thema. Das steigert die **Wirtschaftskraft** des Landes. Das macht Hoffnung, und das macht das Land attraktiv.

(Beifall bei der LINKEN)

Schleswig-Holstein - Land für Kinder, Land für Familien!

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen die Wohltaten für Unternehmer beenden und Wirtschaft und Wohlstand für alle. Die **einzelbetriebliche Förderung** soll zukünftig umgeschichtet werden zugunsten des Projekts „Öffentlicher Vermögensaufbau und Ausbildung“. Aufgrund der langfristigen Verträge kann dies allerdings erst im Jahr 2013 wirksam werden. Allein daran sehen Sie, dass Die Linke für die Zukunft plant, aber nicht wie die Landesregierung in den Tag hinein.

(Beifall bei der LINKEN)

Gemeinsam mit einem zu errichtenden **öffentlich geförderten Beschäftigungssektor** soll der Kürzung der Gelder für Arbeitsmarktmaßnahmen bei den Agenturen für Arbeit entgegengewirkt werden. Zugleich wollen wir die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angehen, wie es zum Beispiel das Land Berlin vormacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei geht es auch darum, mehr Menschen, die es wollen und können, in **Beschäftigung** zu bringen. Zugleich aber werden dadurch weniger Mittel für Arbeitslose fällig. Jeder Arbeitslose kostet im Jahr circa 20.000 €. Durch diese Maßnahme würden wir zudem mehr Steuereinnahmen erzielen.

Des Weiteren führt ein solcher Beschäftigungssektor zur Entlastung des **Arbeitsmarkts** und ist ein wichtiger Beitrag dazu, dass die Arbeitnehmer nach zehn Jahren Reallohnverlusten wieder mehr Druckpotenzial bekommen und endlich wieder am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen mehr Mitarbeiter in der **Steuerverwaltung**. Die Steuerfahndung ist die wichtigste Schraube in Sachen Steuereinnahmen. Wir wissen, dass das Potenzial bei den real gezahlten Steuern längst nicht ausgeschöpft ist. Wir wissen, dass es wichtig ist, gemeinsam mit den Mitarbeitern der Steuerverwaltung auf der Höhe der Zeit zu bleiben und steuerpolitisch auf neue Schlupflöcher und Abwege zu reagieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch wir sind für die **Erhöhung der Grunderwerbsteuer** von 3,5 % auf 5 %. Das bringt zusätzliche Einnahmen von 130 Millionen € im Doppelhaushalt.

Die Erhöhung der **Feldes- und Förderabgabe** auf 20 % im Jahr 2011 und auf 21 % im Jahr 2012 erbringt einen kleinen Millionenbetrag. Es ist sinnvoll, diese kontinuierlich zu steigern, um die wenigen Bodenschätze des Landes so teuer wie möglich zu verkaufen. Am liebsten wäre es uns jedoch, die Erdölförderung zu beenden.

Es wird mit uns keine **Küstenschutzabgabe** geben, weil alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner auf den Küstenschutz angewiesen sind und es sich deshalb um eine **Gemeinschaftsaufgabe** handelt.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Auch in diesem Fall drücken Sie sich mit einem Kompromiss. Gestaltete Politik sieht in unseren Augen anders aus.

Neben zusätzlichen Einnahmen der Gemeinden durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer und der erhöhten Feldes- und Förderabgabe haben wir für 2011 **zusätzliche Mittel** vorgesehen, die die **Kommunen** entlasten beziehungsweise höhere Einnahmen für sie bedeuten. Die Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen im Jahr 2011 werden von 49 Millionen € auf 64 Millionen € heraufgesetzt. Die Zuweisungen an den kommunalen Schulbaufonds im Jahr 2011 werden von 31 Millionen € auf 60 Millionen € heraufgesetzt.

Die Zuweisungen für **Theater und Orchester** im Jahr 2011 werden von 36,7 Millionen € auf 38,1 Millionen € und im Jahr 2012 auf 38,935 Millionen € heraufgesetzt. Die Zuweisungen zur Förderung von **Kindertageseinrichtungen** und **Tagespflegestellen** werden im Jahr 2011 von 70 Millionen € auf 90 Millionen € heraufgesetzt. Die vollständige Rücknahme der Kürzungen im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit und die gleichzeitige leichte Erhöhung der Ansätze um 3 % gegenüber dem Jahr 2010 soll signalisieren, dass DIE LINKE am **Projekt der Gerechtigkeit** festhält.

(Beifall bei der LINKEN)

Die vollständige Rücknahme der Kürzungen im Sozialhaushalt und die gleichzeitige leichte Erhöhung der Ansätze um 3 % signalisiert, dass sich DIE

**(Ranka Prante)**

LINKE nicht mit wachsender sozialer Ungleichheit abfindet.

(Beifall bei der LINKEN)

Die vollständiger Rücknahme der Kürzungen im Kulturhaushalt und die gleichzeitige leichte Erhöhung der Ansätze um 3 % signalisieren, dass DIE LINKE die Regression zur Wirtschaftsgesellschaft nicht mitmacht. Kultur ist ein bedeutender Attraktor. Das Signal, bei der Kultur zu kürzen, ist verheerend, weil damit der Abstieg ausgeflaggt wird. Der Niedergang mancher Kommune in Nordrhein-Westfalen hat mit der Schließung des örtlichen Theaters begonnen.

DIE LINKE macht den Abbau der Zahl der **Beschäftigten im öffentlichen Dienst** nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Schon jetzt gibt es in Schleswig-Holstein weniger Beschäftigte im öffentlichen Dienst als in allen anderen Bundesländern. In diesem Bereich zu kürzen - ob nun 5 300 Stellen oder 4 800 Stellen -, ist schlicht unmöglich, ohne das Land als Ganzes in seiner Handlungsfähigkeit nachhaltig zu beschädigen. Die vollständige Rücknahme der Kürzungen im Personalhaushalt und die gleichzeitige leichte Erhöhung der Ansätze um 3 % signalisieren, dass sich DIE LINKE nicht damit abfindet, dass das Land weiter auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lebt.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit uns kann man über Einsparungen beim Führungspersonal reden, aber nicht über Kürzungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Auf den Punkt gebracht: Das Land hat zu viele Häuptlinge und zu wenige Indianer. Unsere haushaltspolitischen Anträge zeigen, meine Damen und Herren, dass konsequent sozial gerechte Politik auch heute möglich ist, wenn es den entsprechenden politischen Willen gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Am bedeutendsten ist, dass die Politik wieder Anschluss an die Wirklichkeit im Land gewinnt. Wir wollen mit den vielen und unterschiedlichen Menschen im Land zusammenarbeiten, um das Land voranzubringen. Wir wollen die bestehenden Netzwerke stärken und ausbauen. Wir wollen mit den Menschen reden, und wir wollen handeln; denn es geht um die Zukunft von Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Begrüßen Sie bitte mit mir auf der Besuchertribüne die Landesvorsitzende des Blinden- und Sehbehindertenvereins, Frau Annegret Walter, und weitere Mitglieder. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion des SSW erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Anke Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt ist einmalig in der Geschichte des Landes, nicht nur, weil erstmals die Schuldenbremse gilt, sondern vor allem, weil das Verfahren zur Vorbereitung des Haushalts ausgesprochen apart war. Im Parlament haben wir zwar in den letzten drei Monaten reguläre Haushaltsverhandlungen durchlaufen; ich habe aber noch nie erlebt, dass die Fronten von vornherein derart geschlossen waren wie diesmal. Und das, obwohl die schwarz-gelbe Koalition sowohl bei der gemeinsamen Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung als auch in Verbindung mit dem Sparpaket der sogenannten Haushaltsstrukturkommission zugesagt hatte, für konstruktive Änderungsvorschläge der Opposition offen zu sein. Davon ist heute keine Rede mehr. Das gesamte **Verfahren** ist ein einziges Durchregieren gewesen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die einseitige Fixierung auf Einsparungen hat dazu geführt, dass im Finanzministerium und im Landesrechnungshof die Musik gemacht wird. Wer sich allein dem Diktat der Rechnungsprüfer unterwirft, darf sich aber nicht darüber wundern, wenn fachpolitische Argumente nicht zugelassen werden und sich der Landesrechnungshof direkt in die Arbeit des Gesetzgebers einmischt.

Auch der SSW hat der **Schuldenbremse** zugestimmt, weil es mit der öffentlichen Verschuldung so nicht weitergeht. Das war aber noch lange nicht ein Freibrief für alle möglichen und unmöglichen Einfälle der Haushaltsstrukturkommission. Die schwarz-gelbe Koalition begründet all ihre Maßnahmen mit der Schuldenbremse. Aber das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unehrlich.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich geht die Schuldenbremse auch anders und solidarischer. Das belegen zahlreiche Änderungs-

(Anke Spoorendonk)

vorschläge des SSW und der anderen Oppositionsfraktionen. Stattdessen mussten wir in den letzten Monaten die immer gleichlautenden Sätze des Ministerpräsidenten über uns ergehen lassen, der für sich in Sachen Haushalt die alleinige Deutungshoheit beansprucht: Alle **Kürzungen** sind alternativlos, heißt es gebetsmühlenartig. Dass die Staatsverschuldung und die Schuldenbremse auch als Vorwand genutzt werden, um die Politik von Schwarz-Gelb zu legitimieren, wird dabei verschwiegen.

Daher sage ich: Bei dem vorliegenden Haushaltsentwurf geht es auch um die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, es geht auch um den Abbau von sozialen Leistungen und Hilfen, und es geht darum, Aktivitäten und Einrichtungen, die Konservativen und Liberalen aus ideologischen Gründen ein Dorn im Auge sind, den Hahn zuzudrehen. Und das alles ist eben nicht alternativlos!

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Schon seit dem Bericht der **Haushaltsstrukturkommission** wissen wir: Wenn man CDU, FDP und Landesrechnungshof kreuzt, bekommt man eine ALDI-Politik. Nicht die beste Lösung wird gesucht, auch nicht die nachhaltigste, sondern die hier und jetzt billigste. Das oberste Ziel dieses Haushalts ist ein Rückzug des Landes, der finanzpolitisch begründet wird, aber nicht zuletzt ideologisch gewollt ist.

Dabei fällt sehr ins Auge, das sich diese Koalition zwar darauf verständigen kann, was sie in Zukunft nicht will. Vorstellungen davon, wie das Land dann aussehen soll, wenn die Schuldenbremsung 2020 beendet ist, hat sie aber keine. Die Landesregierung betätigt sich fast ausschließlich als Abbruchunternehmen und baut kaum die **Strukturen** um, die das Land auch in zehn oder 20 Jahren noch braucht.

Das gilt im hohen Maße für die **sozialen Einrichtungen** im Land. Die Probleme der Bürgerinnen und Bürger verschwinden nicht, wenn Dienstleistungen, Beratungsangebote oder Selbsthilfegruppen den Schlüssel umdrehen müssen. Die Menschen werden nur mit ihren Problemen alleingelassen, was nicht nur unsolidarisch ist, sondern angesichts der Folgen längerfristig auch volkswirtschaftlicher Unsinn.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Deshalb lehnt der SSW die massive **Kürzung bei den Sozialverträgen**, die Halbierung des **Landesblindengeldes** und die Kürzungen bei den **Jugend-**

**verbänden** ab. Gleiches gilt für die **Mädchenarbeit**, die **Frauenförderung** und die Unterstützung für **Migranten**. Wenn man feststellt, dass Frauen immer noch in der Gesellschaft benachteiligt werden und wir einen Nachholbedarf bei der Integration von Migranten oder bei der Bereitstellung von Integrationsmaßnahmen haben, dann ist es gelinde gesagt unklug und kurzsichtig, hier alles kaputtzusparen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Der gefundene **Kompromiss** beim **Landesblindengeld**, der rund 50 Schwerstbetroffene ausnimmt, ist dabei nichts anderes als heiße Luft. Die Demonstranten heute Morgen haben mir noch mit auf den Weg gegeben: Anscheinend reicht es nicht, blind zu sein. Das ist jetzt anscheinend kein ausreichendes Handicap, sondern man muss noch ein Handicap mehr haben, um ausgenommen zu werden.

Wir haben **Änderungsvorschläge** eingebracht, wie diese Bereiche durch andere Maßnahmen zumindest teilweise verschont bleiben können, ohne dass dadurch die Ausgaben des Landes steigen. Solange nicht alle Möglichkeiten für andere Einsparungen oder Einnahmeerhöhungen ausgeschöpft werden, besteht keine Not, wertvolle Arbeit und soziale Strukturen zu zerstören, die später kaum wiederherzustellen sind. Solidarität ist eine Grundvoraussetzung unserer Gesellschaft und kann nie eine Frage sein, die rein nach Kassenlage entschieden wird.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Solche Kürzungen, die übrigens nicht nur die Schwächsten in unserer Gesellschaft treffen, sondern auch Familien die Unterstützung entziehen, können deshalb niemals am Anfang einer **Haushaltskonsolidierung** stehen.

Dass sich die regierungstragenden Fraktionen sozusagen in letzter Minute dazu durchgerungen haben, die Sozialarbeit an den Schulen zu fördern und den Ausbau der Betreuung für unter dreijährige Kinder voranzubringen, will ich vor diesem Hintergrund gar nicht kleinreden. Den Laskmestest der sozialen Gerechtigkeit würde dieser Landeshaushalt dennoch nicht bestehen. Dann müsste nämlich der gesamte **Bildungsbereich** neu aufgestellt werden.

Dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen, zwei Beispiele der Veränderungen, die mit der Verabschiedung des neuen Doppelhaushalts gleich wirksam werden, auch wenn die Novellierung des **Schulgesetzes** noch aussteht. Zum einen bedeutet die Redu-

(Anke Spoorendonk)

zierung der sogenannten Differenzierungsstunden bei den Gemeinschaftsschulen von sechs auf drei, dass es schwieriger wird, den **Unterricht** im Sinne der einzelnen Kinder zu gestalten. Hinzu kommt, dass damit bei Gemeinschafts- und Regional-schulen insgesamt 300 **Lehrerstellen** eingespart werden sollen, die nicht alle auf andere Schularten übertragen werden. Wohin die übertragen werden, wissen wir noch nicht. Das ist ein anderes Problem. Aber was bleibt unter dem Strich, ist die Tatsache: Es findet auch eine Ausdünnung des Unterrichts statt, und das ist sozial ungerecht, bildungspolitischer Unsinn allemal.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Zum anderen streicht das Land die Bezuschussung der **Schülerbeförderungskosten**. Was bleibt, ist die Tatsache, dass noch mehr als bisher das Portemonnaie der Eltern darüber entscheidet, ob Jugendliche eine weiterführende Schule besuchen oder nicht. Die Abiturientenzahlen aus den einzelnen Kreisen sind Ihnen ja hinlänglich bekannt. Dass im Kreis Schleswig-Flensburg nur rund 15 % eines Jahrgangs das Abitur machen, ist nicht Ausdruck für größere Dummheit, sondern ist ein Beleg für gerade dieses Problem.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn dieser Haushalt ein Prädikat verdient hat, dann ist es „besonders unsolidarisch“. Das gilt nicht nur für den sozialen Bereich. Es ist bezeichnend, dass die CDU und die FDP nicht einmal davor haltmachen, die Solidarität der **Regionen** im Land aufzugeben. Das zeigt schon exemplarisch die **Küstenschutzabgabe**. Die Küstenbewohner für den Küstenschutz zur Kasse zu bitten ist ebenso abwegig, wie die Nachbarn von Atomkraftwerken für Strahlenschutz und Leukämiestudien zahlen zu lassen. Der Plan der Landesregierung öffnet ein Fass, das besser geschlossen bleibt; denn mit der gleichen **Logik** kann man die Anwohner von allen anderen Risiken mit Abgaben belegen. Außerdem könnte sich der Bund mit demselben Argument aus der Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz herausziehen und den Schutz vor Sturmfluten und dem steigenden Meeresspiegel allein den Küstenländern überlassen.

Wer meint, man könnte eine Regelung über den **kommunalen Finanzausgleich** schaffen, der scheint nun wirklich an politischer Demenz zu leiden. Ich nenne nur das Stichwort „Eingriff in den FAG von 2006“, dieser Eingriff lässt grüßen.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE] - Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Wir haben alle Interesse daran, lieber Kollege von Boetticher, dass unsere Küsten besiedelt sind und erhalten bleiben. Der SSW hat daher beantragt, die Küstenschutzabgabe zu stoppen und den Ansatz für Küstenschutzmaßnahmen 2012 zu erhöhen. Dieser Vorschlag ist solide finanziert. Küstenschutz muss eine solidarische Gemeinschaftsaufgabe bleiben.

Diese Landesregierung ist einem Trugschluss verfallen. Eine gute Haushaltskonsolidierung tut weh, glaubte sie, und sie hat damit sicherlich nicht ganz unrecht. Leider ist sie aber auch dem Umkehrschluss erlegen, dass alles, was wehtut und lautstarken Protest hervorruft, auch schon eine gute, ausgewogene Politik ist. Das sieht man an der Diskussion um die **Justizvollzugsanstalten** in Flensburg und Itzehoe ebenso wie bei dem Protest gegen die massive Beschneidung **regionaler Angebote im Sozial- und Frauenbereich**.

Unsolidarisch ist es auch, wenn das Land seinen Haushalt auf Kosten der **kommunalen Ebene** saniert. Das gilt nicht zuletzt für die Streichung der Landeszuschüsse für die Schülerbeförderung, die für Kreise und Kommunen zusätzliche Belastungen bringen wird. Betroffen ist davon auch der **Dänische Schulverein**, der bisher vom Land ein Drittel der Förderung bekommt, weil die Kreise nicht die üblichen Zweidrittel zahlen wollen, sondern nur ein Drittel. Die Kürzung der Mittel für die Schülerbeförderung für die dänischen Schulen wird im **Kreis Schleswig-Flensburg** aber dazu führen, dass der Schulverein sich voraussichtlich aus dem ÖPNV im Kreis zurückzieht, wodurch in Schleswig-Flensburg die gesamte Schülerbeförderung zu den öffentlichen Schulen zusammenbrechen könnte. Schuld hierfür trägt dann auch die Landesregierung. Das kurzfristige buchhalterische Suchen nach Einsparungen ohne Blick für die Konsequenzen wird so zur Politik nach dem Sankt-Florians-Prinzip und bringt Schleswig-Holstein nun wirklich nicht weiter.

(Beifall bei SSW sowie vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt auch für die **Hochschulen**. Es ist ein Glück, dass zwei der größten regionalen Fehlentscheidungen der Haushaltsstrukturkommission und der Landesregierung, die Schließung großer Teile der Universitäten in **Lübeck und Flensburg**, mittlerweile vom Tisch

(Anke Spoorendonk)

sind. Sie sind es allerdings nur, weil der Bund, die Regionen und insbesondere die regionale Wirtschaft eingesprungen sind. Insofern hat der Ministerpräsident auch nicht das Versprechen seiner Regierungserklärung eingehalten, das zu tun, was für die Wirtschaft gut ist. Er hat ihnen stattdessen neue Bürden auferlegt.

Dieses Land wird nicht dadurch besser, dass man bei den öffentlichen Aufgaben eine Art Schlussverkauf veranstaltet und das, was noch übrig bleibt, wahlweise streicht oder den Kommunen oder den Bürgerinnen und Bürgern aufs Auge drückt. Die Diskussion der vergangenen Woche um den Ausverkauf von 5.000 Studienplätzen zeigt, dass die Besessenheit dieses Finanzministers ihn offensichtlich blind gemacht hat. Man kann dieses Land doch nicht kaputt machen, damit man um jeden Preis ein volles Sparschwein vorweisen kann. Was ist es denn für eine Politik, bei der das Kürzen so zum Selbstzweck wird, dass das Schicksal der Menschen und die Zukunft des Landes nicht mehr zählt? Natürlich sind die Nebenkosten einer Bauruine billiger als in einem intakten Haus, aber in einer Ruine kann keiner mehr menschenwürdig leben. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Zu den grundlegenden Fragen von Solidarität, Zusammenleben und Menschenwürde gehört auch die Frage, wie man mit seinen **Minderheiten** umgeht. Der Beschluss, einseitig bei den Schulkindern der dänischen Minderheit zu kürzen, ist ein eklatanter Bruch mit der Minderheitenpolitik des Landes. Nicht nur die dänische Minderheit betrachtet die Kürzung von 100 % auf 85 % der Schülerkostensätze als eine Ungleichbehandlung ihrer Kinder. Dass auch viele Nachbarn aus der Mehrheitsbevölkerung im Landesteil Schleswig diese Ansicht teilen, belegen über 52.000 Unterschriften, die innerhalb kurzer Zeit im Norden gesammelt werden konnten.

Diese Landesregierung nimmt mutwillig in Kauf, dass wir minderheitenpolitisch wieder in den 70er-Jahren landen; denn mit diesem Beschluss wird die Uhr nicht ins Jahr 2008 zurückgedreht, wie die Koalition immer wieder gerne behauptet. Damals wurde lediglich die **Berechnungsgrundlage** der 100 % geändert. Die Änderung des Schulgesetzes bedeutet einen Rückschritt in die frühen 80er-Jahre, als der damalige CDU-Ministerpräsident Uwe Barschel die Gleichstellung einführte.

Wie gravierend die CDU ihre Politik geändert hat, zeigt die Aussage des CDU-Vorsitzenden und Frak-

tionsvorsitzenden von Boetticher, dass es ein Fehler war, 2008 von 100 % zu sprechen. Dies steht im krassen Widerspruch zu allem, was in den vorhergehenden Jahren gesagt und geschrieben wurde. Dass die Staatskanzlei von Ministerpräsident Carstensen 2006 dem Landesrechnungshof erklärt, Einsparungen bei den dänischen Schulen könnten allenfalls der dänischen Seite zukommen, spielt keine Rolle mehr. Frau Präsidentin, ich zitiere aus den Bemerkungen des Landesrechnungshofs:

„Die Frage, ob Effizienzsteigerungen und Einsparungen möglich sind, dürfte aus der Sicht der Staatskanzlei in erster Linie die dänische Seite berühren. Da die minderheitenpolitisch bedingten Mehrkosten vorrangig durch das Königreich Dänemark aufgebracht werden, müssten etwaige Einsparungen dem Königreich zufließen. Die bedarfsunabhängige Förderung der Schulen der dänischen Minderheit sei minderheitenpolitisch gewollt. Die Sonderstellung gegenüber anderen Schulen in freier Trägerschaft gründe sich auf den in Art. 5 Abs. 2 LV festgelegten Anspruch der dänischen Minderheit auf Schutz und Förderung.“

Dass der Ministerpräsident 2007 in Verbindung mit der Schulgesetzänderung die Gleichstellung noch als alternativlos dargestellt hat, wird heute unter dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“ einfach und ohne Erklärung vom Tisch gewischt.

(Jürgen Weber [SPD]: Unerhört!)

- Ja, das ist unerhört, lieber Kollege Weber. Das muss ich wirklich sagen. - Meine Schlussfolgerung lautet daher auch: Die CDU und die FDP wollen die **Gleichstellung** um jeden Preis abschaffen. Alle unsere Argumente der letzten Monate sind ins Leere gegangen, weil die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen nicht einmal den Willen zum Zuhören hatten. CDU und FDP haben sich bewusst auf veraltete Informationen gestützt, Vorurteile geschürt, falsche Informationen genutzt und sich Gegenargumenten verschlossen.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Wer wie der Ministerpräsident im NDR verkündet, dass die Schulen der dänischen Minderheit mehr als doppelt so teuer sind wie die **öffentlichen Schulen** in Schleswig-Holstein, und so tut, als käme Schleswig-Holstein für die Mehrkosten auf, argumentiert unredlich.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die Gleichstellung der dänischen Schulen mit den öffentlichen Schulen bedeutet nämlich, dass die Schulen der Minderheit an den Bedarf der öffentlichen Schulen gekoppelt sind. Hinzu kommt, dass die **Lehrkräfte** der dänischen Schulen nicht mit Angestellten vergleichbar sind, sondern in beamtenähnlichen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Der Dänische Schulverein zahlt auch Beihilfe und Pensionen, analog zu dem, was für den öffentlichen Schulbereich gilt, und zwar seit den frühen 50er-Jahren auf Verlangen früherer CDU-Landesregierungen. Die Behauptung, bei dem Dänischen Schulverein fielen keine vergleichbaren **Pensionslasten** an, ist also schlicht und ergreifend falsch.

Ich rege mich ein bisschen darüber auf, weil diese Informationen dem zuständigen Ministerium auch vorliegen. Von daher bitte ich wirklich darum, mit Ihrer Empörung auf dem Teppich zu bleiben. Dass der bemängelte Mehraufwand nicht einmal von den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinerern gezahlt wird, sondern durch die dänischen Steuerzahler, die jedes Jahr zweistellige Millionen-summen in den Wirtschaftskreislauf des nördlichen Landesteils pumpen, kann man offensichtlich gar nicht oft genug wiederholen.

Dies alles, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere der CDU, war wirklich eine zutiefst frustrierende Erfahrung und begründet die stark gereizte Stimmung, die Ihnen seitens der Minderheit und in Dänemark entgegenschlägt.

Die Minderheitenpolitik des Landes war bisher von einem grundlegenden Konsens getragen. Deshalb ist es fatal, dass Schwarz-Gelb nun ihre zweifelhafte Einstimmenmehrheit nutzt, um etwas durchzusetzen, was keine andere politische Konstellation so beschlossen hätte. Alle Parteien in der Opposition, SSW wie Grüne, Sozialdemokraten wie Linke, lehnen die Schlechterstellung der Kinder an den dänischen Schulen ab.

Jenseits von Schwarz-Gelb gibt es keine Mehrheit für die einseitigen Kürzungen bei den Kindern an den dänischen Schulen. Deshalb ist es ein Affront ohnegleichen, dass die vom Verfassungsgericht angezählte Mehrheit ihre Situation nutzt, um sich von einem grundlegenden Prinzip der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik zu verabschieden - und das, obwohl der Bund sogar einen Anteil übernommen hat und dem Land so zumindest 2011 eine Ersparnis von 3,5 Millionen € bringt.

Um keinen falschen Zungenschlag aufkommen zu lassen: Natürlich begrüßen wir, dass der **Bund** mehr **minderheitenpolitische Verantwortung** zeigt. Mit nachhaltiger Minderheitenpolitik hat aber auch dies nichts zu tun. Die Gleichstellung lässt sich nicht konjugieren. 96 % sind keine Gleichbehandlung, und die Bundesmittel stehen bislang nur für 2011 fest.

Formell wird die Koalition die **Ungleichbehandlung** der **Kinder** in den **dänischen Schulen** gesetzlich festschreiben. Damit hat sich unser Staat auf Landes- wie Bundesebene von der Gleichstellung der Minderheit verabschiedet.

Für den SSW ist es insgesamt schwer hinnehmbar, dass allein mit der Begründung „alle müssen sparen“ behauptet wird, man könne die Förderung im Minderheitenbereich nicht ausnehmen. Dabei übersieht man willentlich, dass sich diese Zuschüsse in den letzten 20 Jahren nur unwesentlich verändert haben, dass sie immer wieder gekürzt oder überrollt worden sind. Besonders schmerzlich macht sich dies beim **Nordfriisk Instituut** bemerkbar, denn für die - meist ehrenamtlich organisierte - friesische Sprach- und Kulturarbeit ist das Institut als institutionelles Fundament unentbehrlich.

Minderheitenpolitik ist keine Wohltätigkeitspolitik. Daran ändern auch die Aufstockungen im Bereich der **Kulturarbeit der Minderheiten** nichts - wobei mir sehr wohl bewusst ist, dass diese nicht zuletzt durch das Engagement Einzelner zustande gekommen sind, auch durch das Engagement des Landtagspräsidenten, wie ich noch einmal ganz deutlich sagen will.

Wer sich aber ernsthaft mit der Frage auseinandersetzt, wie sich unser Land weiterentwickeln sollte, wird sich notgedrungen auch mit der Frage befassen müssen, welchen **Stellenwert** der Bereich **Minderheitenpolitik** künftig in unserer **Gesellschaft** einnehmen soll. Dass wir vor ein paar Jahren mit der sogenannten Kompetenzanalyse der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland in diesem Hause sehr viel weiter waren als heute, scheint die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen völlig vergessen zu haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der SSW hat in den letzten vielen Jahren bewusst die dänische Karte gespielt, wenn der Haushalt für Schleswig-Holstein verabschiedet werden sollte.

(Jürgen Weber [SPD]: Das können wir bestätigen!)

**(Anke Spoorendonk)**

Denn im dänischen Folketing ist es gang und gäbe, dass sowohl die regierungstragende Mehrheit wie auch die politische Opposition in die **Entscheidungsprozesse** um den **Haushalt** einbezogen werden. Politische Auseinandersetzungen werden im Laufe der Haushaltsberatungen ausgetragen, sodass das Staatsbudget normalerweise mit großer Mehrheit im Parlament verabschiedet wird. Ich sage aber auch: Das ist kein Automatismus, sondern gelebte, gewollte politische Kultur. Diesem Beispiel ist der SSW seit über anderthalb Jahrzehnten gefolgt, seit Karl Otto Meyer zu Beginn der 90er-Jahre

(Heiterkeit)

- 1980er-Jahre - das wäre ihm gegenüber nicht richtig; er ist noch ganz fit - erstmalig für einen Haushalt der damaligen CDU-Landesregierung gestimmt hat.

Dieser erste und letzte schwarz-gelbe Haushalt ist aber ohne Vorbild in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein. Er hat eine soziale Schlagseite, er ist regional unausgewogen, und er kürzt einseitig auf Kosten der Minderheiten. Dass die schwarz-gelbe Koalition den Haushalt ohne Dialog mit der Opposition, den eigenen Fachpolitikern und den Betroffenen durchpeitscht, und das auch noch mit einer verfassungsmäßig zweifelhaften Mehrheit, ist ein parlamentarischer Tiefpunkt, der mit demokratischen Mitteln kaum noch zu unterbieten ist.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Aus all diesen Gründen wird der SSW zum ersten Mal seit 25 Jahren dem Landeshaushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

**Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Tag wird ein wichtiger Tag in der Geschichte unseres Landes sein, nämlich ein Tag der Entscheidung für Schleswig-Holstein. Heute geht es darum: Schaffen wir in diesem Land die Wende zu einer zukunftsgerechten neuen **Finanz- und Haushaltspolitik** oder verharren wir in einer Finanzpolitik, die auf Schulden baut und die zur Handlungsunfähigkeit dieses Landes führen wird?

Dann werden uns die Zinsen in immer größeren Schritten immer weniger Spielraum, zum Schluss keinen Spielraum mehr geben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen nicht den geringsten Zweifel daran, dass unser Weg der Richtige ist. Dafür sind wir 2009 angetreten. Dafür bin ich von diesem Hohen Haus gewählt worden, und das ist für mich der wichtigste Auftrag dieser Legislaturperiode und darüber hinaus. Liebe Anke Spoorendonk, verschätzt euch man nicht, ob das hier der letzte Haushalt von Schwarz-Gelb sein wird. Ihr könnt ja ein bisschen weiterträumen,

(Beifall bei CDU und FDP)

aber die Menschen werden es draußen schon merken, wer ihnen die Wahrheit sagt und wer ihnen sagt, was notwendig ist. Ich komme nachher noch einmal darauf. Es hat ja auch Umfragen gegeben.

(Zuruf)

- Nein, das Pfeifen ist bei anderen im Walde, die da herumtwittern und vieles andere machen. Da ist viel Pfeifen im Walde. Da scheinen jetzt auch andere Holzfäller zu sein, die im Wald etwas mehr schaffen.

Ein Jahr harter Arbeit liegt hinter uns. Ein Jahr, in dem wir viel für Schleswig-Holstein erreicht haben: Heute liegt die Entscheidung über einen **Doppelhaushalt 2011/2012**, der ein solides **Konsolidierungskonzept** für die Zukunft unseres Landes ist und der Minderausgaben von rund einer halben Milliarde € beinhaltet, in den Händen des Landtags. Ich bedanke mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich, sehr bewusst und sehr herzlich bei Rainer Wiegard für seine geleistete Arbeit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ohne dich, lieber Rainer, würden wir hier heute nicht stehen und hätten dem Parlament kein Konsolidierungskonzept vorlegen können, auf das unser Land bauen kann.

Schon zum zweiten Mal stehen wir - wie es einmal geschrieben wurde - vor einer **Sternstunde des Parlaments**. In der ersten Sternstunde haben wir gemeinsam und fraktionsübergreifend - mit Ausnahme der LINKEN - eine Schuldenbremse in unsere Landesverfassung aufgenommen. Heute kann die zweite parlamentarische Sternstunde folgen. Heute geht es darum, das umzusetzen, was wir damals gemeinsam beschlossen haben.



**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

(Beifall bei CDU und FDP)

Heute wird konkret, was wir im Mai beraten haben. Jeder weiß, dass das schwieriger ist, als abstrakte Beschlüsse zu fassen. Von vornherein war aber klar: Wir werden Entscheidungen treffen müssen, die weh tun. Denn Sparpläne einzubringen und dann im Gespräch mit den Bürgern und in der politischen Auseinandersetzung einzustehen, das erfordert Mut, Tatkraft und auch Standfestigkeit.

Mit diesem Anspruch ist die Regierung angetreten, und diesen Anspruch erfüllt sie. Natürlich ist mir sehr bewusst: Die Koalition verfügt nur über eine knappe **Stimmenmehrheit**. Doch auch eine Stimme Mehrheit ist Verpflichtung und Verantwortung für Schleswig-Holstein zu handeln.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Doppelhaushalt 2011/2012, der heute in diesem Parlament zur Abstimmung steht, ist der erste Schritt auf dem Weg zu einem Haushalt ohne Neuverschuldung und für ein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein. Darüber abzustimmen, liegt heute und jetzt bei uns allen.

**Haushaltspolitik ist Zukunftspolitik.** Heute mehr denn je. Wir arbeiten nicht für uns. Wir arbeiten für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. So hat es auch die mir sonst nicht so nahestehende „taz“ schon treffend kommentiert. Wolfgang Kubicki ist dieser gute Kommentar auch aufgefallen. Dort heißt es zu dem Thema, weiter wie bisher in diesem Land zu wirtschaften:

„Das ist absurd und unsozial und geht auf Kosten künftiger Generationen. ...“

Absurd ist es, jeden siebten Euro für Zinsen auszugeben, weil das Geld für viele schöne andere Sachen ausgegeben werden könnte, deren Finanzierung nun - leider - nicht drin ist: ...“

Eine solche Politik wollen wir nicht. Für eine solche Politik steht ein bürgerliches Bündnis unter Führung meiner Partei, der Christdemokraten, nicht zur Verfügung. Seit ihrem Bestehen hat diese Partei gerade in schwierigen Zeiten immer wieder Verantwortung für das Ganze gezeigt, sei es bei der Westintegration Deutschlands mit Gründung der Bundeswehr und dem Beitritt zur NATO, sei es bei der Errichtung einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, sei es bei der Wiedervereinigung der Deutschen. Es sind **Christdemokraten**, die in diesem Land **Verantwortung für das Ganze** übernehmen. Es sind Christdemokraten - ob in Hamburg, Hessen, Baden-Württemberg oder auch in Berlin -

die auch bei schlechtem Wetter Politik machen. Wir sind keine Schönwetterpolitiker.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Das gilt insbesondere für die **Finanzpolitik**. Haushaltspolitik heißt, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung bedeutet, wir müssen bis 2020 1,25 Milliarden € erwirtschaften, in zehn Schritten, die aufeinander aufbauen. Niemand, der in diesem Hause seriöse Politik macht, wird die gewaltige Dimension der Herausforderung bestreiten.

Das ist nicht nur schwer, sondern auch mit etlichen Härten und nicht nur der Umkehr, sondern auch der Einsicht zum Verzicht verbunden. Es fällt nicht leicht, weder mir noch meinen Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, die bis zur Abstimmung mit sich ringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, ich habe Respekt davor, dass Sie mit sich ringen. Nach über 25 Jahren Parlamentsarbeit - in der Regel direkt gewählt - weiß ich sehr wohl, was in einem Abgeordneten vorgeht. Mir selbst ging es in diesem Jahr der Beratung und Diskussion über diesen Haushalt häufig nicht anders. Doch die **Konsolidierung des Haushalts** ist das zentrale und alles entscheidende Projekt dieser Regierungskoalition. Ich kenne keine Regierung, die in nur 400 Tagen annähernd so viel auf die Beine gestellt hat wie diese Regierung, gebildet aus CDU und FDP.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir mussten viele schwierige und schmerzhaft Entscheidungen treffen. Wir wussten von Beginn an, dass wir in allen Bereichen kürzen müssen, auch in Bereichen, die bisher immer unangetastet geblieben sind. Vieles fällt schwer, manches besonders schwer, und einige Punkte haben uns noch in den vergangenen Tagen intensiv beschäftigt. Ich bin überzeugt, wir haben gute Lösungen gefunden, die von allen akzeptiert werden können, die den Weg zur Konsolidierung unseres Haushalts frei machen wollen. Das gilt für die Regelungen beim Landesblindengeld, für die Finanzierung des Küstenschutzes und für die zukünftige Struktur des Justizvollzugs.

Meine Damen und Herren, wir übernehmen Verantwortung, indem wir konsolidieren. Das tun wir nicht erst seit heute. Das tun wir nicht nur mit großen Dingen, sondern das haben wir die letzten Jahre auch schon im Kleinen gemacht. Ich habe mir in den letzten Minuten vor der Rede noch einmal ein Beispiel herausgesucht, im Haushalt der **Staats-**

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

**kanzlei** die Ansätze für **Repräsentationsmittel**, Öffentlichkeitsarbeit und Verfügungsfonds, weil ähnliche Dinge schon angesprochen worden sind. An Repräsentationsmitteln wurden 2004 - da waren wir nicht an der Regierung - 272.000 € ausgegeben. 2010 haben wir 117.000 € ausgegeben, also weit weniger als die Hälfte. Für Öffentlichkeitsarbeit betrug das Ist 2004 176.000 €, 2010 94.000 €.

(Dr. Gitta Trauernicht [SPD]: Sie haben ja auch nichts zu präsentieren!)

Beim Verfügungsfonds ist etwas Schönes, so etwas zu haben; der ist früher noch höher gewesen - betrug das Soll 2004 230.000 €, das Soll ist 2010 auf 70.000 € gekürzt worden, ausgegeben wurden bis jetzt 4.300 €. Gehen Sie bitte davon aus, dass der Rest in den nächsten Wochen nicht ausgegeben werden kann oder soll.

Meine Damen und Herren, wir machen unser Land zukunftsfähig, indem wir investieren. Auch hier halten wir uns an das, was wir vor einem Jahr an dieser Stelle gesagt haben: Wir werden weiter investieren, dabei werden wir jede **Investition** sorgfältig prüfen. Je geringer der finanzielle Spielraum, desto intensiver wird diese Prüfung sein. Das bedeutet, das Land fördert nur noch da, wo es dem Gesamtwohl dient. Einzelinteressen müssen zurückstehen.

Trotzdem werden wir auch in den nächsten Haushaltsjahren rund ein Drittel der uns zur Verfügung stehenden **Haushaltsmittel** direkt in die Zukunft unseres Landes fließen lassen. Wir geben heute und 2011 und 2012 etwa 34 % des Haushalts für **Zukunftsausgaben** aus. Die beiden Fraktionsvorsitzenden Dr. Christian von Boetticher und Wolfgang Kubicki sind im Einzelnen darauf eingegangen. Das sind Investitionen in Bildung und frühkindliche Bildung, Investitionen in Forschung und Entwicklung und Investitionen in Infrastruktur und Wirtschaft.

Wir investieren in die Zukunft unseres Landes. Im Bereich **frühkindliche Bildung** werden wir den Ausbau der Krippenplätze 2011 mit 26 Millionen € und 2012 mit 28 Millionen € fortsetzen. Die Regierungsfractionen wollen das beschleunigen und die mit den Kommunen bereits verabredeten Investitionszuschüsse in Höhe von 46 Millionen € vorziehen. Das beschleunigt den Ausbau. Zugleich unterstützt das Land die Kommunen bei den Investitionen zusätzlich mit 14 Millionen €.

Wir haben den Landeszuschuss für Kitas um 17 % auf 70 Millionen € erhöht, und wir fördern die vorschulische Sprachentwicklung weiter mit 6 Millionen € jährlich.

Wir investieren in die Zukunft unseres Landes im Bereich **Bildung**. Wir haben ein Schulgesetz auf den Weg gebracht, das den Schulen mehr Selbstständigkeit und den Schülern mehr Wahlfreiheit geben wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wer sollte eigentlich etwas dagegen haben? Wir erweitern die Angebote der Ganztagschulen, wir stärken die Gymnasien, wir haben für das laufende Schuljahr 180 zusätzliche Lehrer eingestellt.

(Martin Habersaat [SPD]: Gucken Sie mal die Protokolle der Anhörung an! - Weitere Zurufe)

Wir investieren in die Zukunft unseres Landes. Im Bereich **Forschung und Entwicklung** unterstützen wir die Exzellenzinitiativen unserer Hochschulen und Institute im Land. Wir helfen dabei, dass die Christian-Albrechts-Universität zur Elite-Uni wird. Wir unterstützen aus Mitteln des „Zukunftsprogramms Wirtschaft“ die neue Fraunhofer-Einrichtung in Lübeck mit 30 Millionen €. Wir fördern das Institut für Siliziumtechnik in Itzehoe mit über 9 Millionen €. Wir verhandeln weiter mit dem Bund über eine noch stärkere Beteiligung im Bereich Forschung und Wissenschaft. Die Zukunft der Mediziner Ausbildung in Lübeck war eine der größten Herausforderungen bei den Beratungen der vergangenen Monate.

(Zurufe von SPD und der LINKEN)

- Das ist wohl wahr. Wir haben noch ein bisschen etwas dazugetan. Das wird manchmal vergessen. Christian von Boetticher hat schon einiges dazu gesagt. Ich freue mich umso mehr, dass es nach harten Verhandlungen mit dem Bund gelungen ist, dem Medizinstudium in Lübeck eine Perspektive zu geben. Das geschah sowohl im Interesse des Landes als auch des Bundes und spart uns zudem noch Ausgaben an anderer Stelle.

Ich komme zum letzten Punkt. Wir investieren in die Zukunft unseres Landes im Bereich **Infrastruktur**. Um den Landesstraßenbau effizienter planen und durchführen zu können, hat Verkehrsminister Jost de Jager im November erstmals einen Landesverkehrswegeplan vorgelegt. Das Kabinett hat entschieden, einen Betrag von jährlich 7 Millionen € in den Doppelhaushalt einzustellen. Damit wollen wir ein leistungsfähiges und verkehrssicheres Straßennetz erhalten.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung will über die finanzielle Förderung hinaus Wege in die Zukunft ebnen. Wir wollen Zukunft fördern, in-

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

dem wir politische Initiativen ergreifen. Wir setzen Impulse für einen dynamischen und stabilen wirtschaftlichen Aufschwung, und wir wollen Schleswig-Holstein zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland in Deutschland machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dies tun wir nicht, nur weil wir beim Roten Kreuz sind und weil wir Gutes vorhaben, sondern wir wissen, dass wir dort auch Steuereinnahmen brauchen, dass wir Wirtschaftsentwicklung brauchen, weil dieses, was wir als Konsolidierungspfad für die nächsten zehn Jahr vorlegen, in einem Dreiklang zu sehen ist. Auf der einen Seite die Konsolidierung des Haushaltes, über den wir heute hier beraten, und zum Zweiten der Abbau von 5.300 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes, und Drittens zusätzliche Einnahmen, die wir dringend brauchen, um das Ziel 2020 zu erreichen.

Der Mittelstand ist unser Motor für Wachstum und Beschäftigung. Und um das Potenzial von Mittelstand und Handwerk zu sichern und auszubauen, hat die Landesregierung einen umfassenden Masterplan, die **Mittelstandsoffensive**, auf den Weg gebracht. Dabei hilft uns der Rückenwind aus der Wirtschaft. Die Wirtschaftskrise haben wir gemeistert, und auch bei uns im Norden ist der Motor für Wohlstand und Beschäftigung wieder angesprungen. Die Auftragsbücher füllen sich, und die Arbeitslosenzahlen sinken.

Wir haben im September, Oktober und im November, drei Monate in Folge, weniger als 100.000 Arbeitslose im Land gehabt. Seit meinem Amtsantritt 2005 ist die **Arbeitslosigkeit** in unserem Land um mehr als ein Drittel zurückgegangen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger haben wieder Arbeit gefunden. Und nicht nur sie, sondern auch ihre Familien profitieren davon. Das ist für mich eine der schönsten Nachrichten in meiner Amtszeit.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Viele müssen aufstocken!)

- Was hatten Sie noch dazwischenzurufen?

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Viele müssen aufstocken!)

- Ja, das ist sicherlich wahr. Auch da tritt der Staat noch ein. Genau so ist es. Auch da tritt der Staat noch ein. Trotzdem sind die Arbeitsplätze aber doch da. Entschuldigen Sie einmal: Sie können sich doch irgendwo auch einmal mitfreuen! Freuen Sie sich doch mit denjenigen, weil sie wieder in Arbeit

stehen! Die freuen sich doch auch. Es ist doch nichts Böses, dass man sich einmal wieder freut.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich spreche hier von einem richtigen Erfolg. Es sind viele sozialversicherungspflichtige Jobs neu entstanden, sodass wir jetzt über 840.000 Menschen in einem Arbeitsverhältnis haben, das den Menschen einen guten Lebensstandard sichert und das unsere Sozialversicherungssysteme stützt. Wir arbeiten daran, dass es weiter aufwärts geht. Das Land fördert fünf neue Projekte zur Beschäftigungsentwicklung. Wir machen die Arbeitnehmer bei uns im Land für die steigenden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt fit. Das ist ein gutes Fundament für den weiteren Aufschwung.

Die schleswig-holsteinischen **Privathaushalte** sind die einkommensstärksten in Norddeutschland. Mit einem durchschnittlichen Haushaltsbruttoeinkommen von 3.600 € im Monat liegen wir vor den Niedersachsen und den Hamburgern. Das unterstützt den Aufschwung ebenso wie die Steuerschätzung Anlass zur Optimismus gibt.

Schleswig-Holstein wird in diesem und in den nächsten beiden Jahren jeweils etwa 260 Millionen € Steuern weniger verlieren als prognostiziert. Wohl gemerkt, das sind keine Mehreinnahmen, wie manche meinen, die jetzt schon wieder den Sack aufmachen und sagen, dann haben wir doch wieder etwas zum Ausgeben. Das sind keine Mehreinnahmen, sondern das ist nur ein geringerer Rückgang. Aber so können wir die Kreditaufnahme senken. Das ist ein guter Impuls für unseren Konsolidierungskurs.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es geht um einen **Konsolidierungskurs**, der nur mit Ihrer Zustimmung eingeschlagen werden kann. Und um diese Zustimmung werbe ich.

Ich weiß, Sie alle fühlen genauso wie ich das gewaltige Gewicht der Entscheidung. Jeder und jede von Ihnen kennt die Diskussion über Einzelmaßnahmen aus Gesprächen mit Betroffenen. Die Botschaft, die Sie erreicht, ist fast immer gleichlautend: Kiel soll endlich weniger ausgeben, nur persönlich soll der Kelch an ihnen vorübergehen.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verstehen kann ich das.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

**(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)**

- Ich habe ja darauf gewartet. Ich bin ja extra ein bisschen langsamer in meiner Rede geworden, weil ich darauf gewartet habe, Herr Stegner. Herr Stegner, ich finde, Sie sollten sich manchmal ein bisschen zurückhalten.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es! - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Lesen Sie einmal die Protokolle! - Dr. Henning Höppner [SPD]: Wir meinen dasselbe! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Das mag sein. Meinen Sie auch, dass er sich einmal ein bisschen zurückhalten sollte?

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Sonst gucken wir uns einmal manche Diskussion über die Wahrnehmung von Aufsichtsräten und die Wahrnehmung von Aufgaben an, die Sie einmal hatten. Herr Stegner - ich habe das gerade eben noch einmal nachgesehen, weil ich darauf gewartet habe -, im Jahr 2010 sind Sie ungefähr zehn Stunden bei Aufsichtsratssitzungen dabei gewesen, um dann 17.000 € dafür zu kassieren. Nun seien Sie einmal bitte ganz still.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich kann das verstehen. Doch es ist nicht unser Auftrag nachzugeben. Wir tragen Verantwortung für das ganze Schleswig-Holstein, und das wissen auch die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Wie wäre es sonst zu erklären, dass in einer Umfrage im Sommer fast 60 % der Befragten gesagt haben, die Landesregierung solle an ihrem Konsolidierungskurs festhalten.

Meine Damen und Herren, heute ist also der Tag der Entscheidung für unser Land. Die Regierung hat ihre Arbeit getan, und nun liegt die Entscheidung hier im Parlament und in der persönlichen Verantwortung jedes Einzelnen. Auch mir fällt es nicht leicht, diese schwerwiegenden Sparmaßnahmen auf den Weg zu bringen. So steht jeder persönlich in der Verantwortung, für die Zukunft unseres Landes einzustehen und für das einzustehen, wofür diese Regierung angetreten ist, den ersten Schritt auf einem Weg zu machen, der unser Land aus einer schwierigen Finanzlage herausführen wird.

Meine Damen und Herren, ich bin nicht nur Ministerpräsident, ich bin zugleich auch Abgeordneter und Mitglied einer Regierungsfraktion. Als solcher sage ich: Ich werde diesem Haushalt in allen Einzelpunkten meine Stimme geben.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Ich erteile dem Oppositionsführer und Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner, das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer in dieser Haushaltsdebatte zugehört hat, der hat in der Tat festgestellt, wo die Unterschiede liegen

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

zwischen dieser schwarz-gelben Interimsregierung und der Opposition. Es gibt nur wenige Abstriche zu machen, das möchte ich hier aber auch sagen: In ein paar Punkten finde ich, könnte die Linksfraktion durchaus etwas näher an die Realität herandrücken.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie auch!)

Aber was die **Vorschläge** angeht, die weitgehend aus den **Oppositionsfraktionen** gekommen sind, von unserer Fraktion, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auch vom SSW, daran konnten Sie sehen, wie die Zukunft für dieses Land aussehen kann und nicht die Vergangenheit. Sie sind nämlich eine Vergangenheitskoalition, und das konnte man hier ganz deutlich merken.

(Zurufe von der FDP)

Sie regieren von oben herab, Sie sind konsequent ungerecht. Der Ministerpräsident stellt sich hier hin und fragt: Warum freuen sich die Menschen eigentlich gar nicht? Warum freuen sich die Blinden nicht, wenn wir ihnen jetzt 7 Millionen € kürzen und 200.000 € zurückgeben? Warum freuen sie sich darüber eigentlich gar nicht?

(Unruhe)

Sie fragen: Warum freuen sich eigentlich die Menschen nicht, die von ihrer Arbeit nicht leben können und Aufstocker sein müssen? Warum freuen sie sich eigentlich nicht? - Weil sie im Gegensatz zu Ihnen, Herr Ministerpräsident, nicht eine Gehaltserhöhung kriegen und bei sich selbst nicht sparen, so wie Sie das tun.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Und sich hier hinzustellen und die Unwahrheit zu sagen, Herr Ministerpräsident, macht das nicht besser.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Was? Wo denn? Belegen Sie das einmal! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich will Ihnen auch ehrlich sagen - Herr Ministerpräsident, Sie reden ja so gern von der **bürgerlichen Koalition** -: Ich finde den Begriff bürgerlich immer ein bisschen schwierig, weil ich als jemand, der der SPD angehört, weiß, dass die meisten bürgerlichen Freiheiten von Sozialdemokraten erkämpft worden sind und nicht etwa von Ihnen und Ihren Vorgängerparteien.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Christopher Vogt [FDP]: Ja, von Herrn Schily!)

Aber unabhängig davon - geschenkt - ich lasse Ihnen das mit dem Begriff einmal durchgehen, dass Sie gern bürgerlich heißen wollen.

(Markus Mattheießen [CDU]: Wie war das mit der Vergangenheit?)

Sind denn bürgerliche Werte - wie ich sie immer höre - solche wie zum Beispiel Standhaftigkeit, Mut und Wahrhaftigkeit?

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: So ist es!)

Aber von Wahrhaftigkeit ist bei Ihnen bei all dem, was die versprechen, gar keine Rede. Sie wollen immer gelobt werden, wenn Sie einmal einen Vertrag einhalten, aber Sie brechen sie ständig. Das nennen Sie bürgerlich.

(Hartmut Hamerich [CDU]: Das Wiederholen macht es nicht wahrer!)

Ich kann nur sagen: Das ist nicht bürgerlich, sondern das ist der Verlust aller Sekundärtugenden, die man überhaupt haben kann.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich muss Ihnen auch sagen: Die bürgerliche Haupttugend, die ich bei Ihnen heute entdeckt habe, war Selbstlob; Selbstlob in höchster Potenz ist das, was man von Ihnen heute den ganzen Tag über gehört hat.

In Wirklichkeit aber ist das, was Sie hier vorgestellt haben, keine Sternstunde des Parlaments. Es war kraftlos, es war ideenlos und - mit Verlaub, Herr Ministerpräsident -, es war auch richtig entrückt, was Sie hier vorgetragen haben.

(Lachen bei der FDP)

Es ist nicht von dieser Welt, was Sie dem Parlament und den Menschen erzählen.

(Beifall bei der SPD)

Was die Versuche, sich bei der **Minderheitenpolitik** herauszureden, angeht, will ich Ihnen sagen: Wir haben beim SSW immer darum geworben, dass sie unserem Haushalt zustimmen. Wir haben miteinander darüber gesprochen. Übrigens waren Anke Spoorendonk und ich damals gemeinsam in einer Arbeitsgruppe, die das mit den Schülerkostensätzen glattgezogen hat, damit die auf das gleiche Niveau kommen. Sich jetzt hier hinzustellen und deshalb, weil Ihre Parteifreunde im Bundestag noch etwas drauflegen, so zu tun als ob, sich aber in Wirklichkeit von der Tradition verabschieden, die wir hier im Hause bisher überparteilich hatten, ist ein Stück Wegwendung von dem. Damit zeigen Sie nur deutlich, dass Sie mit Ihrer schwarz-gelben Koalition und der einen Stimme Mehrheit, die Sie gerade noch haben, im Grunde alle Bündnispartner verprellen, die Sie kriegen könnten.

Lieber Kollege Habeck, Sie haben vorhin in der Rede gesagt, dass Sie der Koalition zugestehen würden, dass sie es ehrlich meint. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich diesen Eindruck überhaupt nicht habe.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Wenn man es ehrlich meinen würde, würde man sich erstens selbst einbeziehen. Ich muss Ihnen zweitens sagen, dass diese Form von **Dialogverweigerung** - Sie reden mit den Vereinen und Verbänden gar nicht, ob das Haus & Grund oder die Kommunen sind, mit Gewerkschaften haben Sie gar nichts am Hut, alle beschwerten sich darüber, in allerletzter Sekunde kommen die Vorlagen von Ihnen, die mit niemandem besprochen wurden - ein Rückfall in die 50er-Jahre ist.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Callsen [CDU] - Weitere Zurufe von der CDU)

So schlecht war keine Regierung.

(Beifall bei SPD und der LINKEN - Zuruf)

- Überhaupt nicht. Sie sind sich selbst genug. Das ist das Einzige, was man selbst erlebt. Sie sind fröhlich, und Sie sind sich selbst genug.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Fassen Sie sich an die eigene Nase!)

Dann fragt man sich natürlich, warum Sie so auftreten. Ich glaube, ich weiß, warum Sie so auftreten.

**(Dr. Ralf Stegner)**

Sie treten deswegen so auf, weil Sie wissen, dass es mit Ihnen zu Ende geht.

(Vereinzelter Beifall der Abgeordneten Bernd Heinemann [SPD] und Dr. Henning Höppner [SPD], Beifall bei der FDP sowie Lachen bei CDU und FDP)

- Ich freue mich, dass Sie immer noch fröhlich sind. Sie schaffen es heute noch, dass Sie das mit Ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit durchziehen.

(Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Ärgerlich, oder?)

Aber wenn man sich einen Herrn Kollegen Kubicki anschaut, sieht man, dass er sich an seinen Interviews berauscht. Aber die Umfragen zeigen: Sie sind bei 4 % gelandet. Ihre **Umfragewerte** in Deutschland sind einfach, niedrig und gerecht, dass muss ich sagen.

(Beifall bei SPD und der LINKEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

An Stelle der Union hätte ich auch nicht so viel über Hamburg geredet. Da waren die Grünen an allem schuld. Sie werden im Februar erleben, was dabei herauskommt, wenn die Wähler ihr Urteil sprechen. Da kann Ihnen - was die CDU angeht - sagen: Erst kommt Hamburg, dann kommt Schleswig-Holstein. Dann gucken Sie einmal, wo Sie dann hinterher landen!

(Christopher Vogt [FDP]: Ja! Mit Thorsten Albig!)

So wird das mit Ihnen sein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Ich freue mich auf Herrn Albig!)

Nein, Ihre Politik, auch wenn Sie versuchen, es so darzustellen, ist überhaupt nicht alternativlos. Es ist der Abgesang auf vernünftige Politik. Ich sage Ihnen: Gerecht geht anders. Das werden Sie erleben. Wir werden morgen darüber debattieren, wann gewählt wird. Sie mögen das noch zwei oder drei Monate hinauszögern. Aber das Urteil der Wähler über diese Sorte von Politik werden Sie bekommen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da machen wir uns keine Sorgen!)

Dann werden Sie feststellen: Schwarz-Gelb hat in Deutschland nirgendwo eine Mehrheit

(Christopher Vogt [FDP]: In den Parlamenten!)

und erst recht nicht, wenn es so dilettantisch, un-kommunikativ, unprofessionell und rückständig vertreten wird wie hier im Lande. Man schämt sich für eine solche Regierung. Das muss ich ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Tschüs!)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Wenn es gewünscht ist, haben jetzt die Fraktionsvorsitzenden die Möglichkeit, noch das Wort zu ergreifen. Ich bitte um Handzeichen, ob von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden soll.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Lohnt sich nicht! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Lohnt sich nicht!)

- Ich sehe, dass das nicht der Fall ist.

Ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause. Wir sehen uns um 15 Uhr wieder.

(Unterbrechung: 13:35 bis 15:04 Uhr)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Meine Damen und Herren, wir setzen unsere Beratung fort. Begrüßen Sie bitte mit mir zuerst die ehemalige Kieler Oberbürgermeisterin und ehemalige Abgeordnete des Landtags und des Bundestags, Frau Angelika Volquartz, auf der Besuchertribüne! - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile dem finanzpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Herrn Abgeordneten Tobias Koch, das Wort.

**Tobias Koch [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich im Jahr 2005 zum ersten Mal in den Landtag gewählt wurde, hatten wir als eine der ersten Entscheidungen über einen verfassungswidrigen **Nachtragshaushalt** mit einer Nettoneuverschuldung von 1,7 Milliarden € zu befinden. Für mich als jungen Abgeordneten war das eine äußerst bedrückende Situation. Einen Rechtsbruch, einen Verstoß gegen die eigene Verfassung begehen zu müssen, war das Gegenteil von dem, was ich mir als frisch gewählter Abgeordneter vorgestellt hatte.

Gleichwohl gab es dazu angesichts des erfolgten Kassensturzes nach der Regierungsablösung von Rot-Grün keine Alternative. Umso mehr hätte ich

(Tobias Koch)

mir schon damals gewünscht, dass die Große Koalition diese dramatische Situation mit aller Entschlossenheit und Tatkraft angegangen wäre.

(Beifall bei der CDU)

Umso enttäuschender war es festzustellen, dass die Große Koalition mit der SPD als Koalitionspartner nicht zu großen Taten bei der **Haushaltssanierung** fähig war. Die von der Union in den Jahren 2006, 2007 und 2008 vorgelegten Vorschläge zum **Personalabbau** wurden von der SPD kategorisch abgelehnt, und anstelle von Ausgabenkürzungen wurden weite Haushaltsbereiche zum Tabu erklärt. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass die Große Koalition an der SPD gescheitert ist, dann sind es die jetzt vorliegenden Haushaltsanträge der SPD.

So ist es heute eine kleine Koalition aus CDU und FDP, die endlich das in Angriff nimmt, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten schon längst überfällig war. Wir müssen bei unserem Haushalt die Ausgaben wieder an die Einnahmen anpassen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Angesichts der weit auseinanderklaffenden Schere geht dieses nicht ohne schmerzliche Einschnitte, die für die Bürgerinnen und Bürger mit persönlichen Betroffenheiten verbunden sind. Indem wir aber den Weg in den Staatsbankrott stoppen, betreiben wir gleichzeitig die bestmögliche **Sozialpolitik**, denn es wären vor allem die sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft, die die Folgen einer Staatspleite zu tragen hätten. Es wäre deshalb unsere gemeinsame Verantwortung gewesen, dieses der Öffentlichkeit zu erklären. Spätestens mit der im Mai beschlossenen **Schuldenbremse** in unserer Landesverfassung hatten wir uns auch gemeinsam dazu verpflichtet. Heute, gerade einmal ein halbes Jahr später, ist dies bei der Opposition schon wieder in Vergessenheit geraten. Stattdessen fällt man in alte politische Reflexe zurück und verspricht dem Wählern das Blaue vom Himmel, um sich als Opposition zu profilieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bin mir sicher, die Bürgerinnen und Bürger sind aufgeklärt genug, um sich hiervon nicht länger täuschen zu lassen. Die Zeiten, in denen derjenige gewählt wurde, der am meisten verspricht, ohne es bezahlen zu können, sind ein für alle Mal vorbei.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der SSW fordert mit seinem Antrag Drucksache 17/1076, die erwarteten **Steuerermehreinnahmen** für Mehrausgaben im Bereich der **Kinderbetreu-**

**ung** zu verwenden. Lieber Kollege Lars Harms, entweder haben Sie nicht verstanden, was wir damals mit der Schuldenbremse gemeinsam vereinbart haben oder dieser Antrag ist ein Aufruf zum bewussten Verfassungsbruch.

(Zurufe von der SPD - Glocke der Präsidentin)

Die **Schuldenbremse** beinhaltet einen genau festgelegten Mechanismus, nach dem konjunkturelle Entwicklungen im Auf- und im Abschwung symmetrisch zu berücksichtigen sind. Diese Regelung lässt es zu, dass wir **in Krisenzeiten Kredite aufnehmen**, um den Haushalt auszugleichen. Genau das haben wir in den Jahren 2009 und 2010 auch getan. Trotz der verbesserten November-Steuerschätzung ist nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf eine weitere **Kreditaufnahme in Höhe von 400 Millionen €** zum konjunkturellen Ausgleich erforderlich. Die Symmetrie der Schuldenbremse verlangt aber, dass konjunkturell bedingte Steuereinnahmen zu allererst dafür verwendet werden, um auf diese Kreditaufnahme zu verzichten.

Sollten die Steuereinnahmen konjunkturbedingt noch darüber hinaus steigen, dann sind als Nächstes die bis dahin aufgenommenen Konjunkturkredite wieder zu tilgen. Sollten die Steuereinnahmen noch darüber hinaus steigen, dann wäre daraus eine **Konjunkturrücklage** zu bilden, um für die nächste Krise gewappnet zu sein. Dann hätten wir zum allerersten Mal nach fast 100 Jahren John Maynard Keynes richtig in die Praxis umgesetzt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Für Mehrausgaben gleich welcher Art stehen konjunkturbedingte Steuereinnahmen somit unter keinem Umstand zur Verfügung.

Sofern der Kollege Harms mit seinem Antrag auf **strukturelle Steuerermehreinnahmen** - zum Beispiel durch Steuerrechtsänderungen bei der Lohn- und Einkommensteuer - oder auf die Abschaffung von Ermäßigungstatbeständen bei der Umsatzsteuer abstellt, so wissen wir alle auch, dass wir strukturelle Steuereinnahmen im Volumen von 400 Millionen € dringend benötigen, um den Abbaupfad bis 2020 einhalten zu können.

(Beifall bei der CDU)

Auch diese Steuereinnahmen stehen deshalb für Mehrausgaben nicht zur Verfügung.

Wie man unter Einhaltung der Schuldenbremse dennoch mehr für Kinderbetreuung tun kann, haben die Fraktionen von CDU und FDP mit ihrem Haus-

(Tobias Koch)

haltsantrag bewiesen. Wir ziehen die Investitionen für den **Ausbau der Krippenplätze** für unter Dreijährige vor und stocken die Mittel auf 60 Millionen € auf. Den Spielraum dazu hat uns die sparsame Haushaltsführung unserer Landesregierung eröffnet. Wir greifen dabei auf **Minderausgaben** des Jahres 2010 zurück. Mit Minderausgaben an der einen Stelle lassen sich einmalige Mehrausgaben an anderer Stelle finanzieren. Das ist seriöse Haushaltspolitik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nicht seriös ist hingegen das, was Grüne und SPD in ihren Haushaltsanträgen gemacht haben. Da wird die **Erhöhung der Grunderwerbsteuer** auf das Jahr 2011 vorgezogen. Dann wird argumentiert, dass die daraus zu erwartenden Einnahmen in Höhe von 80 Millionen € im Konzept der Landesregierung nicht enthalten gewesen seien und deshalb für zusätzliche Mehrausgaben verwandt werden könnten. Auf diese Weise bleiben bei den Grünen von der erhöhten Grunderwerbsteuer am Ende nur 32 Millionen € im Jahr 2011 und im Jahr 2012 sogar nur noch 19 Millionen € übrig, um die Kreditaufnahme zurückzuführen.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie angekündigt!)

Die Argumentation wäre dann gerade noch vertretbar, wenn Sie mit diesen Steuereinnahmen einmalige Mehrausgaben tätigen würden, die nur 2011 und 2012 anfallen. Sie führen damit aber **dauerhafte Mehrausgaben** herbei: Lehramtsoffensive, Schülerbeförderung, grüne Version des Gastschulabkommens, Waldorfschulen, dänische Schulen, Fortbildungsoffensive, zusätzliche Lehrerstellen, Landesblindengeld, Sozialvertrag und so weiter und so weiter. Das sind alles dauerhafte Mehrausgaben.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was machen Sie dann ab 2013? Ab 2013 ist die erhöhte Grunderwerbsteuer auch bei der Landesregierung vorgesehen. Die Grunderwerbsteuer steht ab 2013 nicht mehr zur Deckung Ihrer Mehrausgaben zur Verfügung. Sie müssen also alles wieder streichen, was Sie nun hier gefordert haben.

Mit nachhaltiger und seriöser Haushaltspolitik hat das überhaupt nichts zu tun. Was Sie hier betreiben, ist eine reine kurzfristige Effekthascherei ohne jegliche Substanz und Nachhaltigkeit.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Herr Abgeordneter Koch, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold zu?

**Tobias Koch [CDU]:**

Nein, ich lasse heute überhaupt keine Zwischenfrage zu. Die Opposition hatte lange genug Zeit, um zu fragen. Ich stehe aber gern im Anschluss für weitere Fragen zur Verfügung.

Was wir heute hier erleben, ist nämlich reines Oppositionsgehabe. Das hat Kollegin Heinold mit ihrer Zwischenfrage heute Vormittag selbst deutlich gemacht. Was ist bloß aus Ihrem Anspruch geworden, Ihre Haushaltspolitik so zu betreiben, dass Sie jederzeit in der Lage sind, Regierungsverantwortung zu übernehmen? Davon haben Sie sich offensichtlich selbst verabschiedet. Die Krönung des Ganzen war die grüne Version des **Gastschulabkommens**. Bei Ihnen geht Parteiräson offenbar über das Wohl des Landes hinaus.

(Beifall bei der CDU)

Noch dicker als bei den Grünen kommt es bei der SPD. Auch Sie von der SPD wollen alles, was die Grünen wollen, aber noch viel mehr: Hochschulmedizin, zusätzliche Lehrerstellen, Sozialverträge III und IV, 25 Millionen € für die Gebührenfreiheit im letzten Kita-Jahr.

Am Ende reicht die vorgezogene Grunderwerbsteuererhöhung noch nicht einmal, um alle Wünsche der SPD zu finanzieren. Stattdessen greifen Sie auf altbekannte Haushaltstricks aus Ihrer Regierungszeit zurück und kaschieren die verbleibende Lücke mit einer **globalen Minderausgabe**, die sich für 2012 auf 12 Millionen € beläuft.

Natürlich gibt die SPD auch das Geld aus der Küstenschutzabgabe aus. Es ist das gleiche Geld, das Herr Stegner, Frau Trauernicht und Herr Hölck gerade pressewirksam abgelehnt haben. Ansonsten macht die SPD so gut wie keinen nennenswerten Kürzungsvorschlag. Sie sattelt nur obendrauf. Am Ende reicht das Geld nicht, und wir machen neue Schulden. Das ist das wahre Gesicht der SPD.

(Beifall bei CDU und FDP)

Immerhin haben Sie es der LINKEN damit ziemlich schwer gemacht, diesen Irrsinn noch zu überbieten. Aber die Linken wären nicht die Linken, wenn sie es nicht trotzdem geschafft hätten, Herr Schippels. Ganz genau.

(Beifall bei CDU und FDP)



(Tobias Koch)

Die Linken wollen so ziemlich alles, was die Grünen und die SPD auch wollen und außerdem 9 Millionen € für die kostenfreie Schülerbeförderung, 19 Millionen € für die Rücknahme des Pflichtstundenentlassens, 50 Millionen € für den Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors und 78 Millionen € für drei beitragsfreie Kindergartenjahre.

Die Finanzierung ist nach Auffassung der Linken auch ganz einfach. Schleswig-Holstein meldet einfach Konkurs an und stellt die **Zinszahlungen** für die in der Vergangenheit aufgenommenen Kredite teilweise ein. Gleichzeitig vertrauen wir darauf, dass wir neue Kreditgeber finden, die uns die 260 Millionen € geben, die die Linken brauchen, um ihre Wunschliste zu erfüllen, auch wenn wir dafür dann keine Zinsen in der Zukunft mehr bezahlen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Union und FDP halten strikt an dem eingeschlagenen Weg der **Haushaltskonsolidierung** fest. Wir nehmen die Schuldenbremse ernst und achten unsere Verfassung. Wir wollen die **Neuverschuldung** bis zum Jahr 2020 auf Null zurückführen und den Weg dahin so gestalten, dass wir die **Konsolidierungshilfe** von Bund und Ländern erhalten. Die Fraktionsanträge von CDU und FDP sind deshalb solide gegenfinanziert. Wir verwenden die vorgezogene Grunderwerbsteuererhöhung in 2012 in vollem Umfang zu einem Abbau der Neuverschuldung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das **strukturelle Defizit** sinkt 2012 auf 840 Millionen €. Damit haben wir in nur zwei Jahren bereits ein Drittel des Weges zurückgelegt. Das ist eine seriöse Haushaltspolitik, die für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sorgt. Was Rot-Grün verschuldet hat und die große Koalition nicht heilen konnte, das leisten jetzt CDU und FDP auch mit denkbar knappster Mehrheit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich zolle deshalb allen Kolleginnen und Kollegen beider Fraktionen meinen höchsten Respekt dafür, dass wir diesen Weg gemeinsam mit Mut und Entschlossenheit gehen. Wenn wir es nicht tun würden, würde es auch kein anderer tun. Packen wir es an! Glück auf!

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Begrüßen Sie mit mir jetzt den CDU-Bezirksverband Großenwiehe! - Herzlich willkommen im Haus!

(Beifall)

Ich erteile der finanzpolitischen Sprecherin der SPD, der Frau Abgeordneten Birgit Herdejürgen, das Wort.

**Birgit Herdejürgen [SPD]:**

Ich fahre wieder einmal ein bisschen herunter - und zwar nicht nur das Pult.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die großen Rundumschläge hatten wir heute Vormittag und gerade auch noch einmal ein bisschen. Daran möchte ich mich jetzt nicht versuchen. Ich möchte aber auf einige Aspekte eingehen, die in den bisherigen Beratungen entweder eine Rolle gespielt oder merkwürdigerweise überhaupt keine Rolle gespielt haben.

Heute Morgen sind einige große Worte gefallen. Es wurden einige Bilder bemüht, die bei mir ganz andere Gedankenverbindungen ausgelöst haben als vom Redner beabsichtigt wurde. Darauf komme ich gleich noch.

Der Ministerpräsident hat von einer Sternstunde des Parlaments gesprochen. Man mag von den Vorschlägen im Haushaltsentwurf halten, was man will. Aber mit „Parlament“ hat der vorliegende Vorschlag des Finanzausschusses herzlich wenig zu tun. Es beginnt bei einer **Haushaltsstrukturkommission**, deren Vorschläge nach vollmundigen und anderslautenden Ankündigungen aus den Regierungsfractionen einfach übernommen wurden, und reicht bis zu Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf, die nicht viel mehr als etwas Kosmetik sind, an den Problemen und Aufgeregtheiten im Lande aber zielgenau vorbeisteuern.

(Beifall bei der SPD)

Beim letzten Doppelhaushalt hatte die FDP die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Konsumausgaben und Investitionen noch als **Entmachtung des Haushaltsgesetzgebers** verurteilt. Das wurde nun gar nicht angesprochen. Das Parlamentsverständnis scheint sich inzwischen verändert zu haben. Änderungsanträge der Regierungsfractionen gibt es dazu nämlich nicht.

Dann haben in den Diskussionen einige Schlagworte wie zum Beispiel der berühmte Baukasten eine Rolle gespielt. Das **Baukastenprinzip** wurde von

(Birgit Herdejürgen)

Schwarz-Gelb zum Dogma erhoben, noch bevor konkrete Zahlen vorlagen. Das machte die Sache etwas schwierig. Das Prinzip suggerierte den Bürgerinnen und Bürgern, dass es bei den Diskussionen nur um Kürzungen gehen kann. Einnahmeverbesserungen wurden damit zunächst ausgeklammert und später dann doch in Erwägung gezogen.

Was bedeutet der Baukasten denn nun konkret? In der **Nachschiebeliste** tauchen plötzlich zusätzliche Mittel für den Straßenbau auf. Auf Nachfrage erklärt der Finanzstaatssekretär, finanziert würden diese durch zu erwartende **Minderausgaben** bei den Zinsen. Das war also mit Baukasten gemeint. Das hatte ich ursprünglich etwas anders verstanden.

Nun zu den großen Erfolgen. Zum Thema Vertragstreue ist schon einiges gesagt worden. Das kann ich mir deshalb schenken. Ich habe mich aber dennoch über den Kollegen von Boetticher und seine Ausführungen zum **Hochschulpakt** gewundert. Die Koalition hat sich dazu durchgerungen, keine Studienplätze an Niedersachsen zu verschachern. So weit so gut.

Nun sagen Sie aber, diese Kosten müssten vom Bund bei der Vereinbarung zum Abbau des strukturellen Defizits angerechnet werden. Was heißt denn das? Wir wissen im Moment noch nicht einmal, ob der Bund die Berechnungsverfahren des Landes zur **Ermittlung des strukturellen Defizits** akzeptiert. Es ist also überhaupt noch nicht klar, ob wir tatsächlich bei den angenommenen 1,25 Milliarden € landen oder ob der Betrag womöglich darüber liegt, ob wir also über ganz andere Zahlen reden. Bisher waren die Berichte über die Verhandlungen noch mäßig optimistisch. In dieser Situation wollen Sie auch noch etwas obendrauf packen. Dazu kann ich nur sagen, dass ich dem Finanzminister viel Spaß bei den Verhandlungen wünsche.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Nun zur Solidität unserer Vorschläge. Verehrter Herr Kollege Koch, ich hätte Ihnen diese Zusammenrechnung gern zur Verfügung gestellt. Wir kommen aber zu anderen Ergebnissen. Sie haben die Berechnungen selbst angestellt, und das ist auch in Ordnung.

Sie haben kritisiert, wir hätten Zahlen genannt, die wir zum Beispiel bei einer verstärkten **Kooperation mit Hamburg** für realistisch halten, Herr von Boetticher. Die CDU hatte zu Oppositionszeiten so solide Vorschläge zur Finanzierung ihrer Wünsche gemacht wie zum Beispiel die Erhöhung des Ansatzes für Unterhaltungsvorschussrückflüsse. Das ist je-

doch eine reine Luftbuchung, weil das Eintreiben dieser Gelder nicht den Regeln der Mathematik folgt. Sie hätten vielleicht einmal unsere Haushaltsanträge lesen sollen. Darin kommen die von Ihnen kritisierten Zahlen nämlich überhaupt nicht vor.

Nun zur globalen Minderausgabe. Im Haushaltsvermerk zur **globalen Minderausgabe** wird sehr präzise beschrieben, wie sich diese zusammensetzt, nämlich unter anderem aus Kürzungen bei Regierungsmitgliedern. Das ist etwas, was Sie nicht wollten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: 100 Millionen €!)

- Das steht überhaupt nicht im Haushalt drin. Was wollen Sie denn?

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Eine Gegenfinanzierung! - Zuruf von der SPD: Behaupten Sie doch nicht irgendwas! - Unruhe)

Abschließend noch eine kurze Bemerkung zu einem Punkt, den Herr von Boetticher angesprochen hat. Sie haben den Dreisprung Ihrer Politik beschrieben. In der Kürze der Zeit habe ich leider nicht die konkreten Zitate finden können. Ich fühlte mich jedoch sehr an Emil Steinbergers Dreisprung in der Mengenlehre erinnert. Es lohnt sich, das einmal nachzulesen. Die Mengenlehre der Koalition ist dort recht gut beschrieben.

Ich möchte noch etwas zum **Abstimmungsverhalten** sagen, und zwar bezüglich des Antrags der Grünen zur **Fehmarnbelt-Querung**. Wir stehen durchaus zu dem Betrag in Höhe von 60 Millionen € für die Hinterlandanbindung der Fehmarnbelt-Querung. Dazu haben wir uns immer bekannt. Wir sind nach wie vor dafür, dass Infrastrukturmaßnahmen im Zuge der Errichtung der Fehmarnbelt-Querung für Schleswig-Holstein umgesetzt werden. Deshalb können wir dem Antrag der Grünen nicht zustimmen.

Dem Gutachten kann man entnehmen, dass **Infrastrukturmaßnahmen** konkret benannt werden müssen. Daher können wir erst dann über die Verfassungsmäßigkeit dieser Vorschläge entscheiden, wenn diese Maßnahmen konkretisiert worden sind. Insofern werden wir uns bei der Abstimmung über diesen Antrag der Stimme enthalten, denn wir können eine rechtliche Beurteilung nicht vornehmen.

In den Paketen der Grünen und des SSW ist vieles enthalten, was unseren Anträgen entspricht. Da unsere Anträge aber zu einem Gesamtpaket zusam-

**(Birgit Herdejürgen)**

mengefasst sind, das in sich eine gewisse Schlüssigkeit hat, werden wir uns - abgesehen von den Einzelabstimmungen - an dieser Stelle der Stimme enthalten. Bei den Einzelabstimmungen zu den einzelnen Positionen werden wir dann sehr konkret werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Ich erteile der finanzpolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion, der Frau Abgeordneten Katharina Loedige, das Wort.

**Katharina Loedige [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden heute über einen ehrlichen, soliden und schnörkellosen Haushalt abzustimmen haben, über einen Haushalt, der uns nüchtern vor Augen führt, was möglich und was nötig ist. Dieser Haushalt verspricht nichts. Er beschönigt auch nichts.

In diesem Doppelhaushalt sind keine Luftbuchungen vorhanden. Das können Sie daran erkennen, dass wir beispielsweise keine **Dividendenzahlungen der HSH Nordbank** eingerechnet haben. Sollten sie allerdings wider Erwarten fließen, werden sie nicht verfrühstückt, sondern zu einer Senkung der Neuverschuldung beitragen.

Dieser Haushalt und der vorgelegte Finanzplan tragen zur Stabilität und Solidität des Landes Schleswig-Holstein bei. Geordnete Finanzen sind ein wichtiger **Standortfaktor**. Sie sind wie eine Impfung gegen die griechische Grippe.

Ich möchte Frau Herdejürgen zitieren, die am 19. Mai 2010 Folgendes gesagt hat:

„In der Vergangenheit gab es einen gewissen Automatismus, Ausgabensteigerungen über Kredite zu finanzieren. Das sage ich durchaus auch selbstkritisch in unsere Reihen hinein. Dadurch sind wir in der absurden Situation - das sage ich jetzt in Richtung links, weil ich ahne, was gleich kommt -, dass wir in den vergangenen 40 Jahren genauso viel an Krediten aufgenommen haben, wie wir im selben Zeitraum an Zinsen gezahlt haben. Das heißt, wir haben überhaupt keine Spielräume gewonnen.“

Frau Herdejürgen, das ist richtig. Deshalb stehen wir heute kurz vor der Pleite. Das ist das Ergebnis

von fast 20 Jahren sozialdemokratischer Regierung beziehungsweise Mitregierung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Umso verwunderlicher ist es, dass die SPD mit ihrem Änderungsantrag zum Haushalt gleichzeitig weitere **Sachanträge und Bundesratsinitiativen** mitbeschließen will. Die Sozialdemokraten wollen in Berlin Lottoscheine abgeben und hoffen auf den Gewinn des Euro-Jackpots. Diese Hoffnung wird dann auch gleich in den Doppelhaushalt mit eingerechnet. Doch mit dieser Traumtänzeri hat es jetzt ein Ende.

(Beifall bei FDP und CDU)

An dieser Stelle möchte ich Herrn Dr. Stegner zitieren. Am 16. Juni 2010 hat er gesagt:

„Milliardensummen für die Finanzmärkte bei gleichzeitiger sozialer Kahlschlagpolitik stellen das Primat der Politik infrage und bewirken Gefahren für unsere Demokratie. Wir merken es ja auch schon, was die Menschen dazu sagen.“

Diese Aussage ist besonders interessant. In der Zeit, als Sie Mitglied des Aufsichtsrats und des Präsidialausschusses waren, sind bei der HSH die Gehälter der erfolglosen Manager zum Teil jährlich zweistellig gestiegen. Die **Eigenkapitalrenditen** wurden kräftig erhöht durch die Zunahme von Risiken. Die Gründung von **Zweckgesellschaften** in Steueroasen wurde in Ihrem Beisein entschieden. Die Investitionen in Hedge-Fonds, in Private Equities oder - wie Sie sie nennen - in Heuschrecken wurde massiv vorangetrieben. Die **Gewährträgerhaftung** unseres Landes wurde auf über 150 Milliarden € ausgeweitet. So viel zur Finanzpolitik der Sozialdemokraten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Dr. Stegner sagte zur Kürzung der Fraktionsmittel ebenfalls am 16. Juni 2010:

„Lassen Sie mich zu Beginn unmissverständlich sagen, damit hier niemand etwas anderes behaupten kann: Natürlich sind wir, auch ich selbst, bereit, mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir werden uns an den Einsparanstrengungen in der vorgeschlagenen Größe beteiligen, ohne Wenn und Aber. Das ist der erste Satz, auf den ich großen Wert lege.“

Es war aber doch allein Ihre Fraktion, die gestern im Finanzausschuss den Antrag gestellt hat, die Fraktionsmittel nicht ganz so kräftig zu kürzen, wie es die Koalitionsfraktionen beantragt haben.

(Katharina Loedige)

(Jürgen Weber [SPD]: Haben Sie dagegen gestimmt?)

Die **Küstenschutzabgabe** lehnt die SPD-Fraktion laut ihrer Pressemitteilung ab, vergisst dann aber - vorsätzlich oder fahrlässig -, den dazugehörigen Einnahmetitel in Höhe von 6 Millionen € zu streichen.

Zum Einzelplan des Wirtschaftsministeriums schlagen die Sozialdemokraten vor, bei zwei Titeln der Maßnahmegruppe 3, also bei den Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe der **regionalen Wirtschaftsförderung**, über 17 Millionen € zu streichen. Unabhängig davon, dass bereits Verpflichtungsermächtigungen, denen Sie bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2009/2010 zugestimmt haben, in einer weit größeren Höhe bestehen, vergessen Sie - wie übrigens die Grünen auch -, dafür die Einnahmen des Bundes, der die Ausgaben zur Hälfte finanziert, auch zu streichen. So weit 2011.

Aber 2012 kürzen Sie in denselben Titeln weitere 25,2 Millionen € und nehmen - aha, guck mal an - auch eine Kürzung der Einnahmen der Bundesmittel vor, allerdings in Höhe von 6,23 Millionen €. Die Hälfte von 15,29 Millionen € beträgt 7,645 Millionen € - verrechnet also um 1,413 Millionen €! Na ja, kann ja mal vorkommen bei der SPD.

Wenn wir alles dies korrekt zusammenrechnen, beläuft sich der fehlende Deckungsbeitrag der SPD im Doppelhaushalt 2011/2012 auf über 125 Millionen €. Damit verstößt die SPD gegen die Schuldenbremse, die sie selbst mit verabschiedet hat. Automatisch hätten wir auch keinen Anspruch mehr auf die Konsolidierungshilfen des Bundes von 80 Millionen €.

Nun zu den Grünen! Die **Grünen** präsentieren sich nach außen gern als eine politische Kraft, die morgen die Regierungsverantwortung übernehmen könnte. Ihr erster vorgelegter Haushaltsantrag war ein Sinnbild zwischen den Wünschen und den tatsächlichen Realitäten. Sie wollten die **Förderzinsabgabe** ursprünglich von 15 auf 17,5 % erhöhen und erhofften sich dadurch Mehreinnahmen in Höhe von 13,3 Milliarden €. Schon im Gesetz- und Verordnungsblatt vom 18. Dezember 2008 wurde die Förderabgabe ab dem 01. Januar 2009 auf 18 % des Bemessungsmaßstabes erhöht.

Ich habe ja Verständnis dafür, liebe Grüne, dass Sie nicht jedes Gesetz- und Verordnungsblatt lesen. Aber Sie sollten doch zumindest die Antworten auf Ihre schriftlichen Anfragen zum Haushalt lesen. Im Umdruck 16/3490 zum letzten Doppelhaushalt fra-

gen Sie zur Feldes- und Förderabgabe Folgendes: „Warum werden nicht höhere Einnahmen aus Feldes- und Förderabgaben für Erdöl veranschlagt?“ Antwort der damaligen Landesregierung: „Der Haushaltsansatz ist unter Berücksichtigung der Erhöhung der Förderabgabe kalkuliert.“ Ihr Satz aus der Pressemeldung vom 8. November 2010 zu dem Änderungsantrag zum Haushalt bekommt da eine ganz neue Bedeutung: „Wir Grünen haben unsere Hausaufgaben gemacht und innerhalb des gesetzlichen Rahmens eine Alternative erarbeitet.“ Ich berücksichtige, dass Sie Ihre Hausarbeit abgeliefert hatten, aber als Note kann man dafür nur ein Ungenügend erteilen.

Einen Schwenk haben die Grünen auch beim **Pflichtstundenerlass** gemacht. Noch am 20. Mai haben Sie, Frau Strehlau, Minister Klug aufgefordert - ich zitiere noch einmal mit Verlaub -: „Herr Minister, wir fordern Sie auf, belassen Sie es bei dem versprochenen Erlass, der am 1. August 2010 hätte in Kraft gesetzt werden sollen.“

Am 8. November kommt dann von Ihrer bildungspolitischen Sprecherin der Schwenk: „Die Erhöhung der Pflichtstunden machen wir nicht rückgängig.“ Das zeigt mal wieder: Die Dagegen-Partei wird zu einer Umfaller-Partei.

Aber am besten ist noch der Vorschlag zu einer Einnahmesteigerung bei der **Parkraumbewirtschaftung**, erstmals gefordert vom Landesrechnungshof 1997. Nach der Veröffentlichung der Bemerkungen hat die rot-grüne Landesregierung noch weitere acht Haushaltsjahre regiert und vernünftigerweise auf entsprechende Maßnahmen verzichtet. Die rot-grüne Landesregierung hat am 17. Juni 2003 beschlossen, das Konzept der Parkraumbewirtschaftung im Hinblick auf die Durchsetzbarkeit gegenüber den Beschäftigten und wirtschaftlicher Aspekte nicht weiter zu verfolgen. Aber trotzdem vielen Dank noch einmal für den Supereinnahmenvorschlag im Jahre 2010.

(Beifall bei der CDU)

Bei den LINKEN fällt mir nur eines ein: Wenn die SPD, wie wir von Herrn Peter Höver im „sh:z“ lesen konnten, hier den Weihnachtsmann spielt, dann stellen Sie offensichtlich mit Ihren Änderungsanträgen den Osterhasen, den Nikolaus und den Weihnachtsmann gleich in einer Person dar. Mehr fällt mir bei der LINKEN nicht ein.

Beim SSW muss man zumindest den Mut anerkennen. Zwar kürzen Sie auch die Haushaltsposten, die aufgrund vertraglicher Bindung nicht möglich sind,

(Katharina Loedige)

sprechen dies aber wenigstens offen an. Immerhin, finde ich gut.

Soweit Sie in Ihrem Änderungsantrag über 6,5 Millionen € bei den **Kirchen** kürzen, ist das mutig und stößt bei meiner Fraktion natürlich auf Verständnis, aber eine einseitige Änderung des **Kirchenstaatsvertrags** ist leider nun mal nicht möglich.

(Rolf Fischer [SPD]: Das haben Sie doch vorgeschlagen!)

- Nein, ich habe keine 6,5 Millionen € vorgeschlagen. - Zugleich wollen Sie der **Landwirtschaftskammer** die Zuwendung ab 2011 vollständig streichen. Den Zuschuss zum **Landeslabor** wollen Sie aufgrund höherer Gebühren um 4,0 Millionen € kürzen, und in der **Landwirtschaft** wollen Sie die Mittel in Höhe von über 1 Million € im Jahr kürzen.

Also Fazit: Zum großen Teil rechtlich alles gar nicht möglich.

Vieles wurde von uns abgelehnt. Aber Sie beweisen immerhin den Mut, zu kürzen und zeigen damit, dass Ihre Zustimmung zur **Schuldenbremse** eigentlich ernst gemeint war.

(Unruhe)

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den regierungstragenden Fraktionen bedanken, die so mutig mitgemacht haben und dieses Jahr mit uns diesen Weg gegangen sind. Insbesondere möchte ich mich bei meiner eigenen Fraktion bedanken, die mir immer wieder den Rücken gestärkt hat und gesagt hat, wir bleiben dabei, und die geschlossen diesem Haushalt auch zustimmen wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Meine Damen und Herren, ich möchte darum bitten, dass der Grundpegel an Geräuschen ein bisschen runtergeht, wenn die Redner hier vorn versuchen, durch ihre Vorträge zu kommen. Das ist einfach ein gewisser Respekt, den ich erwarte.

Ich erteile jetzt der finanzpolitischen Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Frau Abgeordneten Monika Heinold, das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt in diesem Haus ein sehr einfaches Prinzip: Alles, was von der einen Seite an Haushaltsvorschlägen kommt, ist seriös,

(Beifall bei CDU und FDP)

alles, was die andere Seite vorschlägt, scheint unseriös zu sein.

(Zurufe)

Ich nehme einmal das Beispiel Krippen. Hätte diese Seite vorgeschlagen, noch im Jahre 2010 60 Millionen € für **Krippenausbau** vorzuziehen, hätten Sie gesagt: Völlig unseriös, die gehen rein in die Verschuldung. Aber wenn Sie selbst den Vorschlag machen, sagen Sie: Großartige Familienpolitik, bitte lobt uns!

Ich nenne ein anderes Beispiel: Die **Grunderwerbsteuer**. Seit mehreren Jahren mahnen wir Grüne eine Erhöhung an. Ich erinnere an die Debatten bei Haus und Grund, wo Sie gesagt haben, dass wir das Land ruinieren, wenn wir diese Steuer erhöhen. Nun kommt das von Ihrer Seite. Plötzlich ist es ein guter, seriöser, nachhaltiger, zukunftsgerichteter, generationengerechter und wegweisender Vorschlag, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

So geht es weiter mit dem **Bildungspaket**. Wir Grüne schnüren in diesem Haushalt ein Bildungspaket, weil wir vorgeschlagen haben, die Grunderwerbsteuer um zwei Jahre vorzuziehen, davon 50 Millionen € in den Sparstrumpf zu stecken, ein Teil geht an die Kommunen, ein großer Teil geht in die Bildung. Sie sagen uns, das ist unseriös, machen dann aber auch den Schritt hin zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Dann ziehen Sie nach und verbuchen die Einnahme unter Abbau der Verschuldung. Plötzlich wird unser Paket unseriös.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Genau-so ist es!)

Herr Koch, ich sage Ihnen noch einmal unsere Argumentation. Wir vertrauen dem Ministerpräsidenten - Sie schütteln den Kopf, Sie vertrauen ihm nicht, wir vertrauen ihm -, der Schwarz auf Weiß geantwortet hat, dass Schleswig-Holstein Jahr für Jahr 100 Millionen € vom Bund cash für Bildung bekommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann kommt denn das Geld?

(Zurufe von der CDU)

- Das steht in der Antwort auf eine Kleine Anfrage. Okay, vielleicht kommt es per Scheck, vielleicht kommt es per Überweisung.

(Monika Heinold)

(Heiterkeit)

Aber es sollte jährlich 100 Millionen € geben. Sie haben das auf eine Kleine Anfrage geantwortet. Wenn das Geld nun 2011 und 2012 nicht kommt, um die Bildung zu finanzieren, haben wir uns gedacht: Vielleicht kommt es ja 2013. Irgendwann muss Merkel das Versprechen ja mal einlösen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich nehme ein **Sparbeispiel** aus unserem Haushalt. Wir hatten vorgeschlagen, die Deckenleuchten im Innenministerium könnten günstiger gestaltet werden. Da sagt Frau Loedige: Geht nicht, GMSH, Arbeitssicherheit. Frau Loedige, man muss nicht jeden Kostenvorschlag der GMSH sofort als bare Münze nehmen. Das muss man nicht!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich sage Ihnen: Wir hatten die GMSH gebeten, in unserem Fraktionsraum eine Deckenleuchte aufzuhängen. 10.000 € sollte das kosten. Wir haben uns dafür entschieden, jetzt Stehlampen zu kaufen. Nun kommt bei uns die Erleuchtung nicht von oben, sondern von der Seite.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Ich sage Ihnen: In finanziell schwierigen Zeiten muss man auch bereit sein, Kompromisse zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist sehr, sehr weit entfernt von geordneten Finanzen. Frau Loedige stellt sich hier hin und sagt: Geordnete Finanzen. - Wir sind davon ziemlich weit entfernt, Frau Loedige. Das macht die Debatte so ernsthaft und so schwierig. Nach dem Haushaltsplan 2011 und 2012 werden wir eine **Nettoneuerschuldung** von 1,27 beziehungsweise von 1 Milliarde € haben. Das ist zwar irgendwie alles historisch, aber nicht im positiven Sinne. Wir waren in den Jahren 2007 und 2008 bei einer Nettoneuerschuldung von 500 Millionen €. Wir waren also schon einmal auf der Hälfte. - „Wir“, das Land Schleswig-Holstein, Herr Wiegard. Unter Rot-Grün waren wir auch schon einmal bei dieser Größenordnung. Schauen Sie in die Listen hinein!

In der **mittelfristigen Finanzplanung** des Finanzministers wird diese Höhe der Nettoneuerschuldung, 500 Millionen €, erst wieder im Jahre 2016

erreicht werden. Das ist doch erschreckend, Herr von Boetticher. Deshalb stellt sich doch die Frage über den Haushalt 2011 und 2012 hinaus: Wie kann die Schuldenbremse umgesetzt werden? Wie wollen wir denn jedes Jahr weiter 120 Millionen € sparen? Der Finanzminister hat in der mittelfristigen Finanzplanung eine weitere Einsparung von 500 Millionen € stehen, nach diesem großen Sparprozess und zusätzlich zu den Personaleinsparungen. Ich warte jetzt darauf, wenn Sie Ihr Wahlprogramm aufstellen, meine Damen und Herren von der CDU, was wollen Sie denn als Vorschläge dort hineinpacken.

Und auch um die großen Baustellen hat sich das Parlament noch nicht gekümmert. Aber es ist die **kommunale Verwaltungsreform**, die jetzt wieder geschoben wird und die so dringend notwendig ist. Es betrifft die gesamten **Kommunalfinanzen**. Meine Damen und Herren, gehen Sie zu Ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, und diskutieren Sie mit denen über die **Daseinsvorsorge!**

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Wir haben welche, Sie nicht!)

- Die besuchen wir, und die sind zur Zeit sehr dankbar dafür, dass wir kommen, Herr von Boetticher, um uns ihr Herz auszuschütten.

Die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, aber auch die Gemeindevertreter beklagen sich zu Recht, dass der Gestaltungsspielraum in den Gemeindevertretungen, in den Stadtvertretungen kaum noch vorhanden ist, dass die kommunale Daseinsvorsorge kaum noch aufrechterhalten werden kann. Da geht es dann um die Frage: Schließe ich das Schwimmbad, oder erhöhe ich die Beiträge für die Kindertagesstätte, oder belaste ich die Bürgerinnen und Bürger an einer anderen Stelle? Deshalb ist das ganze Problem der Kommunalfinanzen und der Daseinsvorsorge noch nicht gelöst und eine riesengroße offene Baustelle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der nächste Punkt ist angesichts der **demografischen Entwicklung** die soziale Infrastruktur. Mit diesem Haushalt wird es beim Ehrenamt sehr schwer gemacht, die **ehrenamtliche Tätigkeit** aufrechtzuerhalten. Es ist aber gerade das Ehrenamt, das wir angesichts der demografischen Entwicklung brauchen, weil es im ländlichen Bereich auch Strukturen aufrechterhält. Deshalb verdient das Ehrenamt unsere Unterstützung und nicht den letzten Euro aus der Tasche gezogen.

(Monika Heinold)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der SPD)

Ein dritter großer Komplex ist die gesamte **norddeutsche Zusammenarbeit**. Ja, wir haben die Enquete eingerichtet auf Vorschlag der Grünen - gegen einige Widerstände hier im Parlament. Jetzt ist es aber unsere gemeinsame Pflicht, dass die Enquete so arbeitet, dass es Ergebnisse gibt und dass wir uns ernsthaft mit diesen Ergebnissen auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie haben hier im Parlament unser Bildungspaket kritisiert und lächerlich gemacht. Wir Grünen sagen, wir müssen in Bildung investieren. Auch deshalb hat es den Bildungsgipfel gegeben. Wir dürfen doch jetzt nicht die **Schuldenbremse** gegen die Ziele des Bildungsgipfels ausspielen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern es ist die Pflicht dieser Landesregierung, in Berlin für die Ergebnisse des Bildungsgipfels zu streiten und dafür zu sorgen, dass unser Land Studienplätze finanzieren kann, dass wir Qualität in Kindertagesstätten und Schulen finanzieren können. Jeder, der heute glaubt, dass das Land seine Schularbeiten schon gemacht hat, irrt. Dieser Haushalt ist ein schwieriger Haushalt, aber er ist der Anfang auf dem Weg eingeschränkter Ausgaben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich bin nicht so vermessen, mich hier hinzustellen und zu sagen, meine Fraktion hat das Rezept für 2013, 2014, 2015. Nein, das haben wir nicht. Wir haben Vorstellungen davon, wie wir an der einen oder anderen Stelle Dinge verändern können. Wir haben einen Anspruch an **Reformen**. Wir sagen, wir wollen Verwaltung verändern. Aber wir sagen auch - das ist wichtig und zentral -, wir müssen alle Mittel zusammenkehren und zusammenkratzen, um in unsere Bildung zu investieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SSW - Dr. Christian von Boetticher  
[CDU]: Tun wir auch!)

Ich möchte zum Schluss ganz kurz einen Gedanken zur ermäßigten **Mehrwertsteuer** loswerden, weil, egal wer in Berlin regiert, es immer schiefgeht und immer ganz unsinnige Tatbestände dazukommen, statt die 57 existierenden Begünstigungen zu bereinigen. Herr Finanzminister Wiegard, Ihr Vorschlag ist nicht populär, aber ich glaube, es lohnt, sich damit intensiv zu beschäftigen. Wir haben auch einen Vorschlag von Unternehmens Grün, der geht in eine ähnliche Richtung, mit einer einheitlichen Mehr-

wertsteuer. Auch dies ist etwas, wo wir frühzeitig als Land Schleswig-Holstein einen Impuls setzen könnten, wo wir uns ernsthaft fachlich darüber austauschen müssen: Wie müsste eine **soziale Komponente** gestrickt werden, wenn man denn einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz wollte? Also eine Fragestellung, die auch dazu führen kann, dass Steuerbetrug verhindert und komplizierte Bürokratie entfrachtet wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam nach vorn blicken. Schwierige Aufgaben liegen vor uns. Dieser Haushalt ist nur ein kleiner Stein auf dem Weg, die Schuldenbremse einzuhalten. Unserer Grünen-Haushalt bietet eine Alternative, die natürlich besser ist. - Das kann ich Ihnen zum Schluss nicht ersparen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Ich erteile dem finanzpolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE, dem Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels, das Wort.

**Ulrich Schippels [DIE LINKE]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Vielen Dank, Frau Heinold, auch wir wollen in Bildung investieren. Wir haben noch ein bisschen mehr Geld als Sie gefunden, aber ich denke, wenn wir gemeinsam graben, finden wir noch etwas mehr.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der SPD)

Frau Loedige, ich möchte mich bedanken, dass Sie so ausgiebig auf die einzelnen Beiträge der anderen Fraktionen eingegangen sind. Ich bin wirklich glücklich, und mir fällt ein Stein vom Herzen, dass Sie bei uns offensichtlich keinen Rechenfehler gefunden haben. So blieb Ihnen nur übrig, generell abfällig zu unserem Haushaltsentwurf Stellung zu nehmen. Aber ich bin glücklich. Wir haben offensichtlich gar nicht schlecht gearbeitet.

Ich freue mich besonders, dass Sie, Herr Kubicki, auf unseren Haushaltsentwurf eingehen und ihn kritisieren. Das sagt mir, wir haben durchaus richtig gelegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor zwei Jahren, meine Damen und Herren, lag das **strukturelle Defizit** hier im Land bei 600 Millionen €. Ich habe vorhin schon gesehen, Herr Wie-

(Ulrich Schippels)

gard, Sie haben den Kopf geschüttelt, als das meine Kollegin gesagt hat. Aber es war so. Ich habe mir die Protokolle der Haushaltsberatungen von vor zwei Jahren noch einmal durchgelesen, und genau das stand drin, das haben Sie und auch andere Rednerinnen und Redner dort gesagt. Herr Stegner hat ein Jahr vorher noch von 500 Millionen € geredet. Jetzt liegen wir nach Ihrer Rechnung bei 1,25 Milliarden € - eine Verdopplung in zwei Jahren.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal über das strukturelle Defizit reden. Es bedeutet, dass die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in diesem Betrag gar nicht enthalten sind. Auch die zusätzlichen Belastungen des Landes durch das **HSH-Nordbank-Debakel** findet sich im Haushalt nicht wieder. Das haben Sie woanders zwischengeparkt. Das strukturelle Defizit hat sich verdoppelt, Herr Minister Wiegard. Nun gibt es genau zwei Möglichkeiten. Die eine ist, Sie sind dafür verantwortlich, dann müssten Sie schnellstmöglich den Hut nehmen und von dannen ziehen. Oder aber das Ganze liegt gar nicht in Ihrer Verantwortung, in der Verantwortung des Landes. Genauso ist es leider. Vielleicht sind es **äußere Faktoren**, die für das Anwachsen des strukturellen Defizits verantwortlich sind. Hat es vielleicht etwas mit der Steuerpolitik auf Bundesebene der letzten beiden Bundesregierungen zu tun, in denen neben der CDU leider auch die SPD gegessen hat? Auch die FDP hat Verantwortung getragen, beziehungsweise trägt jetzt Verantwortung. Wenn wir uns diese Veränderungen der Steuerpolitik von damals anschauen, dann ist es in der Tat so, dass unser strukturelles Defizit vor allem bundespolitisch begründet ist, einmal davon abgesehen, dass die Regierung im jeweiligen Land, wenn es eine Zustimmungspflicht im Bundesrat gegeben hat, meistens klein beigegeben hat und eben nicht die Interessen des Landes berücksichtigt hat.

Herr Wiegard, Sie haben in unseren Augen zwar keine wirklich gute Finanzpolitik gemacht, aber es war auch wirklich nicht so schlecht, dass Sie das strukturelle Defizit innerhalb von zwei Jahren auf 1,25 Milliarden € hinaufgejubelt haben. Sie selbst haben in ihrem Finanzplan auf Seite 27 darauf hingewiesen: 400 Millionen € zusätzliches strukturelles Defizit sind auf beschlossene Steuerrechtsänderungen auf Bundesebene in den Jahren 2008/2009 zurückzuführen.

Ich möchte sie nicht im Einzelnen aufführen. Aber um Herrn Kubicki noch einmal zu erfreuen: Dazu gehört auch das Mövenpick-Geschenkpaket zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Das hat das Land noch einmal 65 Millionen € Einnah-

men gekostet und die Kommunen übrigens auch einen ordentlichen Batzen. Die Summe aller strukturell wirkenden **Mindereinnahmen** belaufen sich auf 400 Millionen €. Herr Minister, was Sie bezüglich der Haushaltslage und der Verantwortung von Rot-Grün sagen, entpuppt sich in unseren Augen als schlichter Unsinn. Ihre Partei auf Bundesebene hat das Desaster, mit dem wir hier umgehen müssen, zu verantworten.

Nun sind 600 Millionen € und 400 Millionen € zusammen 1 Milliarde €. Wo kommen die zusätzlichen 250 Millionen € her, die uns zu den magischen 1,25 Milliarden € führen, welche das Land in den nächsten zehn Jahren aufzubringen hat, um das Defizit auf Null zu bringen?

Herr Minister, wir können es uns nur so erklären, dass es sich um das Ergebnis Ihres Wirkens handelt, oder hat vielleicht Herr Professor Deubel recht, wenn er sagt, dass das strukturelle Defizit in Schleswig-Holstein lediglich bei gut 1 Milliarde € liegt? Wie dem auch sei, eines wird doch mehr als deutlich: Wir in Schleswig-Holstein, die hier im Land Verantwortung haben, sind in der Frage des strukturellen Defizits weitaus weniger Akteur, als Sie es uns weismachen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Auswuchs des strukturellen Defizits hat in erster Linie mit den Berliner Entscheidungen der letzten beiden Bundesregierungen zu tun. Wir in Schleswig-Holstein können das gar nicht wegtragen. Wir können nicht auslöffeln, was uns die **Bundesregierung** eingeschenkt hat und auch noch einschenkt. Deshalb war es falsch - hier sind alle anderen Fraktionen genannt -, die sogenannte **Schuldenbremse** in die **Landesverfassung** aufzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden die dort vorgesehene Reduzierung des strukturellen Defizits nie und nimmer aus eigener Kraft einhalten können. Es ist schlicht unmöglich. Erst mit dem Doppelhaushalt für 2013/2014 ist es möglich. Wer rechnen kann, der weiß das. Herr von Boetticher, der jetzt leider irgendwo anders ist, hat es heute selbst in seiner Rede gesagt. Im Hinblick auf die **Finanzierung der Studienplätze**: Es müsse weitere Hilfen geben, sonst könnten wir die Schuldenbremse nicht einhalten.

Herr Habeck, zu Ihrem Vorwurf des kontrollierten Staatsbankrotts: Genau umgedreht wird ein Schuh daraus. Wenn Sie jedes Jahr 125 Millionen € aus dem Haushalt herauskürzen wollen und es gleichzeitig vom Bund keine Einnahmen gibt, ist das der



(Ulrich Schippels)

Weg zum strukturellen Bankrott. Diesen Weg gehen wir nicht mit Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oder aber Sie machen es, wie der Kollege Tobias Koch das in seiner ersten Legislaturperiode gemacht hat, nämlich die Verfassung brechen. Das ist die zweite Möglichkeit.

Jetzt komme ich konkret zu dem Doppelhaushalt. Ihre sogenannten **Konsolidierungsanstrengungen** mit der Einhaltung der Schuldenbremse zu begründen, ist eine Farce. 2011 müssen wir laut Schuldenbremse 125 Millionen € strukturell einsparen. In 2012 250 Millionen €. Sie aber kürzen strukturell - zumindest nach Ihren Ausführungen im **Stabilitätsbericht** - in 2011 um mindestens 290 Millionen € und in 2012 um 320 Millionen €, Herr Wiegard. Den jetzigen Sozialkahlschlag mit der Schuldenbremse zu rechtfertigen, ist eine Ihrer Nebelkerzen. Sie wissen das selbst. Um dies zu kaschieren, malen Sie Horrorgemälde an die Wand, die inzwischen leider auch schon von den Grünen aufgegriffen werden. Sie vergleichen Schleswig-Holstein mit Griechenland und verweisen auf Irland. Was soll denn dieser Unfug?

(Beifall bei der LINKEN)

Schleswig-Holstein hat wie Deutschland ein völlig anderes Standing in der Weltökonomie, ganz anders als Irland oder Griechenland. Wir haben eine viel geringere Verschuldung, und auch die Art der Verschuldung ist eine völlig andere als in Griechenland. Es ist durch nichts, aber auch gar nichts zu rechtfertigen, Herr Habeck.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Schippels!)

Herr Habeck, es ist wirklich nicht passend, eine **Analogie mit Griechenland** herbeizuführen, ganz davon abgesehen, das Schleswig-Holstein kein eigenständiger Staat, sondern eingebunden in eine der wichtigsten Weltökonomien ist. Sie reden unser Land schlecht, indem Sie diese Vergleiche heranziehen. Sie stellen Schleswig-Holstein in eine Reihe mit den PIIGS- Staaten, Sie verbreiten Furcht und Schrecken, damit die Menschen in unserem Land endlich akzeptieren, was Sie ihnen an Sozialkahlschlag zumuten. Herr Koch von der CDU, Ihnen glaube ich sogar, dass Sie daran glauben. Sie haben ja heute auch davon geredet, dass wir in die Pleite geraten. Aber Herr Wiegard, Herr Carstensen, Sie wissen, was Sie sagen, und Sie wissen, warum Sie solche Bilder benutzen und warum Sie das Land schlechtreden. Wenn Sie so, wie Sie über das Land

reden, in den letzten Jahren über die HSH Nordbank geredet hätten, dann weiß ich, was die HSH Nordbank gemacht hätte. Sie hätte Ihnen einige Mitarbeiter ihrer damaligen Sicherheitsfirma hinterhergeschickt.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Gestern haben noch einmal die Wohlfahrtsverbände, die Interessenvertreter der Blinden und die GEW, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, eindringlich vor Ihren Kürzungsplänen gewarnt. Günter Ernst-Basten, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft freier Wohlfahrtsverbände, sei hier genannt. Er redet zu Recht von einem - ich zitiere - „richtigen Kahlschlag“. Wir geben ihm recht. Die Kürzungen werden - ich zitiere noch einmal - „ohne Sinn und Verstand“ beschlossen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei geht es bei den **Sozialverbänden** um so wenig Geld. Das, was Sie dort wegkürzen, 1,2 Millionen €, Sozialvertrag I und II, das hat für den sozialen Zusammenhalt in Schleswig-Holstein so unendlich dramatische Folgen: Die Kürzungen bei den Blinden. Das ist nicht nur meiner und unserer Meinung nach ein riesiger Skandal. Ich schäme mich. Ich schäme mich dafür, dass den Blinden in Schleswig-Holstein die geringste Unterstützung zukommt. Kein anderes Bundesland unterstützt die Blinden zukünftig mit weniger Geld als Schleswig-Holstein. Das ist unfassbar, und mit christlichen Werten, meine Damen und Herren von der Christlich-Demokratischen Union, auf die Sie sich ja immer wieder berufen, hat das gar nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Entgegen Ihren schönen Bildern, die Sie ja auch im Bereich Bildung malen, möchte ich Ihnen auch einmal ein Zitat von Matthias Heide, dem GEW-Landesvorsitzenden vorhalten; ich zitiere: „Morgen, Kinder, wird's nichts geben“, das hat er gestern in Bezug auf Ihre Vorstellungen zum Haushalt gesagt. Genauso wird es leider sein. Die Kinder fallen hinten herunter.

Herr Wiegard, eigentlich wissen Sie es besser. Auf dem Tiefpunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise haben Sie einmal gesagt: Wir können jetzt nicht knausern. Wir müssen neue Schulden machen, damit wir hier einigermaßen durchkommen und die Ökonomie nicht ganz daniederliegt. Das ist das gleiche Problem, das wir jetzt haben. Wenn wir jetzt knausern, bedeutet das, dass wir immer weiter eine Spirale in das Abwärts kriegen. Die jetzigen Kürzungen sind die Einnahmeverluste von morgen. Das

**(Ulrich Schippels)**

bedeutet, dass neue Kürzungen gemacht werden müssen und so weiter und so fort, bis das Land in den Staatsbankrott von Herrn Habeck gelandet ist.

Sie reduzieren die Ausgaben, ohne die **ökonomischen Auswirkungen** zu berücksichtigen. Wir, die Fraktion DIE LINKE, haben einen Änderungsantrag gestellt. Mir rennt leider meine Zeit weg. Ich möchte nur ein Missverständnis ausräumen, das leider auch über die Medien verbreitet worden ist, nämlich, dass unsere Vorschläge zum Doppelhaushalt nicht finanzierbar seien, sondern dass wir darauf rekurrieren, dass wir bundespolitisch mehr Steuereinnahmen haben wollen. Nein, unser Haushalt ist durchgerechnet. Er erfüllt die **Schuldenbremse**. Sie müssen nur noch zustimmen, und dann geht es uns allen besser.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Anita Klahn:**

Ich erteile dem finanzpolitischen Sprecher der Fraktion des SSW, Herrn Abgeordneten Lars Harms, das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der SSW hat eine Vielzahl von Vorschlägen in die Beratungen zum Haushalt eingebracht, die deutlich machen sollen, dass es eine **politische Alternative** zum Entwurf der Regierungsfractionen gibt. Das ist an sich nicht unbedingt etwas Besonderes, weil dies natürlich auch von den anderen Oppositionsparteien so gemacht wird. Gleichwohl ist es eben schon besonders, weil wir bisher immer gesagt haben, dass wir mit wenigen, aber kompromissfähigen **Vorschlägen** einen an sich zustimmungsfähigen Haushalt ergänzen wollen.

Diese Sichtweise haben wir in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten angewandt und den Haushalten dann in der GesamtAbstimmung immer zugestimmt - auch, wenn wir mit einzelnen Teilen des Gesamthaushaltes manchmal unzufrieden waren. Unsere Maxime war: Das Land braucht einen Haushalt, und hierfür müssen auch wir bereitstehen, wenn wir uns im Haushalt einigermäßen wiederfinden können. Dieses skandinavische Prinzip führte dazu, dass wir Haushalten der Regierungen der Ministerpräsidenten Barschel, Engholm, Simonis und auch Carstensen in der Vergangenheit zugestimmt haben. Dass wir dieses heute nicht tun können und mit umfassenden Änderungsvorschlägen kommen müssen, ist somit schon ein bemerkenswerter Vorgang.

Der Haushalt, der heute durch die Regierungsfractionen abgesegnet werden soll, ist eine Katastrophe für unser Land. Er ist geprägt von sozialer Schieflage,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

kultureller Verarmung und von einer minderheitenpolitischen Geisterfahrt. Einem solchen Haushalt können wir nicht zustimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Unser Vorschlag zeigt, lieber Kollege Kubicki, dass **Sparen** und einen **gerechten Haushalt** aufstellen keine Gegensätze sind. Wir haben bewusst darauf verzichtet, jedes einzelne politische Ziel in Zahlen zu gießen und uns dann die Zahlen so hinzubiegen, dass es irgendwie passt. Wir machen mit unseren Haushaltsvorschlägen deutlich, dass auch wir es ernst meinen mit der **Schuldenbremse**. Es geht auch gar nicht anders. Wir sind nämlich laut **Verfassung** verpflichtet, die Schuldenbremse einzuhalten. Das ist auch gut so. Der SSW steht dazu.

Wir sind bewusst einen anderen Weg gegangen. Folgt man unseren Vorschlägen, werden wir wesentlich weniger Schulden machen als die schwarzgelbe Landesregierung, und gleichzeitig werden wir trotzdem die soziale und kulturelle Infrastruktur in ihrem Kern erhalten können. Unsere Vorschläge führen dazu, dass wir in 2011 etwas mehr als 183 Millionen € und in 2012 rund 24 Millionen € weniger **Schulden** machen als Schwarz-Gelb.

Unser Ziel ist es, schon jetzt Finanzmittel einzusparen, damit die Sprünge in den Folgejahren nicht allzu hart werden. Gleichzeitig wollen wir den betroffenen Institutionen und Organisationen **Planungssicherheit** geben.

Schwarz-Gelb verfängt sich aber in gnadenlosen Kürzungsorgien, die auch 2013 und 2014 nicht abgeschlossen sein werden, wenn man sie weiter gewähren lässt. Wir setzen da andere Prioritäten. Ich hoffe, die Bürgerinnen und Bürger werden Schwarz-Gelb nicht weiter gewähren lassen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Schauen wir mal!)

Im Gegensatz zu den derzeit noch Regierenden wollen wir erst einmal die **Einnahmen verbessern** und verstetigen und nicht eine solch erfolgreiche Einrichtung wie die Innovationsstiftung unwiederbringlich vernichten, um kurzfristig Geld zu ma-

(Lars Harms)

chen. Die Grunderwerbsteuer muss deshalb nach unserer Auffassung sofort erhöht werden. 2011 könnten wir so 87 Millionen € mehr einnehmen. Auf dieses Geld können wir aufgrund der derzeitigen Haushaltslage nicht verzichten. Gleiches gilt für die Spielbankabgabe. Würden wir weiterhin die bisherige Höhe vereinnahmen, würden 2 Millionen € mehr in die Kassen des Landes fließen, eine vergleichsweise kleine Summe, aber trotzdem unverzichtbar.

Merkwürdig mutet es außerdem an, dass die vom Bund zugesagte **Konsolidierungshilfe** im Haushalt nicht eingeplant ist. Bisher findet sich nur ein Leertitel im Haushalt, wo eigentlich 80 Millionen € stehen müssten. Damit der Haushalt ausgeglichen wird, plant die Landesregierung erst einmal eine entsprechende Kreditaufnahme ein. Das hat mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit rein gar nichts zu tun. Hier wird getrickst, um sich etwas Flexibilität zu erhalten, schließlich ist ja Wahlkampf, und da braucht es auch einige Ecken im Haushalt, die man dann für Wahlkampfgeschenke ausfeigen kann. Das können und werden wir nicht akzeptieren.

Aber auch wenn es um das Ausgeben von Geld geht, haben die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen anscheinend völlig das Maß verloren. Da werden Kredite aufgenommen, um Rücklagen zu bilden. Das heißt, es werden hohe Kreditzinsen gezahlt, damit man Rücklagen bildet, die nur geringe Guthabenzinsen erwirtschaften. Ein schlechteres Geschäft ist wohl kaum denkbar, und der Finanzberater Peter Zwegat aus dem Fernsehen würde wahrscheinlich jedem Normalbürger den Kopf waschen. Ob das allerdings beim Ministerpräsidenten und seiner Regierung etwas nützen würde, wage ich zu bezweifeln.

2011 werden in Höhe von 117 Millionen € und 2012 in Höhe von 36 Millionen € kreditfinanzierte Rücklagen gebildet. Gehen wir von einem Zinsverlust von 2 % aus, kostet uns dieser Spaß rund 3 Millionen €. Da kann man schon einmal mit dem Kopf schütteln.

Im Übrigen kann man uns als SSW nicht vorwerfen, mit der Einnahmeseite zu sorglos umgegangen zu sein. Die Landesregierung hat die **Steuereinnahmen** geringer eingeschätzt als die Arbeitsgruppe Steuerschätzung. Im November wurde ermittelt, dass die Steuereinnahmen voraussichtlich 2011 um 8,5 % und 2012 um 8,9 % höher liegen werden als in der Mai-Steuerschätzung, die dem Ursprungsentwurf zugrunde gelegen hat. Die Landesregierung hat aber in ihrer Nachschiebeliste die

Ansätze insgesamt nur um rund 4,15 % erhöht. Hier ist also noch Spielraum nach oben, und trotzdem haben wir dies nicht in unseren Haushaltsvorschlägen eingeplant - -

(Zuruf: Kein Saft mehr da! - Weiterer Zuruf: Nun ist Schluss!)

- So arm ist das Land schon.

(Weitere Zurufe)

- Jetzt geht das Mikrofon wieder.

Meine Damen und Herren, hier ist also noch Spielraum nach oben, und trotzdem haben wir dies nicht in unseren Haushaltsvorschlägen eingeplant, lieber Kollege Koch, weil die Mehreinnahmen ohnehin für den Ausgleich der konjunkturellen Neuverschuldung einzusetzen sind. Das heißt, wir gehen davon aus, dass wir 200 bis 300 Millionen € mehr einnehmen als bisher veranschlagt und sind der Auffassung, dass dieses Geld gemäß der Bestimmung in unserer Landesverfassung zur Schuldenbremse für die Senkung der **konjunkturell bedingten Neuverschuldung** einzusetzen ist. Das würde das konjunkturell bedingte Defizit nahezu auf null fahren. Als vorsichtige Kaufleute haben wir hier aber bewusst nicht die Haushaltsansätze schon jetzt erhöht, sondern dies in unserem Entschließungsantrag mit eingearbeitet.

(Unruhe)

In diesem Antrag gehen wir noch auf weitere mögliche Steuermehreinnahmen ein. Nach unserer Auffassung ist derzeit vieles in Bewegung, und dies erfordert die Aufstellung eines Nachtragshaushalts im Juni 2011. Neben den konjunkturell bedingten Mehreinnahmen, die jetzt schon vorhersehbar sind, wird es auch möglicherweise **Steuerrechtsänderungen** geben, die sich ebenfalls positiv auf den Landeshaushalt auswirken werden. Dieses wären Einnahmen, die laut Verfassung nicht zwingend in den Abbau des konjunkturellen Defizits zu stecken wären.

Ich will hier zwei Beispiele nennen. Es ist wieder in der Diskussion, den ermäßigten **Mehrwertsteuersatz** auf das unbedingte Mindestmaß zu begrenzen. Sollte dies geschehen, könnten wir mit Mehreinnahmen für die Länder von bis zu 600 Millionen € rechnen. Selbst marginale Änderungen würden hier mit Millionenbeträgen zu Buche schlagen.

Ähnliches gilt für die Einnahmen aufgrund der Einführung der **Brennelementesteuer**. Sollte sich die Landesregierung mit ihrem Wunsch nach einer Beteiligung an den entsprechenden Einnahmen des

(Lars Harms)

Bundes durchsetzen - woran ich natürlich keinen Zweifel habe -, dann sind auch hier Millionen-Einnahmen zu erwarten. Insgesamt wird der zu verteilende Länderanteil auf bundesweit 500 Millionen € geschätzt. Wenn wir davon ausgehen, dass das Land Schleswig-Holstein mit seinem 19 %-Anteil an der Kernkraftkapazität nur 10 % dieses Länderanteils erhält, wären dies 50 Millionen €. Bei 5 %, falls die Anlagen etwas länger ausgeschaltet sind, was wir ja alle hoffen, wären es immer noch 25 Millionen €. Ich finde, diese Einnahmen muss man einplanen.

Solcherlei Mehreinnahmen geben genug Spielraum, um das dritte Kindergartenjahr wieder dauerhaft beitragsfrei zu stellen und über das bisherige Maß hinaus einen erhöhten Sparbeitrag für den Landshaushalt zu leisten.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, so schlecht steht es nicht um unser Land. Es ist immer noch eine Frage des politischen Willens, welche Prioritäten man setzt.

(Beifall beim SSW - Unruhe)

Setzt man die falschen **Prioritäten** wie die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, dann kommt eben ein Abbruchhaushalt dabei heraus. Wir wollen aber lieber in unserem Land etwas aufbauen, und deshalb werden wir den Weg von Schwarz-Gelb nicht mitgehen.

Bevor wir aber nun zu den Dingen kommen, die für uns wichtig sind, will ich deutlich machen, dass auch wir durchaus **Einsparpotenzial** sehen. Es ist gut, dass der Landtag schon in der Vergangenheit immer wieder bereit war, auf Diätenerhöhungen zu verzichten. In diesem Jahr sind darüber hinaus die Zulagen für die **Abgeordneten** mit hervorgehobenen Funktionen gesenkt worden, und wir beschließen heute eine Senkung der Fraktionsgelder.

(Anhaltende Unruhe)

Der Landtag ist also in Vorleistung gegangen. Da ist es schon ein katastrophales Bild, dass sich der **Ministerpräsident** und die **Minister** nicht an den Sparbemühungen beteiligen.

(Vereinzelter Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Da werden den Blinden Kürzungen zugemutet und von Grundbesitzern an der Küste ungerechte Abgaben verlangt, aber die Regierenden sollen ungeschoren bleiben. Wir finden dieses Verhalten zutiefst unpassend. Dieses Verhalten des Ministerpräsidenten und seiner Minister und natürlich auch der

sie tragenden Fraktionen, die das ja ändern könnten, trägt wirklich nicht zum Abbau der Politikverdrossenheit bei.

(Vereinzelter Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es ist nicht staatliche Aufgabe, eine Polizei-Bigband für rund 1,1 Millionen € jährlich zu haben und zu unterhalten. Und es ist auch schwer vermittelbar, dass die Landesregierung immer wieder ankündigt, dass sie beim **Personal** sparen will, dann aber immer weit an ihren Einsparzielen vorbeischrämmt. Es wird in der Tat zum ersten Mal seit Langem am Personal gespart. Trotzdem unterschreitet die Landesregierung ihr Einsparziel 2011 um 20 Stellen und 2012 um 49 Stellen. Neue Abteilungsleiterpositionen sind dabei noch nicht eingerechnet. Kostenpunkt für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes: 2011 etwas mehr als 1 Million € und 2012 rund 2,5 Millionen €. Wir sind der Auffassung, dass sich die Regierung an ihre Ziele zu halten hat und diese Summen entsprechend der ursprünglichen Finanzplanung einzusparen sind.

Die Liste der Einsparmöglichkeiten lässt sich fortsetzen. Es gibt keine Notwendigkeit, den Flugplatz Kiel-Holtenau dauerhaft mit 625.000 € jährlich zu subventionieren.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Die Ausgleichszahlungen an die AKN müssen nicht zwingend jährlich um Millionenbeträge steigen. Wir brauchen keine Gutachten zur Privatisierung des UK S-H, die rund 1 Million € verschlingen, und wir benötigen erst recht keine „Gutachteritis“ in Bezug auf die HSH Nordbank.

(Beifall beim SSW)

Wir können auch - das ist richtig - bei den Kirchen sparen, wenn die Landesregierung mit der Ankündigung der Neuverhandlungen der Kirchenstaatsverträge endlich einmal Ernst machen würde. Wir können Millionen beim Landeslabor mehr einnehmen, wenn wir endlich kostendeckende Gebühren einführen, und wir könnten uns natürlich auch die Ausgaben für die sinnlose Fehmarnbelt-Querung sparen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wobei man sogar sagen muss, dass das dicke Ende noch kommt; schließlich sind hier 60 Millionen €

(Lars Harms)

Verpflichtungsermächtigungen eingeplant. Ich hoffe, der grüne Vorschlag wird eine breite Mehrheit kriegen, dass wir dies verhindern.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um einmal die Dimensionen zu verdeutlichen: Mit diesen 60 Millionen € könnte man rechnerisch 20 Jahre lang das Blindengeld in bisheriger Höhe weiter zahlen.

(Vereinzelter Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Kommen wir nun endlich zu den Bereichen, die wir weiterhin oder zusätzlich finanzieren wollen. Hierzu sei noch einmal vorausbemerkt, dass diese Ausgaben bei Weitem nicht so hoch sind wie die Mehreinnahmen oder die Minderausgaben in unseren Vorschlägen.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das heißt, wenn wir denn beim Bausteinprinzip der Landesregierung bleiben, dann haben wir für jeden unserer Vorschläge, die wir als Bausteine in den Haushalt einfügen, mehrere Bausteine als Gegenfinanzierung herausgenommen. Es sage also niemand, dass hier Luftschlösser gebaut werden. Unsere Vorschläge sind solide durchfinanziert, und am Ende bleibt noch mehr übrig als bei der „Koalition des Kahlschlags“.

Wir wollen eines der größten Übel bei der Wurzel packen. Wir wollen eine **Kommunalreform**, die ihren Namen auch verdient hat. Deswegen stellen wir in den Jahren 2011 und 2012 Mittel bereit, um mit der kommunalen Familie ein zukunftsträchtiges Modell zu erarbeiten, und wollen, dass die neue Struktur ab 2013 gilt und wir dann die Kommunalwahl entsprechend der neuen Strukturen durchführen können. Die Landesregierung hat hier bisher immer den Bremser gegeben. Und auch lokale Beteiligungsrunden nützen nichts, wenn man nicht den Willen hat, neue Strukturen einzuführen und sie dort auch zu vertreten.

(Beifall beim SSW)

Deshalb noch einmal ganz klar: Wir als SSW wollen neue Strukturen im kommunalen Bereich, die es ermöglichen, dass die Kommunen wieder alle Aufgaben eigenständig und eigenverantwortlich ausführen können und ihnen gewählte Vertretungen zur Seite gestellt werden, die wieder den Einfluss bekommen, der ihnen auch gebührt.

Weiter wollen wir die wichtigste Branche des Landes massiv unterstützen. In weiten Teilen des Landes blüht der **Tourismus** - trotz der Politik der Landesregierung. Diese Blüte droht aber zu ersticken, wenn die Kürzungen der Landesregierung für die TASH wirklich umgesetzt werden. Wir geben derzeit nicht zu viel für den Tourismus aus, sondern im Vergleich zu anderen Bundesländern viel zu wenig. Deshalb wollen wir den Zuschuss für die TASH erhöhen und weiter ausbauen.

Ein weiterer wichtiger Punkt für uns ist die Aufrechterhaltung der Bezuschussung für die **Schülerbeförderung**. In der Vergangenheit sind im ländlichen Bereich viele Schulen geschlossen worden. Die neuen Schulstrukturen haben zu Zusammenlegungen von Schulen geführt, und diese Tendenz wird vielleicht sogar noch eher zunehmen als abnehmen. Da ist es natürlich ungerecht, wenn die Bezuschussung für die Schülerbeförderung nun zusammengestrichen wird. Hier sollen wieder die Eltern im ländlichen Raum bluten. Ihre Kinder dürfen weite Wege fahren, und dafür werden die Eltern dann in Zukunft auch tief in die Tasche greifen müssen. Das ist keine Bildungsgerechtigkeit, sondern ein Bildungsabbau.

Wenn wir nun schon bei den benachteiligten Personen sind, dann kann ich natürlich nicht an der **Küstenschutzabgabe** vorbeigehen. Es darf keinen Rückzug aus dem solidarischen Küstenschutz geben, zumal die Küstenschutzabgabe definitiv finanzpolitisch nicht notwendig ist. Unsere Vorschläge zeigen genügend Möglichkeiten für alternative Finanzierungen ohne diese Abgabe auf.

(Beifall beim SSW)

Als Abbruchunternehmen präsentiert sich Schwarz-Gelb auch in der **Minderheitenpolitik**. Anstatt behutsam ein wichtiges und einzigartiges landespolitisches Feld aufzubauen, wird hier geradezu systematisch Raubbau betrieben. Besonders deutlich wird dies, wenn wir uns die friesische Minderheit ansehen. Einige wenige hauptamtliche Kräfte, die für das Friesische arbeiten, sind beim Nordfriisk Institut beschäftigt. Und immer noch - auch nach der Nachschiebeliste - soll das Institut besonders harte Einschnitte hinnehmen. Damit können wir nun erst recht nicht mehr die Anforderungen erfüllen, die zur Einhaltung der Verpflichtungen aus der Sprachencharta und der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten eingegangen worden sind. Wer sich minderheitenpolitisch mit Federn schmücken will, der muss auch in schweren Zeiten zumindest eine gewisse Grundförderung der jeweiligen Minderheit garantieren. Hier aber wird die

(Lars Harms)

Arbeit der Minderheiten regelrecht torpediert, und damit können wir uns endgültig vom sogenannten Modellfall deutsch-dänische Grenzregion verabschieden.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, eine andere Prioritätensetzung ist möglich. Und es ist möglich, Planungssicherheit, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt, vernünftige Wirtschaftsförderung, Umweltschutz und Schuldenabbau unter einen Hut zu bekommen. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen und Vertreter der Landesregierung, sagen immer, Ihr Kurs sei alternativlos. Ich sage Ihnen: Ihr Kurs ist nicht alternativlos, sondern perspektivlos. Und deshalb werden wir Ihrem Haushalt - nach 25 Jahren zum ersten Mal - nicht zustimmen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Rainer Wiegard.

**Rainer Wiegard, Finanzminister:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Im Mai haben wir die Landesverfassung geändert, haben die Schuldengrenze definiert und die Schuldenbremse bis 2020 festgelegt. Das war die Pflicht, und heute sind wir bei der Kür. Wir alle wussten, dass dies die schwierigere Herausforderung sein würde. Vom Allgemeinen ins Konkrete zu gehen, ist immer der schwierigere Weg. Deshalb geht es heute darum, etwas mehr aufs Eis zu bringen als nur ein paar leichte Pirouetten, da müssen schon ein paar dreifache Sprünge bestanden werden. Das fällt in diesem Haus - wie ich finde - sehr unterschiedlich aus.

Der Vorschlag, der heute zur Abstimmung steht, führt dazu, dass der **Fehlbetrag** in der Erfolgsrechnung des Landes bis 2012 halbiert wird, ausgehend von 2010 und etwa 1,7 Milliarden € - im Wesentlichen bedingt durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten drei Jahre -, aber ohne globale Minder Ausgaben und ohne globale Mehreinnahmen, wie wir das von den Vorgängerregierungen gekannt haben. Das ist der erste Schritt von fünf Schritten auf dem Weg zu 2020, um dann definitiv damit aufzu-

hören, laufende Ausgaben von Generationen bezahlen zu lassen, die heute noch nicht geboren sind.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Wir beenden damit das seit 40 Jahren in Deutschland - nicht nur hier in diesem Landtag, sondern in allen Landtagen und im Bundestag - praktizierte politische Ritual, in Zeiten schlechter Prognosen die These aufzustellen: „Jetzt dürfen wir den Staat nicht kaputt sparen, jetzt müssen wir fehlende Einnahmen durch Kreditaufnahme ersetzen“, und in Zeiten guter Prognosen zu der Erkenntnis zu kommen: „Jetzt müssen wir endlich wieder einmal einen ausgeben und das nachholen, was wir schon immer tun wollten“. Das hat in jedem Fall immer dazu geführt, dass die Schulden gestiegen sind.

Das bedeutet, dass wir 1970 1 Milliarde € **Schulden** in Schleswig-Holstein hatten und heute, 40 Jahre später, 27 Milliarden € Schulden haben. Da sind die Verpflichtungen aus Pensionen noch gar nicht mit eingerechnet. Es gab also einen Zuwachs von 26 Milliarden €. Präzise dieselbe Summe haben wir auch für **Zinsen** ausgegeben. Das heißt, wir haben nichts von diesen Schulden gehabt, außer dass sie immer noch da sind. Die Zinsen sind weg, und die Schulden müssen nach wie vor bedient werden. Deshalb muss es darum gehen, einen Weg aus diesem Dilemma herauszufinden.

Ich möchte dabei nur ernst zu nehmende Vorschläge aufgreifen. Herr Kollege Habeck, Sie haben bereits mehrfach die Visionen bemüht, die Sie vor Augen haben, wenn Sie das Problem des Landes in Zukunft angehen wollen. Ich würde gern wissen, wie die Vision der Grünen 1996 ausgesehen hat, als sie in die Regierung kamen und unmittelbar danach der Abstieg des Landes begann,

(Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lars Harms [SSW]: Weil sie nicht mehr an der Regierung waren!)

- Kollege Harms, nehmen Sie ruhig auch einmal Zahlen zur Kenntnis -, indem Schleswig-Holstein nach Jahrzehnten der besseren **wirtschaftlichen Entwicklung** in Deutschland von dieser wirtschaftlichen Entwicklung in allen anderen Ländern abgehängt wurde und regelmäßig in Schleswig-Holstein die Wachstumsentwicklung unterhalb der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland geblieben ist, indem sie den Ausbau der Infrastruktur verhindert haben, wo es Stillstand bei den Einnahmen gab.

Ich kann mich erinnern, als ich in den Landtag kam und die erste Haushaltsdebatte mitmachte, dass es -

**(Minister Rainer Wiegard)**

und das dann auch mehrere Jahre lang - hieß: „Wir haben ein **vorübergehendes Einnahmeproblem**.“ Ich empfehle Ihnen einmal einen sehr intensiven Blick auf die Seiten 14 und 15 des Finanzplans, aus denen deutlich wird, wie beides miteinander zusammenhängt, nämlich die Entwicklung der regelmäßigen eigenen Steuereinnahmen - die sich bei Ihnen über 10 Jahre überhaupt nicht verändert hat - und gleichzeitig die Abkoppelung von der wirtschaftlichen Entwicklung aller anderen Länder. Ich habe auch nicht sehr viele besonderen Aktivitäten entdecken können, die diese Einnahmeentwicklung zum Positiven veränderten.

Man muss, wenn man Visionen vor Augen hat, nicht unbedingt die Worte des Altkanzlers zugrunde legen, sondern einfach nur die Faktenentwicklung anschauen.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bismarck, oder wer?)

Die Zinsen, die heute 1 Milliarde € betragen, werden sich, wenn wir den Konsolidierungskurs so vornehmen, wie wir ihn jetzt beschrieben haben - ohne dass irgendjemand hier präzise sagen kann, wie das ganz konkret auf 100 Millionen € genau in den nächsten 10 Jahren ablaufen wird -, in einem Maße erhöhen, an das wir heute alle noch gar nicht denken mögen. Ich habe hier heute einige Beiträge vernommen, bei denen ich nur noch darauf gewartet habe, dass die Beschlussempfehlung vorgelegt wird, generell auf Zinszahlungen zu verzichten. Nur noch das hätte gefehlt. Wir müssen davon ausgehen, dass die **Zinslast** unseres Landes steigt, nämlich von heute 1 Milliarde € auf 1,7 Milliarden €, wenn wir den Konsolidierungskurs einhalten.

Das Gleiche gilt für das Vergangenheitsproblem „**Pensionsaufwendungen**“. Wenn die Zahl der Pensionäre von heute 28.000 in zehn Jahre auf 38.000 gestiegen ist, sind auch die Pensionsaufwendungen von heute 1 Milliarde € auf 1,5 Milliarden € gestiegen. Das heißt, um die Entwicklung dieser Haushalts- und Finanzpolitik konkret zu machen: 1990 haben wir für diese Lasten der Vergangenheit 25 % - ein Viertel unserer Steuereinnahmen - aufwenden müssen, heute ein gutes Drittel. In zehn Jahren werden es - und zwar nur dann, wenn wir den Konsolidierungskurs durchhalten - mehr als 40 % sein.

Deshalb ist es notwendig, diesen Weg zu gehen. Deshalb ist es notwendig, uns selbst am Schopf herauszuziehen und die Abkoppelung von der **wirtschaftlichen Entwicklung** in Deutschland wieder

rückgängig zu machen, das heißt strukturell aufzuholen und nicht nur konjunkturell.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb müssen wir die **Infrastruktur** ausbauen. Deshalb haben wir auch dafür gesorgt, dass wir bei den notwendigen Ausbaumaßnahmen in der Infrastruktur, im Straßenbau, bei der Schiene und auch bei der Breitbandversorgung in unserem Land - weil niemand hierher kommt, wenn er damit den Anschluss an die Welt verliert - aufholen, um strukturell wieder Anschluss zu finden.

Wir müssen die Aufgaben erledigen - das sind gewaltige Herausforderungen; das hat gerade die Diskussion der letzten Tage und Wochen wieder gezeigt -: die Stärkung von Bildung, Forschung und Entwicklung und auch den Zusammenhang der Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Aufgaben herstellen. Hier unternimmt diese Landesregierung ganz besondere Anstrengungen. Die Details sind genannt worden.

Dann kommen wir zu dem Punkt, der die meiste Zeit der Diskussion in Anspruch nimmt, nämlich wie wir den **Anstieg der Ausgaben begrenzen**. Da sage ich: Ein Blick in dieses Jahrzehnt zeigt, dass die konsumtiven Ausgaben in den ersten fünf Jahren dieses Jahrzehnts bei rückgängigen Einnahmen um mehr als 15 % - um über 900 Millionen € - gestiegen sind. In den letzten fünf Jahren - durch eine deutliche Drosselungen der **konsumtiven Ausgaben** -, sind sie um weniger als die Hälfte gestiegen. Genau diesen Kurs werden wir sehr konsequent fortsetzen. Wenn sich die Einnahmen regelmäßig um etwa 2,5 bis 3 % erhöhen, dürfen wir die konsumtiven Ausgaben nur noch um etwa die Hälfte dieses Anstiegs erhöhen, sonst erreichen wir unser Ziel nicht.

In der Tat brauchen wir eine Verstetigung und sogar - ich habe das in der ersten Lesung des Haushalts auch deutlich gemacht - eine deutliche strukturelle Verbesserung der Einnahmesituation.

Wir können lange über die **Steuerpolitik** reden. Dass wir in den zehn Jahren von 1996 bis 2005 bei den eigenen Steuereinnahmen des Landes keinen Zuwachs hatten, ist schon bemerkenswert. Weil ich heute so kraftvolle Aufforderungen höre, was man alles unternehmen soll, um zum Beispiel bei der Mehrwertsteuer oder bei anderen Dingen zu Fortschritten zu kommen, habe ich versucht herauszufinden, was in der Zeit, als Sie regiert haben, bei den Themen Mehrwertsteuer und ermäßigter Mehrwertsteuersatz an Aktivitäten entfaltet worden ist. Das ist eine ganz lange Liste.

**(Minister Rainer Wiegard)**

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zurück in die Zukunft!)

- Ne, ne, Herr Habeck, jedes Mal, wenn Sie kommen, sprechen Sie nur von den Visionen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Günther Hildebrand [FDP]: Nun hört doch mal zu, wartet doch mal ab! - Weitere Zurufe)

- Nein, nein, Herr Habeck, die Auswirkungen haben wir zum Teil heute noch.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben bis 2005 regiert. Ich will Ihnen nur einmal die gewaltigen, kraftvollen steuerpolitischen Aktivitäten vorhalten, die Sie da entfaltet haben.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Bei der **Umsatzsteuer** haben Sie klargestellt, dass Porree wie Lauch zu behandeln ist. Das war eine kraftvolle steuerpolitische Aktivität. Dann haben Sie klargestellt, dass getrocknete Hülsenfrüchte in getrocknete Hülsenfrüchte umbenannt werden müssen, dass Pulver, Granulat und Pellets dazu zählen.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie sagen? Wo ist der Punkt?)

Ich habe an steuerpolitischen Aktivitäten in der Zeit, in der Sie regiert haben, im Hinblick auf steigende Einnahmen überhaupt nichts - -

(Zuruf der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Lassen Sie mich das zu Ende führen. Sie haben Ihre Vision vorhin vorgetragen. Ich möchte jetzt keine Zwischenrufe kommentieren.

Umso mehr freut es mich, wenn ich heute höre, dass bei Ihnen offensichtlich inzwischen die Bereitschaft vorhanden ist, über wirkliche strukturelle Änderungen in einigen Bereichen der Steuerpolitik, beispielsweise beim ermäßigten Mehrwertsteuersatz, nachzudenken und die mit uns zu diskutieren. Das war bisher so nur ganz allgemein, aber nicht konkret möglich, weil Sie auch in den Anträgen, die uns vorliegen, immer noch davon reden, dass Sie zwar eine Vermögensteuer für Reiche einführen wollen. Aber dieselben Reichen wollen Sie dadurch begünstigen, dass sie wie bisher noch steuerbegünstigt Brot, Butter, Milch und Kartoffeln kaufen können.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Trockenfrüchte! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Trüffel!)

Das leuchtet mir eben nicht ein. Deshalb sind wir gern bereit, mit Ihnen über wirkliche strukturelle Verbesserungen, die unsere Einnahmesituation auch voranbringen, zu reden.

Das Gleiche gilt für die Frage der **Grunderwerbsteuer**. Sie haben uns hier wieder vorgehalten, wir hätten über lange Zeit Ihre Anträge abgelehnt, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen. - Nein, da muss ich Ihnen eindeutig widersprechen. Wir haben hier immer nur abgelehnt - Sie können das alles nachlesen -, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen und gleichzeitig wieder auszugeben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben Ihnen immer deutlich gemacht, dass wir bereit sind, die Steuern anzuheben, wenn damit ausdrücklich - -

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steuern sind nicht zweckgebunden, meine Güte!)

- Wir haben Ihnen gezeigt, dass man sie an einen Zweck binden kann, indem man sie gleich wieder in die Senkung der Neuverschuldung steckt. Und deshalb bleiben wir auch dabei.

Es ist für uns die Herausforderung, in diesen vier Punkten, die ich eben genannt habe, voranzukommen, auf dem Pfad, bis 2020 ohne Neuverschuldung auszukommen, voranzukommen und dies zu erreichen, indem wir unsere Stärken ausbauen, Infrastruktur fördern, Forschung, Entwicklung und Hochschulen und - als Schwerpunkt - insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und parallel dazu den Ausgabenanstieg zu begrenzen und unsere Einnahmen zu stabilisieren. Das sind die Maßnahmen, die wir auf diesem Wege durchführen müssen.

Wir haben alle miteinander in diesem Jahr bei der Aufstellung der Finanz- und Haushaltsplanung neue Wege gehen und neue Wege kennenlernen müssen. Es gab hierfür bisher noch kein Beispiel, an dem man sich hätte orientieren können. Häufig haben wir in Schleswig-Holstein, Herr Stegner, das Beispiel für andere Länder gegeben.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])



**(Minister Rainer Wiegard)**

- Sie sind offensichtlich nicht ganz im Bilde. Deshalb sind andere Länder hier, um sich anzusehen, wie wir das gemacht haben.

Das gilt für das Parlament, für die Regierung und natürlich auch für die Verwaltung. Deshalb möchte ich, ich denke, in Ihrer aller Namen - meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere der Abteilungsleiterin, Frau Reese-Cloosters - wo ist sie denn; im Augenblick wohl draußen -,

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie ist schon gegangen!)

meinen herzlichen Dank sagen für die geleistete Arbeit. Wie gesagt, wir haben alle neue Wege gehen müssen. Das ist natürlich immer eine besondere Herausforderung. Wir haben mehr als 1.000 schriftliche Fragen aus den Fraktionen beantwortet, zusätzlich zu dem, was wir in vielen Gesprächen mündlich geleistet haben. Ich denke, das war eine ordentliche Arbeit.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Dafür, dass nicht alles dabei glattläuft, bitte ich Sie um Verständnis. Ich habe gemerkt, dass das vorhanden ist.

Das gilt natürlich auch für die beteiligten Häuser. Ich glaube, wir haben hier eine wirklich große Herausforderung gemeistert. Ich möchte mich bei den Fraktionen bedanken, zunächst natürlich besonders bei meiner Fraktion. Ich habe es euch nicht leicht gemacht, aber ihr mir auch nicht. Jetzt ist bald Weihnachten, dann können wir manches wieder glattziehen, nicht wahr, Werner? Das gilt natürlich auch für die FDP-Fraktion, bei der ich mich herzlich für die immer gute, offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanke. Das gilt vor allen Dingen auch - ich will es sehr deutlich sagen - für Teile der Opposition. Erstens deshalb, weil aus einzelnen Anträgen und der Diskussion heraus sehr wohl deutlich wird, dass es in weiten Teilen die Bereitschaft gibt, das Ziel anzuerkennen, und das wir - wie immer - auf der Suche nach dem richtigen Weg sind. Der kann manchmal unterschiedlich verlaufen und führt trotzdem noch zum richtigen Ziel.

Ich habe bei einer Vielzahl von Vorschlägen und Anregungen durchaus gesehen, dass es Übereinstimmungen gibt. Dafür bedanke ich mich sehr.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich auch dafür, dass man aus sehr unterschiedlichen Einzelanträgen den Dissens erkennt. Es ist über diese Debatte hinaus notwendig,

durch die Unterschiedlichkeit von Positionen für die Öffentlichkeit sehr gut sichtbar zu machen, wo die einen und wo die anderen stehen, wobei es uns dieses Mal weitgehend erspart geblieben ist, persönliche Angriffe ertragen zu müssen. Damit bietet man ein Forum der Entscheidung an, und man kann einiges klarstellen.

Lieber Robert Habeck, da ich beim Danken bin, bedanke ich mich sehr herzlich dafür, dass Sie das, was wir persönlich miteinander besprochen hatten, hier noch einmal öffentlich wiederholt haben. Herzlichen Dank. Ich glaube, dass das eine gute Basis für die weitere Zusammenarbeit ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, diesen Haushalt, und ohne diesen ersten Schritt würde Schleswig-Holstein in eine schwierige Lage kommen - nicht nur aufgrund der aktuellen finanzpolitischen Situation, sondern insbesondere im Hinblick auf das, was bis zum Jahr 2020 auf uns zu kommt. Ich habe mehrfach dargestellt, wie die **finanzielle Entwicklung des Haushalts** verlaufen würde, wenn wir jetzt nicht angreifen, wenn wir jetzt nicht die **Ausgaben** begrenzen, wenn wir jetzt nicht die **Einnahmen** stabilisieren, wenn wir jetzt nicht das tun, was nötig ist.

Ohne diesen Haushalt gäbe es auch keine Erhöhung der Landesförderung für die Kinderbetreuung, es gäbe keine vorgezogenen Investitionshilfen für die Kommunen, es gäbe keine zusätzlichen Mittel für Studienplätze, es gäbe keinen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Breitbandverkabelung, und es gäbe auch keine leistungsgerechte Bezahlung unserer Polizeibeamten. Deshalb ist es gut, dass wir diesen Haushalt heute beschließen. Schleswig-Holstein ist auf dem Weg. Wir verschieben heutige Lasten künftig nicht mehr auf Generationen, die heute noch gar nicht geboren sind. Wir geben der Zukunft eine Chance.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich weitere Gäste von der Volkshochschule Wankendorf, der Grünen Jugend Flensburg sowie der Initiative Spreedelee, Kiel. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe jetzt die Dreiminutenbeiträge auf. Das Wort hat Herr Abgeordneter Werner Kalinka.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stehen am Ende der Diskussion und eines langen Weges; konkret seit dem 25. Mai. Es ist mir wichtig festzuhalten, dass er durch Vorschläge, die seinerzeit unter der Mitwirkung von Abgeordneten gemacht wurden, beim Medizinstandort der Universität Lübeck verändert worden ist, dass die Vorbedingung nicht mehr die Privatisierung ist und dass wir in den letzten Tagen auch beim Thema Studienplätze eine richtige Entscheidung getroffen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

In der Frage der Kitas hat es Veränderungen gegeben, über die man diskutieren kann. Mit den 10 und 14 Millionen € hat es aber sehr positive Entwicklungen gegeben. Bei der Schülerbeförderung sollten die verpflichtenden Auflagen zunächst einmal höher sein, als sie es jetzt sind. Zum Stichwort der Beförderung im öffentlichen Dienst will ich sagen: Wir haben beschlossen, dass es unten mehr sein sollen. Zum Thema Altersteilzeit und dem Regelarbeitszeitalter von 62 sage ich: Ab dem Alter von 57 Jahren muss kein Polizeibeamter mehr in den Nachtdienst oder in den Schichtdienst gehen.

All dies gehört zu der Diskussion dazu. Es hat auch beim Thema Grunderwerbsteuer aus der **Landtagsfraktion** Beiträge gegeben, die die Entwicklung mitbestimmen haben. Dies alles ist zusammen mit den **Beschlüssen** zur JVA, zum Küstenschutz und zum Blindengeld, die alle anders in das Parlament gekommen sind, als sie aus dem Parlament herausgekommen sind, zu sehen. Es ist mir wichtig, Ihnen dies in der Gesamtdiskussion vorzutragen.

Das ist keine Mogelpackung. Das ist ein **Ringens um Entscheidungen**. Dieses Ringens um Entscheidungen hat es tatsächlich gegeben. Ich finde, dass man dieses Ringens ernst nehmen muss und dass man auch bereit sein muss, **Ergebnisse** zu akzeptieren, wenn man sie als tragbar ansieht. Am Ende kann das jeder nur selbst entscheiden. Ich will jetzt nicht für neue Aufregung sorgen. Ich halte mich an beschlossene Entscheidungen. Das sage ich, damit kein Zweifel aufkommt. Am Ende muss man sich entscheiden, ob man die Grundpunkte des Weges einer Schuldenbremse und der Stabilität eines Landes in positiver Form begleitet.

Es ist mir ganz wichtig, Ihnen dies vorzutragen. Es ist wichtig, dass man sich über diese Dinge tiefe Gedanken gemacht hat und diese abgewogen hat. Herr Kollege Habeck, Sie haben gesagt, das ganze **Staatsgefüge** sei im Dutt, wenn der Haushalt nicht

verabschiedet würde. Das ganze Staatsgefüge in den Dutt zu hauen, wäre nie meine Absicht gewesen, das will ich hier in aller Offenheit sagen.

Da ich nur einen Dreiminutenbeitrag habe, muss ich einiges verkürzen.

(Zurufe)

- Nein, keinesfalls. In diesen Diskussionen hat es manche Irrungen und Wirrungen gegeben. In einem Beitrag wurde ich als Eigenbrötler bezeichnet. Ich habe bei „Wikipedia“ nachgeschaut. Aus welchen CDU-Kreisen dieses Stichwort gekommen ist, kann ich natürlich nicht feststellen. Ich bitte darum, dass keiner dies auf sich persönlich bezieht. Bei Eigenbrötlern heißt es: In der frühen Neuzeit, das heißt im 16. und 17. Jahrhundert, findet sich in Süddeutschland der Eigenbrötler als Bewohner eines Hospitals. Damals war dies eher ein Alten- und Pflegeheim als ein Krankenhaus. Der Eigenbrötler aß sein eigenes Brot, er war dort auf eigene Kosten untergebracht. Er hatte in der Regel die bessere Unterkunft, oft eigene Möbel und eigene Verpflegung. Er hielt sich von den anderen Insassen, die meist auf Almosen angewiesen waren, fern. Dies sage ich zu manchen Stichworten aus diesen Debatten; wie qualifiziert auch immer sie waren.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas Nachdenkliches hinzufügen. Erstens. Die Diskussionen der letzten Wochen und des gesamten Jahres 2010 haben ganz sicher über den Tag hinaus gehende Folgerungen. **Entscheidungspakete** müssen inhaltlich zueinander passen. Deshalb war es wichtig, einige **Korrekturen** zu machen. Das gilt auch für die Vision darüber, mit welchen Inhalten wir auf das Jahr 2020 zugehen wollen.

Zweitens. Es geht nicht ohne **Opfer**. Opfer müssen aber breit und gerecht verteilt sein.

Drittens. Hören Sie genau zu, was ich sage: Es geht nicht ohne echten **Dialog**. Die Bereitschaft zur Veränderung hängt auch davon ab, wie Menschen mitgenommen werden. Hier hat es ganz sicherlich Kommunikationsdefizite gegeben.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viertens. Bei der Mitnahme der Abgeordneten und der Menschen ist auch die **Achtung der Rechte der Abgeordneten** wichtig. Es muss gezeigt werden, dass wir in einer parlamentarischen Demokratie in Fragen des Haushalts als Grundsatz die Oberrechte des Parlaments haben.

(Werner Kalinka)

Die „taz“ hat in der CDU offensichtlich neue Freunde. So will auch ich ein Zitat beisteuern. Unter dem Stichwort „Ein seltsames Jahr endet“ heißt es heute:

„Ein Stück mehr Macht hat sich das Parlament erst durch die langen Debatten in den Fraktionen zurückerobert - aber nur ein ganz kleines.“

Warten wir einmal ab, aber immerhin, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn dies zur Bilanz 2010 gehört, dann hat sich jede Stunde gelohnt; dann haben sich auch die nicht wenigen schweren Stunden gelohnt.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Meine Damen und Herren, der Kollege Kalinka hat seine Redezeit überschritten, wie Sie gemerkt haben. Bei den nächsten Dreiminutenbeiträgen werde ich mit den Rednern genauso umgehen. Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Andreas Beran das Wort.

**Andreas Beran [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf die **JVA Flensburg** eingehen. Mir liegt die Resolution zur Schließung der JVA vor. Vorhin wurde darüber gesprochen, dass das Thema damit erledigt sei. Das ist wohl ein Irrtum; denn der Finanzausschuss soll sich in einer Sitzung mit dieser Thematik auseinandersetzen. Dort soll im Jahr 2012 die Frage geklärt werden, ob die JVA geschlossen wird.

Ich kritisiere, dass sich nur der Finanzausschuss damit befassen soll. Der zuständige **Fachausschuss** - der Innen- und Rechtsausschuss - setzt sich nicht mit dieser Frage auseinander. Es ist nicht allein ein finanzpolitisches Problem. Es ist auch ein inhaltliches Problem. Fragen zu Resozialisierung, Arbeitsangeboten, Besuchsmöglichkeiten und zur Zukunft des Amtsgerichtsbezirks sind Dinge, die nicht allein im Finanzausschuss beraten werden müssen.

Auch das Thema betriebswirtschaftliches Gutachten oder Kosten-Leistungs-Rechnung haben wir zumindest im Innen- und Rechtsausschuss verfolgt. Es macht deutlich, dass die betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise nicht ohne Weiteres von allen hingenommen werden kann. Die richtige Grundlage wäre eine **Kosten-Leistungs-Rechnung**. Sie

kommt in diesem Jahr auf eine Einsparung in Höhe von circa 200.000 €. Deswegen lohnt es sich schon, sich nicht nur mit der Betriebswirtschaft auseinanderzusetzen, sondern sich die Kosten-Leistungs-Rechnung anzuschauen und zu überlegen, was das für die Strukturen und die Fachinhalte bedeutet.

Wenn es nur um Finanzfakten gehen soll, kann man natürlich auch hier und heute entscheiden. Aber wir wollten uns doch noch einmal in Ruhe die Fachlichkeiten anschauen. Ich finde es gut, wenn dies auch im Innen- und Rechtsausschuss passiert. Ich fände es gut, wenn sich anschließend noch einmal der Landtag mit dieser Thematik auseinandersetzen würde.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich Frau Kollegin Kirstin Funke.

**Kirstin Funke [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den heute Morgen angesprochenen Bereichen der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen möchte ich noch Folgendes zur zukünftigen Frauenpolitik und insbesondere zum Landesfrauenrat anmerken: Es ist mir wichtig, dass der **Landesfrauenrat** als Sprachrohr der unterschiedlichsten Frauenfachverbände des Landes in seiner Personalstruktur erhalten bleibt, um weiterhin seine vernetzende Tätigkeit ausüben und den Kontakt zur Politik halten zu können. In Zeiten knapper Haushaltskassen ist diese Tätigkeit wichtiger denn je, und zwar nicht nur für die Verbände selbst, die vom Land finanziell unterstützt werden, sondern auch für diejenigen, die ohne staatliche Hilfe auskommen und sich selbst organisieren. Die Tätigkeit ist wichtig, um auch zukünftig Wege aufzugreifen, um sich untereinander und gegenseitig zu stützen.

Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich beim Gleichstellungsminister dafür bedanken, dass er von einer drastischen Kürzung abgesehen hat und dem Landesfrauenrat durch die Nachschiebeliste die Möglichkeit gibt, seine Strukturen in vollem Umfang aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der FDP)

Umso erstaunlicher finde ich es, dass die SPD-Fraktion des Schleswig-Holsteinischen Landtags in ihren Änderungsanträgen zum Haushalt bei dem ursprünglichen Antrag des Haushaltsentwurfs bleibt -

(Kirstin Funke)

nämlich den Landesfrauenrat 2012 auf 0 € zu kürzen -, ohne eine Begründung dafür zu liefern.

Es ist sehr erfreulich zu sehen, dass alle Fraktionen dem Vorschlag des Ministers folgen und die Finanzierung der **Frauenberatungsstellen** in das **FAG** überstellen. Ich erinnere mich noch sehr gut an so manche Diskussion mit Vertretern der Opposition, die dies nicht für den richtigen Weg gehalten haben, weil auch die Kommunen kein Geld haben. Ich frage Sie aber: Wenn die Kommunen ihre Leistungen zurückfahren, wo bleiben dann die Beratungsstellen? - Sie haben für alle sichtbar eingesehen, dass dies der richtige Weg ist, um die Strukturen der ambulanten Beratung nachhaltig zu sichern.

Es ist für alle Beteiligten - ob Betroffene oder Abgeordnete - ein schwieriger Weg. Das ist uns allen bewusst. Damit sich unsere Gesellschaft aber auch in Zukunft daran messen lassen kann, wie sie mit ihren Bürgern, vor allem mit den Schwächsten, umgeht, ohne dass von einem kalten Sozialstaat gesprochen werden muss, müssen wir heute Entscheidungen treffen. Dies ist erforderlich, damit in naher Zukunft weiterhin über die gesetzlich verpflichteten Zahlungen hinaus soziales Engagement und Unterstützung des Landes möglich sind.

Deshalb denke ich bei der Verabschiedung des Haushalts heute ganz besonders an diejenigen, die es finanziell gesehen schwerer haben werden. Wir wissen, wenn heute keine Strukturentscheidungen gefällt werden, wird es für unser Land in naher Zukunft keinen finanziellen und politischen Handlungsspielraum geben. Die **Einschnitte** tun weh. Sie sind meiner Meinung nach aber notwendig, um die gesamte Struktur und die Qualität der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen im Land zu sichern. Deswegen unterstütze ich das Konzept des Gleichstellungsministers. Auch wenn ich mir an der einen oder anderen Stelle des Haushalts andere Zahlen gewünscht hätte, muss ich mit der Entscheidung leben, dass dies nicht in der Form möglich ist. Die finanziellen Möglichkeiten geben es nicht her. Auch das gehört zu der Demokratie unseres Landes. Diese stelle ich nicht infrage.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Torsten Geerds:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich Frau Kollegin Serpil Midyatli das Wort.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Funke, keine Angst: Meine Kollegin Siegrid Tenor-Alschausky wird gleich kommentieren, was Sie gerade gesagt haben.

Ich möchte gern auf einiges eingehen, was uns der Ministerpräsident vorhin in seinem Redebeitrag sagte. Er hat von guten Lösungen gesprochen, die einvernehmlich vonstatten gegangen seien. An den Stellen, an denen Sie Kürzungen vorgenommen haben, haben Sie von Einzelinteressen gesprochen. Für den **Kinder- und Jugendbereich** ist das mitnichten so. Es sind keine guten Lösungen gefunden worden. Es lag kein Einvernehmen vor.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die **Einsparvorschläge des Landesjugendrings** fast alle übergangen.

Viele waren bereit, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Sie wurden nicht berücksichtigt. Das finde ich sehr traurig. Um Ihnen noch einmal zu zeigen, dass es nicht um Einzelinteressen geht, lassen Sie mich sagen: Das Kinder- und Jugendtelefon verzeichnet 40.000 Anrufe pro Jahr. Im Landesjugendring sind 500.000 Jugendliche organisiert. Das sind keine Einzelinteressen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie müssen jetzt nicht darauf antworten, weil es eine Periode zurückgeht. Wir haben in der Großen Koalition bereits eine zehnpromtente Kürzung in diesem Bereich vorgenommen. Wir haben gesagt, dass **strukturelle Veränderungen** vorgenommen werden müssen. Dies haben die Jugendverbände getan. Sie sind kreativ, selbstbewusst und sehr eigenverantwortlich. Sie setzen bereits das um, was wir in unseren Verwaltungen immer noch nicht geschafft haben.

Sie haben sich strukturell aufgestellt und fordern **Drittmittel** im gesamten Bereich ein. Diese Drittmittel können sie aber nur dann einfordern, wenn sie selbst eigene Mittel mitbringen. Das wissen Sie ganz genau. Es ist egal, wo das ist. Sie brauchen diese Landesmittel also, um Drittmittel einwerben zu können. Ich nenne ein ganz kleines Beispiel. Der Bund der Pfadfinder wirbt mit Eigenmitteln in Höhe von 6.000 € Drittmittel in Höhe von 105.000 € ein, um Betreuung in Ganztagschulen zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Dies muss gewürdigt werden.

**(Serpil Midyatli)**

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht sein, dass wir sagen: Kürzt noch einmal bei euren Strukturen und schaut, wo noch etwas zu holen ist.

Der Kinderschutzbund ist ebenfalls von **Kürzungen** betroffen. Die frühen Hilfen sind von Kürzungen betroffen. Ich finde es richtig, dass die Belastung der Kinder und Jugendlichen von morgen berücksichtigt wird. Wir können aber doch keine Kürzung auf dem Rücken der Kinder und Jugendlichen von heute vornehmen. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich Frau Kollegin Birte Pauls.

**Birte Pauls [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute Morgen musste ich hören, es sei eine Sternstunde des Parlaments. Ich finde eher, es ist der Stoff für eine apokalyptische Mondfinsternis. Es wird dunkel in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Es gibt keine Minderheitenveranstaltung, in der folgender Satz nicht mindestens einmal fällt: Vom Gegeneinander über das Miteinander zum Füreinander. - Dieser sympathische Ausdruck spiegelt meines Erachtens auf sehr deutliche Art und Weise wider, wie sich die **Minderheitenpolitik** in Schleswig-Holstein entwickelt hat.

Die Nennung der Zahlen erspare ich Ihnen; denn es geht um viel mehr als um nackte Zahlen. Die Minderheitenpolitik war jahrelang Aushängeschild für Schleswig-Holstein. Um es mit den Worten der Expertenkommission des Europäischen Rates zur Umsetzung der Sprachencharta im Sommer dieses Jahres zu sagen: Es war eigentlich immer sehr entspannend, nach Schleswig-Holstein zu kommen, weil wir wussten, dass es hier läuft und dass es gut gemacht wird. Wenn die Pläne der Regierung umgesetzt werden, müssen wir ein waches Auge haben.

Führende dänische Politiker sind mehr als erstaunt angesichts des von Ihnen neu eingeschlagenen Weges der **Zusammenarbeit** in Sachen Minderheiten. Sie sehen außerdem die konstruktive Zusammenarbeit in anderen Bereichen mehr als erschwert an.

Sie machen uns damit einmal mehr zum Entwicklungsland von **Dänemark**, das auch an dieser Stelle den Löwenanteil für Minderheiten nördlich und südlich einer eigentlich nicht mehr vorhandenen Grenze zahlt. Ich finde das peinlich.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Auch die lokalen CDU-geführten Gemeinden und Kreise haben sich in Resolutionen und Schreiben gegen diese Form der Diskriminierung gewandt und sich ganz klar zu den Minderheiten in ihren Bereichen bekannt. Alle neuen Argumente und Erkenntnisse - unabhängig davon, von wem sie vorgebracht werden - prallen an Ihnen ab wie Fett in einer Teflonpfanne. Stattdessen werden politische Taschenspielertricks angewandt nach dem Motto: Berlin hilft uns schon, und wir wissen irgendwie nicht weiter. - Sie sehen tatenlos zu, dass der Versuch gestartet wird, Minderheiten gegeneinander auszuspielen. Das ist verantwortungslos.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Sie setzen auf verantwortungslose Weise nicht nur das gesamte soziale Gefüge in Schleswig-Holstein aufs Spiel, sondern auch eine Minderheitenpolitik, die in Europa bislang Vorbildcharakter hatte. Eine jahrzehntelang gewachsene Minderheitenpolitik, erschwert von Vorurteilen und Unkenntnis, hat unser Land - jedenfalls den nördlichen Teil - geprägt. Die **Minderheiten** sind fester Bestandteil und bereichernder Bestandteil unserer Gesellschaft. Wir leben und lernen miteinander und voneinander. Sie fungieren als **Brückenbauer** und haben auf diesem Gebiet viele Wege geebnet, die die Politik anschließend nur allzu gern gegangen ist. Vielleicht ist das südlich des Kanals egal. Uns im nördlichen Teil des Landes ist das aber sehr wichtig.

Mit Erstaunen muss ich zur Kenntnis nehmen, dass die CDU- und die FDP-Kolleginnen und -Kollegen das zwar bislang auch immer so gesehen haben, sich aber durch irgendeinen Sinneswandel davon abgebracht haben. Auf Ihre nächste Sonntagsrede in Sachen Minderheiten bin ich deshalb mehr als gespannt.

Kennen Sie das Gefühl des Fremdschämens?

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Oh ja!  
Das kennen wir sehr gut!)

Mir geht es gerade so. Mir ist es peinlich, was Sie mit den Minderheiten veranstalten.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Mir ist das peinlich, weil **Minderheitenpolitik** immer **fraktionsübergreifende Angelegenheit** war

(Birte Pauls)

und Sie jetzt diesen traditionellen Weg verlassen haben. Minderheiten brauchen genauso wie alle anderen Institutionen Planungssicherheit. Wir werden entsprechende Konzepte zusammen mit den Minderheiten erarbeiten. Hier wird leichtfüßig und wenig durchdacht sehr viel Gutes aufs Spiel gesetzt.

Das historisch Gewachsene vom Gegeneinander in ein Miteinander zu einem Füreinander wird von Ihnen in die 70er-Jahre zurückkatapultiert und - wenn überhaupt - auf ein Miteinander reduziert. Das, was Sie hier heute beschließen wollen, ist ein deutliches Agieren gegen die Minderheit. So sieht aber Ihre Politik aus. Sie ist nicht zukunftsgerichtet, sondern rückwärtsgerichtet. Fehler werden durch ständiges Wiederholen auch nicht besser.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das stimmt!)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort erteile ich Herrn Kollegen Heinz-Werner Jezewski.

**Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:**

Vielen Dank, Herr Präsident! - Kolleginnen und Kollegen! Das Prinzip, die Einnahmen zu senken und dabei die Ausgaben zu erhöhen, führt zu unbeherrschbarer Verschuldung. Herr Koch, dazu muss man nicht Keynes studiert haben, nicht einmal Adam Smith oder jemanden, der wirklich Ahnung von der Materie hatte, nämlich Karl Marx.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Herr Arp, Karl Marx war nicht nur Philosoph, sondern auch Wirtschaftswissenschaftler. Sie sollten einmal ein paar Sätze von ihm lesen. Lesen hilft meistens.

(Zuruf von der FDP: Haben wir! - Glocke des Präsidenten)

Wer aus diesem Hause entfernt sich eigentlich von der Realität? Ist es derjenige, der den Kürzungen beim Blindengeld und bei den Frauenberatungsstellen noch eine ethische Motivation und moralische Ansprüche bescheinigen will? Ist es derjenige, der 60 Millionen € - der Wirtschaftsminister könnte uns sagen, was das jedes Jahr an Zinsen für unsere Kinder und Kindeskinde bedeutet - über Kredit finanziert in eine unsinnige Hinterlandanbindung für eine ebenso unsinnige Fehmarnbelt-Querung pumpen will? Entfernt sich derjenige von der **Realität**, der

darauf hinweist, dass unsere **Einnahmen** nicht ausreichen?

Ich bringe einmal ein ganz einfaches Beispiel. Zu Zeiten Helmut Kohls - dieser war nun wahrlich nicht als Teil der Vorfeldtruppe der LINKEN verschrien - hat jemand, der über ein zu versteuerndes **Einkommen** von 1 Million € verfügte, 120.000 € mehr **Steuern** zahlen müssen, als er heute zahlen müsste. Will mir jetzt noch irgendjemand erzählen, unsere Einnahmesituation sei in Ordnung? Ich könnte noch viel mehr Beispiele bringen. Ich könnte Beispiele zur Erbschaftsteuer, zur Vermögensteuer und zur Unternehmensteuer bringen. Das kann ich mir aber auch sparen.

Ich habe früher immer gedacht, dass es ein zu versteuerndes Einkommen von 1 Million € gar nicht gibt. Seitdem ich aber weiß, was Vorstände bei der HSH Nordbank, also bei unserer Bank verdienen, glaube ich doch, dass es das gibt.

Herr Ministerpräsident, ich möchte nicht, dass Sie wegen uns schlecht schlafen und dass Sie sich Sorgen machen, dass wir uns gar nicht über die schönen neuen Jobs freuen können. Lassen Sie uns doch einen Deal machen. Auch DIE LINKE freut sich über neue Jobs, über **Jobs**, von denen Menschen, die zur Arbeit gehen, leben können, über armutsfeste Jobs. Wir freuen uns aber nicht über Jobs, bei denen wir Unternehmen Subventionen geben und bei denen Unternehmen billige Arbeitsplätze einstellen. Aus den Steuergeldern, die die kleinen Leute bezahlen, subventionieren wir dann diese billigen Arbeitsplätze, damit diese Menschen überhaupt von ihrer Arbeit leben können.

Ich frage mich, wie man sehenden Auges und ohne sich zu schämen damit einverstanden sein kann, dass jemand für 6,50 € in der Stunde arbeitet und nicht einmal sich selbst, geschweige denn eine Familie davon ernähren kann. Das ist einfach nur peinlich. Wer sich über solche Jobs freut, dem unterstelle ich anderes als die Sorge um die Bevölkerung in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Alles in allem verfahren Sie offensichtlich nach der Strategie: Nach uns die Sintflut. Wir werden sowieso nicht wieder gewählt. Wir werden im sozialen Bereich, im Kulturbereich und bei den Minderheiten verbrannte Landschaften hinterlassen. Andere sollen dann sehen, wie sie damit fertig werden. Wenn wir nicht mehr da sind, sollen wenigstens andere sich nicht noch Lorbeeren verdienen können und die Arbeit so einfach haben.

(Heinz-Werner Jezewski)

Die Wählerinnen und Wähler werden Ihnen schnell eine Antwort darauf geben, was sie von diesem Prinzip halten. In diesem Sinne freuen wir uns auf die morgige Debatte. Wir wünschen uns, dass wir endlich wieder eine Landesregierung bekommen, der die Interessen der Menschen in diesem Land am Herzen liegen.

(Beifall bei der LINKEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Und einen Landtag ohne euch!)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort erteile ich dem Herrn Kollegen Wolfgang Baasch.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will versuchen, mit zwei Appellen eine Änderung des Abstimmungsverhaltens in diesem Hohen Hause zu erreichen. Dies betrifft zum einen das Landesblindengeld und zum anderen das Änderungsgesetz der Fraktionen der CDU und FDP zum Haushalt, mit dem das Gesetz zur Ausführung des XII. Buches Sozialgesetzbuch - kurz: Eingliederungshilfe - verändert wird.

Beim **Landesblindengeld** lautet mein Appell: Gehen Sie ab von Ihrer Kürzung. Der **Nachteilsausgleich** für Menschen, die blind oder schwer sehbehindert sind, ist notwendig. Das ist auch keine Kürzung, die moralisch vertretbar ist. Wir wissen alle, welche Menschen davon betroffen sind. Wir wissen auch alle, dass es falsch ist, die Gewährung des Blindengeldes auf eine einkommensabhängige Finanzierung umzustellen.

Als Zeugen für unsere Argumentation will ich den jetzigen Sozialminister bemühen. Wir haben schon öfter einmal über das Landesblindengeld gesprochen. Am 16. Juni 2005 hatte der Abgeordnete Garg erklärt, es könne nicht sein, dass das Landesblindengeld zur Haushaltskonsolidierung gekürzt werde.

Er hat hinzugefügt: „Ich begrüße, dass die Landesregierung das Landesblindengeld als einkommens- und vermögensunabhängiges Landesblindengeld erhalten will.“ Ich sage Ihnen: Genau das ist der richtige Ansatz gewesen, den Menschen tatsächlich auch eine feste Grundlage zu geben, auf der sie diesen Nachteilsausgleich erhalten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch den Antrag, den Sie gestellt haben, wollen Sie das **Landesblindengeld** abschaffen und in eine **Versicherungsleistung der Pflegeversicherung** verlagern.

Das ist eine Stigmatisierung. Menschen, die behindert sind, die blind sind, sind nicht automatisch Pflegefälle. Das kann doch nicht der richtige Weg sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Also, ich appelliere an Sie: Lassen Sie ab von Ihrem Vorhaben beim Landesblindengeld!

Der zweite Punkt, den ich kurz ansprechen will, betrifft die Frage der **Eingliederungshilfe**. Sie haben uns mit einem Änderungsantrag der Fraktionen ein 16 Paragraphen umfassendes Änderungsgesetz untergeschoben, will ich mal sagen. Wir haben es gelesen. Wir haben sogar versucht, im Sozialausschuss noch eine Diskussion darüber zu bekommen. Aber es war nicht möglich. Ich finde, wenn Sie ein Gesetz von dieser Tragweite machen, wo es um 670 Millionen €, den größten Einzelposten, den es im Landeshaushalt gibt, geht, dann braucht man doch dafür eine anständige **parlamentarische Beratung**. Sie haben ja nicht einmal die betroffenen Verbände und Vereine eingebunden, nicht mal die. Wir haben Post von der Diakonie, vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, vom Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung bekommen, die überhaupt nicht an solch einem Gesetz beteiligt worden sind. Sie ziehen das einfach so durch. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Ich appelliere an Sie: Ziehen Sie dies wieder zurück, gehen Sie in ein anständiges Verfahren!

Der Kollege Kalinka - jetzt ist er leider nicht mehr hier -

(Werner Kalinka [CDU]: Hier!)

- doch, da - hat ja wunderbar gesagt, dass er im Jahr 2010 etwas gelernt hat von parlamentarischer Verteidigung von Rechten von Abgeordneten. Herr Kollege Kalinka, hier sind Ihre Rechte mit Füßen getreten worden. Dann können Sie sich doch nicht hier hinstellen und das bejubeln. Ich appelliere zumindest an Sie: Machen Sie an dieser Stelle doch mal den Rücken gerade, stimmen Sie mit Nein bei der Landesblindengeldkürzung und dafür, dass wir diese Eingliederungshilfe aus der Nummer kriegen! Es ist eine Schande für dieses Parlament, wie hier mit uns umgegangen wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort erteile ich jetzt der Frau Kollegin Silke Hinrichsen.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern mitteilen, wie sich der SSW zur Resolution zur **Schließung der JVA Flensburg**, einem heute beziehungsweise gestern Abend vorgelegten Antrag von CDU und FDP, verhalten wird. Der Antrag lautet wie folgt: „Die Landesregierung wird gebeten, im Jahre 2011 keine finanzwirksamen Maßnahmen zur Schließung der JVA Flensburg einzuleiten.“ Diesem Antrag können wir so nicht zustimmen. Ich sage Ihnen auch, warum. Es gibt keine **finanzwirksamen Maßnahmen** im Haushalt 2011 betreffend die JVA Flensburg. Das gilt im Übrigen auch für die JVA Itzehoe.

Erfreulich ist, dass Sie sich anscheinend mit dem Problem beschäftigt haben. Aber leider verhindert diese **Resolution** gar nichts. Trotzdem kann die **JVA Flensburg**, auch trotz dieser Resolution, die Sie möglicherweise verabschieden werden, ohne Weiteres geschlossen werden.

Finanzwirksam bedeutet nämlich Folgendes - ich lese es Ihnen gern noch einmal vor -: Für finanzwirksam sind auch die Bezeichnungen zahlungswirksam oder geldwirksam üblich. Wie sollte der Herr Justizminister, der angekündigt hat, die JVA Flensburg zu schließen, in diesem Jahr, wenn es im Haushalt nicht vorgesehen ist, irgendetwas Zahlungswirksames oder Geldwirksames im Haushalt machen können? Soweit mir bekannt ist, ist auch die Landesregierung an den eigenen Haushalt, der hier vorgeschlagen ist, gebunden. Darin steht dazu nichts. Folglich ist diese Resolution keine Resolution, sondern etwas, bei dem wir überhaupt nicht wissen, wofür wir stimmen sollten. Es gibt nämlich keine finanzwirksamen Maßnahmen.

Dann möchte ich noch etwas zu Frau Funke sagen. Interessant waren die Ausführungen zu den **Frauenfachrichtungen**. Ich darf Ihnen sagen, dass von uns zum Haushalt sehr wohl Anträge dazu gestellt worden sind, insbesondere auch für eine Erhöhung für den **Frauennotruf in Flensburg**. Das scheint Ihnen ganz entgangen zu sein. Ich weise darauf hin, dass die Vorschläge, die hierzu eingereicht worden sind, von Ihnen mit keinem Wort erwähnt wurden. Sie haben Ihre eigenen Anträge, die noch über die Nachschiebeliste verbessert werden mussten, hier nur bejubelt. Das kann so nicht sein.

Sie schließen **Frauenhäuser** in Schleswig-Holstein. Dazu verlieren Sie kein Wort. Was mit den Frauen geschehen soll, die auf diese Häuser angewiesen sind, kein Wort dazu. Ich muss Ihnen sagen: Ich finde das etwas schäbig von Ihnen, dass Sie

nicht einmal sagen, wohin diese Frauen jetzt gehen sollen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Beitrag erteile ich der Frau Kollegin Siegrid Tenor-Alschausky.

**Siegrid Tenor-Alschausky [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen habe ich natürlich, wie wir alle, aufmerksam dem Herrn Ministerpräsidenten gelauscht. Er hatte eine Überschrift, die habe ich mir aufgeschrieben, damit ich es nicht vergesse: „Wir übernehmen Verantwortung.“

(Beifall bei der CDU)

Es war sehr getragen. Auch Frau Funke hatte jetzt diesen Duktus in ihrem Redebeitrag. Ich frage mich aber: Für wen wird denn hier Verantwortung übernommen, abstrakt für künftige Generationen, die dann irgendwie alles besser haben sollen, oder auch konkret für Menschen, die es heute nicht gut haben?

Ich will im Rahmen meines Dreiminutenbeitrages gar nicht auf die Debatten über die Einrichtungen und die Schließung von Frau & Beruf und über das Schließen von Mädchentreffs, über die Reduzierung in vielen anderen Bereichen der Gleichstellungspolitik eingehen, die wir hier geführt haben. Nein, ich will mich hier heute auseinandersetzen mit dem, was mit **Einrichtungen für Frauen und Kinder** - ich betone: Frauen und Kinder - passiert, in deren Familien Gewalt herrscht, die von **Gewalt** betroffen sind.

Wir haben es hier bei Ihrem Haushaltsvorschlag damit zu tun, dass Sie den Eindruck erwecken, als hätten wir hier im Land zu viele Frauenfachberatungsstellen, zu viele Frauenhausplätze und das sei alles nice to have, aber in schwierigen Zeiten muss man ein bisschen reduzieren. Ich frage Sie: Haben Sie sich wirklich einmal mit der tatsächlichen Situation von Frauen und Kindern auseinandergesetzt, die von Gewalt betroffen sind, was das heißt und was das künftig auch für die Mitarbeiterinnen in den Frauenhäusern heißt, wenn ihnen eine Frau am Telefon sagt, ich brauche eine Unterkunft für mich und meine Kinder und diese Mitarbeiterin erst einmal fragen muss: Kommen Sie auch aus Schleswig-Holstein? Kommen Sie aus Hamburg, tut es uns leid, dann können wir nicht helfen. Telefonge-



(Siegfried Tenor-Alschausky)

sprach beendet! Das kann doch nicht die Politik sein, wie sie hier bei uns nach Ihren Vorstellungen in diesem Land betrieben werden soll.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Sie wollen Hilfestellung rationieren, und Sie denken nicht einmal so weit, dass diese Rationierung Folgekosten in ganz anderen Bereichen hervorrufen wird. Ich gehe gar nicht darauf ein, was Krankenhausbehandlung, Ausfall von Arbeitszeit und diese Dinge bedeuten. Aber wenn Sie nur einmal an die Kinder denken, welche Folgekosten dort auf uns zukommen werden im Bereich der **Jugendhilfe** und in den nachfolgenden Einrichtungen, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird, dann ist diese Kürzung, die Sie vorsehen, einfach kurzsichtig.

Ich kann Ihnen zu diesem ganzen Bereich nur eines sagen: Wir haben nicht zu viele Frauenfachberatungen im Lande Schleswig-Holstein, wir haben auch nicht zu viele Frauenhausplätze. Wir haben immer noch zuviel Gewalt gegen Frauen!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort erteile ich jetzt der Frau Kollegin Marlies Fritzen.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die historische Einigung von gestern, die Sie so hochgejubelt haben, ist eigentlich ein historischer Bluff, und ich sage Ihnen auch, warum.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die angebliche **Küstenschutzabgabelösung**, die Sie geglaubt gefunden zu haben, ist weiße Salbe für Nordfriesland, weiße Salbe möglicherweise für die Kolleginnen und Kollegen von dort. Sie wollen einmal wieder **Naturschutz gegen Küstenschutz** ausspielen. Das ist nicht neu, das kennen wir schon seit anderthalb Jahren. Aber Sie sagen nicht - das würde zur Haushaltsklarheit dazugehören -, die **gesamte Westküste** von Sylt bis Hamburg, nahezu die gesamte Ostküste sind zumindest außendeichs FFH- oder Vogelschutzgebiet. Das bedeutet, wenn Sie das machen, was Sie vorhaben, Ihre **Bundesratsinitiative** zu starten, das Bundesnaturschutzgesetz an dieser Stelle zu ändern und die Ausgleichspflicht herauszunehmen, dass Sie sehenden Auges gegen

**EU-Recht** verstoßen. Auch das ist uns nicht unbekannt,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

insbesondere an der Westküste, auf Eiderstedt. Das heißt, Sie werden das aller Voraussicht nach gar nicht durchbekommen. Es ist also keine Lösung für das Problem, die erhöhten Kosten des Küstenschutzes zu bezahlen.

Selbst wenn Sie es durchkriegen würden, also einen EU-Rechtsverstoß, dann müssten Sie an diesen Stellen jeweils Ausgleichszahlungen leisten. Das heißt an dieser Stelle „linke Tasche, rechte Tasche“.

Ich will noch einmal sagen: Dies ist keine Lösung. Dies ist eine Mogelpackung. Ich finde es nicht aufrichtig, in diesem Zusammenhang davon zu sprechen, Sie hätten eine historische Lösung gefunden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Torsten Geerds:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich dem Kollegen Rasmus Andresen.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu den dänischen Schulen muss ich, glaube ich, gar nicht mehr so viel sagen, weil Frau Pauls mir da wirklich sehr aus dem Herzen gesprochen hat, auch Frau Spoorendonk vorhin. Auch wir haben das in früheren Debatten schon gemacht. Ich muss mich allerdings wiederholt über die Abgeordneten der Regierungsfaktionen wundern, die aus dem Nordteil des Landes kommen, die - ich habe das auch schon einmal in der Debatte zum deutsch-dänischen Verhältnis oder der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gesagt - da sicherlich eine etwas unglückliche Rolle spielen und sich vor allem bisher noch nicht deutlich überhaupt bekannt haben. Herr Brodersen ist eine Ausnahme, aber andere haben sich darum herumgemogelt. Das finde ich sehr schade.

Ich möchte eigentlich etwas ganz anderes sagen. Herr von Boetticher, mir geht es um Ihre Äußerung zur Hochschulpolitik.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Ja!)

Herr Boetticher, Sie haben sich hier hingestellt und haben sich sehr gefreut, sozusagen mit uns, dass der **Hochschulpakt II** von Ihnen jetzt doch eingehalten

**(Rasmus Andresen)**

wird. Sie haben das als Erfolg gefeiert, weil Herr Wiegard isoliert wurde. Das ist schön, das freut uns, aber Sie haben nicht mehr erreicht, als dass Sie eine Vereinbarung, die es vorher schon gab, jetzt einhalten. Es ist gut, dass Sie sie einhalten, aber viel mehr haben Sie nicht erreicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie erwähnen allerdings nicht - auch das gehört zur hochschulpolitischen Bilanz des letzten Jahres -, dass der Universitätsrat zurückgetreten ist beispielsweise, dass es massenhaft Kritik von der Bundesebene hagelt, sowohl aus Ihrer eigenen Partei als auch von Leuten aus der Hochschulrektorenkonferenz, auch von anderen Wissenschaftlern. Sie hinterlassen im **Hochschulbereich** einen ziemlich großen Scherbenhaufen, und das können wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie dann sagen, die Hochschulszene freue sich so über Ihre Politik, so habe ich dafür nicht viel mehr als ein Lächeln übrig. Reden Sie einmal mit den Leuten vor Ort! Herr Grunde ist sicherlich nicht wegen der tollen Politik von Herrn de Jager bei Ihnen eingestiegen, nein, er probiert, zu retten, was zu retten ist, und das kann ich sehr gut verstehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Man muss es sich vor Ort ansehen. Bei der **Universität Lübeck** ist die **Stiftungsuniversität** ein Thema. Dazu werden wir vielleicht morgen noch im Rahmen der Großen Anfrage etwas sagen, die wir gestellt haben und die morgen debattiert wird. Aber da jetzt schon einmal der Hinweis: Ich war mit dem Kollegen Tietze und ein paar Kollegen aus der SPD-Fraktion, beispielsweise Herrn Baasch, bei einer Veranstaltung der IHK Lübeck vor zwei Wochen. Dort hat Frau Staatssekretärin Andreßen gesprochen. Sie hat erklärt, dass das Tolle an dem Modell der Stiftungsuniversität sei, dass man **Studiengebühren** einführen könne. Jetzt kann man unterschiedliche Positionen zu Studiengebühren haben. Sie haben eigentlich eine deutliche Festlegung im **Koalitionsvertrag**. Aber ich denke, wenn man über Stiftungsuniversitäten redet, sollte es nicht der einzige Punkt sein.

Ein anderes Thema, das sie erwähnt hat, waren **Einsparungen**. Es bringe für den Landeshaushalt Einsparungen, wenn man eine Stiftungsuniversität

einführe. Wenn Sie darüber einmal mit der Universität Lübeck darüber reden, heute Abend beispielsweise beim Parlamentarischen Abend, dann werden Sie feststellen, dass ein solches Modell der Universität so nicht gemeint ist. Auch da sind Sie uns noch sehr, sehr viel schuldig. Auch da müssen Sie noch beweisen, dass Sie dem gerecht werden, was Sie vorhin verkündet haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine andere Sache zur **Universität Flensburg**. Da hätte ich Ihnen gern die Zwischenfrage gestellt, ob Sie überhaupt alle Namen der Menschen nennen können, die im Präsidium der Universität Flensburg sitzen. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich mit denen wirklich einmal intensiv auseinandersetzen und dort vorbeischauchen würden. Sie warten nämlich darauf. - Tschüs!

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Torsten Geerds:**

Der Kollege Andresen hat es jedenfalls fertiggebracht, einen Fünfminutenbeitrag in 3:20 Minuten unterzubringen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das Wort hat der Kollege Bernd Heinemann von der SPD-Fraktion.

**Bernd Heinemann [SPD]:**

Ich wollte noch einmal etwas zur Farbenlehre der Haushaltskürzungen sagen. Es geht in den Beiträgen, insbesondere von den regierungstragenden Fraktionen, immer sehr stark um die Frage, wie wir den Kindern von morgen unter die Augen treten wollen. Nur, ob wir morgen noch Kinder haben, das ist nicht egal, sondern das ist die Voraussetzung dafür. Ich möchte dazu ein Beispiel für das Kürzen nach unten und das Fördern nach oben bringen, und zwar das Beispiel der **Hebammen**. Das ist ein wichtiges Indiz.

Die Hebammen haben eine Menge Probleme. Circa 30 Hebammen sind bisher schon auf der Strecke geblieben, haben also ihre Chancen, noch beruflich tätig zu sein, nicht mehr gesehen, und es werden ständig weniger, weil die **Versicherungsbeiträge** fast so hoch sind wie ihre Einnahmen. Da haben wir gehört: Wir sorgen uns um die Hebammen. Der zuständige Minister sorgt sich auch, hat in Berlin nachgefragt, ein Runder Tisch, hat er erklärt, sei der Sozialausschuss, und er wisse nicht, ob der Versi-

(Bernd Heinemann)

cherungsfonds das Problem löse. Aber die Förderung des Hebammenwesens, die 5.000 €, den Rest, den das Land an dieser Stelle für die Geburten von morgen und übermorgen noch leisten kann, auf null zu stellen und gleichzeitig in der Haushaltsposition darüber der **Apothekerkammer** einmal eben 3.000 € als zuständiger Behörde für die Approbationsordnung § 4 draufzulegen, das ist nicht nötig. Auch da kann man sich reduzieren. Da ist das Geld von unten nach oben geschoben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist keine Gesundheitspolitik, die man als sozial verantwortlicher Minister und als sozial verantwortlich handelnde regierungstragende Fraktion in diesem Raum vertreten sollte. Ändern Sie Ihre Politik! Seien Sie sozial fair, dann unterstützen wir Sie!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Torsten Geerds:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Bevor wir fortfahren, hat der Finanzausschussvorsitzende um das Wort zu einer redaktionellen Anmerkung gebeten. Ich glaube, das sollten wir uns einmal anhören. - Herr Vorsitzender Sönnichsen!

**Peter Sönnichsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den politischen Beiträgen möchte ich noch einmal kurz zu den Formalien kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mit der Vorstellung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses heute Morgen darauf hingewiesen, dass wir die letzten Beschlüsse dazu gestern Mittag gefasst haben, und die war danach noch in Tabellen einzubringen. Wie jetzt festgestellt wurde, ist noch eine redaktionelle Änderung erforderlich. In der Drucksache 17/1130 sind hinsichtlich der **Landeszentrale für politische Bildung** für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 jeweils festgelegt, dass die Position „Zuwendungen, Zuschüsse, Förderungen“ aus dem Kapitel 07 06, Maßnahmengruppe 01, in das Kapitel 07 05, „Erwachsenenbildung“, neue Maßnahmengruppe 02, eingefügt wird. In der Vorlage Drucksache 17/1042, die alle Änderungen zusammenfasst, ist das hinsichtlich des Haushaltsjahres 2012 berücksichtigt worden. Das ist Seite 24 der Anlage 3. Es ist aber nicht berücksichtigt worden hinsichtlich des Haushaltsjahres 2011. Das ist die

Seite 26 der Anlage 1 zur Vorlage Drucksache 17/1042.

Noch einmal: Die Beträge stehen in den Haushaltsplänen und den geänderten Zahlen für das Haushaltsjahr 2011 allerdings zurzeit noch nicht an der richtigen Stelle.

Diese **redaktionelle Änderung** empfehle ich ebenfalls Ihrer Zustimmung, wenn wir gleich über die Vorlagen abstimmen.

**Präsident Torsten Geerds:**

Ich sehe die finanzpolitischen Sprecher und Parlamentarischen Geschäftsführer an und stelle Einvernehmen zu dem fest, was eben vorgetragen wurde.

Vor Eintritt in die Abstimmung gebe ich Ihnen folgende Hinweise zur Beschlussgrundlage. Die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 17/1042, ist in der Darstellung nicht vollständig. Die Abstimmung im Finanzausschuss erfolgte wie folgt: Erstens. Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/740, geändert durch die Nachschiebeliste, Umdruck 17/1471, diese zweitens geändert durch die angenommenen Änderungsanträge der Fraktionen.

Die Beschlussempfehlung stellt nur die durch die angenommenen Fraktionsanträge geänderten Positionen dar. Nicht dargestellt sind die nicht durch Fraktionsanträge geänderten Positionen der Nachschiebeliste. Ich stelle ausdrücklich fest: Das Ihnen vorliegende Zahlenwerk ist in den Endsummen richtig. Zur Klarstellung halte ich fest: Abstimmungsgrundlage ist der Gesetzentwurf der Landesregierung, geändert durch die Nachschiebeliste, Umdruck 17/1471, diese wiederum geändert durch die im Finanzausschuss angenommenen Änderungsanträge der Fraktionen. - Zu diesem Sachverhalt stelle ich Einvernehmen im Haus fest.

Bevor wir die **Abstimmung** zum Haushaltsentwurf 2011/2012 beginnen, lasse ich zunächst über die weiteren gemeinsam beratenen Tagesordnungspunkte abstimmen. Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW haben jeweils zu einigen Punkten namentliche Abstimmung beantragt. Nach § 63 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung muss eine namentliche Abstimmung stattfinden, wenn sie von 18 Abgeordneten verlangt wird. Die Fraktionen haben gegenseitig Unterstützung der Anträge auf namentliche Abstimmung erklärt. Das erforderliche Quorum ist damit für alle fünf beantragten namentlichen Abstimmungen gegeben.

**(Präsident Torsten Geerds)**

Ich lasse zunächst über den Gesetzentwurf der Fraktion des SSW zur Änderung des Landesministergesetzes, Drucksache 17/652, abstimmen. Es ist Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt. Wer dem Antrag zustimmen will, antworte mit Ja, wer ihn ablehnen will, mit Nein. - Die Schriftführer haben das Wort.

(Namentliche Abstimmung)<sup>1</sup>

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Dem Gesetzentwurf Drucksache 17/652 haben 46 Abgeordnete zugestimmt, 48 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Der Gesetzentwurf Drucksache 17/652 ist damit abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt weiter, den Antrag der Fraktion des SSW, Regierungen an Sparplänen beteiligen, Drucksache 17/653, abzulehnen. Wer den Antrag ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Den Antrag abgelehnt haben die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Gegenstimmen? - SSW-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE! - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt schließlich die Ablehnung der Resolution zur sofortigen Umsetzung der Einsparbeschlüsse der Landesregierung, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/705 Nummern 2, 3, 5 und 6. Wer den Antrag ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und DIE LINKE. - Welche Fraktionen enthalten sich? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. - Ich stelle fest, dass die Resolution abgelehnt worden ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 19, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes, Drucksache 17/1099 (neu), und den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1118. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf sowie den Änderungsantrag dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Es ist einstimmig so beschlossen worden.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 33, Antrag der Fraktion des SSW, Drucksache 17/1076, Mehreinnahmen für Kinderbetreuung und Schuldenabbau nutzen. Es ist

beantragt worden, über den Antrag Drucksache 17/1076 in der Sache abzustimmen.

Wer für den Antrag stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SSW-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist der Antrag Drucksache 17/1076 abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 43, Ermäßigte Umsatzsteuersätze - Gleichbehandlung umsetzen, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1094, und Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1132. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich schlage Ihnen vor, den vorliegenden Änderungsantrag Drucksache 17/1132 zu einem selbstständigen Antrag zu erklären und darüber alternativ abzustimmen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1094, seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. - Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1132, seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 17/1132 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen worden ist. Ich stelle weiter fest, dass damit der Antrag Drucksache 17/1094 abgelehnt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 44, Resolution zur Neuordnung der Verwaltung, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1095. Es ist beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Wer für diesen Antrag stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD. - Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, und enthalten hat sich die SSW-Fraktion. Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 17/1095 damit abgelehnt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 45, Sozialvertrag III schließen, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1096. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer für den Antrag stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und SSW. Wer gegen den Antrag stimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE.

<sup>1</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 1 bei

**(Präsident Torsten Geerds)**

(Zurufe)

Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 17/1096 damit abgelehnt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 46, Sozialvertrag IV schließen, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1097. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und SSW. - Wer dagegen stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Es enthält sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag Drucksache 17/1097 abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 47, Bund-Länder-Kooperation im Bildungsbereich, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1098. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW. - Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit ist der Antrag Drucksache 17/1098 abgelehnt.

Wir treten jetzt in die Abstimmung zum **Haushaltsgesetz** zum Haushaltsplan 2011/2012, Drucksache 17/740, sowie zum **Haushaltsbegleitgesetz** zum Haushaltsplan 2011/2012, Drucksache 17/741, ein. Ich rufe zunächst den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1115, zur Abstimmung auf, da es sich um einen übergreifenden Antrag handelt. Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1115, zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, DIE LINKE, und die SSW-Fraktion enthält sich. Damit ist der Antrag Drucksache 17/1115 abgelehnt.

Dann lasse ich über die Resolution der Fraktionen von CDU und FDP, JVA Flensburg, Drucksache 17/1125, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind

die Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit ist der Antrag Drucksache 17/1125 angenommen worden.

Wir treten jetzt in die Abstimmung zum Gesetzentwurf der Landesregierung Haushaltsbegleitgesetz, Drucksache 17/741, ein. Hierzu liegen zwei Entschließungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP vor, über die ich zunächst abstimmen lasse.

Wer dem Antrag Küstenschutzmaßnahmen, Drucksache 17/1124, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. - Damit ist der Antrag Drucksache 17/1124 angenommen.

Wer dem Antrag Landesblindengeld, Drucksache 17/1126 (neu), zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer dagegen stimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW. Enthaltungen? - Die Enthaltungen kommen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit ist der Antrag Drucksache 17/1126 (neu) angenommen.

Ich lasse dann über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1117 (neu), abstimmen. Zunächst Einzelabstimmung über den Antrag zur Änderung von Artikel 22, Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer, Nummer 4 des Antrags. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. Wer dagegen stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. - Enthaltungen kann es keine geben. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe dann die weiteren Änderungsanträge aus Drucksache 17/1117 (neu) auf. Das sind die Nummern 1 bis 3. Wer zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer dagegen stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Wer sich enthalten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

**(Präsident Torsten Geerds)**

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der SSW-Fraktion, Drucksache 17/1119 Nummern 3 bis 7. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SSW-Fraktion. Gegenstimmen? - Die Gegenstimmen kommen von den Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE.

(Zurufe)

Enthaltungen? - Enthalten haben sich die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1123. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag zur Änderung von Artikel 2, Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, Nummer 2 des Antrags. Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Wer dem Antrag zustimmen möchte, stimmt mit Ja, alles andere ergibt sich daraus.

(Namentliche Abstimmung)<sup>2</sup>

Dann gebe ich das Abstimmungsergebnis bekannt. Dem Änderungsantrag in dem Antrag der Fraktion der SPD haben 46 Abgeordnete zugestimmt, 48 Abgeordnete haben ihn abgelegt. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD zur Änderung des Artikels 10 Haushaltsbegleitgesetz - Änderung des Schulgesetzes -, Nummer 4 des Antrags in der Drucksache 17/1123. Es ist hierzu namentliche Abstimmung beantragt worden. - Die Schriftführer haben das Wort.

(Namentliche Abstimmung)<sup>3</sup>

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Dem Änderungsantrag haben 46 Abgeordnete zugestimmt, 48 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen weiter zur Abstimmung über den Antrag zur Änderung des Artikel 19 Haushaltsbegleitgesetz - Änderung des Landesblindengeldgesetzes -, das ist die Nummer 7 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1123. Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. - Das Wort haben wieder die Schriftführer.

(Namentliche Abstimmung)<sup>4</sup>

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Dem Änderungsantrag haben 46 Abgeordnete zuge-

stimmt, 48 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1123, mit den Nummern 1, 3, 5 und 6 sowie 8 bis 13 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, DIE LINKE und SSW. Enthaltungen? - Enthalten hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt worden.

Schließlich hat die SPD-Fraktion eine Einzelabstimmung über Artikel 27 Haushaltsbegleitgesetz - Eingliederungshilfe - in der Fassung der Drucksache 17/1042 beantragt. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. Damit ist der Artikel 27 in der Fassung der Drucksache 17/1042 angenommen.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 17/1127 - Nummern 1 bis 12 - abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Enthaltungen kann es nicht geben. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1129, abstimmen. Die SPD-Fraktion hat eine Einzelabstimmung über Artikel 12 Haushaltsbegleitgesetz - Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein; Buchstabe b des Antrags - beantragt. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

- Ich wollte jetzt zunächst die von der SPD-Fraktion beantragte Einzelabstimmung über Artikel 12 Haushaltsbegleitgesetz - Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein - durchführen. Ich frage noch einmal, wer dem zustimmen möchte. Bitte das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das ist die SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? -

<sup>2</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 2 bei

<sup>3</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 3 bei

<sup>4</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 4 bei

**(Präsident Torsten Geerds)**

Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist der Artikel 12 Haushaltsbegleitgesetz in der Fassung der Drucksache 17/1129 angenommen worden.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP - die Buchstaben a, c und d der Drucksache 17/1129 - abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE SSW. Damit sind die Änderungsanträge angenommen.

Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/741 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung - geändert durch den soeben angenommenen Antrag Drucksache 17/1129 - einschließlich der vom Vorsitzenden des Finanzausschusses mündlich eingebrachten Änderung - zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. Damit ist das Haushaltsbegleitgesetz in geänderter Fassung angenommen worden.

Wir treten nunmehr ein in die Abstimmungen zum Haushaltsgesetz und zu den **Einzelplänen** ein. Bevor wir zu den Abstimmungen über die Einzelpläne kommen, rufe ich zunächst den einzelplanübergreifenden Antrag der Fraktion des SSW aus der Drucksache 17/1119 - Personalausgaben - auf. Es sind die Nummer 110 für das Haushaltsjahr 2011 und die Nummer 117 für das Haushaltsjahr 2012. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der SSW-Fraktion. Wer dagegen stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und DIE LINKE. Enthaltungen? - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich enthalten. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt worden.

Ich rufe weiter auf den interfraktionellen Antrag Drucksache 17/1130 - Landeszentrale für politische Bildung -, der sich sowohl auf den Sach- als auch auf den Personalhaushalt bezieht. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf den **Einzelplan 01** - Landtag - und dort zunächst die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1117 (neu), auf. Zunächst führen wir eine Einzelabstim-

mung über Titel 0101-411 01 - Entschädigung der Abgeordneten; Nummer 1 des Antrags - durch. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? - Dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU und FDP. - Enthaltungen? - Enthaltungen hat sich die SSW-Fraktion. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Nummern 2 und 3 aus Drucksache 17/1117 (neu) - abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Dagegen stimmen die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, DIE LINKE und SSW. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt worden.

Ich rufe auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1123, für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 auf - jeweils die Nummern 1 bis 8. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Enthaltungen? - Es enthalten sich die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt worden.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1127 - Nummern 1 bis 8 -, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Es gibt zustimmende Voten der Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW. Enthaltungen? - Enthaltungen hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. - Damit ist der Einzelplan 01 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 02** auf, Landesrechnungshof. Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Nummer 4 -, Drucksache 17/1117 (neu), auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW. - Enthaltungen

**(Präsident Torsten Geerds)**

gen kann es nicht geben. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion des SSW für die Haushaltsjahre 2011 und 2012, jeweils die Nummer 1 aus der Drucksache 17/1119, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Enthaltungen? - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich bei dieser Abstimmung der Stimme enthalten. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 17/1127 - Nummer 9 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Zustimmung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? - Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW stimmen dagegen. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und SSW. Wer dagegen stimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Enthalten hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit ist der Einzelplan 02 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 03**, Ministerpräsident und Staatskanzlei, auf. Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der Drucksache 17/1117 (neu) - Nummern 5 bis 8 - abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist die Zustimmung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Gegenstimmen? - Die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE stimmen dagegen. Stimmenthaltungen? - Enthalten hat sich die SPD-Fraktion. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion des SSW, Drucksache 17/1119, für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 - jeweils die Nummern 2 bis 7 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist die SSW-Fraktion. Gegenstimmen? - Dagegen stimmen die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Wer enthält sich? - Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalten sich. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1123, für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 - jeweils die Nummern 1 bis 17 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Stimme enthalten. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

(Zurufe)

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE - Nummern 10 bis 15 - auf. Da bin ich jetzt gespannt.

(Zurufe)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und SSW. Wer dagegen stimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Enthaltungen kann es nicht geben. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. - Damit ist der Einzelplan 03 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 04** auf, Innenministerium. Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1117 (neu) - Nummern 9 bis 27 - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Enthaltungen? - Enthalten hat sich die Fraktion der SPD. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion des SSW, Drucksache 17/1119, für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 - jeweils die Nummern 8 bis 15 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Stimmen der SSW-Fraktion. - Dagegen stimmen die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

(Christopher Vogt [FDP]: Und mit denen wollen Sie koalieren? - Heiterkeit)



**(Präsident Torsten Geerds)**

- Solche Verhandlungen sollten an anderer Stelle geführt werden.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1123, für das Haushaltsjahr 2011 - Nummern 1 bis 8 - und für das Haushaltsjahr 2012 - Nummern 1 bis 7 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW. Gegenstimmen? - CDU, FDP und DIE LINKE. Enthaltungen? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE - Nummern 16 bis 21 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und SSW. - Dagegen stimmen die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. Damit ist der Einzelplan 04 angenommen.

Ich rufe jetzt den **Einzelplan 05**, Finanzministerium, auf. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1117 (neu) - Nummern 28 bis 29 - abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Die SPD-Fraktion enthält sich der Stimme. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion des SSW, Drucksache 17/1119, für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 - jeweils die Nummern 16 und 17 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Fraktionen DIE LINKE und SSW stimmen zu. Gegenstimmen? - Die Fraktionen von CDU und FDP. Stimmenthaltungen? - Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE - Nummern 22 bis 25 des Antrags - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und SSW. - Dagegen stimmen die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist die Zustimmung der Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. - Damit ist der Einzelplan 05 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 06** auf, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr. Ich rufe zunächst die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1117 (neu), auf. Es erfolgt zunächst eine Einzelabstimmung über Titel 0614-894 03, Verpflichtungsermächtigung Hinterlandanbindung Fehmarnbelt, Nummer 39 des Antrags. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. Wer dagegen stimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Stimmenthaltungen? - Das ist die SPD-Fraktion. - Damit stelle ich fest, dass der Änderungsantrag abgelehnt worden ist.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Nummern 30 bis 38 sowie die Nummern 40 bis 47 - abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Enthalten hat sich die SPD-Fraktion. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion des SSW, Drucksache 17/1119, für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 - jeweils die Nummern 18 bis 24 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der SSW-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Dagegen stimmen die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Enthalten haben sich die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1123, für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 - jeweils die Nummern 1 bis 11 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der SPD-Fraktion. Die Gegenprobe! - Dagegen stimmen die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE.

**(Präsident Torsten Geerdt)**

Stimmenthaltungen? - Enthalten haben sich die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE zu diesem Einzelplan - Nummern 26 bis 42 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Wer dagegen stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Die SSW-Fraktion hat sich enthalten. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP. Die Gegenprobe! - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. - Damit ist der Einzelplan 06 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 07**, Ministerium für Bildung und Kultur, auf. Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf. Zunächst kommen wir zu einer Einzelabstimmung über den Titel 0704-684 01, Kita-Qualitätsoffensive - Nummer 51 des Antrags. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über die Titel 422 01 der Kapitel 0711 bis 0716, Aufstockung Lehrerstellen - Nummer 66 des Antrags. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Die Gegenprobe! - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Stimmenthaltungen gibt es nicht. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge - Nummern 48 bis 50, 52 bis 65 sowie 67 bis 87 - abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Enthalten hat sich die SPD-

Fraktion. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion des SSW, Drucksache 17/1119, für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 - jeweils die Nummern 25 bis 53 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der SSW-Fraktion. Die Gegenprobe! - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich enthalten. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1123, und zwar für das Haushaltsjahr 2011 - Nummern 1 bis 43 - und für das Haushaltsjahr 2012, Nummern 1 bis 41. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Enthalten hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge DIE LINKE, Drucksache 17/1127, auf. Wir stimmen zunächst in einer Einzelabstimmung über Nummer 48 des Antrags, Aufstockung Lehrerstellen, ab. Wer zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und SSW. Die Gegenprobe! - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge - Nummern 43 bis 47 sowie 49 bis 93 - abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und SSW. Die Gegenprobe! - Dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1129, für das Haushaltsjahr 2011 und 2012 jeweils den Titel 0710-632 01, Erstattung verauslagter Schulkostenbeiträge, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenprobe! - Dagegen gestimmt hat die Fraktion DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Die Fraktion des SSW hat sich der Stim-

**(Präsident Torsten Geerds)**

me enthalten. - Damit sind die Änderungsanträge angenommen.

Wer dem Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich des angenommenen Änderungsantrags zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP. Die Gegenprobe! - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. - Damit ist der Einzelplan 07 in der Fassung der Drucksache 17/1042 einschließlich des Änderungsantrags Drucksache 17/1129 angenommen.

Ich rufe auf den **Einzelplan 09**, Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration. Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es folgt zunächst eine Einzelabstimmung über den Titel 0913-684 15, Migrationssozialberatung - Nummer 94 des Antrags. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. Die Gegenprobe! - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP. Stimmenthaltungen? - Enthalten hat sich die SPD-Fraktion. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge - Nummern 88 bis 93 sowie 95 bis 102 - abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Die Gegenprobe! - Dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Enthalten hat sich die Fraktion der SPD. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SSW, Drucksache 17/1119, für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 - jeweils die Nummern 54 bis 65 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SSW-Fraktion. Die Gegenprobe! - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Enthalten haben sich die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1123, und zwar für das Haushaltsjahr 2011 - Nummern 1 bis 9 - und für das Haushaltsjahr 2012 - Nummern 1 bis 10 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und

DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Enthalten hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE - Nummern 94 bis 108 - auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Stimmenthaltungen gibt es nicht. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. - Damit ist der Einzelplan 09 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 10**, Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit, auf. Wir stimmen über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Nummern 103 bis 126 - ab. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Enthalten hat sich die SPD-Fraktion. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SSW, Drucksache 17/1119, und zwar für das Haushaltsjahr 2011 - Nummern 66 bis 73 - und für das Haushaltsjahr 2012 - Nummern 66 bis 75 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SSW-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Enthalten haben sich die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1123, und zwar für das Haushaltsjahr 2011 - Nummern 1 bis 9 sowie 11 bis 42 - und für das Haushaltsjahr 2012 - Nummern 1 bis 10 sowie 12 bis 50 - auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Wer möchte sich der Stimme enthalten? - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

**(Präsident Torsten Geerds)**

NEN enthält sich der Stimme. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE auf. Zunächst Einzelabstimmung über Nummer 112 des Antrags mit dem Titel „Ambulante Suchtkrankenhilfe“. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Enthaltungen? - Enthaltend hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt nun die Einzelabstimmung über Nummer 117 des Antrags mit dem Titel „Zuschüsse an die freien Wohlfahrtsverbände“. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD und der FDP. Enthaltungen? - Enthaltend hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE - Nummern 109 bis 111, 113 bis 116 sowie 118 bis 135 - abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP zu Titel 1005-633 02, Landesblindengeld, jeweils für die Haushaltsjahre 2011 und 2012, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD und DIE LINKE. Enthaltungen? - Enthaltend haben sich die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. - Damit sind die Änderungsanträge angenommen.

Wer dem Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der soeben angenommenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. - Damit ist der Einzelplan 10 in geänderter Fassung angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 11**, Allgemeine Finanzverwaltung, auf. Wir kommen zur Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1117 (neu). Zunächst stimmen wir ab über die Nummern 127 bis 137. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Gegenstimmen? - Die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE stimmen dagegen. Enthaltungen? - Enthaltend hat sich die Fraktion der SPD. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion des SSW, für das Haushaltsjahr 2011 - Nummern 74 bis 86 - und für das Haushaltsjahr 2012 - Nummern 76 bis 89 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der SSW-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Enthaltungen? - Enthaltend haben sich die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1123, für das Haushaltsjahr 2011 - Nummern 1 bis 5 - und für das Haushaltsjahr 2012 - Nummern 1 bis 3 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW. Gegenstimmen? - Die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Enthaltungen? - Enthaltend hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE auf. Zunächst Einzelabstimmung über Nummer 142 mit dem Titel „Beitragsfreies Kindergartenjahr“. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Enthaltend hat sich die Fraktion des SSW. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE - Nummern 136 bis 141 sowie 143 bis 146 - abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

**(Präsident Torsten Geerds)**

Wer dem **Einzelplan 11** in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. - Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 12, Hochbaumaßnahmen des Landes, auf. Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion des SSW für das Haushaltsjahr 2011 - Nummer 87 - und für das Haushaltsjahr 2012 - Nummer 90 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der SSW-Fraktion. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen von CDU, FDP und SSW. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. - Damit ist der Einzelplan 12 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 13**, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, auf. Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1117 (neu) - Nummern 138 bis 171 -, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, DIE LINKE und SSW. Enthaltungen? - Enthalten hat sich die Fraktion der SPD. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion des SSW für das Haushaltsjahr 2011 - Nummern 88 bis 109 - und für das Haushaltsjahr 2012 - Nummern 91 bis 116 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der SSW-Fraktion. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Enthaltungen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 - jeweils die Nummern 1 bis 14 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die

<sup>5</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 5 bei

Stimmen der SPD-Fraktion. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Enthaltungen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE - Nummern 147 bis 155 - auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Dafür haben die Fraktionen DIE LINKE und SSW gestimmt. Wer ist dagegen? - Dagegen sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen von CDU und FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. - Damit ist der Einzelplan 13 angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Feststellung eines **Haushaltsgesetzes** zum Haushaltsplan 2011/2012, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/740. Ich lasse abstimmen über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Nummern 5 bis 7 des Antrags. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Enthaltungen? - Das sind die Stimmen der SPD-Fraktion. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion des SSW abstimmen. Ich lasse zunächst über die Nummer 1 des Änderungsantrags der Fraktion des SSW abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der SSW-Fraktion. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und DIE LINKE. Enthaltungen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag zur Änderung des § 33, Änderung des Schulgesetzes - Nummer 2 des Antrags. Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. - Die Schriftführer haben das Wort.

(Namentliche Abstimmung)<sup>5</sup>

**Präsident Torsten Geerds:**

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Dem Änderungsantrag haben 46 Abgeordnete zugestimmt, 48 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1123 Nummern 1 bis 6 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion des SSW. Gegenstimmen? - CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE! Enthaltungen? - Enthaltend hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich lasse dann über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1127 Nummer 1 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? - CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW-Fraktion. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nach den Abstimmungen über die Einzelpläne und die Anträge zum Haushaltsgesetz kommen wir nun zur **Feststellung des Haushaltsplans** und zur Schlussabstimmung.

Ich stelle fest: Das Haushaltsvolumen in § 1 beträgt 12.192.181.500 € für das Jahr 2011. Für das Haushaltsjahr 2012 beträgt die Summe 12.186.298.300 €.

Die Verpflichtungsermächtigungen in § 1 betragen 663.521.000 € für das Haushaltsjahr 2011 sowie 571.041.000 € für das Haushaltsjahr 2012.

Die Kreditermächtigung in § 2 beträgt 4.285.779.700 € für das Haushaltsjahr 2011 und 3.818.241.400 € für das Haushaltsjahr 2012.

Bevor wir zur Schlussabstimmung über den Gesamthaushalt kommen, frage ich: Wer möchte dem Entwurf eines **Haushaltsbegeleitgesetzes** zum **Haushaltsplan 2011/2012** in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung zustimmen? Ich bitte um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und des SSW. Damit ist das Haushaltsbegeleitgesetz 2011/2012 angenommen.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung insgesamt. Wer dem Haushaltsgesetz 2011/2012, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der be-

schlossenen Änderungen zu den Einzelplänen 01, 07 und 10 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Haushalt 2011/2012 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW angenommen.

(Starker Beifall bei CDU und FDP)

Damit ist der Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich erteile zu einer persönlichen Erklärung dem Herrn Kollegen Wolfgang Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch während der laufenden Abstimmung hat der Herr Oppositionsführer Dr. Stegner über Twitter Folgendes vermeldet: Weit über zwanzig Mal stimmen CDU, FDP und Linkspartei gemeinsam gegen den Rest des Hauses. Links- und Rechtsaußen machen gemeinsame Sache.

(Zurufe von FDP und CDU: Oh, oh!)

Ich stelle für mich selbst - so lustig man das finden kann, Lothar Hay - fest, dass mir in meinem ganzen politischen Leben noch niemand unterstellt hat, ich gehörte zu Rechtsaußen.

(Zurufe von der CDU: Mir auch nicht! Unglaublich, eine solche Entgleisung!)

Ich stelle weiter persönlich fest, dass weder ich selbst noch meine Fraktion mit der LINKEN jemals gemeinsame Sache machen werden.

(Starker Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Torsten Geerds:**

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache:

**Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags****Drucksache 17/1112**

Für diese ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen.

(Zuruf der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD] - Unruhe)

- Frau Kollegin Midyatli, ich habe soeben die Sammeldrucksache aufgerufen. Ich habe nicht genau

**(Präsident Torsten Geerds)**

verstanden, was Sie gesagt haben; das gucke ich mir nachher auch noch einmal an.

Die Tagesordnungspunkte mit den entsprechenden Voten der Ausschüsse und der Fraktionen entnehmen Sie bitte dieser Ihnen vorliegenden Sammeldrucksache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 17/1112 einverstanden ist, den bitte

ich um das Handzeichen. - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Die Tagung ist bis morgen früh, 10 Uhr, unterbrochen und die Sitzung geschlossen.

**Schluss: 18:39 Uhr**

**Namentliche Abstimmung**  
35. Sitzung am 15. Dezember 2010  
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister (Landesministergesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW

Drucksache 17/652

(Seite **3002** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Dr. Ralf Stegner	Ja
Michael von Abercron	Nein	Siegrid Tenor-Alschausky	Ja
Hans-Jörn Arp	Nein	Dr. Gitta Trauernicht	Ja
Dr. Axel Bernstein	Nein	Jürgen Weber	Ja
Dr. Christian von Boetticher	Nein		
Johannes Callsen	Nein	<b>FDP</b>	
Peter Harry Carstensen	Nein	Ingrid Brand-Hückstädt	Nein
Astrid Damerow	Nein	Carsten-Peter Brodersen	Nein
Heike Franzen	Nein	Cornelia Conrad	Nein
Torsten Geerds	Nein	Jens-Uwe Dankert	Nein
Hauke Göttisch	Nein	Kirstin Funke	Nein
Daniel Günther	Nein	Dr. Heiner Garg	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Günther Hildebrand	Nein
Niclas Herbst	Nein	Anita Klahn	Nein
Marion Herdan	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Susanne Herold	Nein	Gerrit Koch	Nein
Karsten Jasper	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Werner Kalinka	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Klaus Klinckhamer	Nein	Katharina Loedige	Nein
Tobias Koch	Nein	Christopher Vogt	Nein
Peter Lehnert	Nein		
Jens-Christian Magnussen	Nein	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Markus Mattheißen	Nein	Luise Amtsberg	Nein
Hans Hinrich Neve	Nein	Rasmus Andresen	Nein
Petra Nicolaisen	Nein	Dr. Marret Bohn	Nein
Barbara Ostmeier	Nein	Anke Erdmann	Nein
Mark-Oliver Potzahr	Nein	Marlies Fritzen	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Thorsten Fürter	Nein
Heiner Rickers	Nein	Dr. Robert Habeck	Nein
Ursula Sassen	Nein	Monika Heinold	Nein
Klaus Schlie	Nein	Detlef Matthiessen	Nein
Peter Sönnichsen	Nein	Ines Strehlau	Nein
Herlich Marie Todsén-Reese	Nein	Dr. Andreas Tietze	Nein
Wilfried Wengler	Nein	Bernd Voß	Nein
Rainer Wiegard	Nein		
		<b>DIE LINKE</b>	
<b>SPD</b>		Antje Jansen	Nein
Wolfgang Baasch	Ja	Heinz-Werner Jezewski	Nein
Andreas Beran	Ja	Ranka Prante	Nein
Detlef Buder	-	Ulrich Schippels	Nein
Dr. Kai Dolgner	Ja	Ellen Streitbürger	Nein
Peter Eichstädt	Ja	Björn Thoroé	Nein
Rolf Fischer	Ja		
Martin Habersaat	Ja	<b>SSW</b>	
Lothar Hay	Ja	Lars Harms	Nein
Bernd Heinemann	Ja	Silke Hinrichsen	Nein
Birgit Herdejürgen	Ja	Flemming Meyer	Nein
Dr. Henning Höppner	Ja	Anke Spoorendonk	Nein
Anette Langner	Ja		
Serpil Midyatli	Ja		
Hans Müller	Ja		
Birte Pauls	Ja		
Regina Poersch	Ja		
Sandra Redmann	Ja	<b>Zusammenstellung:</b>	
Thomas Rother	Ja	Abgegebene Stimmen	94
Bernd Schröder	Ja	davon	
Olaf Schulze	Ja	Jastimmen	24
Marion Sellier	Ja	Neinstimmen	70
		Enthaltungen	-



## Anlage 2

**Namentliche Abstimmung**  
 35. Sitzung am 15. Dezember 2010  
**Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012**  
 Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
 Drucksache 17/1123 Nr. 2  
 (Seite **3004** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Dr. Ralf Stegner	Ja
Michael von Abercron	Nein	Siegrid Tenor-Alschausky	Ja
Hans-Jörn Arp	Nein	Dr. Gitta Trauernicht	Ja
Dr. Axel Bernstein	Nein	Jürgen Weber	Ja
Dr. Christian von Boetticher	Nein	<b>FDP</b>	
Johannes Callsen	Nein	Ingrid Brand-Hückstädt	Nein
Peter Harry Carstensen	Nein	Carsten-Peter Brodersen	Nein
Astrid Damerow	Nein	Cornelia Conrad	Nein
Heike Franzen	Nein	Jens-Uwe Dankert	Nein
Torsten Geerds	Nein	Kirstin Funke	Nein
Hauke Göttsch	Nein	Dr. Heiner Garg	Nein
Daniel Günther	Nein	Günther Hildebrand	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Anita Klahn	Nein
Niclas Herbst	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Marion Herdan	Nein	Gerrit Koch	Nein
Susanne Herold	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Karsten Jasper	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Werner Kalinka	Nein	Katharina Loedige	Nein
Klaus Klinckhamer	Nein	Christopher Vogt	Nein
Tobias Koch	Nein	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Peter Lehnert	Nein	Luise Amtsberg	Ja
Jens-Christian Magnussen	Nein	Rasmus Andresen	Ja
Markus Matthießen	Nein	Dr. Marret Bohn	Ja
Hans Hinrich Neve	Nein	Anke Erdmann	Ja
Petra Nicolaisen	Nein	Marlies Fritzen	Ja
Barbara Ostmeier	Nein	Thorsten Fürter	Ja
Mark-Oliver Potzahr	Nein	Dr. Robert Habeck	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Monika Heinold	Ja
Heiner Rickers	Nein	Detlef Matthiessen	Ja
Ursula Sassen	Nein	Ines Strehlau	Ja
Klaus Schlie	Nein	Dr. Andreas Tietze	Ja
Peter Sönnichsen	Nein	Bernd Voß	Ja
Herlich Marie Todsens-Reese	Nein	<b>DIE LINKE</b>	
Wilfried Wengler	Nein	Antje Jansen	Ja
Rainer Wiegard	Nein	Heinz-Werner Jezewski	Ja
<b>SPD</b>		Ranka Prante	Ja
Wolfgang Baasch	Ja	Ulrich Schippels	Ja
Andreas Beran	Ja	Ellen Streitbürger	Ja
Detlef Buder	-	Björn Thoroe	Ja
Dr. Kai Dolgner	Ja	<b>SSW</b>	
Peter Eichstädt	Ja	Lars Harms	Ja
Rolf Fischer	Ja	Silke Hinrichsen	Ja
Martin Habersaat	Ja	Flemming Meyer	Ja
Lothar Hay	Ja	Anke Spoorendonk	Ja
Bernd Heinemann	Ja		
Birgit Herdejürgen	Ja		
Dr. Henning Höppner	Ja		
Anette Langner	Ja		
Serpil Midyatli	Ja		
Hans Müller	Ja		
Birte Pauls	Ja		
Regina Poersch	Ja		
Sandra Redmann	Ja	<b>Zusammenstellung:</b>	
Thomas Rother	Ja	Abgegebene Stimmen	94
Bernd Schröder	Ja	davon	
Olaf Schulze	Ja	Jastimmen	46
Marion Sellier	Ja	Neinstimmen	48
		Enthaltungen	-

**Namentliche Abstimmung**  
 35. Sitzung am 15. Dezember 2010  
**Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsgesetz 2011/2012**  
 Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
 Drucksache Drucksache 17/1123 Nr. 4  
 (Seite **3004** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Dr. Ralf Stegner	Ja
Michael von Abercron	Nein	Siegrid Tenor-Alschausky	Ja
Hans-Jörn Arp	Nein	Dr. Gitta Trauernicht	Ja
Dr. Axel Bernstein	Nein	Jürgen Weber	Ja
Dr. Christian von Boetticher	Nein	<b>FDP</b>	
Johannes Callsen	Nein	Ingrid Brand-Hückstädt	Nein
Peter Harry Carstensen	Nein	Carsten-Peter Brodersen	Nein
Astrid Damerow	Nein	Cornelia Conrad	Nein
Heike Franzen	Nein	Jens-Uwe Dankert	Nein
Torsten Geerds	Nein	Kirstin Funke	Nein
Hauke Göttsch	Nein	Dr. Heiner Garg	Nein
Daniel Günther	Nein	Günther Hildebrand	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Anita Klahn	Nein
Niclas Herbst	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Marion Herdan	Nein	Gerrit Koch	Nein
Susanne Herold	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Karsten Jasper	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Werner Kalinka	Nein	Katharina Loedige	Nein
Klaus Klinckhamer	Nein	Christopher Vogt	Nein
Tobias Koch	Nein	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Peter Lehnert	Nein	Luise Amtsberg	Ja
Jens-Christian Magnussen	Nein	Rasmus Andresen	Ja
Markus Matthießen	Nein	Dr. Marret Bohn	Ja
Hans Hinrich Neve	Nein	Anke Erdmann	Ja
Petra Nicolaisen	Nein	Marlies Fritzen	Ja
Barbara Ostmeier	Nein	Thorsten Fürter	Ja
Mark-Oliver Potzahr	Nein	Dr. Robert Habeck	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Monika Heinold	Ja
Heiner Rickers	Nein	Detlef Matthiessen	Ja
Ursula Sassen	Nein	Ines Strehlau	Ja
Klaus Schlie	Nein	Dr. Andreas Tietze	Ja
Peter Sönnichsen	Nein	Bernd Voß	Ja
Herlich Marie Todsens-Reese	Nein	<b>DIE LINKE</b>	
Wilfried Wengler	Nein	Antje Jansen	Ja
Rainer Wiegard	Nein	Heinz-Werner Jezewski	Ja
<b>SPD</b>		Ranka Prante	Ja
Wolfgang Baasch	Ja	Ulrich Schippels	Ja
Andreas Beran	Ja	Ellen Streitbürger	Ja
Detlef Buder	-	Björn Thoroe	Ja
Dr. Kai Dolgner	Ja	<b>SSW</b>	
Peter Eichstädt	Ja	Lars Harms	Ja
Rolf Fischer	Ja	Silke Hinrichsen	Ja
Martin Habersaat	Ja	Flemming Meyer	Ja
Lothar Hay	Ja	Anke Spoorendonk	Ja
Bernd Heinemann	Ja		
Birgit Herdejürgen	Ja		
Dr. Henning Höppner	Ja		
Anette Langner	Ja		
Serpil Midyatli	Ja		
Hans Müller	Ja		
Birte Pauls	Ja		
Regina Poersch	Ja	<b>Zusammenstellung:</b>	
Sandra Redmann	Ja	Abgegebene Stimmen	94
Thomas Rother	Ja	davon	
Bernd Schröder	Ja	Jastimmen	46
Olaf Schulze	Ja	Neinstimmen	48
Marion Sellier	Ja	Enthaltungen	-

## Anlage 4

**Namentliche Abstimmung**  
 35. Sitzung am 15. Dezember 2010  
**Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012**  
 Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
 Drucksache 17/1123 Nr. 7  
 (Seite **3004** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Dr. Ralf Stegner	Ja
Michael von Abercron	Nein	Siegrid Tenor-Alschausky	Ja
Hans-Jörn Arp	Nein	Dr. Gitta Trauernicht	Ja
Dr. Axel Bernstein	Nein	Jürgen Weber	Ja
Dr. Christian von Boetticher	Nein	<b>FDP</b>	
Johannes Callsen	Nein	Ingrid Brand-Hückstädt	Nein
Peter Harry Carstensen	Nein	Carsten-Peter Brodersen	Nein
Astrid Damerow	Nein	Cornelia Conrad	Nein
Heike Franzen	Nein	Jens-Uwe Dankert	Nein
Torsten Geerds	Nein	Kirstin Funke	Nein
Hauke Göttsch	Nein	Dr. Heiner Garg	Nein
Daniel Günther	Nein	Günther Hildebrand	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Anita Klahn	Nein
Niclas Herbst	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Marion Herdan	Nein	Gerrit Koch	Nein
Susanne Herold	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Karsten Jasper	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Werner Kalinka	Nein	Katharina Loedige	Nein
Klaus Klinckhamer	Nein	Christopher Vogt	Nein
Tobias Koch	Nein	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Peter Lehnert	Nein	Luise Amtsberg	Ja
Jens-Christian Magnussen	Nein	Rasmus Andresen	Ja
Markus Matthießen	Nein	Dr. Marret Bohn	Ja
Hans Hinrich Neve	Nein	Anke Erdmann	Ja
Petra Nicolaisen	Nein	Marlies Fritzen	Ja
Barbara Ostmeier	Nein	Thorsten Förter	Ja
Mark-Oliver Potzahr	Nein	Dr. Robert Habeck	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Monika Heinold	Ja
Heiner Rickers	Nein	Detlef Matthiessen	Ja
Ursula Sassen	Nein	Ines Strehlau	Ja
Klaus Schlie	Nein	Dr. Andreas Tietze	Ja
Peter Sönnichsen	Nein	Bernd Voß	Ja
Herlich Marie Todsens-Reese	Nein	<b>DIE LINKE</b>	
Wilfried Wengler	Nein	Antje Jansen	Ja
Rainer Wiegard	Nein	Heinz-Werner Jezewski	Ja
<b>SPD</b>		Ranka Prante	Ja
Wolfgang Baasch	Ja	Ulrich Schippels	Ja
Andreas Beran	Ja	Ellen Streitbürger	Ja
Detlef Buder	-	Björn Thoroe	Ja
Dr. Kai Dolgner	Ja	<b>SSW</b>	
Peter Eichstädt	Ja	Lars Harms	Ja
Rolf Fischer	Ja	Silke Hinrichsen	Ja
Martin Habersaat	Ja	Flemming Meyer	Ja
Lothar Hay	Ja	Anke Spoorendonk	Ja
Bernd Heinemann	Ja		
Birgit Herdejürgen	Ja		
Dr. Henning Höppner	Ja		
Anette Langner	Ja		
Serpil Midyatli	Ja		
Hans Müller	Ja		
Birte Pauls	Ja		
Regina Poersch	Ja	<b>Zusammenstellung:</b>	
Sandra Redmann	Ja	Abgegebene Stimmen	94
Thomas Rother	Ja	davon	
Bernd Schröder	Ja	Jastimmen	46
Olaf Schulze	Ja	Neinstimmen	48
Marion Sellier	Ja	Enthaltungen	-

**Namentliche Abstimmung**  
35. Sitzung am 15. Dezember 2010  
**Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012**  
Änderungsantrag der Fraktion des SSW  
Drucksache 17/1119 Nr. 2  
(Seite 3011 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Dr. Ralf Stegner	Ja
Michael von Abercron	Nein	Siegrid Tenor-Alschausky	Ja
Hans-Jörn Arp	Nein	Dr. Gitta Trauernicht	Ja
Dr. Axel Bernstein	Nein	Jürgen Weber	Ja
Dr. Christian von Boetticher	Nein	<b>FDP</b>	
Johannes Callsen	Nein	Ingrid Brand-Hückstädt	Nein
Peter Harry Carstensen	Nein	Carsten-Peter Brodersen	Nein
Astrid Damerow	Nein	Cornelia Conrad	Nein
Heike Franzen	Nein	Jens-Uwe Dankert	Nein
Torsten Geerds	Nein	Kirstin Funke	Nein
Hauke Göttsch	Nein	Dr. Heiner Garg	Nein
Daniel Günther	Nein	Günther Hildebrand	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Anita Klahn	Nein
Niclas Herbst	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Marion Herdan	Nein	Gerrit Koch	Nein
Susanne Herold	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Karsten Jasper	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Werner Kalinka	Nein	Katharina Loedige	Nein
Klaus Klinckhamer	Nein	Christopher Vogt	Nein
Tobias Koch	Nein	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Peter Lehnert	Nein	Luise Amtsberg	Ja
Jens-Christian Magnussen	Nein	Rasmus Andresen	Ja
Markus Matthießen	Nein	Dr. Marret Bohn	Ja
Hans Hinrich Neve	Nein	Anke Erdmann	Ja
Petra Nicolaisen	Nein	Marlies Fritzen	Ja
Barbara Ostmeier	Nein	Thorsten Fürter	Ja
Mark-Oliver Potzahr	Nein	Dr. Robert Habeck	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Monika Heinold	Ja
Heiner Rickers	Nein	Detlef Matthiessen	Ja
Ursula Sassen	Nein	Ines Strehlau	Ja
Klaus Schlie	Nein	Dr. Andreas Tietze	Ja
Peter Sönnichsen	Nein	Bernd Voß	Ja
Herlich Marie Todsens-Reese	Nein	<b>DIE LINKE</b>	
Wilfried Wengler	Nein	Antje Jansen	Ja
Rainer Wiegard	Nein	Heinz-Werner Jezewski	Ja
<b>SPD</b>		Ranka Prante	Ja
Wolfgang Baasch	Ja	Ulrich Schippels	Ja
Andreas Beran	Ja	Ellen Streitbürger	Ja
Detlef Buder	-	Björn Thoroe	Ja
Dr. Kai Dolgner	Ja	<b>SSW</b>	
Peter Eichstädt	Ja	Lars Harms	Ja
Rolf Fischer	Ja	Silke Hinrichsen	Ja
Martin Habersaat	Ja	Flemming Meyer	Ja
Lothar Hay	Ja	Anke Spoorendonk	Ja
Bernd Heinemann	Ja		
Birgit Herdejürgen	Ja		
Dr. Henning Höppner	Ja		
Anette Langner	Ja		
Serpil Midyatli	Ja		
Hans Müller	Ja		
Birte Pauls	Ja		
Regina Poersch	Ja	<b>Zusammenstellung:</b>	
Sandra Redmann	Ja	Abgegebene Stimmen	94
Thomas Rother	Ja	davon	
Bernd Schröder	Ja	Jastimmen	46
Olaf Schulze	Ja	Neinstimmen	48
Marion Sellier	Ja	Enthaltungen	-